



# Plenarprotokoll

## 102. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 11. Dezember 2003

Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung .....	7801, 7806	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7812
Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung .....	7802, 7804, 7805, 7807	Silke Hinrichsen [SSW].....	7813
Dr. Heiner Garg [FDP], zur Geschäftsordnung .....	7803	Dr. Ralf Stegner, Finanzminister .....	7815
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	7803	Beschluss: Verabschiedung in der Fassung der Drucksache 15/2922 .....	7816
Anke Spoorendonk [SSW], zur Geschäftsordnung .....	7804, 7806	<b>Neuordnung der gymnasialen Oberstufe</b>	7816
Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung .....	7805	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3007 (neu)	
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes</b> .....	7807	Sylvia Eisenberg [CDU] .....	7817, 7823
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2922		Dr. Henning Höppner [SPD].....	7818
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 15/3079		Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	7819, 7822
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3108		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7820
Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin.	7807	Anke Spoorendonk [SSW].....	7821
Thorsten Geißler [CDU] .....	7807, 7814	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	7824
Ursula Kähler [SPD] .....	7809	Beschluss: Ablehnung .....	7825
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7810	<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	7825
		<b>a) Zweite Lesung eines Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005</b> .....	7825



**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind Herr Abgeordneter Puls und Frau Ministerin Moser. - Wir wünschen ihnen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind Minister Müller und Minister Dr. Rohwer beurlaubt.

Ich möchte zunächst unsere Besucher auf der Tribüne begrüßen, nämlich die Mitglieder der Jungen Union, Kreisverband Herzogtum Lauenburg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern der Veränderung der Tagesordnung zugestimmt und sind äußerst dankbar, dass Herr Stegner heute Morgen hier zur Debatte auch anwesend ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind aber auch davon ausgegangen, dass der Nachtrag - nachdem wir das auch schon im Ältestenrat beantragt hatten - vor den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2004/2005 behandelt werden soll und die Regierung dann auch so vertreten ist, wie das nach meiner Kenntnis vorgesehen war. Ich wundere mich, dass der Wirtschaftsminister, der nicht im Vermittlungsausschuss ist - wir haben volles Verständnis dafür, dass Herr Müller nicht da ist -, heute Morgen nicht anwesend ist. Denn gerade beim Nachtrag geht es darum, dass wir über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, auch für das Jahr 2004, reden. Das ist ein eminent wichtiges - auch wirtschaftspolitisches - Thema.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vor diesem Hintergrund beantrage ich eine kurze Beratungspause für meine Fraktion, in der wir darüber beraten können, wie wir mit diesem Umstand umgehen wollen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ebenfalls zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Nein! Ich warte erst ab, was dabei herauskommt!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 10:15 Uhr.

(Unterbrechung: 10:06 bis 10:25 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zunächst erteile ich zur Geschäftsordnung dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen vor wichtigen Zukunftsentscheidungen für unser Land. Die Landesregierung beabsichtigt, für den Nachtragshaushalt und den Haushalt 2004/2005 die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festzustellen. Diese Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist für unser Land ein gravierender Tatbestand, zumal wir Entwicklungen zu verzeichnen haben, die auch vom Wirtschaftsminister zur Kenntnis genommen werden müssten. Ich erinnere nur daran, dass die Quote der Insolvenzen im letzten Jahr um mehr als 20 % gestiegen ist. Wir halten es für unabdingbar und erforderlich, dass der Wirtschaftsminister an dieser Tagung und an dieser Debatte teilnimmt.

Nach der Verfassung ist es - unserer Auffassung nach - so, dass Finanz- und Wirtschaftsminister das Benehmen über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts herstellen müssen und die Regierung dann beschließen kann. Wenn das Benehmen hergestellt ist, ist gleichzeitig durch den Wirtschaftsminister auch vor diesem hohen Haus zu begründen, worin diese Störung besteht und vor allem wie sie behoben werden soll. Hinzu kommt, dass der Wirtschaftsminister das so genannte Zukunftsinvestitionsprogramm „ZIP“ angekündigt hat.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, „ZAP“ ist besser. Das würde nämlich „Zukunftsabbauprogramm“ heißen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Zukunftsinvestitionsprogramm wurde vom Wirtschaftsminister angekündigt. Mit dem will er genau dieser Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begegnen. Wir halten es vor diesem Hintergrund auch gegenüber der Öffentlichkeit und den

**(Martin Kayenburg)**

Wählern für notwendig, dass er selbst die Begründung für dieses Programm hier abliefern. Deswegen bitten wir darum, dass der Wirtschaftsminister während dieser Debatte anwesend ist. Wir schlagen vor, dass die Themen, die für Freitagmorgen auf der Tagesordnung stehen, so lange vorgezogen werden, bis der Wirtschaftsminister hier anwesend ist.

Inzwischen ahnen wir, warum die Beratung über den Nachtrag am Freitag nach der Beratung des Haushalts 2004/2005 stattfinden sollte. Wir haben im Ältestenrat darüber diskutiert. Für diesen Tag war der Wirtschaftsminister nicht entschuldigt. Das heißt, auch die Regierung hat die Notwendigkeit gesehen, dass der Wirtschaftsminister während der Beratung des Nachtrags anwesend sein sollte. Wenn wir nunmehr einer Veränderung der Tagesordnung zustimmen, dann ist es Sache der Regierung und der Mehrheitsfraktionen, dafür zu sorgen, dass der zuständige Minister auch zu diesem Tagesordnungspunkt hier im Hause anwesend ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Astrup das Wort.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit für die Öffentlichkeit kein Missverständnis entsteht: Erstens. Mit Schreiben vom 20. November 2003 an den Herrn Landtagspräsidenten hat sich der Wirtschaftsminister pflichtgemäß von der Landtagstagung abgemeldet und gebeten, seine Abwesenheit zu entschuldigen. Der Wirtschaftsminister ist abgemeldet und vertritt bekanntermaßen gestern und heute - gemäß Artikel 28 der Landesverfassung - die Interessen des Landes Schleswig-Holstein auf der Wirtschaftsministerkonferenz von Bund und Ländern in Magdeburg.

(Zurufe von der CDU)

- Dieselben Kollegen, Herr Oppositionsführer, die hier die Anwesenheit des Herrn Wirtschaftsministers erwarten, würden behaupten, dass er die Interessen des Landes verletzt, wenn er hier und nicht auf der Wirtschaftsministerkonferenz wäre.

(Zuruf von der FDP: Böswillige Unterstellung!)

Dieses Spielchen machen wir nicht mit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Es steht Ihnen nach Artikel 21 Abs. 1 ohne weiteres zu, alle Mitglieder der Landesregierung hierher zu zitieren. Dem können wir nicht widersprechen, weil dies ein Viertel der Abgeordneten des Landtages - 23 Abgeordnete müssten das dann förmlich machen - beschließen können. Dann würden wir Herrn Minister Prof. Dr. Rohwer damit in die Verlegenheit bringen, darüber nachzudenken, ob er gemäß seinem Amtseid in Artikel 28 die Interessen des Landes Schleswig-Holstein auf der Wirtschaftsministerkonferenz zu vertreten oder hier anwesend zu sein habe.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

- Sie mögen darüber lachen, Herr Kollege Schlie. Ich finde das überhaupt nicht witzig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier veranstalten, ist ein Kasperletheater, das nach unserem Eindruck lediglich dazu dienen soll, die Beratungen, die wir gerne durchführen würden - und Sie wissen, dass wir sie heute durchführen würden und müssten; wir haben das gestern diskutiert -, zu verzögern. Wir werden in diesem Zusammenhang Ihre ziemlich durchschaubaren und - wie ich finde - etwas verzweifelten Versuche, die Beratungen von Nachtrag und Haushalt in die Länge zu ziehen oder gar zu verhindern, nicht tolerieren.

Deshalb beantrage ich hier, Frau Präsidentin, auf der Grundlage von § 45 der Geschäftsordnung, dass die Beratungen des Landtages zum Thema Nachtrag und Haushalt am heutigen und morgigen Tage über 18 Uhr hinausgehen. Wir werden heute also beschließen. Ich hoffe, Sie sind dabei.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Ich finde es schon ziemlich nachdenkenswert - -

(Ursula Kähler [SPD]: Dreist!)

- Die Worte „dreist“ und „heftig“, Frau Kollegin, würde ich an diesem Mikrofon natürlich nie in den Mund nehmen.

Ich finde, wir sollten zumindest den Versuch unternehmen, trotz der sehr schwierigen Verfahrenssituation, wie wir sie vorgefunden haben - und zwar nicht deshalb, weil wir sie wollten, sondern weil sie sich in Berlin im Vermittlungsausschuss so ergeben hat -, aus der Not eine Tugend zu machen.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir vorausgesagt!)

**(Holger Astrup)**

Ich glaube, mit Ihrem Verhalten ist das nicht gewährleistet. Ich bin mir sehr sicher, dass die Öffentlichkeit für diese Mätzchen keinerlei Verständnis aufbringt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ebenfalls zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Astrup! Heute Haushalt, morgen Nachtrag, heute Nachtrag, morgen Haushalt, heute Haushalt - so geht es seit über vier Wochen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Sicherlich täte es Ihnen auch gut, Frau Kollegin, einfach zuzuhören und den Schnabel zu halten.

Vielleicht haben Sie das gestern nicht so empfunden - ich habe es durchaus so empfunden -, dass Ihnen die Opposition sehr weit entgegengekommen ist. Das fand ich jedenfalls.

Sie berufen sich auf den Amtseid des Wirtschaftsministers. Mir ist nicht bekannt, dass der Amtseid eines Landesministers ihn dazu verpflichtet, das Land auf irgendwelchen Konferenzen zu vertreten.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Er hat vielmehr zum Wohle des Landes zu handeln.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie können das gerne lustig und witzig finden. Ich finde es angesichts der katastrophalen Wirtschaftsdaten, angesichts der höchsten Arbeitslosigkeit, die dieses Land jemals zu verantworten hatte, nicht mehr witzig, dass Sie so nonchalant darüber hinweggehen, dass der hierfür hauptverantwortliche Minister schlicht und ergreifend an diesen Beratungen offensichtlich nicht teilnehmen soll.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ebenfalls zur Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir ist es nicht unbekannt, dass versucht wird, über Ge-

schäftsordnungsdebatten Politik zu machen. Ich kenne das von Parteitag aus Jahren,

(Lachen bei CDU und FDP)

die zum Glück hinter uns liegen. Ich wundere mich, dass die CDU jetzt dort angekommen ist,

(Zuruf von der FDP: Die CDU auf den Spuren der Grünen!)

dass Sie also - so wie wir früher - versuchen, über Geschäftsordnungsdebatten Politik zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

„Zeit ist Geld“ - so lautet ein bekannter Spruch. Nur im Parlament gilt das nicht. Der Finanzminister ist extra anwesend. Sie sind wieder unzufrieden. Gestern haben wir gemeinsam - ich erinnere noch einmal daran - die Tagesordnung für heute gestaltet. Ihnen war gestern schon bekannt, dass der Wirtschaftsminister heute nicht anwesend sein wird. Das ist im Ältestenrat besprochen worden.

(Zurufe von der FDP: Nein!)

- Dann haben Sie im Ältestenrat gepennt oder Sie sind schlicht vergesslich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn sich ein Minister beim Ältestenrat ordnungsgemäß abmeldet und Sie - ich möchte nicht „zu blöd“ sagen, denn sonst bekomme ich gleich eine Rüge - es nicht auf die Reihe bekommen, sich dies zu notieren und zu beachten, wenn die Tagesordnung gemacht wird, dann ist das nicht unser Problem.

Die Probleme des Landes sind groß und Sie machen parlamentarische Spielchen. Das ist völlig unangemessen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun sind wir sehr darauf bedacht, gemeinsam mit Ihnen hier eine vernünftige Debatte zu führen. Wir haben keine Angst vor der Debatte über Nachtrag und Haushalt. Ihnen scheint es eher unangenehm zu sein und deshalb machen Sie hier diese Spielchen.

Ich sage Ihnen, was wir machen können, und da bitte ich um ein Signal: Wir beginnen jetzt mit dem Landeshaushalt 2004. Der Finanzminister ist da. Dafür würden wir den Wirtschaftsminister nicht brauchen; so Ihre eigene Argumentation. Dann würde sich die Landesregierung darum bemühen, dass der Wirtschaftsminister zum Nachtragshaushalt anwesend ist. Damit wäre Ihr Wunsch erfüllt. Und wenn Sie nicht

**(Monika Heinold)**

nur Spielereien machen wollen, sondern wenn Sie Ihre eigene Argumentation ernst nehmen, dann kommen Sie hier nach vorne und sagen Sie: Klasse Idee! So machen wir es!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ebenfalls zur Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, man muss einen Spaten einen Spaten nennen. Und darum meine erste Bemerkung: Grundsätzlich hätte es gestern die Gelegenheit gegeben - ich möchte wie auch Kollegin Heinold in Erinnerung rufen, dass wir gestern eine Geschäftsordnungsdebatte führten -, sich darüber zu einigen, was in welcher Reihenfolge debattiert und beschlossen werden sollte.

Ich habe gestern schon gesagt, dass wir dem FDP-Antrag auf Verschiebung der Haushaltsdebatte auf Januar zugestimmt hätten - das haben wir auch gemacht -,

(Beifall bei CDU und FDP)

aber die Reihenfolge stand nach der Geschäftsordnungsdebatte gestern fest.

Gestern Abend haben sich dann die Fraktionen - das wurde auch richtigerweise von dem Geschäftsführer der SPD-Fraktion begrüßt und er hat den anderen Fraktionen seinen Dank ausgesprochen - auf die geänderte Reihenfolge geeinigt. Ich fand, das war ein richtiges Signal. Alle haben Größe gezeigt. Alle haben sich darüber hinweggesetzt, Spielchen zu betreiben.

Es kann aber nicht angehen, sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen: Ätschibätsch, es war doch nicht so gemeint. - Denn - ich muss es noch einmal wiederholen - im Ältestenrat war ganz klar, welches Mitglied der Landesregierung beurlaubt war und welches nicht.

Darum werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Ich muss es wirklich sagen: Es steht einem Parlament nicht gut zu Gesicht, dass wir jetzt Spielchen machen und Zeit verplempern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Noch einmal zur Geschäftsordnung spricht zunächst Herr Abgeordneter Astrup und dann Herr Abgeordneter Maurus.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition! Ich bitte Sie - notfalls um den Preis einer weiteren Sitzungsunterbrechung, die Sie gern beantragen können und die wir selbstverständlich tolerieren - um die Beantwortung der Frage, welche Reihenfolge der Tagesordnung Sie um 10:40 Uhr gern hätten. Wir sind für beides offen. Ich erwarte eine Antwort, sonst werden wir die Tagesordnung so durchziehen wie beschlossen. Dann können Sie darüber meckern, dass der Herr Wirtschaftsminister nicht anwesend sein kann. Wenn Ihnen das so wichtig ist, wie Sie hier behaupten, stellen Sie den Antrag, dass die Tagesordnung wieder umgedreht wird. Dann fangen wir mit dem Haushalt an und beraten dann den Nachtrag. Dann wird der Wirtschaftsminister da sein.

Ich bitte Sie, sich zu entscheiden. Wir haben gestern eine Vereinbarung getroffen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Entschuldigen Sie, Herr Oppositionsführer. Die Frage haben Sie in den Raum gestellt, nicht ich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist von Ihnen möglicherweise nicht verstanden oder von mir falsch formuliert worden.

(Klaus Schlie [CDU]: Obertrickser! - Zurufe)

Ich sage noch einmal: Entweder halten wir die Vereinbarung, für die ich mich gestern bei Ihnen - ich denke mir - angemessen und gerechtfertigt, aber möglicherweise zu früh bedankt habe, ein, die heißt: Wir fangen mit dem Nachtrag an und behandeln anschließend den Haushalt. Dann bitte ich Sie allerdings, darauf zu verzichten, die Abwesenheit des Wirtschaftsministers zu monieren.

Oder wir machen es wieder andersherum und beginnen - wie ursprünglich geplant - mit dem Haushalt und behandeln dann den Nachtrag. Dann wird die Regierung natürlich versuchen müssen, dafür Sorge zu tragen, dass nach Artikel 21 der Verfassung und Ihrem Begehren der Herr Wirtschaftsminister zeitgerecht da ist. Ich hoffe, dass das klappt; das ist aber sein Problem.

**(Holger Astrup)**

Ich bitte Sie einfach um eine Segelanweisung, weil ich heute eigentlich nur eines wollte: Haushaltsberatungen machen und damit schnell anfangen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Astrup, wir haben gestern in aller Deutlichkeit unseren Vertagungsantrag begründet. Wir haben ihn damit begründet, dass sich Bundesratsentscheidungen haushaltsrelevant auswirken werden und die Arbeit im Vermittlungsausschuss zum Zeitpunkt unserer Haushaltsberatung nicht abgeschlossen sein wird. Sie haben diesen Antrag abgescmettert

(Ursula Kähler [SPD]: Abgelehnt!)

oder abgelehnt, ohne auch nur mit einem Wort auf die Begründung einzugehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Von der SPD habe ich hier gestern nichts gehört.

Obwohl jedem hier deutlich ist, dass Ihr Haushalt, den wir heute hier beraten, nichts anderes als ein Seifenblasenhaushalt ist

(Beifall bei CDU und FDP)

- das haben wir Ihnen mehrfach deutlich gemacht -, mussten wir uns mit der Situation abfinden. Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, wir hätten etwas nicht auf die Reihe bekommen, ist eine Frechheit sondergleichen, Frau Heinold. Wer hier etwas nicht auf die Reihe bekommen hat - diese Frage stellt sich in der Tat. Denn wenn Sie die Tagesordnung umstellen, ist es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die hier tangiert sind, auch im Hause anwesend sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was ist das denn für eine Art und Weise zu sagen, wenn wir nicht Ihren Vorstellungen nachkämen, fangen Sie mit den Haushaltsberatungen einfach an!

Ich sage noch einmal sehr deutlich: Hier ist der Antrag nach Artikel 21 Abs. 1 gestellt worden, den Minister hierher zu zitieren - das wiederhole ich -, und zwar zu den Tagesordnungspunkten der Haushaltsberatung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da wollen wir einmal sehen, ob Sie es wagen, sich gegen die Verfassung dieses Landes zu wenden.

Um den Zusammenhang noch einmal zu unterstreichen, wie hier bereits angemerkt worden ist: Nach § 42 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ist sowohl der Finanzminister als auch der Wirtschaftsminister mit dieser Frage befasst und sie haben sich zu dieser Frage zu äußern.

Daher wiederhole ich: Wir bestehen auf die Zitierung nach Artikel 21 Abs. 1. Unser Vorschlag ist und bleibt - wir kommen Ihnen entgegen, um dem Minister das Anreisen zu ermöglichen -, die für morgen vorgesehenen Tagesordnungspunkte heute aufzufen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Noch einmal zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Die Situation nimmt aus meiner Sicht an Albernheit zu.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Maurus - wie alle hier im Hause wissen, schätze ich Sie persönlich sehr -, Sie müssen sich als Fraktion bitte einmal entscheiden, für welche Begründung Sie gerade stehen. Vor etwa achteinhalb Minuten hat Ihr Vorsitzender gesagt, der Wirtschaftsminister solle gefälligst zum Nachtrag her - meine Fassung. Ich empfehle Ihnen im Übrigen, einmal die Unterlagen zu lesen, Seiten eins bis sechs, zum Nachtragshaushalt; darin steht im Wesentlichen das, was Sie gern wissen wollen. Aber das nur nebenbei.

Herr Maurus stellt sich hin und sagt: für beide Haushalte. Wie ist das mit dem Thema „NATURA 2000“? Soll der Wirtschaftsminister dabei auch anwesend sein? Dann hätten wir Probleme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen dieses Theater nicht mit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ärgert mich ganz persönlich, weil ich gestern ausgesprochen froh war, dass wir eine einvernehmli-

**(Holger Astrup)**

che Lösung hinbekommen haben, zu der wir stehen, Sie aber offensichtlich nicht. Sie verzögern, Sie wollen das Ganze in die Länge ziehen, Sie wollen die Haushaltsberatungen verhindern, verzögern, verschleppen, was auch immer. Wir machen das nicht mit.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wiederhole ich meine Anträge von vorhin. Wir machen jetzt zweierlei. Frau Präsidentin, wir beantragen erstens, darüber abzustimmen, die Reihenfolge der Haushaltsberatungen wiederum zu ändern. Ich nehme Rücksicht auf die Meinungsäußerung des Herrn Oppositionsführers.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schlage vor, dass wir dann, wie ursprünglich vorgesehen, mit dem Haushalt anfangen. Ich hoffe und rege an, dass sich die Landesregierung sehr bemühen wird, den Herrn Wirtschaftsminister im Laufe des Tages zum Nachtrag hier erscheinen zu lassen.

Zweitens beantrage ich, über die Verlängerung der Sitzung über 18 Uhr hinaus heute und sicherheitshalber - weil ich keine Lust habe, das Gleiche morgen noch einmal zu sagen - auch morgen abzustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

(Zurufe)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Offenbar hört Herr Astrup nur das, was er hören will. Ich stelle fest, dass ich gesagt habe, dass der Wirtschaftsminister zur Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowohl für den Nachtrag als auch für den Haushalt 2004/2005 zur Verfügung stehen muss, um das zu erläutern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Astrup, Ihre Einlassungen machen es mir unmöglich, der Fraktion zu empfehlen, jetzt noch einmal über eine Veränderung der Tagesordnung nachzudenken. Vor Ihren beiden Redebeiträgen hatte ich mit dem Kollegen Garg diskutiert, ob wir erneut eine Sitzungsunterbrechung beantragen sollten, um Ihnen gegebenenfalls entgegenzukommen und die Beratung

des Haushalts 2004/2005 vorzuziehen. Aber in dieser erpresserischen Form

(Beifall bei CDU und FDP)

uns vorschreiben zu wollen, wie wir uns verhalten sollen, das machen wir nicht mit, Herr Astrup.

Wenn Sie hier mit Mehrheit beschließen, die Tagesordnung erneut zu ändern - zunächst ist über unseren Antrag abzustimmen, dass der Wirtschaftsminister zu zitieren ist, und zwar zu beiden Tagesordnungspunkten -, und wenn Sie dann gleichwohl die Beratungen zu dem Thema hier beginnen wollen, dann wird dies ohne Beteiligung der CDU-Fraktion erfolgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zur Geschäftsordnung Frau Abgeordnete Spoorendonk!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass das, was wir uns jetzt leisten, eine unwürdige Vorstellung ist. Ich beantrage, dass die Sitzung unterbrochen wird und der Ältestenrat zusammentritt.

(Beifall und Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Haben sich damit die beiden weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung erledigt?

(Zurufe)

Ich lasse darüber abstimmen, wer für eine Sitzungsunterbrechung ist, damit der Ältestenrat zusammentreten kann. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Sitzungsunterbrechung ist mehrheitlich beschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis 11:30 Uhr.

(Unterbrechung: 10:50 bis 11:47 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat auf folgendes Verfahren geeinigt: Wir werden zunächst über die Zitierung des Herrn Wirtschaftsministers abstimmen und werden dann über den Ablauf der Tagesordnung befinden. Wenn der Herr Wirtschaftsminister zitiert wird, soll nach dessen Eintreffen mit der Beratung des Haushalts begonnen und anschließend soll der Nachtragshaushalt beraten werden. Außerdem soll



**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

dann das Thema Gundwasserentnahmeabgabe behandelt werden.

Im Übrigen haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass wir heute open end tagen, was bedeutet: zur Not auch in den Freitag hinein.

Ich lasse zunächst über die Zitierung des Ministers abstimmen. Nach Artikel 21 Abs. 1 der Landesverfassung hat der Landtag das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Landesregierung zu verlangen. Wird dieser Antrag offiziell gestellt?

(Klaus Schlie [CDU]: Er ist gestellt!)

- Der Antrag wird gestellt. Wer stimmt diesem Antrag auf Zitierung des Wirtschaftsministers zu? - CDU und FDP haben zugestimmt. Die Gegenprobe ist nicht erforderlich; denn es genügt die Anzahl von 23 Abgeordneten. Damit ist festgestellt, dass der Antrag von einem Viertel der Mitglieder unterstützt wird. Daher hat der Landtag auch die Pflicht, die Zitierung auszusprechen. Der Herr Wirtschaftsminister wird in den Landtag zitiert.

Ich wiederhole noch einmal: Sobald er eingetroffen ist, werden wir den Haushaltsplanentwurf 2004/05 behandeln, im Anschluss daran den Nachtragshaushalt und danach das Thema Grundwasserentnahmeabgabe. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass wir mit Mittagspause, aber danach open end tagen werden.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Astrup.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin, ich bitte, zunächst das Landesministergesetz aufzurufen und dann die restlichen Punkte wie besprochen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Geschäftsführer. Das Landesministergesetz habe ich bereits aufgeschlagen. Wir werden damit beginnen. Im Übrigen einigen sich die Fraktionen auf die weitere Reihenfolge der Tagesordnung.

Bevor wir einsteigen, möchte ich unsere neuen Gäste auf der Tribüne begrüßen. Dies sind die Besuchergruppen der ISFA, Interkulturelle Schule für Fortbildung und Ausbildung, Kiel, und der Hauptschule Krempe. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2922

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/3079

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3108

Zunächst erteile ich der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler, das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 15/2922 durch Plenarbeschluss vom 19. November 2003 dem Finanzausschuss federführend und dem Innen- und Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich am 3. Dezember 2003, der Finanzausschuss hat sich am 4. Dezember 2003 mit dem Gesetzentwurf befasst. Der Finanzausschuss hat sich darüber hinaus im Rahmen des Selbstbefassungsrechts im Vorwege ausführlich mit der Änderung des Landesministergesetzes auseinander gesetzt.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Anmerkungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesministergesetzes. Dieser Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Punkten, denen wir selbstverständlich zustimmen können. So werden die erhöhten Zahlungen für einige Minister, die Beamte waren, in einem rechtlich vertretbaren Zeitrahmen schrittweise abgeschmolzen, Versorgungszahlungen für künftige Fälle

(Thorsten Geißler)

werden auf die vom Landtag gewollte Höhe begrenzt - auch das entspricht der Intention meiner Fraktion - und die Besserstellung von Ministern gegenüber Beamten wird beseitigt.

So weit so gut, meine Damen und Herren. Dem können wir vorbehaltlos zustimmen. Das hatten wir bereits in der ersten Lesung signalisiert und das haben wir auch in der Ausschussberatung deutlich gemacht. Aber dieser Gesetzentwurf geht an einigen Stellen nicht weit genug. Daher werden wir auch dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zustimmen und werden unser endgültiges Votum davon abhängig machen, ob dieser Änderungsantrag hier im Hause eine Mehrheit findet; denn der Antrag der FDP ist für uns in jeder Hinsicht überzeugend.

Ich will einmal die beiden Punkte, die Kern des FDP-Antrages sind, herausstreichen. Das ist die **dauerhafte Streichung von Sonderzahlungen** an Landesminister, also von Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, vermögenswirksamen Leistungen. Es ist ja durchaus anerkennenswert, wenn in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise freiwillig auf eine Leistung verzichtet wird, aber die FDP hat völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht: Minister sind keine Beamten. Daher halten wir es für vertretbar, diese Leistungen dauerhaft zu streichen. Wir bekommen als Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages - wir haben es nie bekommen - weder Weihnachtsgeld noch Urlaubsgeld noch vermögenswirksame Leistungen. Das haben wir nie erhalten und werden wir auch nie für uns reklamieren.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man dann auch Landesministern zumuten.

Das Gleiche betrifft die von der FDP vorgeschlagene Regelung, denjenigen Landesministern, die gleichzeitig Abgeordnete sind, die **Abgeordnetenbezüge** nicht nur um 75 % zu kürzen, sondern sie völlig entfallen zu lassen. Ein Minister hat seine gesamte Arbeitskraft dem Land Schleswig-Holstein zur Verfügung zu stellen. Dann bleibt in der Tat keine Zeit mehr, dieses Abgeordnetenmandat auszuüben, und dann gibt es auch keinen Grund dafür, dass noch eine Vergütung gezahlt wird.

(Beifall bei der FDP)

Das ist überhaupt keine Neiddiskussion und das ist auch nicht populistisch. Selbstverständlich wollen wir, dass Minister eine **angemessene Vergütung** bekommen. Das wird ja auch durch die geltenden Bestimmungen sichergestellt und das wird auch durch dieses Änderungsgesetz nicht infrage gestellt. Wir

brauchen qualifizierte Kräfte, wünschten sie uns auch - - Na ja, gut,

(Lachen bei CDU und FDP)

es ist im Moment nicht so, wie es sein müsste, aber man kann das ja nur abstrakt regeln und nicht auf den Einzelfall bezogen. Daher sind die gegenwärtigen Vergütungsregelungen durchaus angemessen.

Wir werden uns für den Fall, dass Sie dem Änderungsantrag nicht zustimmen, der Stimme enthalten, weil wir natürlich keine Verantwortung dafür übernehmen wollen, dass die unangemessenen, jetzt im Gesetz enthaltenen Punkte weiterhin Bestand haben. Deshalb können wir den Gesetzentwurf auch nicht ablehnen.

Ich will aber noch einige Anmerkungen zu dem machen, was sich abgespielt hat. Wir wissen alle: Dieser Gesetzentwurf kommt viel zu spät. Der Herr Minister Dr. Stegner hat das auch schon einmal in einer kleinen Nebenbemerkung in einer der Debatten, die wir vor einigen Wochen geführt haben, eingeräumt. Aber leider geht diese Landesregierung nicht so weit, deutlich zu machen, dass sie die **Öffentlichkeit getäuscht** hat. Ich hielte es für ehrenwert, wenn sie das einmal in einer Parlamentsdebatte einräumen würde.

Ich muss auch auf die Kleine Anfrage verweisen, die der Kollege Wiegard und ich an die Landesregierung gerichtet haben. Wir haben die Frage aufgeworfen: Wer war zu welchem Zeitpunkt über das Urteil des Oberverwaltungsgerichts informiert, das uns ja Anlass gibt, diese Beratung jetzt zu führen, weil Schaden angerichtet wurde, da die Landesregierung nicht gehandelt hat?

Es ist deutlich geworden: Das gesamte Kabinett war frühzeitig unterrichtet, die **Unterrichtung des Landtages** erfolgte aber nicht, weil es sich um reines Verwaltungshandeln im Einzelfall gehandelt habe, heißt es in der Antwort.

Das ist kein **Verwaltungshandeln im Einzelfall**, sondern das ist ein gravierender Vorgang und dieser Landtag hätte Anspruch darauf gehabt, unterrichtet zu werden! Das haben Sie unterlassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben uns auch in einem anderen Punkt getäuscht. Herr Möller hat immer behauptet, man habe keine Änderung eingeleitet, weil es auf Bundesebene bereits Beratungen gäbe; die **bundesrechtlichen Regelungen** sollten geändert werden. Wir haben uns darauf verlassen, dass das kurzfristig erfolgen würde. Wie lapidar liest sich das nun in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage? - Zitat!

(Thorsten Geißler)

„Die Landesregierung hat sich zu Fragen des Beamtenversorgungsrechts wiederholt öffentlich geäußert und eine Reihe von Anstößen gegeben. Die Lösung solcher Probleme war immer wieder Gegenstand regelmäßiger politischer Gespräche mit Kollegen auf Bundes- und Landesebene.“

Kein einziger Protokollvermerk! Keine einzige Drucksache, nicht einmal eine Pressemitteilung eines Verantwortlichen auf Bundesebene, dass dort tatsächlich Änderungen beabsichtigt waren!

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist eine einzige Täuschung der Öffentlichkeit, die hier vorgenommen worden ist.

Es stünde Ihnen gut an, Herr Dr. Stegner - Sie haben ja damals keine Verantwortung getragen -, wenn Sie einmal deutlich machen würden, dass die damalige Landesregierung falsch und verantwortungslos gehandelt hat, dass sie die Öffentlichkeit nicht richtig unterrichtet hat,

(Unruhe bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

dass sie immer noch versucht, die Vergangenheit falsch darzustellen. Tun Sie das, stellen Sie das heute klar!

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, stimmen Sie dem Änderungsantrag der FDP zu! Wenn Sie das tun, können wir dieses Gesetz gemeinsam verabschieden. Ich glaube, dass das ein gutes Signal an das Land Schleswig-Holstein wäre.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Vielleicht, Frau Präsidentin - das möchte ich von dieser Stelle aus zumindest einmal anregen -, erteilen Sie manchen männlichen Kollegen einmal eine Anweisung, wie sie mit diesem Rednerpult umgehen

sollten. Ich habe immer Angst, dass die das irgendwann im Mund haben beziehungsweise diese Mikrofone irgendwann in der Hand haben und diese neue schöne Anlage dann völlig kaputt ist.

Aber nun möchte ich mich dem eigentlichen Thema zuwenden und zunächst einmal - zum wiederholten Male - von dieser Stelle aus etwas zurückweisen. Sie können hier noch so häufig behaupten, der Minister oder die Landesregierung hätten die Öffentlichkeit getäuscht. Dann kann man zwar feststellen, Herr Kollege Kubicki, dass dieses Mikrofon die Stimme derjenigen, die das behaupten, stärkt, aber niemals die Argumente.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zu dem Verhalten von Fraktionen werde ich mich hier heute nicht einlassen.

(Zurufe von der CDU)

Für mich steht außer Zweifel - das gilt auch für meine gesamte Fraktion -, dass dieses Landesministergesetz eine Änderung erfahren musste. Ich kann im Nachhinein sogar sagen, dass sich darin alle Fraktionen sowohl in den vergangenen Debattenbeiträgen als auch in der Ausschussberatung einig gewesen sind, und ich stelle heute noch einmal fest, dass der Finanzminister keinesfalls die Absicht gehabt hat, vor Einbringung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Ministergesetzes noch einmal soeben ein erhöhtes Ruhegehalt auch an schon bereits im Ruhestand befindliche Landesminister auszukehren, wie das der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP am 12. November 2003 von diesem Platz aus behauptet hat. Vielmehr hat er sich ausschließlich zu einer rechtlichen Prüfung des Falles geäußert. Und das, sehr geehrte Kollegen von der FDP, können Sie - da ich weiß, dass Sie des Lesens mächtig sind - in dem entsprechenden Protokoll der Finanzausschusssitzung nachlesen.

In dem heute zu verabschiedenden Ministergesetz werden die Regelungen des Versorgungsgesetzes 2001 nachvollzogen und der **Höchstruhegehaltssatz** bei der Versorgung wird von 75 % in mehreren Schritten auf 71,75 % gesenkt. Auch für derzeitige Versorgungsempfänger wird diese Kürzung vorgenommen. Beim Zusammentreffen von Ministergehalt mit dem Versorgungsbezug aus einem anderen Dienst- oder Arbeitsverhältnis, wird das Ruhegehalt aus dem Ministerverhältnis nur insoweit gezahlt werden, als es das Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung aus einem anderen Dienst- oder Amtsverhältnis übersteigt. Und - der Herr Finanzminister hat dies schon im November gesagt - für den Fall, dass sich für ehemalige Minister aufgrund dieser Regelung ein

(Ursula Kähler)

geringerer Zahlungsbetrag ergibt, wird eine **Übergangsregelung** aus Gründen des Vertrauensschutzes und rechtlicher Vorgaben vorgesehen. Es wird jeweils ein Ausgleichsbetrag gezahlt werden, der in vier gleichmäßigen Schritten jährlich abgebaut wird.

Diese Gesetzesänderung eignet sich nun wirklich nicht dazu, die Bevölkerung glauben machen zu wollen, Minister würden zuviel verdienen oder bekämen zu hohe Ruhegehälter. Niemand käme auf den Gedanken zu bezweifeln, dass Manager in der privaten Wirtschaft in der Regel ihre Gehälter zu Recht erhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]): Oh!

Und ich habe auch nicht gehört - weil Sie gerade „oh“ sagten -, dass der Herr Fraktionsvorsitzende der FDP dem Herrn Landtagspräsidenten angeboten hätte, auf einen Teil seiner Fraktionsvorsitzendenzulage zu verzichten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vergleicht man das schleswig-holsteinische Ministergesetz mit denen anderer Bundesländer, so können wir feststellen, dass unser Bundesland - zumindest im westlichen Vergleich - seinen Ministern am wenigsten zahlt.

Dem FDP-Antrag zum Ministergesetz wollen wir nicht zustimmen, nicht zuletzt deshalb, weil wir ihn in der Tat - im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Geißler - für populistisch halten. Was den zweiten Teil des FDP-Antrages betrifft, der sich mit der **Änderung des Abgeordnetengesetzes** befasst, stelle ich fest, dass sowohl die CDU als auch die SPD im Sommer dieses Jahres für sich entschieden haben, das Abgeordnetengesetz frühestens in der 16. Legislaturperiode wieder aufzurufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben das entschieden? Sie haben das entschieden!)

- Das habe ich auch nur gesagt, ich habe nur von CDU und SPD gesprochen. Auch hier muss ich einen gewissen populistischen Ansatz erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Hinzu kommt, dass ich bezweifle, ob es rechtlich überhaupt möglich ist, einem gewählten und dann auch noch direkt gewählten Abgeordneten so ohne weiteres seine Abgeordnetendiät ganz zu streichen. Das ist allerdings nur eine persönliche rechtliche Bewertung von mir.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Das heute zu verabschiedende Ministergesetz ist ein angemessener, adäquater Weg, dem letztlich nichts hinzuzufügen ist.

Ich komme zum letzten Satz: Von der **Bundesebene** müssen wir allerdings - das betone ich hier noch einmal ganz deutlich - mit Nachdruck fordern, dass man sich dort endlich mit einem einheitlichen Versorgungssystem befasst, damit das leidige Thema Beamtenversorgung und Angestelltenversorgung nach gleichen Kriterien geregelt wird. Dass die Ministerbezüge und die Abgeordnetenversorgung dabei mit einbezogen werden müssen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das versteht sich eigentlich von selbst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Logik der Ausführungen der verehrten Abgeordneten Kähler folgend, müssten wir jetzt eigentlich alle gemeinsam fordern, dass die Ministerinnen und Minister in Schleswig-Holstein mehr Geld bekommen müssen, weil wir unsere Ministerinnen und Minister am schlechtesten bezahlen. Möglicherweise ist das, was gegenwärtig gerade gezahlt wird, aber auch ein leistungsgerechtes Entgelt.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Ich kann mich im Wesentlichen den Ausführungen des Kollegen Geißler, der die beiden FDP-Anträge, um die es geht, in hervorragender Weise gelobt hat, anschließen. Ich bedanke mich dafür sehr herzlich.

Wir machen unser Abstimmungsverhalten in der Schlussabstimmung ebenfalls davon abhängig, ob unsere Anträge hier Ihre Zustimmung finden. Im Finanzausschuss und im Innen- und Rechtsausschuss sind sie bedauerlicherweise mit einer Begründung abgelehnt worden, die ich ziemlich abenteuerlich finde, Frau Kähler, jedenfalls was die 25-prozentige Dotierung von Ministerinnen und Minister angeht, die auch gleichzeitig Abgeordnete sind: Wenn der Grundsatz gilt, einmal aus öffentlichen Kassen bezahlt zu werden, weil man seine Arbeitskraft auch nur

(Wolfgang Kubicki)

einmal zur Verfügung stellen kann, dann ist diese - ich habe das schon einmal gesagt und muss das nicht wiederholen - zusätzliche Alimentierung von 25 % der **Abgeordnetenbezüge** für Ministerinnen und Minister, die ja zusätzlich nichts leisten, eigentlich sachlich nicht zu rechtfertigen. Wir müssen uns irgendwann grundsätzlich darüber unterhalten, dass wir den Grundsatz, einmal aus den öffentlichen Kassen ordentlich zu bezahlen, umsetzen und nicht verschiedene Systeme der Dotierung der öffentlichen Kassen zusammenfügen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte festhalten, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung die FDP-Forderung erfüllt, eine Regelung zu treffen, die den **erhöhten Ruhegehaltsanspruch** von sich bereits im **Ruhestand befindlichen Ministern** reduziert. Wir hatten den Finanzminister dazu aufgefordert. Er hat das gegen seinen ursprünglichen Willen umsetzen lassen, das ist in Ordnung.

Aber die Landesregierung hat in der Zeit von 1990 bis 1996 sehenden Auges ohne ausreichende Rechtsgrundlage die jährlichen **Sonderzahlungen**, wie zum Beispiel das Weihnachtsgeld, an die Ministerinnen und Minister ausgezahlt. Sie werden verstehen, dass es mir nach der Debatte vom 14. November dieses Jahres eine besondere Freude ist, auf diesen Punkt noch einmal einzugehen. Denn ich möchte fragen, ob der Kollege Hay und die Kollegin Heinold in Ansehung des Umdrucks, den wir zwischenzeitlich erhalten haben, dem Schriftverkehr zwischen Rechnungshof und Regierung, ihre Redebeiträge heute noch einmal so halten würden wie damals. Ich gehe davon aus, sie kannten das nicht, denn sonst hätten sie sich nicht hier hingestellt und gesagt, das, was wir gesagt haben, sei populistisch.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch, doch, die können alles!)

Im Umdruck des Landtages 15/4012 ist nachzulesen, was eigentlich die Geschäftsgrundlage war. Ihr könnt mit großer Freude feststellen, dass die Presseerklärung des Landesrechnungshofs erst das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, als die Debatte hier beendet war, sonst hätte ich mich anders geäußert, als ich das getan habe.

Mit Schreiben vom 19. April 1990 an die Finanzministerin Heide Simonis zeigte der Landesrechnungshof Folgendes an: Ihm sei bekannt geworden, dass Urlaubsgeld an die Empfänger von Amtsbezügen, Ministerpräsident, Landesminister, bezahlt werde, obwohl sie nicht zum berechtigten Personenkreis

gehörten. Das Gleiche gelte für die jährliche **Sonderzahlung** Weihnachtsgeld. Wörtlich führt anschließend der Landesrechnungshof aus:

„Sollte die Zahlung des Urlaubsgeldes an die Empfänger von Amtsbezügen auf § 5 des Landesministergesetzes in der Fassung vom 15. 09. 1960 gestützt werden, wird darauf hingewiesen, dass sich diese Vorschrift nur auf das Amtsverhältnis des Ministerpräsidenten und der Landesminister erstreckt, nicht jedoch auf ihre Amtsbezüge, die erst im zweiten Abschnitt des Gesetzes geregelt werden.“

In einem weiteren Schreiben zitiert der Landesrechnungshof aus einem Schreiben der Landesregierung vom 27. Juni 1995. Die Landesregierung ging dort davon aus, dass eine eigenständige Novelle des Landesministergesetzes für diese Frage nicht ausreiche. Im Klartext waren Sie sich schon damals darüber im Klaren, dass hier eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen erfolgen muss. Wenn Herr Finanzminister Stegner heute immer noch erklärt, die Landesregierung sehe in § 5 des Ministergesetzes eine ausreichende Grundlage für die Zahlung des Weihnachtsgeldes, dann ist dies - gelinde gesagt - wenig glaubhaft, auch für einen Nichtjuristen.

Die Rechtsänderung erfolgte erst, nachdem der Rechnungshof mit Schreiben vom 28. Juni 1996 eindringlich vor den Folgen einer Untätigkeit in dieser Frage warnte. Auch hier zitiere ich:

„Sichere Rechtsgrundlagen würden auch dem Schutz derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen, die die rechtswidrigen Leistungen bisher zur Zahlung angewiesen haben und deshalb permanent der Gefahr ausgesetzt sind, zur Verantwortung gezogen zu werden.“

Herr Dr. Stegner, wenn Sie Artikel 23 der Landesverfassung nicht nur lesen, sondern auch ernst nehmen würden, dann würden Sie auf Fragen des Parlamentes nach bestem Wissen, unverzüglich und vollständig antworten. Das haben Sie in Ihrem Redebeitrag nicht getan, weil Sie die Chronologie der Ereignisse schlicht und einfach verschwiegen haben. Ich stelle für mich selbst und meine Fraktion fest: Sie operieren wie immer hart an der Wahrheit, aber nicht mit der Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Es soll damit auch sein Bewenden haben. Aber ich finde es ziemlich merkwürdig, wenn Parlamentarier in diesem hohen Haus im Rahmen einer Dringlich-

(Wolfgang Kubicki)

keitsdebatte vors Brett genommen werden, ohne dass das Parlament - übrigens auch 1997 nicht - vollständig von der Regierung über die Geschäftsgrundlage informiert worden ist. Wenn wir uns das als Parlamentarier gefallen lassen, verabschieden wir uns hinsichtlich unserer Kontrollfunktion selbst aus dem parlamentarischen Bereich.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Jost de Jager [CDU])

Wir bitten darum - wobei ich verstehen kann, dass die Frage der Sonderzahlung, die wir schon erörtert haben, von den regierungstragenden Fraktionen anders entschieden wird, als wir das vorschlagen -, noch einmal sehr intensiv darüber nachzudenken, ob wir die **Änderung des Abgeordnetengesetzes** nicht jetzt gleich mitbeschließen sollten, die Frage der 25-prozentigen Sonderzahlungen. Denn nach außen wird es den Menschen dieses Landes schwer zu erklären sein, warum eigentlich diese Sonderzahlung für Ministerinnen und Minister geleistet wird, die gleichzeitig Abgeordnete sind.

Das wäre ein Signal, von dem ich glaube, dass es die Glaubwürdigkeit der Politiker zurückbringen würde, die wir - jedenfalls in dieser Frage - in der Gefahr stehen zu verlieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte um das Ministergesetz hat zwei Aspekte: Zum einen gibt es, sachlich begründet, die Notwendigkeit, das Ministergesetz zu ändern. Zum anderen - wir haben es eben wieder gehört - haben wir eine FDP-Landtagsfraktion, die mangels eigener inhaltlicher Themen alles nutzt, um auf sich aufmerksam zu machen, und die sich für keine populistische Debatte zu schade ist.

Zum ersten Aspekt: Es war Finanzminister Stegner, der das Parlament darauf aufmerksam gemacht hat, dass wir das Ministergesetz aufgrund eines Gerichtsurteils ändern müssen, damit es nicht zu höheren als zu den vom Gesetzgeber gewollten **Versorgungsansprüchen** kommt. Es war die Landesregierung, die uns als Gesetzgeber einen Entwurf für eine Gesetzesänderung zugeleitet hat. Meine Fraktion hat von Anfang an Zustimmung zu dieser Änderung signalisiert

und außerdem gefordert, dass ehemaligen Ministern nur dann erhöhte Versorgungsansprüche gezahlt werden dürfen, wenn dies rechtlich eindeutig begründet werden kann. Wir begrüßen es, dass die Landesregierung inzwischen so entschieden hat.

Die Diskussion in den Fachausschüssen hat ergeben, dass die Opposition in der Sache selbst keinen Alternativvorschlag hat.

(Thorsten Geißler [CDU]: Was?)

- Ja, zu dem eigentlichen Vorgang haben Sie keine Alternative! Sie haben heute gesagt: Wenn nicht noch der Antrag bestehen würde, würden Sie dem Gesetz - so wie von der Regierung vorgelegt - zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Aspekt der heutigen Aussprache: Das Missliche an der Debatte ist, dass sich die FDP für keine Schlagzeile zu schade ist. Ich kenne keinen Änderungsantrag der CDU. Ich kenne nur die Aussage, dem FDP-Antrag, der sich mit etwas anderem als dem Ursprung beschäftigt, plötzlich zustimmen zu wollen. Die FDP hat versucht, den Eindruck zu erwecken, als würden alle Minister und Ministerinnen im Land Schleswig-Holstein zu Unrecht Weihnachts- und Urlaubsgeld erhalten, als würden sie sich außerdem nicht an den Kürzungen, die für die übrigen Beamten gelten, beteiligen.

Deshalb möchte ich für meine Fraktion noch einmal zu allen vier Punkten, die in der Diskussion waren, Stellung nehmen: Richtig ist, dass die Landesregierung besser beraten gewesen wäre, wenn sie den **Landtag** schon früher über die Notwendigkeit der Änderung des Ministergesetzes **informiert** hätte.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist aber auch, dass Finanzminister Stegner dies sehr bald nach seinem Amtsantritt gemacht hat und dass die Landesregierung damit selbst initiiert hat, dass das Gesetz geändert wird.

Richtig ist, dass die Minister und die Ministerinnen auch zukünftig Weihnachtsgeld erhalten. Richtig ist aber auch, dass sie zukünftig kein Urlaubsgeld mehr erhalten und dass ihr Weihnachtsgeld von 84 % auf 60 % sinkt, so wie das für alle anderen Beamten ab A14 gilt.

Richtig ist, dass der Landesrechnungshof die Landesregierung seit 1990 darauf aufmerksam gemacht hat, dass das **Ministergesetz geändert** werden muss, um den **Weihnachtsgeldanspruch** der Ministerinnen und Minister unzweifelhaft **rechtssicher zu machen**. Richtig ist aber auch, dass die Landesregierung diese

(Monika Heinold)

Änderung gegenüber dem Rechnungshof in mehreren Schreiben zugesagt hat und dem Landtag einen Änderungsvorschlag gemacht hat, der schon 1996 im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts beschlossen wurde.

Richtig ist auch, dass der Landesrechnungshof diese Gesetzesänderung zu keinem Zeitpunkt für so wichtig erachtet hat, dass er dem Landtag als Gesetzgeber eine Änderung empfohlen hat. Richtig ist, dass Abgeordnete, die gleichzeitig Minister sind, sowohl ihr Ministergehalt als auch zusätzlich 25 % der Abgeordnetendiät erhalten. Richtig ist aber auch, dass die FDP nun vorschlägt, ohne eine reguläre erste Lesung einfach mal so das **Abgeordnetengesetz** zu ändern. Herr Kubicki, und das bei Ihrem parlamentarischen Selbstverständnis!

Gerade bei der **Änderung des Abgeordnetengesetzes** aber müssen wir sorgsam vorgehen und gemeinsam klären, ob ein Vorschlag, der gewählten Abgeordneten keinerlei Entschädigung zubilligt, rechtlich überhaupt zulässig ist. Ich wundere mich sehr über die Ausführungen von Herrn Geißler. Sie sagen, dass ein Minister grundsätzlich keine Zeit für eine Abgeordnetentätigkeit hat. Stellen Sie sich daher gemeinsam mit meiner Fraktion hier hin und fordern Sie die **Trennung von Amt und Mandat!** Das wäre der einzig konsequente Weg für Ihre Aussage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachtet man die Vorgänge also nüchtern, so wird schnell deutlich, wie unangemessen alle Vorwürfe der FDP sind. Es wird deutlich, dass die FDP versucht, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, Politiker und Politikerinnen würden sich unangemessen bereichern. Ich empfehle der FDP, bei der nächsten Debatte über Politikverdrossenheit im Landtag nicht im Plenum zu erscheinen. Sonst wird es verdammt ungemütlich für die Liberalen! Völlig unverständlich ist mir, warum die CDU auf jeden Zug aufspringt, den die FDP vorbeischiebt. Die FDP spielt mit dem Feuer der Demokratie und die CDU macht mit, statt sich deutlich zu distanzieren. Peinlich für die größte Oppositionspartei hier im Lande!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SSW und des Abgeordneten Andreas Beran  
[SPD])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Frau Kollegin Silke Hinrichsen das Wort.

(Unruhe)

Frau Hinrichsen, Sie haben das Wort. Die anderen sind entschlossen, Ihnen aufmerksam zu folgen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits in mehreren Debatten hier im Landtag über die Änderung dieses Gesetzes diskutiert. Deshalb fasse ich mich, was den Gesetzentwurf angeht, der praktisch unverändert aus den Ausschussberatungen kommt, relativ kurz.

Durch die gesetzliche Lücke des alten Ministergesetzes hat das Land im Ergebnis zusätzlich 267.000 € an Ministerpensionen zu bezahlen. Das ist bedauerlich. Dennoch geht es hier nicht so sehr um die Höhe der Summe, sondern vielmehr um das Prinzip. Es kann nicht sein, dass einem Landesminister, der vorher Beamter war, die Versorgung so berechnet werden darf, als ob er während der gesamten Vordienstzeit bereits Minister gewesen wäre. Diese zusätzlichen Pensionen, die ehemalige Minister auf diese Weise erhalten können, sind den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in diesen Krisenzeiten überhaupt nicht zu vermitteln.

Der SSW bleibt deshalb bei seiner Kritik, dass der Landesregierung die Problematik bereits im Frühsommer 2001 hätte klar sein müssen. Man hätte also erwarten können, dass der **Landtag** bereits damals **zeitnah informiert** worden wäre. Wir hätten dann bereits vor zwei Jahren ein entsprechendes Gesetz verabschieden können. In einer Zeit, in der wir jeden Tag über neue finanzielle Opfer der Menschen diskutieren, macht es einen katastrophalen Eindruck, wenn ein ehemaliger Minister seine schon nicht kleinen Versorgungsbezüge durch ein handwerklich nicht gut ausgearbeitetes Gesetz noch einmal stark verbessern kann. Das ist nämlich der Hintergrund der Gerichtsentscheidung; es geht nicht um das Gericht, sondern um das Gesetz selbst.

Die Gesetzesänderung kommt spät. Der vorliegende Gesetzentwurf wird die Überversorgung der Minister beenden und dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers Genüge tun. Auch wenn das Oberverwaltungsgericht seine Entscheidung auf einen Verweis im Landesministergesetz 2000 stützt, so war es der Wille des Landesgesetzgebers, anderweitige Dienstzeiten nur für maximal fünf Jahre anzuerkennen. Deshalb gilt: Der Gesetzentwurf der Landesregierung sorgt jetzt dafür, dass sich die Pensionen für Minister wieder in diesen angemessenen Grenzen halten.

Die FDP hat bei den Ausschussberatungen - und nun auch wieder im Plenum - eine Änderung zum Landesministergesetz eingebracht, die zum einen die

(Silke Hinrichsen)

Abschaffung des Weihnachtsgeldes der Minister vorsieht und zum anderen die ersatzlose Streichung der Abgeordnetenentschädigung für Abgeordnete, die gleichzeitig Minister sind.

Der SSW bleibt bei seiner ablehnenden Haltung zu diesem Vorstoß. Das **Weihnachtsgeld** der Ministerinnen und Minister ist - genau wie bei den Beamten des Landes - durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen gekürzt worden. Dazu bleiben wir auch bei unserer Auffassung, dass das Weihnachtsgeld des Kabinetts seit 1962 auf ordentlicher rechtlicher Grundlage ausbezahlt worden ist. Die vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen Präzisierungen sind umgesetzt worden. Auch hier gibt es keine Grundlage, offensichtlich falsche Legenden öffentlich zu vertreten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind keine Präzisierungen, das ist eine Rechtsgrundlage!)

Die vorgeschlagene **Abschaffung der Abgeordnetenentschädigung** bei Ministern kann man unserer Auffassung nach nicht so einfach durch die Hintertür über das Landesministergesetz umsetzen. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass dieser FDP-Vorschlag bei der spätestens nach der Landtagswahl notwendigen Änderung des Abgeordnetengesetzes, die ja ganz sicher wegen der Diätenreform in Angriff genommen werden muss, eine Rolle spielt. Dabei sollte die Möglichkeit eröffnet werden, dass Minister des Landes ihr **Mandat ruhen lassen** können. Dies wäre nach unserer Ansicht der richtige Weg. Unserer Ansicht nach müssen die gesamten Strukturen des Landesministergesetzes und des Abgeordnetengesetzes geändert werden. In diesem Jahr ist ein Versuch gestartet worden, dies zu ändern. Dieser ist im wahrsten Sinne des Wortes fehlgeschlagen. Unserer Ansicht nach ist es jedoch nicht sinnvoll, dies jetzt über diesen Weg zu machen. Vielmehr sollte dies insgesamt angegangen werden. Es sollte geguckt werden, ob man nicht einfach das Abgeordnetenmandat ruhen lassen kann. Es gibt diese Probleme dann nicht mehr. Es wäre nach unserer Ansicht der demokratischere Weg, das Regierungsmandat und das Mandat im Landtag zu trennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 erteile ich dem Herrn Abgeordneten Thorsten Geißler.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Heinold, um es klarzustellen: Wir wollen, dass die **erhöhten Zahlungen für ehemalige Minister** abgeschmolzen werden. Wir wollen, dass die Versorgungszahlungen für künftige Fälle auf das Niveau begrenzt werden, das der Landtag immer gewollt hat. Und wir wollen, dass die Besserstellung von Ministern gegenüber den Beamten beseitigt wird. Insofern können wir keine Alternativen zu diesen richtigen Vorschlägen der Regierung vorbringen. Es ist doch nur konsequent, dann noch einen Schritt weiter zu gehen und dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann bekommen wir ein Gesamtpaket.

Natürlich können wir in diesem Hause auch über die **Trennung von Amt und Mandat** diskutieren, aber das hat nichts mit der Frage der Alimentierung von Landesministern oder Abgeordneten zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist alles ein bisschen komplizierter, als Sie es dargestellt haben, Frau Heinold. Wir haben das hier im Haus auch schon unter verfassungsrechtlichen Fragestellungen diskutiert.

Es ist zutreffend. In Hamburg gibt es ein **ruhendes Mandat**. Aber das ist verfassungsrechtlich nicht unbedenklich. Es gibt eine Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofes, der das für verfassungswidrig erklärt. Warum? - Weil für den Fall des Ausscheidens eines Ministers aus der Regierung und der Wiedereinnahme des Abgeordnetensitzes die konkrete Zusammensetzung des Parlaments nicht aus der Wahl erfolgt, also direkt durch das Volk, sondern durch die individuelle Entscheidung eines Einzelnen, der das freiwillig machen oder von der Ministerpräsidentin oder vom Ministerpräsidenten entlassen würde.

Das ist verfassungsrechtlich bedenklich, weil die Zusammensetzung des Parlamentes immer dem Volkswillen und nicht der Entscheidung Einzelner entspringen muss.

Man kann das über eine strikte Trennung von Amt und Mandat umgehen. Das heißt, wer Minister wird, muss sein Abgeordnetenmandat aufgeben und kann es nicht wiedererlangen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man machen.



(Thorsten Geißler)

Das ist auch einmal von einem Kollegen meiner Fraktion, dem Abgeordneten Haller, in diesem Haus beantragt worden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ohne Ihre Stimme!)

Das haben wir sehr ausführlich diskutiert. Wenn Sie das in den Protokollen nachlesen, werden Sie Argumente dafür finden. Sie werden aber auch Argumente dagegen finden. Die Bereitschaft, Ministerämter zu übernehmen, die Stärkung der Stellung des Regierungschefs - all das muss man sehr differenziert betrachten und beleuchten. Das können wir tun. Wir können die Debatte führen. Auch in der nächsten Legislaturperiode können Anträge von Ihnen gestellt werden.

Aber, meine Damen und Herren, das hat nichts mit der heute anstehenden Entscheidung zu tun. Vermengen Sie das nicht. Verwurschten Sie das nicht. Stimmen Sie dem Änderungsantrag zu. Wenn Sie andere Vorschläge haben, die die Stellung von Ministern oder Abgeordneten betreffen, dann sehen wir Ihren Vorschlägen gespannt entgegen. Dann müssen Sie es aber ausführlicher begründen, als Sie es heute getan haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich finde es heute Morgen außerordentlich bemerkenswert, mit welcher Ernsthaftigkeit die Opposition die Probleme des Landes hier diskutiert. Das ist sehr eindrucksvoll.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern möchte ich - um zu den Fakten zu kommen - noch einmal daran erinnern: In der Tat ist es der Mensch, der hier am Podium steht, gewesen, der das Parlament darüber informiert hat - und zwar die Fraktionsvorsitzenden -, dass aufgrund eines Urteils das Landesministergesetz aus Sicht der Regierung geändert werden müsse, damit **eine nicht gewollte Besonderstellung**, die weder das Parlament noch die Regierung wollte, ausgeräumt werden kann. Es ist übrigens das Land Schleswig-Holstein, das diese Klage verloren hat. Das ist unerfreulich. Man hatte die Rechtsfolgen zu respektieren.

Erstens. Ich akzeptiere durchaus die Kritik, die wie folgt lautet: Damit habt ihr euch zu lange Zeit gelassen. - Das kann ich akzeptieren.

Alles andere und insbesondere die Behauptung, es bedürfe kleinerer Parteien, die schon sehr lange keine Minister mehr gestellt haben, um mich dazu zu bringen, etwas einzubringen, was ich selbst unter anderem dem Vertreter der FDP in dieser allerdings vertraulichen Runde mitgeteilt habe - einen Tag später konnte ich es in der Zeitung lesen -,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch das stimmt nicht!)

ist ein Stil, sehr geehrter Herr Abgeordneter, der nicht meinem Verständnis vom Umgang miteinander entspricht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. In der Sache haben wir all die Veränderungen, die notwendig waren, auf den Weg gebracht. Dazu gehört übrigens auch, dass man vernünftig prüft, ob Nachzahlungen erforderlich sind. Ich habe dies getan. Ich habe nicht vorschnell geurteilt. Sie haben mich von zwei Seiten kritisiert. Erst haben Sie gesagt, er versorge nur seine Genossen; so etwas habe ich in der Zeitung gelesen. Dann haben Sie gesagt, ich würde Ministern Geld hinterherwerfen. Das sind Dinge, von denen man hinterher nichts mehr wissen will.

Es musste sorgfältig geprüft werden. Wir haben das getan. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, von dem ich feststelle, dass die Mehrheit dieses Parlaments dieses Ergebnis teilt. Wenn Sie diesem heute zustimmen - wovon ich ausgehe -, wird die Versorgung, die wir nicht haben wollten, auf das Maß zurückgeführt, das erforderlich ist.

Ich komme auf die Debatte vom 14. November zurück. Ich war schon sehr erstaunt, Herr Abgeordneter, dass Sie sich getraut haben, diese Debatte hier noch einmal anzusprechen. Denn eigentlich ist es für Sie und nicht für mich ein außerordentlich peinlicher Vorfall am 14. November gewesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

Sie haben sich hier hingestellt, sozusagen das Feuer gelegt, dann die Feuerwehr gerufen und behauptet, es habe rechtswidrige Zahlungen - natürlich erst seit der Regierungszeit unter Beteiligung von Sozialdemokraten - gegeben. Ich habe Ihnen in aller Sachlichkeit und Kühle hier vorgetragen, dass das Weihnachtsgeld 1961 von einem FDP-Minister eingeführt worden ist. Dass Sie die Traute haben, das hier anzusprechen,

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

spricht zwar nicht für Ihr Einschätzungsvermögen, aber für Ihren Mut. Das muss ich schon sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, lieber Herr Abgeordneter: Knapp daneben ist leider auch vorbei.

Ich habe das Schreiben, auf das Sie sich hier beziehen, mitgebracht. Der Herr Vizepräsident des Landesrechnungshofes kennt es. In diesem Schreiben lautet der Betreff: „Zahlung von Urlaubsgeld an die Empfänger von Amtsbezügen“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über **Urlaubsgeld** haben wir in der Sitzung am 14. November gar nicht debattiert. Wir haben über das **Weihnachtsgeld** diskutiert. Ich habe meine Rede mit, die ich hier vorgetragen habe. Da habe ich den Briefwechsel - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben über Sonderzahlungen debattiert!)

- Die Sonderzahlungen beziehen sich auf das Weihnachtsgeld. Hier ist explizit vom - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie beziehen sich auch auf das Urlaubsgeld!)

- Sehr verehrter Herr Abgeordneter, hier heißt der Betreff: „Urlaubsgeld“. Vom Weihnachtsgeld ist in einem anderen Zusammenhang die Rede.

Es ist peinlich, wenn man nicht genau liest. Ich würde sehr gern das Protokoll der Rede als Presseerklärung zur Verfügung stellen, damit man es nachlesen kann. Dann stellen Sie fest, dass Sie sich damit blamieren, sehr verehrter Herr Abgeordneter. Es ist Ihre Angelegenheit, ob Sie dies tun.

Ich kann nur feststellen: Ihre Vorwürfe sind nach wie vor in der Sache vollständig substanzlos. Das ist völlig unabhängig von der Frage, ob man darüber streitet, wie die **rechtliche Bewertung** gesehen werden muss. Das haben offenbar Ihre Justizminister in den 60er-Jahren falsch beurteilt. Das mag angehen. Insgesamt ist es mit der Seriosität solcher Dinge leider nicht weit her.

Bei den Problemen, die das Land zu bewältigen hat, würde ich mir eigentlich wünschen, dass wir diese mit mehr Ernsthaftigkeit angehen. Ich bedanke mich bei den Mehrheitsfraktionen dafür, dass sie ein vernünftiges Gesetz beschließen werden. Ich bedauere sehr, dass wir uns immer wieder mit solchen Dingen, wie Sie sie hier vorgetragen haben, beschäftigen müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da sieht man, dass Sie kein Jurist sind!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein. Es geht um die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes. Der ursprüngliche Gesetzentwurf der Landesregierung ist die Drucksache 15/2922.

Die Frau Berichterstatterin hat empfohlen, diesen Gesetzentwurf in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses gemäß Drucksache 15/3079 anzunehmen. Zu dieser Beschlussfassung gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachennummer 15/3108. Wir werden deshalb zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und dann über die Beschlussfassung des Finanzausschusses.

Wer dem Änderungsantrag der FDP, Drucksache 15/3108, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/3108, ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses gemäß Drucksache 15/3079. Wer diesem Gesetzentwurf, Drucksache 15/3079, seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in der Drucksache 15/3079 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. - Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Neuordnung der gymnasialen Oberstufe**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3007 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der CDU hat Frau Kollegin Sylvia Eisenberg.

**Sylvia Eisenberg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Untersuchung des Instituts für Angewandte Mathematik der Fachhochschule Flensburg vom Oktober dieses Jahres konnten wir nachlesen, dass nur einer von 447 Schülern der Abschlussklasse von Oberschulen im Norden Schleswig-Holsteins alle vorgegebenen 20 mathematischen Aufgaben gelöst hat, Aufgaben, die eher im Bereich des Mittelstufenstoffes angesiedelt waren. Nur 10 % aller Schülerinnen und Schüler waren einigermaßen fit, das heißt, nur insgesamt rund ein Viertel aller Schüler, die daran teilgenommen haben, wären dafür geeignet, ein mathematisches Studium aufzunehmen.

Unsere Schüler an den Oberstufen der Gymnasien sind nicht ausreichend auf das Studium vorbereitet. Das wird auch im Bericht des Hochschulinformationssystems zur Studienabbrecherquote vom Juli 2002 klar. Die **Studienabbrecherquote** in Mathematik und in den Naturwissenschaften liegt zwischen 12 und 37 %, die zusätzliche Quote der Fachbereichswwechsler zwischen 7 und 45 %. Das heißt, die so genannte Schwundquote reicht bis 58 %. Ähnliches und noch Schlimmeres finden wir im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften. Hier finden wir eine Schwundquote von insgesamt 73 % der Studienanfänger.

Das alles sind Studierende, die mit dem zunächst angedachten Studium nicht zurechtkommen.

Diese Zahlen können uns in Schleswig-Holstein nicht befriedigen. Die Ursachen für Studienabbruch und Studienwechsel sind sicher differenziert zu betrachten. Wie die Untersuchung des Institutes für Angewandte Mathematik in Flensburg zeigt, fehlen offensichtlich vor allen Dingen die Voraussetzungen, das heißt die inhaltlichen und methodischen Kenntnisse, die die Schulen den künftig Studierenden oder Auszubildenden mitgeben.

„Was die Schulen mit ihrem Unterricht den Schülerinnen und Schülern nicht beibringen, fehlt den späteren Studenten an den Hochschulen.“ Das ist nicht ein Zitat meiner Parteifreunde, sondern das ist ein Zitat der Bundesbildungsministerin Bulmahn vom 6. Juni 2003.

Deshalb haben wir heute unseren Antrag zur Reformierung der gymnasialen Oberstufe eingebracht. Die CDU will eine **Stärkung der Kernfächer** zugunsten eines klaren Bildungsgrundprofils. Die Spezialisierung auf und in Leistungskursen hat - wie die Zahlen belegen - während der letzten fast 30 Jahre Studienabbruch und Studienwechsel nicht verringert, sondern erhöht - nachzulesen im Hochschulinformationssystem.

Eine breitere inhaltliche und methodische Grundlage mit verbindlichen Stundenanteilen bis zum Abitur in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache sowie in zwei Naturwissenschaften wird den immer wieder von Wirtschaft und Hochschulen erhobenen Forderungen gerecht, sowohl den sprachlichen als auch den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu stärken und einer frühen Spezialisierung vorzubeugen. Nebenbei kann auf diese Art und Weise auch ein Fachbereichswechsel für die zukünftigen Studenten erleichtert werden. Durch die individuelle Wahl zweier weiterer Fächer bleibt eine zusätzliche Schwerpunktsetzung im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, im sprachlichen Bereich oder im gesellschaftspolitischen Bereich weiterhin möglich.

Der in Schleswig-Holstein eingeführte VU-Unterricht, gerade auch von Schülern als Spielwiese belächelt, wird nach unseren Vorstellungen in die Fächer integriert und der Projektunterricht im Rahmen der in Punkt 5 unseres Antrages genannten Arbeits-, Lern- und Prüfungsformen ersetzt durch ein projektorientiertes Arbeiten mit dem verpflichtenden **Abschluss eines Kolloquiums**, das gleichzeitig die **mündliche Prüfung im Abitur** ersetzen kann. Das wäre auch ein größerer Anreiz, sich dieser Form zuzuwenden.

Ich will nicht verhehlen, dass das **Abitur in fünf Fächern** - vier schriftlich und eins mündlich - für die Lehrkräfte zunächst eine Horrorvorstellung wegen des zusätzlichen Arbeitsaufwandes darstellt. Ich will aber noch einmal daran erinnern, dass die CDU für landesweit zentrale Abschlussprüfungen eintritt, wie wir sie in unserem Antrag zum Zentralabitur gefordert haben, Frau Erdsiek-Rave.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Diese neue Form der gymnasialen Oberstufe eröffnet auch die Möglichkeit, verstärkt auf den **Unterricht im Klassenverband** abzustellen. Damit werden stabile Lerngruppen mit gemeinsamem Unterricht auf hohem Niveau geschaffen und damit tragen wir auch zur Qualitätssicherung am Gymnasium bei. Gleichzeitig erfüllen wir auf diese Art und Weise das Anliegen der Wirtschaft und der Unternehmensverbände, die im September ähnliche Forderungen an die gymnasialen Oberstufenschüler gestellt haben.

Ich bitte um Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Eisenberg, ich wage an dieser Stelle einfach einmal die Behauptung, dass die Abbrecherquote an den Universitäten mit einer mangelhaften mathematischen Grundausstattung oder unzureichenden Mathematikkenntnissen sicherlich nichts zu tun hat. Nach meinem Kenntnisstand ist die Anzahl der Abbrecher an philosophisch-geisteswissenschaftlichen Fakultäten mindestens genauso hoch wie an mathematisch-naturwissenschaftlichen. Ich sehe hier überhaupt keinen Zusammenhang.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Herr Höppner, Sie hätten zuhören müssen!)

Noch vor relativ kurzer Zeit hat sich hinsichtlich der gymnasialen Oberstufe eine Grundsatzauseinandersetzung um die Frage entwickelt, ob man zu einer Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre kommen kann, ohne damit die Qualität dieses Bildungsabschlusses und damit die Hochschulzugangsqualifikation entscheidend zu verschlechtern. In letzter Zeit wird vonseiten der CDU über ganz andere Strukturmaßnahmen nachgedacht. Die bildungspolitische Wortführerin der Union, die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan, will das bisherige nach Grund- und Leistungskursen differenzierte Oberstufensystem ablösen. Anstelle der differenzierten Kurse sollen **obligatorische vierstündige Kurse** in Mathematik, Deutsch und in einer Fremdsprache sowie weitere Kursverpflichtungen treten, die für die **studienvorbereitende individuelle Profilierung** eines Schülers kaum noch Raum lassen, wie wir meinen. Es ist eben jenes baden-württembergische Modell, das im Wortlaut, aber nicht im Inhalt nur unwesentlich von Ihrem Antrag abweicht.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das ist richtig!)

Sie haben an dieser Stelle ja schon einmal festgestellt, wenn man sich auf Anträge der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein vorbereiten will, dass man dann am besten ins Internet geht und unter „Baden-Württemberg“ nachschaut.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das ist besser, als wenn man gar keine Anträge stellt!)

Aus der Sicht meiner Fraktion macht ein solcher Antrag keinen Sinn. Bereits bisher ist durch Absprache innerhalb der Kultusministerkonferenz sichergestellt, dass die **Schulabschlüsse** der einzelnen Bundesländer gegenseitig anerkannt werden und **als bundesweite Hochschulzugangsberechtigung** ausreichen. Was wir brauchen - das gilt für alle Schularten und alle Altersgruppen -, sind präzise Standards, nicht engere

Strukturen. Dieser Auffassung waren Sie, Frau Kollegin Eisenberg, gestern auch.

Gerade die letzte Oberstufenverordnung, die - Sie werden sich erinnern - erst im vergangenen Jahr novelliert worden ist, lässt keinen Zweifel daran, dass der Schwerpunkt Mathematik gestärkt wurde. Es gibt hier keinen Nachholbedarf. Es gibt sogar viele Stimmen aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, die darüber klagen, dass der mathematisch-naturwissenschaftliche Bereich gegenüber den Geisteswissenschaften bevorzugt wird.

Ich mache mir diese Kritik nicht zu Eigen: Wer aber die Stärkung einer Fächergruppe fordert, der muss auch sagen, welche er stattdessen reduzieren will. Denn über eines müssen wir uns klar sein: Das Prinzip „additiv statt alternativ“ kann es in der gymnasialen Oberstufe nicht geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es weiterhin für richtig, dass für 16-jährige Schülerinnen und Schüler, für die die Frage nach ihrer weiteren Ausbildung nach dem Abitur, sei es eine Berufsausbildung - das ist für mehr als die Hälfte der Fall - oder sei es ein Studium, immer näher rückt, **eigene Profilierungsentscheidungen** notwendig sind. Das in den 70er-Jahren bundesweit etablierte System der Wahl zwischen verschiedenen Fächern und zwischen Grund- und Leistungskursen hat sich unserer Auffassung nach bewährt.

Baden-Württemberg - das können wir durchschauen - hat einen anderen nachvollziehbaren Grund, zu weniger, aber dafür größeren Lerngruppen innerhalb der gymnasialen Oberstufe zu kommen. Dieser Grund liegt in der Mittelknappheit. Das ist ganz offensichtlich. Ein durchlaufendes **Klassenprinzip** bindet weniger Lehrkräfte als ein ausdifferenziertes Kurssystem. Das legt den Verdacht nahe, dass das Kurssystem in der Oberstufe das Opfer ist, das Frau Schavan ihrem Finanzminister zu erbringen hat.

Wir sehen keine Notwendigkeit, uns in interne Auseinandersetzungen der baden-württembergischen Landesregierung einzumischen. Von daher werden Sie es uns nicht verübeln, wenn wir Ihren Antrag heute ablehnen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Verbesserung der gymnasialen Oberstufe** ist zweifellos ein wichtiges bildungspolitisches Anliegen. Dazu unterbreitet der Antrag der CDU-Fraktion einige durchaus bedenkenswerte Vorschläge. In einigen Teilen ist der Antrag der Union nach meiner Überzeugung aber überhaupt nicht dazu geeignet, das deklarierte Ziel tatsächlich zu erreichen. Geradezu kontraproduktiv, Frau Kollegin Eisenberg, finde ich die in Ihrem Antrag vorgesehene Möglichkeit, die ohnehin nur in einem einzigen Fach vorgeschriebene **mündliche Abiturprüfung** durch eine so genannte **besondere Lernleistung** zu ersetzen, zum Beispiel durch eine Seminararbeit oder durch einen Wettbewerbsbeitrag.

Viel sinnvoller, Frau Kollegin Eisenberg - ich denke, bei einem gewissen Nachdenken werden Sie auch zu diesem Schluss kommen -, wäre es, solche **besonderen Lernleistungen**, also eine Seminararbeit oder einen Wettbewerbsbeitrag, als **Ersatz für eine der schriftlichen Abiturprüfungen** vorzusehen. Wir haben jetzt drei schriftliche Abiturprüfungsfächer. Sie wollen, wie es auch in dem letzten Landtagswahlprogramm der FDP heißt, die Zahl der Prüfungsfächer im Abitur auf fünf erhöhen. Es gäbe dann vier schriftliche Prüfungen. Eine davon durch eine besondere Lernleistung ersetzen zu lassen, wäre in der Tat eine sinnvolle Lösung. Was Sie vorschlagen, erlaubt es den Schülern gegebenenfalls, um eine mündliche Abiturprüfung vollkommen herumzukommen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Natürlich. Eine Seminararbeit ist eine schriftliche Leistung. Ein Wettbewerbsbeitrag, „Jugend forscht“ und Ähnliches, beruht im Wesentlichen auf dem schriftlich eingereichten Wettbewerbsprojekt. Das heißt, die Zuordnung als Ersatz für eine schriftliche Prüfung ist logisch. Sie sehen vor, dass die mündliche Prüfung ganz entfallen könnte, wenn die Schüler stattdessen eine so genannte besondere Lernleistung erbringen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

- Lassen Sie mich das kurz erläutern, damit Sie auch meine Begründung haben. Dann können Sie gerne eine Frage stellen.

Im Hochschulbereich gibt es im Laufe des Studiums viele mündliche Prüfungen. Es ist eher ein Problem - ich bin selber Hochschullehrer -, dass Studierende nicht hinreichend gut auf die Situation der mündlichen Prüfung vorbereitet sind. Wenn im Schulbereich, im Abitur, keine **mündliche Prüfung** mehr

stattfände, wäre das ein Problem. Im Berufsleben, in der Wirtschaft, bei der Auswahl der Arbeitsplätze spielen Dinge wie Assessment Center und Ähnliches eine wichtige Rolle. Das ist im Grunde auch so etwas wie eine mündliche Prüfung.

Ich bleibe dabei: Es muss wenigstens in einem Fach - das ist ohnehin ein Minimum - im Abitur eine mündliche Prüfung stattfinden.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man darf sich darum nicht in irgendeiner Weise herumnavigieren können. - Jetzt haben Sie die Begründung gehört. Sie können jetzt gern eine Frage stellen.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Eine Sekunde bitte. Das Wort wird nach wie vor durch das Präsidium erteilt. Das ist jetzt der Fall. Frau Kollegin Eisenberg, Sie haben das Wort.

**Sylvia Eisenberg** [CDU]: Die Frage, Herr Dr. Klug, kennen Sie sicher vom Inhalt her auch. Wenn ich von einem Kolloquium als Abschluss rede, so gehe ich davon aus, dass auch das eine mündliche Arbeit ist. Sie werden das sicher bestätigen können.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Sie haben die besonderen Lernleistungen definiert. Sie haben gesagt: Besondere Dinge wie Seminararbeiten oder Wettbewerbsbeiträge können die mündliche Prüfung ersetzen. Meine Kritik bezieht sich darauf. Ich bleibe bei dem Vorschlag, dass, wenn man etwas anrechnen lässt, man das beim schriftlichen Teil der Abiturprüfung machen sollte, keinesfalls aber bei der mündlichen Prüfung.

Um etwas Positives zu sagen: Ich halte den Vorschlag, auf jeden Fall zwei naturwissenschaftliche Fächer bis zum Abitur einschließlich des 13. Jahrgangs verbindlich zu machen, für richtig. Diese Position haben auch wir schon vertreten. Es ist vollkommen logisch, dass man Chemie nicht machen kann, ohne Physik zu können. Man kann auch Biologie nicht machen, ohne im Fach Chemie ein Grundverständnis zu haben. Der **Zusammenhang der Naturwissenschaften** muss gesehen werden. Ich gehe aber über Ihren Vorschlag noch hinaus und sage: Wir müssen die **Dreistündigkeit der naturwissenschaftlichen Grundkurse** in der Oberstufe sicherstellen. Es gibt heute an den Gymnasien auch zweistündige Grundkurse in Naturwissenschaften. Das ist in Fächern, die mit Experimenten im Unterricht arbeiten

(Dr. Ekkehard Klug)

müssen, ein zu geringes Zeitbudget. Deshalb sollte man hier drauf satteln.

Über Ihren Vorschlag - damit will ich schließen -, dass man den Bereich der **Kernfächer** zeitlich etwas **erweitert** und die bisherigen Leistungskurse nicht mehr fünfstündig macht, sondern sie durch zwei Kursangebote ersetzt, die vierstündig sind, kann man diskutieren. Es spricht vieles dafür, dass man in diesem Sinne eine **verbreiterte Allgemeinbildung** verbindlich bis zum Abitur im Bereich der Oberstufe der Gymnasien klarer verankert. Weil meine Redezeit - wegen der langen Unterbrechung ist sie kürzer - abgelaufen ist, werde ich mich noch mit einem Kurzbeitrag melden und einige Punkte ergänzend darlegen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die OECD-Fachleute haben jüngst dem bundesdeutschen hierarchisch gegliederten Schulsystem verheerende Noten ausgestellt. Lesen Sie diese Analysen, meine Damen und Herren von der Opposition, und ziehen Sie Ihren Antrag zurück!

Ich möchte auf zwei Argumentationsstränge eingehen, die hier in der Debatte mehr als in der Antragsformulierung eine Rolle gespielt haben. Das eine ist das Thema Mathematik und Naturwissenschaften, das andere ist die Organisation der Oberstufe.

Mathematik hat in der bundesdeutschen Schullandschaft deshalb einen so schlechten Stand, weil die Didaktik der **Mathematik** etwas sehr Besonderes und nicht Einfaches ist und weil gerade die miserable didaktische Ausbildung von Mathematikern und auch Naturwissenschaftlern dazu beiträgt, dass sich nur diejenigen durchsetzen, die entweder sowieso besonders begabt sind oder von anderswo Unterstützung bekommen. Hinzu kommen geschlechtsspezifische Vorurteile, etwa dass Mädchen nicht rechnen können. Diese überwinden wir glücklicherweise langsam. Auf diese Weise wird besonders deutlich, dass wir ein bildungsbürgerlich geprägtes Schulwesen haben.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

- Das hat sehr viel damit zu tun. Denn Sie haben beklagt, dass die naturwissenschaftliche Leistung besonders schlecht ist. Das war Ihr Redebeitrag. Das

war Ihr Hauptargument für diesen Antrag. Naturwissenschaftliche und mathematische Leistungen, haben Sie gesagt, seien schlecht. Dem widerspreche ich nicht. Hier haben wir in Deutschland einen Nachholbedarf. Wenn ich mich recht erinnere, soll in den PISA-Ergebnissen eine besondere Abneigung der schleswig-holsteinischen Schüler gegen Mathematik festgestellt worden sein. Ich habe das nicht mehr so genau im Kopf. Aber ich will das einräumen. Nur hilft dagegen Ihr Antrag überhaupt nicht. Denn Sie müssen damit umgehen, dass die Fremdsprachen und eine philosophische Grundbildung, die bildungsbürgerlich erzogene Kinder mitbringen, ihnen den Vorteil einräumen, aber genau dort die Schule didaktisch wirken muss, sogar bei denjenigen, die an sich bildungsprivilegiert sind. Genau dieses Argument können Sie nicht entkräften, indem Sie sagen: Wir wollen zurück zur Schule der 60er-Jahre. Sie holen ein Oberstufenmodell aus der Mottenkiste, das aus gutem Grund abgeschafft wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die skandinavischen Schulen beeindruckten durch Abiturientenzahlen, von denen Deutschland nur träumen kann. 50 % Hochschulberechtigte pro Jahrgang sind dort überhaupt keine Sache. Wie ist dies möglich? Nachdem alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam die ersten neun oder zehn Jahre in heterogenen Lerngruppen früh gelernt haben, selbstständig und gemeinsam zu arbeiten, beginnt die Mehrheit in einer interessanten gymnasialen Oberstufe. In **finnischen Oberstufenzentren** werden die jungen Leute eine sehr große Palette von Fächern kennen lernen, die sie innerhalb von zwei bis vier Jahren zum Abitur führen, je nach Lerntempo des oder der Einzelnen.

Wie ist das finanzierbar? - Das Finanzargument wurde ja auch von Herrn Höppner genannt. - Es ist mit großen Oberstufenzentren finanzierbar. Gerade ein Flächenland wie Finnland zeigt uns, wie dies gehen kann. Wenn Schülerinnen und Schüler gelernt haben, selbstständig zu arbeiten, dann können sie auch mit großen Kursen und auch mit einer großen Vielfalt umgehen und machen dennoch ein sehr anspruchsvolles Abitur.

Sie wollen hingegen, da Sie merken, dass die Kurse in einzelnen Oberstufen zu klein werden, wieder zurück zur gymnasialen Oberstufe der 60er-Jahre mit festem Fächerkanon und argumentieren mit den schlechten naturwissenschaftlichen Leistungen. Ich glaube nicht, dass das die Lösung ist, sondern ich denke, wir müssen uns die Kritik der OECD zu Herzen nehmen, wir müssen zu einer völlig **neuen didaktischen Konzeption** kommen, gerade **auch in den Naturwissenschaften**, und wir brauchen tatsäch-

(Angelika Birk)

lich eine Oberstufe, die sowohl die Begabungsreserven ausschöpft - die gibt es ja - als auch ein Grundlagenwissen zur Verfügung stellt und insbesondere selbstständiges Arbeiten ermöglicht, was dann auch zu einem erfolgreichen Abitur führt.

Ich denke an dieser Stelle auch an die **Kooperation** der Gymnasien, Gesamtschulen und der Oberstufenangebote der Berufsschulen, die zum Abitur führen. Wenn wir diese Kompetenzen zusammennehmen - die Neuordnung der Schulentwicklung gibt uns hierzu eine Chance und fordert auch, dass wir planvoll vorgehen -, dann haben wir für die Zukunft der naturwissenschaftlichen Bildung mehr getan, als in Ihrem Antrag vorgeschlagen wird.

Wir haben als Bündnisgrüne vor wenigen Wochen unser **Schulsystem der Zukunft** öffentlich vorgestellt und viel positive Resonanz erhalten. Die Perspektive dieses Schulsystems wäre ein **Oberstufenzentrum nach finnischem Vorbild**. Ich weiß, dass man so etwas nicht über Nacht erreichen kann, dass hierzu eine lange Vorarbeit benötigt wird dass es Übergänge, viel Überzeugungsarbeit und Organisation braucht. Aber mit Ihrem Weg zurück entfernen wir uns von dem Ziel, das wir dringend erreichen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Frühjahr 2003 sagte die damalige GEW-Vorsitzende Wittmaack zu den Vorschlägen der CDU zur zukünftigen Schulpolitik - ich zitiere -:

„Mit Rezepten aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts lassen sich nicht die Probleme von heute lösen.“

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Satz gilt in gewisser Weise auch für die Vorschläge zur Neuordnung der gymnasialen Oberstufe, die wir heute diskutieren. Es sieht so aus, als hätte sich die CDU-Landtagsfraktion bei ihren Vorschlägen von CDU-geführten Bundesländern wie beispielsweise Hessen leiten lassen. In Hessen hat man bereits eine Neuordnung der gymnasialen Oberstufe durchgeführt. Kernpunkt ist dort die weitreichende Hierarchisierung der traditionellen Hauptfächer wie

Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften.

Natürlich ist es nach PISA angebracht, über die **Stärkung von Kernkompetenzen** nachzudenken. Aber genauso wichtig ist aus unserer Sicht die Frage, auf wessen Kosten dies zu geschehen hat. Geht man von dem vorliegenden Vorschlag aus, so lautet die Antwort: **auf Kosten der kreativen Fächer**.

Gleichzeitig muss man wissen, dass dadurch das bisherige Wahlgymnasium quasi abgeschafft wird. Hinzu kommt, dass uns die Stärkung der im Antrag genannten Kernfächer als Stärkung der Allgemeinbildung verkauft wird. Doch was ist, frage ich, mit der Sozialkompetenz, die immer wieder von der Wirtschaft eingefordert wird, und was ist mit den kreativen Fächern? Des Weiteren wird unterschlagen, dass die für ein Studium notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Arbeitstechniken grundsätzlich in allen Fächern des Gymnasiums vermittelt werden. Für ein erfolgreiches Studium sollten die Schülerinnen und Schüler vor allem gelernt haben, selbstorganisiert zu arbeiten und sich selbst zu motivieren. Dies kann am ehesten erreicht werden, wenn sie ihrer Begabung entsprechende Schwerpunkte setzen können. Eine gymnasiale Oberstufe nach den vorgeschlagenen Eckpunkten der CDU mit ihrer Konzentration auf die traditionellen Hauptfächer läuft daher Gefahr, die **Chancengleichheit** zurückzuschrauben und damit wieder zu dem zu führen, was Kritikpunkt der GEW-Vorsitzenden war.

Damit meine ich auch, liebe Kollegin Eisenberg, dass ich mir eine Debatte darüber gewünscht hätte, was eigentlich in einer **Schule der Zukunft die Rolle des Gymnasiums** sein soll. Aus unserer Sicht ist es zu einfach zu sagen, das Gymnasium bereite auf das Studium vor. Denn wir wissen alle, dass das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat.

(Jost de Jager [CDU]: Das ist doch der Anspruch!)

- Ja, aber der Anspruch muss auch darauf achten, dass heutzutage junge Menschen mit Abitur in ganz vielen Bereichen gefragt sind.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Genau das wollen wir, Frau Spoorendonk!)

Nur von Studienvorbereitung und von **Hochschulreife** zu sprechen, greift aus meiner Sicht heute viel zu kurz. Unbeantwortet bleibt damit auch die Frage, wie es in einem solchen Gymnasium mit der **Profilbildung** weitergehen soll.

Sicherlich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass wir auch die Arbeits- und Unterrichtsweise in den

(Anke Spoorendonk)

Gymnasien überdenken und modernisieren müssen. Daher kann der SSW zumindest dem Punkt 5 der CDU-Vorschläge einiges abgewinnen. Denn in der Tat ist es wichtig, dass wir endlich neue Arbeits-, Lern- und Prüfungsformen wie selbstständiges und projektbezogenes Arbeiten, fächerübergreifenden Unterricht oder besondere Lernleistungen in Form von Seminararbeiten und die Teilnahme an Wettbewerben in den Schulalltag integrieren.

Diesen Teilaspekt der CDU-Vorschläge können wir also unterstützen, wobei ich der festen Überzeugung bin, dass der Kollege Klug Recht hat. Wenn es darum geht, dies als Teil der Abiturprüfung anzurechnen, müssen wir daran denken, dass es nur eine **mündliche Abiturprüfung** gibt. Dies ist aus meiner Erfahrung viel zu wenig. Heute können zum Beispiel schon Facharbeiten in die Abiturprüfung eingebracht werden und es besteht auch die Forderung, fächerübergreifend zu arbeiten.

Der SSW bleibt bei seiner Auffassung, dass unsere Kinder viel zu früh, nämlich schon ab der fünften Klasse, auf das Gymnasium geschickt werden. Des Weiteren führt das jetzige System dazu, dass eigentlich immer noch zu wenige Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein Abitur machen. Wir plädieren wie jetzt auch die Grünen für die Abschaffung des gegliederten Schulsystems. Das wissen Sie.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessanterweise gibt es eine Studie des anerkannten Schweizer Analyse-Instituts Prognos mit dem Titel „Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt!“, in der die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und des Sitzenbleibens gefordert wird.

Lassen Sie uns also bei der Neugestaltung unserer Schulen einschließlich der Gymnasien neue, zukunftsweisende Wege gehen und nicht immer wieder zu den ollen Kamellen zurückkehren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal mit der Legende aufräumen, der Vorschlag zu einer stärkeren Konzentration auf **höher gewichtete Kernfächer** in der Oberstufe sei sozusam-

gen ausschließlich auf dem fruchtbaren Boden der baden-württembergischen Schulpolitik gewachsen und insoweit ein Fall von Schawanismus. Nein, das ist nicht der Fall. Das Land Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel hat gerade im September verkündet, dass man vom nächsten Jahr an das Kurssystem praktisch völlig abschaffen werde und - ich zitiere aus der Berichterstattung - sechs Hauptfächer mit jeweils vier Wochenstunden weitgehend im Klassenverband führen lasse. Das ist immerhin ein SPD-regiertes Bundesland. Es gibt ja nicht mehr viele; aber Mecklenburg-Vorpommern gehört mit seiner SPD/PDS-Regierung jedenfalls dazu.

Meine Damen und Herren, es wurde vorgeschlagen, in Anlehnung an das baden-württembergische Modell statt der fünfstündigen Leistungskurse in der Oberstufe zunächst vierstündige Kurse in jeweils einem Wahlpflicht- und einem Neigungsfach zu schaffen, was durchaus die Möglichkeit offen lässt, diese so genannten **kreativen Fächer** unterzubringen. Ich nehme an, Anke Spoorendonk meint Fächer wie Musik oder Kunst, wobei ich vor der Unterstellung warne, dass andere Fächer nicht kreativ seien. Aber die andere Gewichtung vom Stundenumfang her gibt dann eben die Möglichkeit, die Kernfächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache durchgehend vierstündig weiterzuführen. Das ist sehr erwägenswert.

Ich will Ihnen nur einmal eine Zahl nennen: Vor der Einführung der reformierten Oberstufe hatten alle Gymnasiasten - ob im naturwissenschaftlichen Zweig oder im sprachlichen Zweig - 42 Jahreswochenstunden Deutsch bis zum Abitur - so nach dem Curriculum damals. Das ist eine Zahl, die die Vorsitzende des Germanistenverbandes in Schleswig-Holstein kürzlich in einem Aufsatz publiziert hat.

Heute ist es so, dass jedenfalls für die Schüler, die im **Fach Deutsch** nur einen Grundkurs in der Oberstufe belegen - das sind immerhin etwa 85 % aller Oberstufenschüler -, gilt, dass sie bis zum Abitur nur 33 Jahreswochenstunden Deutsch haben. Früher waren es generell - auch für die Leute aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der Gymnasien - 42. Hier ist praktisch für einen Großteil der Gymnasiasten eine Reduzierung um ein Fünftel des früher üblichen Deutschpensums eingetreten.

Wenn wir uns unter dem Stichwort „Lesefähigkeit“ nach PISA Gedanken machen, dann muss man auch über diesen Zusammenhang, über diesen Sachverhalt reden. Deswegen - noch einmal gesagt - halte ich es für sehr erwägenswert, diesen Weg zu beschreiten, der ja durchaus über Neigungsfächer und Wahlpflichtfächer eben auch die entsprechende Gewich-



(Dr. Ekkehard Klug)

tung für andere Dinge offen lässt. Das ist nicht dieser radikale Weg, der in Mecklenburg-Vorpommern gegangen wird, sondern ein Modell, das ich für nachdenkenswert halte.

Übrigens sagt die FDP auch noch: Wir möchten sicherstellen, dass die **Naturwissenschaften** in größerem Zeitumfang erteilt werden. Deshalb, Frau Eisenberg, kann man die generelle Vierstündigkeit aller weitergeführten Fremdsprachen nicht garantieren. Es gibt sprachbegabte Schüler, die bis zu vier Fremdsprachen in der Oberstufe belegt haben. Dann müssen Sie das einfach einmal zusammenrechnen, was da an Anforderungen für andere Fächer an Stunden zusammenkommt. Darüber muss man also noch einmal nachdenken. Es muss ja irgendwo in sich stimmig sein.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem - wie gesagt -: Es gibt im Antrag der Union ein paar Probleme. Abschaffung der mündlichen Abiturprüfung oder die Möglichkeit, sie wegfällen zu lassen, das geht mit uns auf keinen Fall, Frau Eisenberg. Über die Alternative, die ich vorgeschlagen habe, können wir als einen Weg reden, den ich Ihnen anbiete. Aber auch in den anderen Punkten könnten wir gern auf Sie zugehen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Frau Ministerin, ich finde es schon erstaunlich, wenn Sie bei einer bildungspolitischen Debatte hier anfangen zu gähnen.

(Zurufe)

- Ich habe das bemerkt! Haben Sie das nicht bemerkt?

Jetzt vielleicht noch einmal ganz kurz zu den Fragen, die hier angesprochen worden sind! Herr Kollege Klug, wahrscheinlich werden wir uns in diesem Rahmen, was Kolloquium und **mündliche Prüfung** betrifft, mit Sicherheit einigen.

Frau Birk, ich bin gern bereit - das gilt auch für Frau Spoorendonk -, hier eine bildungspolitische Debatte bezogen auf die Frage einer **Einheitsschule** oder eines differenzierten Schulsystems zu führen. Nur, diese Ansätze hören ich von Ihrer Partei, ich höre sie auch von Ihrer Fraktion - Einheitsschule! -, ich höre das von der SPD - von einem Arbeitskreis, noch nicht

von der SPD-Fraktion -: Wenn Sie das Gefühl haben, Sie von der linken Seite, dass hier in der Hinsicht eine bildungspolitische Debatte „Umstrukturierung des Schulsystems“ geführt werden muss, dann stellen Sie hier doch einmal den Antrag.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es geht nicht immer unter der Hand - wie auch immer! Stellen Sie doch den Antrag und dann können wir das hier öffentlich diskutieren. Ich denke, das Parlament und die Öffentlichkeit an sich haben einen Anspruch darauf zu wissen, was Sie wollen und wie Sie es wollen. Hier ist dafür der Ort und nicht irgendwo in der Zeitung oder in irgendeinem Arbeitskreis. Dann machen Sie das bitte deutlich.

Bezogen auf PISA noch einmal Folgendes, Frau Birk: Alles können Sie nun nicht mit PISA erklären. PISA hat die 9. Klassen bewertet, wenn Sie das so wollen, aber PISA hat sich mit Sicherheit nicht mit der Oberstufe des Gymnasiums befasst. PISA hat die 9. Klassen bewertet und hat festgestellt, dass die gymnasialen Leistungen der 9. Klassen ganz hervorragend waren. Vielleicht sollten Sie das ab und zu auch in Ihre Diskussion über die Frage der Einheitsschulen mit einbauen. Ich hielte das für sehr begrüßenswert.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das wiederholen?)

- Ja, gleich; hören Sie mal richtig zu.

Frau Spoorendonk, was die Spezialisierung betrifft, so sage ich Ihnen: Gerade die Abnehmer, die Wirtschaft und die Betriebe, die die Abiturienten ausbilden, sagen, eine frühe **Spezialisierung** ist nicht sinnvoll. Gerade die legen den Wert und den Schwerpunkt auf einen größeren Bildungsbereich in Sprachen und Naturwissenschaften.

Frau Birk, ich darf Sie noch einmal auf den Bericht des Hochschulinformationssystems, bezogen auf die **Studienabbruchquote** 2002, hinweisen. Darin werden Sie genauso wie wir finden, dass wir eine Schwundquote im sprach- und kulturwissenschaftlichen Bereich von 78 % haben, Studienabbrecher 43 % und der Rest Fachbereichswechsler. Das ist ein Ansatz, bei dem man sich wirklich einmal überlegen sollte und bei dem man auch prüfen sollte, ob es nicht sinnvoller wäre, im Rahmen der Oberstufe Veränderungen vorzunehmen.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Spoorendonk, eine Vorbemerkung! Das Prognos-Institut hat im Auftrag der bayerischen Wirtschaft den Vorschlag gemacht, das Schulsystem in Zukunft zweigliedrig zu fahren: eine Verbindung von Haupt- und Realschulen auf der einen Seite und das traditionelle Gymnasium auf der anderen Seite. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass das Ihren bildungspolitischen Vorstellungen, wie Sie sie hier immer wieder geäußert haben, entspricht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Man kann über alles reden. Aber das soll jetzt nicht mein Thema sein.

Meine Damen und Herren, Frau Eisenberg, ich entschuldige mich für meine menschlichen Bedürfnisse, die Ihnen hier offensichtlich kritisch aufgestoßen sind. Ich möchte Ihnen hier zu Beginn Folgendes sagen: Wir sollten uns wirklich in dieser Debatte nicht in Einzelheiten vertiefen, die eher Themen für Expertenkommissionen sind und nicht für das Plenum des Landtages. Das muss ich wirklich einmal sagen.

(Beifall bei SPD und SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich beschränke mich deswegen auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Der Bildungsexperte Jürgen Baumann, auch bekannt als PISA-Papst, hat kürzlich in einem Interview - kürzlich! - der „Zeit“ die jetzige Ordnung der gymnasialen Oberstufe als gelungenes Reformprojekt beschrieben, weil sie - ich zitiere - „die Ausbildung von Neigungsprofilen fördert und den Übergang an die Hochschulen erleichtert“.

Meine Damen und Herren, wer grundsätzlich fordert, das Unterrichtsangebot in der Oberstufe wieder an einen Fächerkanon zu binden und die Wahlmöglichkeit auf ein einziges Neigungsfach und auf ein Wahlpflichtfach zu beschränken, macht diese **individuelle Profilbildung** - darin stimme ich Frau Spoorendonk ausdrücklich zu - weitgehend zu einem Papiertiger oder auch zur Makulatur. Das muss man einfach feststellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das baden-württembergische Modell oder auch, Herr Dr. Klug, das Modell in Mecklenburg-Vorpommern, das natürlich dort mit den sinkenden Schülerzahlen zu tun hat - deswegen hat man sich dazu entschlossen; das ist Fakt -, zwingt das Kurssystem zurück in die

**Klassenstruktur** - es wird mittlerweile ja auch offen zugegeben, dass das so ist - und dabei besteht zumindest die Gefahr - um es vorsichtig auszudrücken -, dass das auf der Strecke bleibt, worauf es ankommt: nämlich die **Entwicklung von Kernkompetenzen** und die **Vermittlung einer vertieften Allgemeinbildung**. Das war seinerzeit der Kern der Oberstufenreform.

Sie brauchten sich ja nur noch einmal unsere schleswig-holsteinischen Lehrpläne anzusehen. Sie sollen dafür sorgen, dass in allen Fächern eine zureichende fachliche Grundbildung vermittelt wird. Der KMK-Expertenbericht und die PISA-Studie bestätigen, dass das der richtige Weg ist. Dieser Weg muss vertieft werden - das will ich gern zugestehen - durch die Stärkung fächerverbindenden Arbeitens und Lernens und durch die Kompetenzorientierung. Das sollen die neuen Oberstufenlehrpläne leisten, das sollen die neuen Fachanforderungen leisten, das sollen die einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfung leisten.

Entstanden sind diese Debatten ja auch aus dem Vorwurf, dass die Möglichkeit, Fächer abzuwählen, den Weg des geringsten Widerstandes auf niedrigstem Niveau erlaube. Dem sind wir bundesweit - auch in Schleswig-Holstein - durch die **Pflicht zur durchgehenden Belegung** und Einbringung mindestens einer Fremdsprache und des Fachs Mathematik bis ins Abitur, durch die stärkere Konzentration auf die Fächer Deutsch und Mathematik in der Prüfung entgegengetreten sowie in Schleswig-Holstein - das haben wir hier ja schon, Herr Dr. Klug - durch eine höhere Belegverpflichtung in den Naturwissenschaften als in den meisten anderen Ländern. Das halte ich ausdrücklich für richtig.

Weil sich dieses Kurssystem im Prinzip bewährt hat, halten wir auch an der bisherigen Form der Abiturprüfung fest, und zwar in der Oberstufe der Gymnasien, der Gesamtschulen und - wie sie ja bei uns heißen - der Fachgymnasien.

Wir sollten jetzt nicht den Fehler machen, zur Stoffhuberei zurückzukehren. Der sinnvollste Weg scheint mir zu sein, in der schriftlichen und mündlichen Prüfung die Kernkompetenzen in ihrer Breite zu prüfen. Dies wäre auch die richtige Vorbereitung auf die Hochschule. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Natürlich gibt es auch in den Gymnasien Reformbedarf. Natürlich müssen wir die an den Hochschulen geäußerte Kritik an der mangelnden Studierfähigkeit ernst nehmen. Meines Erachtens liegt dieser Reformbedarf jedoch derzeit am wenigsten im Bereich der gymnasialen Oberstufe. Er liegt sehr viel stärker im Bereich der Orientierung an Standards, und zwar

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

schon bei den mittleren Bildungsabschlüssen, an denen sich übrigens auch die Gymnasien werden orientieren müssen. Diese Standards sind schulformübergreifend. Weiter liegt der Reformbedarf auch in der Verbesserung der Unterrichtsqualität, in der Veränderung der Lehrerbildung und in einer klaren Orientierung an Lern- und Leistungsstandards auf allen Stufen des Schulsystems. Das sind die entscheidenden Ansatzpunkte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Frage der **Reform der gymnasialen Oberstufen** ist sicherlich nirgendwo das letzte Wort gesprochen. Auch in Schleswig-Holstein haben wir Veränderungen der Schülerzahlen, die uns in der Organisationsfrage irgendwann zu denken geben. Ich glaube aber, dass es sich dabei nicht um eine Frage handelt, die im Plenum dieses Landtags entschieden werden kann. Das ist eine Frage, mit der sich derzeit viele Menschen beschäftigen; das ist eine Frage, die uns auch in Zukunft weiter beschäftigen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist einerseits beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3007 (neu), an den Ausschuss zu überweisen. Herr Abgeordneter Dr. Höppner, ist daneben auch der Antrag gestellt worden, in der Sache zu entscheiden? -

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Ja!)

Wir haben zwei Anträge: Den Antrag auf Ausschussüberweisung und den Antrag auf Entscheidung in der Sache. Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass wir zunächst über den Antrag auf Ausschussüberweisung entscheiden. Findet dieser keine Mehrheit, ist in der Sache abzustimmen.

Wer den Antrag der Fraktion der CDU-Fraktion, Neuordnung der gymnasialen Oberstufe, Drucksache 15/3007 (neu), zur weiteren Beratung an den zuständigen Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung, Drucksache 15/3007 (neu), mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Es ist beantragt worden, über den Antrag, Drucksache 15/3007 (neu),

in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3007 (neu), seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3007 (neu), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 15 beendet. Wir treten in die Mittagspause ein und werden die Beratung im Plenum um 15 Uhr wieder aufnehmen. Bis dahin wünsche ich eine gute Mittagspause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:14 bis 15:03 Uhr)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung ein. Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause und der Wirtschaftsminister hatte eine gute Fahrt.

Wir hatten beschlossen - so war es der Wille des Plenums -, mit der Haushaltsberatung zu beginnen, sobald der Wirtschaftsminister eingetroffen ist. Insofern rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte 6 und 14 zur Beratung auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Zweite Lesung eines Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2790

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/3078

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3097

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3099

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3102

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3103

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3104

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3105

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

**b) Keine Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2997

Wird das Wort zur Begründung des Antrages beziehungsweise der Anträge gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich zunächst der Berichterstatterin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Ursula Kähler, das Wort erteilen.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer letzten Jahres hat die Landesregierung den Finanzausschuss über ihre Absicht unterrichtet, für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 einen Doppelhaushalt aufzustellen. Das ist das erste Mal in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein. Aber auch andere Bundesländer fahren einen Doppelhaushalt; in Bayern ist ein Doppelhaushalt seit jeher gang und gäbe.

Während sich die Landesregierung durch die Aufstellung eines Zwei-Jahres-Haushalts einen Effizienzgewinn und mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten verspricht, stellt die Opposition genau diese Intention infrage und erwartet umfangreiche Nachtragshaushalte.

Ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt - im August dieses Jahres - hat Finanzminister Dr. Stegner den ersten **Doppelhaushalt** des Landes in den Landtag eingebracht, der angesichts schwieriger Rahmenbedingungen - Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen - unter **ungünstigen Vorzeichen** stand.

Anfang September hat der Finanzausschuss mit den jeweils betroffenen Fachausschüssen in drei gemeinsamen Sitzungen die Einzelplanberatung durchgeführt und sich in der Beratung auf wesentliche Punkte konzentriert.

Während den Wirtschaftsminister das Schicksal erteilte, als Erster für seinen Haushalt Rede und Antwort zu stehen, und sich die Beratung des Wirtschaftshaushalts auch wegen der zwischenzeitlichen Insolvenz der FLEX AG hinzog, stellten die Ausschüsse zum Justizhaushalt keine mündlichen Nachfragen. Das lag vielleicht auch daran, dass die Landesregierung die von den Fraktionen vorher schriftlich eingereichten Fragen zum größten Teil schon zur Beratung der Einzelpläne beantwortet hatte. Somit kann man feststellen, dass sich dieses Verfahren in der Tat bewährt hat.

Die Landesregierung hat auch dieses Mal mehrere Hundert Fragen zum Haushalt termingerecht beantwortet. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Neben dem Haushaltsplan waren rund 50 Umdrucke und etliche Zuschriften von Betroffenen Gegenstand der Beratung. Leider konnten wir den vorgebrachten Wünschen und vielfach berechtigten Anliegen aufgrund der immer prekärer werdenden Haushaltslage meistens nicht folgen.

Bewährt hat sich auch das erstmalig durchgeführte Verfahren, dass im Anschluss an die Beratungen des Finanzausschusses über die Haushalte der Ressorts die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ die diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs mit den jeweiligen Ministerien und dem Landesrechnungshof erörterte. Damit hatten die Kolleginnen und Kollegen lange, aber effektive Sitzungen zu bewältigen. Ich möchte mich bei ihnen für ihre Ausdauer und kollegiale Zusammenarbeit ebenso herzlich bedanken wie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die zum Teil auch sehr lange ausharren mussten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nachdem die öffentlichen Haushalte schon bei der Steuerschätzung im Mai erhebliche **steuerliche Mindereinnahmen** zu verkräften hatten, prognostizierte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ im November weitere Einnahmerückgänge.

Schon im laufenden Haushaltsjahr fallen die Steuereinnahmen des Landes Schleswig-Holstein um insgesamt 281 Millionen € niedriger aus als geplant. Die Einnahmeerwartungen für das Haushaltsjahr 2004 müssen im Haushaltsentwurf des Landes um rund 153 Millionen € zurückgenommen werden. Das ist der wesentliche Grund dafür, dass die Landesregierung dem Parlament im November umfangreiche Änderungsvorschläge im Wege der so genannten Nachschiebeliste vorlegte.

Der Finanzausschuss befasste sich wiederholt mit der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes beziehungsweise des Staates insgesamt. Denn die Finanzsituation spitzt sich in allen öffentlichen Haushalten dramatisch zu.

Um das **strukturelle Haushaltsdefizit** Stück für Stück abzubauen, müssen auf der einen Seite die Einnahmen des Landes stabilisiert und auf der anderen Seite die Ausgaben nachhaltig begrenzt und dafür

(Ursula Kähler)

**strukturelle Änderungen** mit Nachdruck vorangetrieben werden. An welchen Stellen, in welchem Umfang und in welchen Schritten das zu erfolgen hat, werden die nachfolgenden Redebeiträge zeigen. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aber in der Zielsetzung, in der Frage des Ob gibt es keine zwei Meinungen: Strukturelle Veränderungen - auch wenn sie schmerzen - sind auf allen Gebieten notwendig. Ich nenne als Stichworte Verwaltungsstrukturreform - zum Beispiel Reform der Finanzverwaltung -, Subventionsabbau, Kürzung der Sonderzuwendungen für Beamte.

Der Finanzausschuss erwartet, bei allen berechtigten Anliegen aus den einzelnen Politikbereichen immer auch die finanzielle Situation des Landes und den Anspruch im Blick zu haben, die Notwendigkeit und den Umfang einer Aufgabe kritisch zu überdenken.

Meine Damen und Herren, nachdem die Landesregierung, die Landtagsverwaltung, die Koalitionsfraktionen und der SSW ihre **Änderungsvorschläge** zum Doppelhaushalt Ende November vorgelegt hatten, befasste sich der Finanzausschuss am 4. Dezember außerdem mit den **Änderungsanträgen** von FDP und CDU. Der Antrag der FDP, die **Verabschiedung** des **Haushalts** mit Blick auf die Beratungen des Vermittlungsausschusses zu **verschieben**, fand nicht die erforderliche Mehrheit. Mehrheitlich wurden die Nachschiebelisten der Landesregierung und des Landtages, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und zwei Anträge des SSW zum Nordfriesischen Institut angenommen; die Haushaltsanträge der Oppositionsfraktionen wurden in toto abgelehnt. Auf eine Einzelabstimmung wurde auf Nachfrage im Finanzausschuss aus zeitökonomischen Gründen verzichtet.

Mit der Annahme der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen verändern sich die Eckwerte des Haushalts gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf wie folgt: Gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr sinken die Ausgaben 2004 um 0,5 %, im Haushaltsjahr 2005 steigen sie um 0,5 %. Die Investitionsquote liegt in den beiden nächsten Jahren bei knapp 10 %, die Personalkostenquote bei rund 39 %.

Die **Nettokreditaufnahme** überschreitet im Haushaltsjahr 2004 die Summe der veranschlagten Investitionen in Höhe von rund 574 Millionen € um rund 160 Millionen €. Die Mehrheit des Finanzausschusses hält eine **erhöhte Kreditaufnahme** im Jahr 2004 für gerechtfertigt, weil sie der Abwehr der offenkundig bestehenden **Störung** des **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** und einer schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein dient.

Mit den durch die **Überschreitung** der nach Artikel 53 der Landesverfassung verfügbaren Haushaltsmitteln soll durch die Finanzierung des Programms „ZIP“ und anderer Maßnahmen erreicht werden, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes im Haushaltsjahr 2005 wieder hergestellt wird. Die Erhöhung der Nettokreditaufnahme soll durch **Investitionsanreize** der heimischen Wirtschaft die Steuereinnahmen erhöhen und die Arbeitslosigkeit abbauen helfen. Im Zusammenhang mit der für das Jahr 2005 erwarteten Belebung der Konjunktur werden diese kurzfristig wirksamen Maßnahmen es ermöglichen, dass die Landesregierung ab 2005 ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter fortsetzen kann.

Der Finanzausschuss schließt sich mehrheitlich der Auffassung der Landesregierung an, dass die mit dem konjunkturell gebotenen Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform verbundenen Steuerausfälle durch weitere Einsparungen nicht ausgeglichen werden können.

Den Finanzplan des Landes 2003 bis 2007 nahm der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP zur Kenntnis.

Außerdem forderte der Ausschuss den Finanzminister einstimmig auf, im Rahmen des Haushaltsführungserlasses Folgendes sicherzustellen: Vor dem Abschluss neuer Vereinbarungen des Landes mit internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen hat die Landesregierung den Finanzausschuss des Landtages zu informieren. Bei solchen neuen Vereinbarungen ist darauf zu achten, dass keine automatischen Kostensteigerungen vereinbart und angemessene Kündigungszeiten vorgesehen werden. Bei bestehenden Mitfinanzierungen an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen hat sich die Landesregierung dafür einzusetzen, entsprechende Regelungen zu vereinbaren, damit die Ausgaben des Landes für diese Mitfinanzierungen nicht höher ansteigen als der prozentuale Anstieg des Landeshaushaltes insgesamt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses darf ich Sie bitten, das Gesetz und den Plan des Landeshaushalts für die Jahre 2004 und 2005 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 15/3078 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie den Hinweis: Auch wenn es um einen Doppelhaushalt geht, angemeldet waren fünf Minuten für den Bericht. Sie haben die Redezeit um fünf Minuten überzogen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich auf der Tribüne neue Gäste begrüßen: Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler der Meinert-Johannsen-Berufsschule aus Elmshorn. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Lothar Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung anfangen. Wir konnten heute in einer dpa-Meldung Folgendes lesen:

„Ausgedünnte Regierungsbank am zweiten Tag der Haushaltsberatungen in Niedersachsen. Ministerpräsident Christian Wulf (CDU) fehlte am Donnerstag im Landtag, weil er in der Sitzung des Vermittlungsausschusses in Berlin um die Reformen auf Bundesebene feilschte.“

So kann man auch einvernehmlich in einem anderen Landtag entscheiden, es gibt nämlich keinen Hinweis auf einen Zitierungsantrag, dass der Ministerpräsident zurückkommen musste. Anscheinend ist es dem Niedersächsischen Landtag sehr wichtig, dass er durch den neu gewählten Ministerpräsidenten im Vermittlungsausschuss vertreten ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

- Die Aufregung kann ich gut verstehen, nachdem heute Morgen von Ihnen der Versuch gemacht worden ist, hier zur Chaotisierung beizutragen. Dieser Versuch ist eindeutig gescheitert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen laufen die entscheidenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss. Diese sind auch für unseren Haushalt von Bedeutung. Nicht nur in der Politik gibt es einen hohen Anteil von Psychologie, nein, wie der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Nord, Herr Driftmann, zu Recht sagt, auch in der Wirtschaft und na-

türlich auch bei den Menschen im Lande. Ich hoffe, dass sich Regierung und Opposition in Berlin der Tatsache bewusst sind, dass es darum geht, erstens Entscheidungen zu treffen und zweitens den Menschen ein Stück Mut zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Nur Mut macht Mut, das heißt, die Menschen müssen daran glauben können, dass es besser wird. Dafür muss aus Berlin der Impuls kommen. Sie können jedes Politikfeld nehmen, das im Vermittlungsausschuss behandelt wird und wurde, ob Handwerksordnung, ob Gemeindefinanzreform, ob Steuerreform oder Subventionsabbau nach Koch-Steinbrück, ob Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, ob Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit - alle Maßnahmen beeinflussen die Entwicklung der nächsten Monate. Deshalb brauchen wir ein Ergebnis. Sie brauchen es auch, wenn Sie als Opposition verantwortlich handeln wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit sagen, vor allen Dingen nach dem, was wir heute Morgen hier erlebt haben: Eine Sonthofen-Strategie wäre fahrlässig und wird den Interessen der Menschen im Lande in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In vielen Bundesländern ist die **Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts** nach der November-Steuerschätzung erklärt worden. Diese Störung kann von den Ländern ohne Impulse von außen häufig nicht allein beseitigt werden. Ein spürbarer Anfang wäre eine erheblich verstärkte Binnennachfrage. Da hoffen wir natürlich auf die Wirkung einer vorgezogenen Steuerreform.

Die wirtschaftliche und auch die haushaltspolitische Lage unseres Landes war schwierig in 2002, ist schwierig in 2003 und wird auch in den Jahren 2004 und 2005, für die wir heute einen Doppelhaushalt beschließen werden, schwierig bleiben.

Wir werden zu späterer Stunde noch ausführlich über den **Nachtragshaushalt** diskutieren. Fest steht: Konjunkturell bedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen sowie nicht realisierbare Einnahmen belasten den Haushalt 2003 letztlich in Höhe von insgesamt 628,8 Millionen €. Es ist nach Auffassung der SPD-Fraktion eine richtige Entscheidung, dass nach sorgfältiger Abwägung der Alternativen Krediterhöhung oder Kürzungen eine Entscheidung zugunsten der **Krediterhöhung** getroffen worden ist. Einsparungen

(Lothar Hay)

zum Ausgleich des Haushaltes hätten gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung im Lande. Sie hätten das gestörte gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zusätzlich negativ beeinflusst.

Die **erhöhte Kreditaufnahme** ist deshalb geeignet, Wachstumsimpulse für die Wirtschaft zusammen mit umfangreichen Reformvorhaben wesentlich zu unterstützen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, beabsichtigen nun - wenn man den Ankündigungen glauben darf -, gegen den zu späterer Stunde zu verabschiedenden Nachtragshaushalt vor dem **Bundesverfassungsgericht** zu klagen. Dies ist Ihr gutes Recht. Aber stellen Sie doch bitte nicht in Abrede, dass es Ihnen hierbei in erster Linie um Ihre parteipolitischen Interessen ein Jahr vor der Landtagswahl geht und weniger um die Interessen des Landes, die Sie genauso zu berücksichtigen hätten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hauptursache für die gegenwärtige Stagnation der Wirtschaft ist die hohe Arbeitslosigkeit, die zu einer zu geringen Binnennachfrage und zu überhöhten sozialen Transferleistungen beiträgt. Alle Maßnahmen des Staates müssen deshalb darauf ausgerichtet sein, über ein höheres Wirtschaftswachstum **Beschäftigung aufzubauen**. Dies kann aber nur funktionieren, wenn die bestehende Investitionsschwäche überwunden wird und der private Verbrauch zunimmt. Eine der Maßnahmen ist, wie schon vorher angesprochen, das **Vorziehen der Steuerreform**. Um die volle **wachstumsfördernde Wirkung** zu erzielen, ist es wichtig, die dadurch verursachten Steuerausfälle mithilfe zusätzlicher Kredite zu finanzieren und nicht Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeitslosigkeit erhöhen und das Wachstum weiter dämpfen würden.

Für mehr Wachstum und Beschäftigung muss auch die **Investitionskraft der Kommunen** gestärkt werden. Denn schließlich läuft der größte Teil öffentlicher Investitionen über die Kommunen und hat damit direkte Auswirkungen vor Ort. Mit dem **Zukunftsinvestitionsprogramm** stößt der Doppelhaushalt örtliche Investitionen an, mit denen in den kommenden drei Jahren ein Auftragsvolumen von über 800 Millionen € erschlossen werden kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im **Landesbereich** werden die **Konsolidierungsbemühungen** fortgesetzt. Die Förderprogramme werden weiter gekürzt. Wir haben schon die Entscheidung getroffen, dass das Urlaubsgeld teilweise wegfällt. Restriktiv veranschlagte Personalbudgets und hohe globale Minderausgaben führen zu umfangreichen

Einsparungen in allen Einzelplänen. Wir erwarten, dass die Reformvorhaben des Bundes zusammen mit den im Land geplanten strukturellen Verbesserungen dazu führen werden, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bis 2005 wieder erreicht wird.

Über eine wesentliche Belebung des Arbeitsmarktes wird das Steueraufkommen steigen, die strukturellen Defizite des Landeshaushaltes können beseitigt und die jährliche Neuverschuldung reduziert werden.

Vorschläge für **tragfähige Alternativen** ist die Opposition bisher schuldig geblieben. Versuchen Sie bitte nicht - das gilt auch für Sie, Herr Kubicki -, den Eindruck zu erwecken, als würde Schleswig-Holstein in dieser Situation alleine stehen. Ich verweise nur auf den Parteifreund der Christdemokraten Weimar, den Finanzminister aus Hessen. Auch dort wurde die Nettokreditaufnahme gesteigert - hören Sie sich bitte einmal die Zahlen an -: von knapp 1 Milliarde auf 1,75 Milliarden €, wobei die Investitionen dort 1,03 Milliarden € ausmachen. Die Argumentation des Finanzministers in Hessen ist ähnlich wie die unseres Finanzministers Ralf Stegner. Ich zitiere den Finanzminister aus Hessen: Aus Sicht Hessens stehe der Nachtrag dennoch im Einklang mit der verfassungsgemäßen Ordnung, da eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die ein Überschreiten der Verfassungsgrenze ausnahmsweise erlaube, unverändert gegeben sei.

Wir werden heute den Doppelhaushalt für 2004 und 2005 verabschieden. Wir haben uns mit Nachdruck um Einsparungen bemüht. Wir werden sie fortsetzen. Wir werden an unseren Schwerpunkten Arbeit, Bildung und innere Sicherheit auch in den nächsten Jahren festhalten. Es geht mit dem **Zukunftsinvestitionsprogramm** um mehr Investitionen und damit um Sicherung von Arbeit und Investitionen. Es geht bei der Bildung um mehr Lehrerstellen und die weitere Reduzierung von Unterrichtsausfall. Es geht im Bereich der inneren Sicherheit um die Weiterentwicklung bei der Polizei auch durch die Polizeireform III.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Bereich der Verwaltungsstrukturreform sind einige grundlegende Veränderungen vorgenommen worden, was die Staatlichen Umweltämter und die Ämter für ländliche Räume angeht. Finanzämter werden zusammengelegt. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schlie, haben wir konkret gesagt, was bei den Finanzämtern geschehen soll. Sie sind diesen Nachweis bis heute schuldig geblieben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Lothar Hay)

Wir werden in den nächsten Wochen eine Umstrukturierung der Amtsgerichte vorlegen. Dann wollen wir einmal sehen, wenn das Herzogtum Lauenburg in irgendeiner Weise betroffen ist, ob Sie an der Seite vernünftiger Verwaltungsstrukturen stehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Oberbegriff **Verwaltungsstrukturreform** lässt sich eine große Zahl von Maßnahmen fassen, die in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführt worden sind: von der Auflösung der Oberfinanzdirektion bis zur Zusammenlegung der Landesbezirkskassen zu einer zentralen Kasse, von der Einführung der flächendeckenden Automation bei Gerichten und Staatsanwaltschaften bis hin zum elektronischen Mahnverfahren, der Auflösung von Polizeiwerkstätten bis zur Reduzierung von Katasterämtern. Ich könnte hier noch etliche Minuten fortfahren. Mein Kollege Martin Hentschel hat das in der letzten Haushaltsdebatte gemacht. Die Antwort von Ihnen war: keine Reaktion.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Prozess wird von uns fortgeführt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Natürlich wird von der Opposition kommen - ich freue mich über den Zwischenruf; ich habe an dieser Stelle extra eine Anmerkung stehen -, man hätte noch viel mehr machen können, das hätte man noch viel schneller machen können

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Besser!)

und Sie hätten das schon alles längst erledigt. Glücklicherweise wird man Ihnen in den nächsten Jahren die Möglichkeit nicht geben zu beweisen, dass es bei Ihnen auch nicht schneller, nicht besser und nicht effektiver gegangen wäre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben, wie viele andere Bundesländer auch, das **Urlaubsgeld** gestrichen und das **Weihnachtsgeld** bei den Beamten gekürzt. Das haben wir nicht gemacht, weil wir sie ärgern wollten, sondern weil es keine andere Alternative im Interesse des Landes und des Haushaltes gab. Wir mussten uns von Ihnen viel Kritik anhören. Aber schauen Sie, wie es Ihre Parteifreunde in anderen Bundesländern gemacht haben. Dort ist es nicht so sozial gemacht worden wie bei uns.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Wir haben in den letzten Monaten versucht, nach Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden die Übertragung der Finanzierung der **Kindertagesstätten** in den kommunalen Finanzausgleich einvernehmlich auf den Weg zu bringen. Wir waren bei dieser Zielrichtung relativ weit gekommen, bis einige CDU-regierte Kreise glaubten, sich zu einem Teil aus der Finanzierung der Kindertagesstätten zurückziehen zu müssen.

(Klaus Schlie [CDU]: Unsinn!)

An dem Verhalten dieser Kreise ist eine Vereinbarung gescheitert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden von unserer Seite die erhöhte Summe von 60 Millionen € für die Jahre 2004 und 2005 in den kommunalen Finanzausgleich einstellen. Eine Aussetzung der Verordnung für die Mindeststandards wird es jedoch nicht geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch wenn Sie sich verweigern, werden wir uns um eine dauerhafte Lösung bemühen, die am Ende dieses Zweijahreszeitraums an die Stelle der bisherigen Regelung tritt.

Die Kommunen stehen wie wir in den nächsten Jahren vor erheblichen finanziellen Problemen. Deutlich abgemildert werden können diese, wenn es im Vermittlungsverfahren auf Bundesebene noch zu einer Einigung bei der Gemeindefinanzreform kommt. All das, was, wenn man den Presseberichten und sonstigen Berichten glauben darf, bisher von Ihrer Seite vorgeschlagen worden ist, wird die **Situation der kommunalen Finanzen** auch in Schleswig-Holstein auf keinen Fall verbessern. Wir werden vor Ort deutlich machen, wer letztendlich die Verantwortung für eine mangelhafte Ausstattung der kommunalen Ebene hat.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Initiative von Finanzminister Stegner zur verstärkten Nutzung des kommunalen Investitionsfonds für Investitionen



(Lothar Hay)

halte ich für richtig. Die Kommunen sollten noch einmal intensiv darüber nachdenken.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das haben sie schon!)

Vor wenigen Tagen haben die Unternehmensverbände Nord in Person von Herrn Professor Driftmann **Überlegungen für ein Struktur- und Standortkonzept** für Schleswig-Holstein vorgetragen. Dabei hat Professor Driftmann wie in der Vergangenheit seine Finger in Wunden gelegt. An einigen Stellen kann ich die Schmerzen verstehen, an anderen teile ich seine Auffassung nicht, so beispielsweise bei der Frage des Nordstaates, der ins Spiel gebrachten Diskussion um den Flughafen Kaltenkirchen und bei der Kritik an der Verkehrspolitik des Landes. Zu seiner charmannten, aber doch eindeutigen Formulierung über die Regierungsfähigkeit der Opposition möchte ich an dieser Stelle nur so viel sagen: Wo er Recht hat, hat er Recht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben uns entschieden, die verbliebenen **Anteile der Landesentwicklungsgesellschaft** zu verkaufen. Dies wird im Jahre 2004 vonstatten gehen. Ich denke, es war eine richtige Entscheidung, nicht noch einen kleinen Bestandteil mit Teilaufgaben in den Händen des Landes zu behalten.

Beim **Verkauf von Lotto** erleben wir eine spannende Entwicklung, da dies auch die Opposition in ihre Haushaltsvorschläge mit einbezogen hat. Was mir dabei unerklärlich blieb, mir bisher auch nicht erklärt wurde und möglicherweise gar nicht erklärbar ist, ist die Tatsache, dass man die Zweckerträge teilweise mit verkaufen will, ohne dass man auch nur mit einem Satz eine Antwort auf die Frage gibt, wie die bisher unterstützten Vereine und Verbände ihre Einnahmeverluste kompensieren sollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, das ist eben die Art Ihrer Finanzpolitik. Das ist nichts Halbes und auch nichts Ganzes.

Meine Damen und Herren, angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sowohl im Bund als auch im Land möchte ich noch einmal auf meinen Anfangsgedanken zurückkommen. Wenn es „positive“ Pflanzen und Pflänzchen gibt, so muss man diese nach Kräften gießen und im Wachstum unterstützen. Wenn es positive Entwicklungen gibt, so muss man sie auch nennen, um die Menschen zu eigenen Aktivitäten zu motivieren. Dies kann man erfreulicherweise für viele Schleswig-Holsteiner sagen. So liegt Schleswig-

Holstein bei den Neueintragungen von **Unternehmensgründungen** abzüglich der Unternehmenslösungen im Handelsregister im ersten Halbjahr 2003 knapp hinter Hamburg ganz vorn und mit deutlichem Abstand vor Bayern und Hessen. Damit sind wir die Nummer eins unter den Flächenländern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was die Neugründungsintensität angeht, liegt Schleswig-Holstein bei den Unternehmenseintragungen im Handelsregister hinter Hamburg, Bremen und Berlin auf Platz vier und ist hierbei wiederum die Nummer eins unter den Flächenländern.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zu diesem Bild passt, dass die Bereitschaft, berufliche Selbstständigkeit in Betracht zu ziehen, in Schleswig-Holstein ausgeprägter ist als in allen anderen Bundesländern. Das heißt - das sollten Sie vielleicht auch einmal positiv zur Kenntnis nehmen -: Die Menschen leben gerne in unserem Bundesland, sie zeigen auch eine hohe Risikofreude. Für viele ist der Weg in die Selbstständigkeit der richtige Weg. Ich meine, das gibt zu Optimismus Anlass. Wir sollten das durch unsere politische Entscheidung und durch unser Handeln stützen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir sollten alles tun, um diese Entwicklung mit den Möglichkeiten des Landes zu fördern.

Lassen Sie mich durchaus einmal einen ernsten Punkt ansprechen, in der Hoffnung, dass dies auch von den vereinigten Oppositionsfraktionen mitgetragen wird.

(Zuruf von der CDU: War das bisher alles Spaß?)

Wir werden weder die HSH Nordbank noch die Sparkassen des Landes aus ihrer Verantwortung für die Förderung von Kleinbetrieben und des Mittelstandes entlassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir dürfen nicht nur etwas von den Arbeitnehmern und von den Risikobereiten erwarten. Vielmehr müssen auch die öffentlichen **Sparkassen** bereit sein, neue Ideen zu begleiten und durchsetzungsfähig zu machen. Man kann sich nicht nur auf Rating-Agenturen zurückziehen, die nach amerikanischen Maßstäben beurteilen und schon vorgezogene Basel-II-Kriterien mit einbeziehen. Das ist aus meiner Sicht

(Lothar Hay)

der falsche Weg. Wir müssen den Sparkassen deutlich sagen, dass das nicht in unserem Interesse sein kann.

(Beifall bei SPD und SSW sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in Schleswig-Holstein unsere Schwerpunkte trotz schwieriger Finanzlage auch mit den beiden jetzt vorliegenden Haushalten verfolgen, das heißt, wir werden auch in den Jahren 2004 und 2005 jeweils 200 Lehrer mehr einstellen. Wir werden gemeinsam mit der Bildungsministerin weiter daran arbeiten, den Unterrichtsausfall in den nächsten Monaten gegen null zu reduzieren. Wir werden die Verlässliche Grundschule und die Ganztagsangebote weiter ausbauen.

Ich bin froh darüber, dass mit der Zusammenführung der beiden Universitätskliniken in Lübeck und in Kiel ein Schritt nach vorn gemacht wurde. Das Defizit für 2003 wird nicht die prognostizierten 35 Millionen, sondern weniger als 15 Millionen € betragen. Gleichzeitig ist es sehr erfreulich, dass bei der Umsetzung der Vorschläge der Erichsen-Kommission die **Hochschulen** im Grundsatz mitgezogen haben. Der Abschluss der Zielvereinbarungen mit allen Hochschulen in Schleswig-Holstein ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Hochschulen und das Land Schleswig-Holstein an einem Strang ziehen. Das ist, denke ich, auch der richtige Weg in eine zukunftsfähige Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind also auf dem richtigen Weg. Allerdings muss dies aus meiner Sicht - die ersten Vorgespräche hierzu sind von der Bildungsministerin schon längst geführt worden - um eine **Zusammenarbeit im norddeutschen Bereich**, aber auch im nordeuropäischen Ausland ergänzt werden. In diesem Zusammenhang muss ich darauf hinweisen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Universität Flensburg und der Syddansk Universität aus meiner Sicht Priorität hat. Um die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit nicht zu gefährden, haben wir die Kommissionsempfehlungen für diesen Bereich nur modifiziert umgesetzt.

Man kann positiv feststellen, dass die Zusammenarbeit im norddeutschen Raum, vor allen Dingen die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, in den letzten Monaten einen erheblichen Schwung bekommen hat. Ich nenne die Zusammenlegung der Statistischen Landesämter, die Zusammenlegung der Eichämter, der Datenzentralen oder auch den Zusammenschluss der beiden Landesbanken zur

HSH Nordbank. Ich gehe davon aus, dass sich dies auch nach dem Wahltermin im Februar des Jahres 2005 mit einem von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geführten Senat in Hamburg fortsetzen wird.

(Beifall bei der SPD)

Für diese sinnvolle Entwicklung darf ich mich besonders bei Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, bedanken und kann nur sagen: Weiter so im Jahre 2004 und in den Folgejahren. Nur gemeinsam werden wir eine starke Lobby für den Norden schaffen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Auch in der **Verkehrspolitik** sind zum Leidwesen von Herrn Garg unsere Aussagen, unsere Zielsetzungen beim Ausbau der A 20, bei der Fehmarnbeltquerung und beim Ausbau des Holtenauer Flughafens klar. Es steht außer Zweifel, was wir vorhaben und dass wir das in den nächsten Monaten mit Nachdruck verfolgen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann verfolgen Sie einmal!)

Wir haben uns bereits vor der Verabschiedung des Haushaltes entschieden, die Zuschüsse für die **Minderheiten** in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 nicht zu kürzen, in einem Falle sogar leicht zu erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir werden damit auch in schwierigen Zeiten den Forderungen unserer Landesverfassung und unseren eigenen Prioritäten gerecht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was den Bereich der **Polizei** angeht, sind wir durch die verbesserte Ausstattung und durch die anstehende Polizeireform III einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Durch die Polizeireform III werden wir eine Verstärkung des Polizeipersonals vor Ort erreichen. Mehr Beamte auf die Straße zu bringen, ist der richtige Weg. Ich hoffe, Herr Kollege Schlie, dass diese Botschaft nun endlich auch die Opposition erreicht hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Debatte über neue Strukturen ist im Wesentlichen dort belassen worden, wo die eigentlichen Fachleute sitzen, nämlich bei der Polizei selbst. Auch hier mussten Sie Aufgeregtheiten verschärfen oder dort, wo keine waren, diese erst „inspirieren“. Zum Glück hat

(Lothar Hay)

dies nichts genutzt. In wenigen Tagen werden Polizeiführung und Innenminister gemeinsam ihr neues Konzept vorstellen, das, wie man hört, von weiten Teilen der Polizei mitgetragen wird.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit - dies ist für mich kein Ritual - für den Einsatz der Polizistinnen und Polizisten im vergangenen Jahr bedanken und möchte darauf hinweisen, dass wir nach Gesprächen mit dem Koalitionspartner und dem Finanzminister dazu beitragen konnten, dass im Bereich der Polizei zahlreiche Beförderungen noch in diesem Jahr ermöglicht wurden. 500 Beförderungen waren es im Jahre 2003 insgesamt, davon 250 zum 1. Dezember.

Es ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ein Stück soziale Gerechtigkeit, wenn man der Arbeit derjenigen, die sich an der sozialen Front unserer Gesellschaft täglich in die Bresche schmeißen, ein Stück Anerkennung gibt. Das ist der richtige Weg, an dieser Stelle ein Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Was die Ausbildungsplatzsituation angeht, sind wir froh darüber, dass beim Angebot an **Lehrstellen** das Niveau des Jahres 2002 auch in diesem Jahr wieder erreicht werden konnte. Dafür gilt der Dank dem Mittelstand, dem Handwerk und natürlich auch unserem Wirtschaftsminister Bernd Rohwer.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch in den nächsten Jahren werden wir dieses Ziel gemeinsam erreichen; da bin ich sehr zuversichtlich.

Wir haben mit der Novellierung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer und mit den geschlossenen Zielvereinbarungen für die Kammer Zukunftsperspektiven aufgezeigt und Kosten einsparen können. Es gibt daher eine sichere finanzielle Planungsgrundlage. Das Vorgehen wurde gerade vor wenigen Tagen im Rahmen der Kammerhauptversammlung positiv hervorgehoben. Die CDU versuchte - ich erinnere mich noch sehr gut daran -, dieses mit allen Mitteln zu blockieren. Heute ist ersichtlich, dass die **Umstrukturierung der Landwirtschaftskammer** für alle Beteiligten Planungssicherheit geschaffen hat. Das ist der richtige Weg, dieses Land in eine sichere Zukunft zu führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch für die Haushalte 2004 und 2005 mussten die **Förderprogramme** noch einmal gekürzt werden, und

zwar in Höhe von teilweise 10 % oder mehr. Wir sind uns durchaus des Problems bewusst, dass diese Kürzungen für verschiedene Verbände und Einrichtungen an die Grenze des zu Verkraftbaren gehen. Aber wir haben in vielen Fällen hierzu leider keine Alternative gesehen. Für „Wünsch dir was“, wie es Monika Heindold gesagt hat, ist eben die Opposition zuständig. Wir müssen in diesem Landtag einen verfassungsgemäßen Haushalt verabschieden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das tun Sie aber nicht! Machen Sie es doch!)

Lassen Sie mich über weitere Einsparungsmöglichkeiten reden. Ich habe einen prima Vorschlag. Sie reden dauernd davon, dass man **Beauftragte** streichen sollte. Streichen Sie doch einfach die Stelle Ihres Untersuchungsausschussbeauftragten Graf Kerksenbrock. So sparen wir Geld ein.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie können davon ausgehen, dass das dazu beitragen wird, dass die Arbeit in der Opposition von mehr Abgeordneten verrichtet werden kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Helau!)

Lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Vorschläge der Oppositionsfraktionen komme, folgenden Hinweis machen. Ich kann mich noch sehr gut an die Ankündigung Ihres Fraktionsvorsitzenden erinnern, der - gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der CDU - eine schnelle Beendigung des **Untersuchungsausschusses** forderte, ganz zu schweigen von Ihrer eigenen Ankündigung, Herr Kayenburg, Frau Simonis würde diesen Sommer politisch nicht überleben. Gemeint war der Sommer 2003, der im Übrigen ein sehr guter war. Wir stellen erfreut fest, dass Ihre Ankündigung - wie so viele - wie eine Seifenblase zerplatzt ist. So viel dazu!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zu den **Vorschlägen der Oppositionsfraktionen**. Die **FDP** kommt erneut mit ihrem Vorschlag, die **Anteile an der HSH Nordbank** zu verkaufen und möchte daraus neben einer Senkung der Neuverschuldung die Wohltaten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und innere Sicherheit finanzieren. Einmal abgesehen davon, dass wir diesen Vorschlag für strategisch falsch halten, muss man sich bewusst sein, dass mit dem FDP-Vorschlag aus einmaligen Einnahmen langfristige zusätzliche Personalkosten finanziert werden sollen. Das ist finanzpolitisch „sehr

(Lothar Hay)

solide“ gedacht. Darüber kann man eigentlich nur schmunzeln.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenig überraschend war für mich, dass der Populismus den realistischen Blick für die Notwendigkeiten, was das **Weihnachts-** und **Urlaubsgeld** angeht, verstellt hat. Während überall anders diese von uns auch vorgenommenen Kürzungen ebenfalls erfolgen, wollte die FDP an die Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein ein kleines Weihnachtsgeschenk verteilen.

Zusammengefasst also: von der FDP Altbekanntes, alter Wein in mittlerweile noch älteren Schläuchen!

Nun noch ein paar Worte zu Ihnen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der **CDU-Fraktion**. Sie haben sich ja in bewährter professioneller Weise der Problematik des Personalabbaus genähert. Wenn Herr Driftmann mit dem erwähnten Hinweis, dass auch in der Wirtschaft 50 % Psychologie ist, Recht hat, dann gilt dies sicherlich auch für die Finanzpolitik. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Psychologie darf nicht mit Unsinn verwechselt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Vorschläge zum **Personalabbau** geben mir doch sehr zu denken. Da kommt im Frühjahr Ihr Herr Carstensen daher und fordert einen Personalabbau von 4.000 Stellen. Da kommt kurze Zeit später Ihr Herr Wiegard daher und fordert ebenfalls einen Personalabbau von 4.000 Stellen, den er konkretisiert. Ergebnis: 4.000 Stellen von insgesamt 15.000 einschließlich des Hochschulbereichs wären zu streichen.

(Claus Ehlers [CDU]: Jawohl!)

Und dann fordert vor wenigen Tagen Ihr Landesausschuss einen kurzfristigen Stellenabbau in den Ministerien und nachfolgenden Behörden von 2.000 Arbeitsplätzen, weist aber gleichzeitig daraufhin, dass Planstellen für Lehrer, Polizei und Vollzugsbeamte ausgenommen sind. Da neigt man zu der Nachfrage: Sind Finanzbeamte und Hochschulmitarbeiter drin oder haben Sie die nur vergessen?

Aber damit noch nicht genug. Auf Nachfrage erklärt Ihr finanzpolitischer Sprecher, Herr Wiegard, dass die Forderung von Ihrer Partei so kurzfristig gar nicht umzusetzen sei. Er musste einräumen, dass sich ein solcher Stellenabbau nicht konkretisieren lässt, und die CDU diesen deshalb mit den Haushaltsanträgen

für die nächsten zwei Jahre nicht aufschlüsseln würde.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Auf der Pressekonferenz zu Ihren Haushaltsvorschlägen erfährt man, dass sich der kurzfristige Abbau von 2.000 Stellen auf einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezieht. Dazu kann ich im Namen meiner Fraktion nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu so viel Professionalität!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch sonst sind Sie im Land ja nicht zurückhaltend mit Ihren Forderungen: höhere Personalausgaben in Millionenhöhe bei Polizei und Lehrern, keine Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld - macht jährlich minus 35 Millionen € aus. Was schert uns da das Vorgehen unserer CDU-Kollegen im Saarland, in Bayern, in Hessen, in Baden-Württemberg und in Niedersachsen? Wir können das hier alles ganz anders.

Ich sage Ihnen: Machen Sie weiter so! Die Menschen im Land werden das schon mitbekommen. 2005 können wir, bezogen auf die Mehrheitsverhältnisse, sagen: Dat blift allens so, as dat is.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wer entscheidet das?)

Weihnachten ist auch die Zeit des Wünschens und des Hoffens. Ich habe zwei Wünsche.

(Frauke Tengler [CDU]: Einen haben wir gerade gehört!)

- Frau Tengler, den ersten sollten sie etwas ernst nehmen.

(Lachen bei der CDU)

Ich hoffe, dass es uns - mit Ausnahme von Herrn Garg; da habe ich die Hoffnung aufgegeben - gelingt, in den Jahren 2004/2005 wieder zu ernsthaften, sachlich kritischen Debatten in diesem Landtag zurückzukehren und nicht so ein Schauspiel wie heute Morgen zu liefern. Damit würden wir dem Ansehen des Parlamentarismus einen guten Dienst erweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den Menschen in Schleswig-Holstein wünsche ich, dass sie mit Mut, Zuversicht und Optimismus in das Jahr 2004 gehen und dass wir es gemeinsam schaffen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue ins Land zu holen.

(Lothar Hay)

Ihnen wünsche ich, zumindest was das Jahr 2004 betrifft, vor allen Dingen: Bleiben Sie gesund!

(Lang anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich nutze die Pause, um auf der Tribüne weitere Gäste zu begrüßen, und zwar die Damen und Herren des FDP-Ortsverbandes Norderstedt. - Auch Ihnen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort erteile ich jetzt dem Oppositionsführer und Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hay, erstens will ich richtig stellen, dass Herr Rohwer nicht aus dem Vermittlungsausschuss, sondern von einer Konferenz gekommen ist. Wie Sie aus der Tagesordnung sehen können, haben wir sehr wohl auf den Vermittlungsausschuss Rücksicht genommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zweitens. Ihre ganze Rede war ein einziger Wunschzettel. Da war wenig Reales dran. Zu den konkreten Wünschen will ich Ihnen gern sagen: Wenn Sie zur Sachlichkeit zurückkehren, sind wir auf dem selben Wege. Wir kommen Ihnen gern entgegen. Auf den zweiten Wunsch, den Sie für die Bevölkerung ausgesprochen haben, werde ich gleich zurückkommen.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns heute mit der Erfolglosigkeit der rot-grünen Landesregierung auseinander setzen müssen. Nach insgesamt 15 Jahren rot-grüner Regierung leidet unser Land unter den erschreckenden Folgen Ihrer Fehlleistungen. Frau Simonis, es ist unter Ihrer Regierung nicht besser, sondern schlechter im Lande geworden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist unter Ihrer Regierung nicht gerechter, sondern ungerechter geworden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, unter Ihrer Regierung ist eines verloren gegangen, was vielleicht der wichtigste Wert einer verantwortungsvollen Politik ist, nämlich Verlässlichkeit. Die Halbwertszeit rot-grüner Entscheidungen ist inzwischen noch kürzer als das Haltbarkeitsdatum auf einer Schachtel Eier.

(Beifall bei der CDU)

Das Kabinett Simonis bringt es einfach nicht! Selbst wo ein Wille unterstellt werden kann, findet dieser den Weg nicht.

Wir erleben heute eine der bittersten Stunden des schleswig-holsteinischen Parlamentarismus, weil das **Königsrecht des Parlaments**, das **Haushalts- und Budgetrecht**, von dieser Regierung in ungeheuerlicher Weise missachtet werden soll, weil Bürgern und Wirtschaft Sand in die Augen gestreut wird und weil sich die Mehrheitsfraktionen zum Büttel einer unfähigen Landesregierung machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, dass nach den Haushalten 2002 und 2003 auch der Doppelhaushalt 2004/2005 wieder gegen die Verfassung verstoßen wird. Wir stellen fest: Der **Haushalt 2004 ist verfassungswidrig**. Der Haushalt 2005 lässt Risiken von bis zu 1,1 Milliarden € unberücksichtigt. Mit der für 2004/2005 geplanten Neuverschuldung trägt die Landesregierung allein die Verantwortung dafür, dass zum dritten Mal hintereinander die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** dafür herhalten muss, die Verschuldungsgrenze in diesem Land nach oben zu treiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Landeshaushalt widerspricht den Haushaltsgrundsätzen von Klarheit, Wahrheit und Vollständigkeit. Die Landesregierung treibt Schleswig-Holstein weiter in unverantwortlicher Weise in den Ruin. Frau Simonis, Sie haben einmal gesagt, 16 Jahre seien genug. Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht!

(Beifall bei CDU und FDP)

Mehr als 16 Jahre Simonis sind mehr als genug.

Nun komme ich auf den zweiten Wunsch zurück. Herr Kollege Hay. Wir wissen es schon lange. Inzwischen haben das aber offensichtlich auch die Bürger erkannt; oder wie wollen Sie erklären, dass bei der Vorauswahl der Umfrage des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages nach der Frau oder dem Mann des Jahres unter den Politikern die Ministerpräsidentin erst hinter Peter Harry Carstensen und Angelika Volquartz rangiert und damit herausgefallen ist?

(Zurufe von der SPD)

Wie wollen Sie erklären, dass Frau Simonis nicht mehr unter den 16 Menschen ist, von denen einer zum Menschen des Jahres gekürt werden soll? Die Menschen hier im Lande erwarten von dieser Regierung

(Martin Kayenburg)

offenbar keinen Erfolg mehr für Schleswig-Holstein. Sie bezweifeln ihre Politikfähigkeit!

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, auch Sympathie kann nicht dazu beitragen, dass Sie noch in der ersten Reihe erscheinen. Dies alles müsste Sie eigentlich nachdenklich machen.

Herr Kollege Neugebauer, schon viel zu oft haben wir in diesem hohen Hause über die desolate Lage in Schleswig-Holstein debattiert. Dafür ist an erster Stelle die Ministerpräsidentin verantwortlich. Ich will gern zugestehen: Eine Regierungschefin kann nur so gut sein wie ihre Mannschaft. Die ist mit ihrem letzten Aufgebot auch nicht besser aufgestellt als früher.

Herr Rohwer, wo ist der von Ihnen immer wieder herbeigebetete Aufschwung? Was haben Sie eigentlich konkret für die Mittelsstandsförderung getan und was für ein Ergebnis haben Sie zuwege gebracht? Wo ist der Bau der A 20 durch dieses Land? Glauben Sie eigentlich immer noch, dass Ihre Ankündigung Realität wird, dass die Elbquerung bis 2010/2011 zustande gekommen sein wird? Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie Ihr Scheitern längst eingestehen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu Ihnen, Herr Stegner, kann ich nur feststellen: Nie hat ein Minister so schnell den Nachweis seiner Überforderung erbracht wie Sie mit diesem Haushaltsentwurf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen feststellen: Die Regierung hat abgewirtschaftet; der Haushaltsentwurf beweist das. Sie sind nicht mehr in der Lage, ordnungsgemäße Haushaltsberatungen zu gewährleisten. Die FDP hat zu Recht beantragt, die **Haushaltsberatungen** auf den Januar zu **vertagen**. Das wäre auch deswegen sinnvoll gewesen, weil wir dann hier in diese Hause nicht nach den Haushaltsberatungen über den Nachtrag und darauf folgend unmittelbar erneut über Nachträge diskutieren müssten. Eigentlich sollte man Ihnen wirklich die Brocken vor die Füße werfen, weil Sie unfähig sind, die Probleme des Landes zu lösen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Erkenntnis gibt es aber auch! Erfreulich ist, dass die Kollegin Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 24. September dieses Jahres in der Haushaltsdebatte die tatsächliche Lage endlich erkannt und auf den Punkt gebracht hat:

„Schleswig-Holstein ist pleite. Die Schulden sind viel zu hoch. Zinsen, Pensionen und an-

dere Lasten fressen einen Großteil der Steuergelder auf, bevor wir überhaupt angefangen haben, über politische Schwerpunkte zu diskutieren.“

Das ist Ihr Problem! Selbst Herr Neugebauer hat erkannt, dass für dieses Jahr Hopfen und Malz verloren sind. Dies ist die Ohrfeige für diese Landesregierung!

(Beifall bei CDU und FDP)

Präziser als die beiden finanzpolitischen Sprecher der Mehrheitsfraktionen kann man wohl den Konkursantrag der Vorstandsvorsitzenden des Landes, der Ministerpräsidentin Heide Simonis, überhaupt nicht begründen. Es ist schnell klar, bei wem die Verantwortlichkeiten sind. Sie sind eindeutig Ihnen zugeordnet, Frau Simonis, Ihnen Herrn Stegner, Ihrem Vorgänger Claus Möller, aber auch Herrn Neugebauer und Frau Heinold, den beiden finanzpolitischen Sprechern.

Wir hingegen haben seit Jahren in Entschließungsanträgen zu den jeweiligen Haushalten auf die dramatische Finanzlage des Landes hingewiesen. Wir haben mit vielen finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Indikatoren belegt, dass bei den **Landesfinanzen** dringend eine **Konsolidierung** und ein Umsteuern erforderlich ist. Wir haben Wege aus der Krise aufgezeigt. Sie aber haben stur und uneinsichtig am falschen Weg festgehalten. Der größte Mühlstein, den künftige Generationen in Schleswig-Holstein mitschleppen müssen, sind Ihre hemmungslos aufgetürmten **Schulden**, Frau Simonis! 15 Jahre Verantwortung für die Finanzen dieses Landes haben dazu beigetragen, dass Sie den höchsten Schuldenberg in Schleswig-Holstein aufgetürmt haben. Der Gipfelpunkt liegt bei mehr als 20 Milliarden € im Jahre 2005.

Mit über 6.300 € pro Einwohner war Schleswig-Holstein übrigens 2002 schon unter den Flächenländern das am höchsten verschuldete Bundesland; wohlgermerkt aller Bundesländer einschließlich der ostdeutschen Länder. Das ist die ungeheure Last, die wir alle als Erbe von Rot-Grün in Schleswig-Holstein anzutreten haben.

Aber auch die von den vorherigen Generationen geschaffenen Vermögenswerte sind weitgehend aufgezehrt, ohne dass Sie damit Schulden getilgt hätten, ohne dass Sie damit Investitionen und neue Vermögenswerte geschaffen hätten.

(Zurufe des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ach, Herr Astrup, nun seien Sie einmal ruhig! Sie haben doch so weit ausgekehrt, dass Sie sogar die

(Martin Kayenburg)

Telefonanlage des Kabinetts veräußert haben, um noch ein paar Kröten hereinzukriegen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Bis Ende 2002 sind 1,6 Milliarden € aus Vermögensverkäufen zusätzlich in die Landeskasse geflossen. Doch wo haben Sie dieses Geld gelassen? Sie haben es verkonsumiert, ohne Ihrer Verantwortung für künftige Generationen gerecht zu werden!

(Beifall bei CDU und FDP)

Allein in den Planjahren von 2003 bis 2005 werden Sie weitere 2,5 Milliarden € an neuen Schulden aufnehmen. Mehr als 900 Millionen € jährliche Zinsaufwendungen sind dann die unabwendbare Folge. Dieses Geld, Herr Minister Rohwer, steht eben nicht für zukunftsichernde politische Maßnahmen, nicht für Investitionen zur Verfügung. Diese Vorbelastung zukünftiger Generationen mit Zinsen und Tilgungen ist wirklich nicht mehr zu verantworten. Ihre pervertierte Maxime heißt doch: Kinder haften für ihre Eltern. Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Frau Simonis, die Bürger erinnern sich noch gut daran, dass Sie 1996 großspurig verkündet haben, die jährliche Neuverschuldung drastisch abzubauen. Und heute können wir ohne Widerspruch feststellen: Sie sind die größte Schuldenmacherin aller Zeiten in Schleswig-Holstein, Frau Simonis.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Diese Schuldenpolitik könnte ja noch gerechtfertigt werden, wenn damit in den letzten 15 Jahren ein blühendes Land geschaffen worden wäre; ein Land, das im Ranking der 16 Bundesländer einen Spitzenplatz einnimmt; ein Land, das ein hervorragendes Bildungssystem hat; ein Land mit modernen Hochschulen und einer perfekten Infrastruktur und ein Land mit geringer Arbeitslosigkeit und prosperierender Wirtschaft.

Herr Hay, die vielen Unternehmensgründungen sind ein Zeichen dieser Katastrophe. Das sind die Ich-AGs, das sind die **Unternehmensgründungen**, die aufgrund hoher Arbeitslosigkeit zustande gekommen sind und nicht, weil wir eine so hervorragende Wirtschaftspolitik haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Also auch hier Fehlanzeige. Wenn Sie schon nicht unseren Vorschlägen und unseren Anträgen folgen wollen, möchte ich nur daran erinnern, dass der Präsident des Unternehmensverbandes Nord immer wieder einen Kurswechsel in der Politik bei Finanzen, Wirtschaft und Bildung gefordert hat. Der Landesrechnungshof hat Ihnen nachgewiesen, dass Fehlleistungen Ihr Handeln bestimmen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat in einer interessanten Untersuchung zur Politiksituation in den einzelnen Ländern gesagt, dass Schleswig-Holstein unter den ersten Ländern überhaupt nicht zu finden ist. Bei der Frage der Wirtschaftskraft ist beispielsweise festgestellt worden, dass Schleswig-Holstein von 1995 bis 2002 ein Anwachsen des Bruttosozialproduktes von 8,5 % hatte, Bayern liegt bei 16,7 %. Das zeigt die Relation des Ergebnisses Ihres Wirtschaftens.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bei der **Wirtschaftsstruktur** zeigt sich, dass Schleswig-Holstein bisher eben keineswegs den Strukturwandel zu einem Hightechland geschafft hat. Mit einem Anteil von nur 22,9 % am Bruttosozialprodukt liegt Mecklenburg-Vorpommern als einziges der Flächenländer hinter Schleswig-Holstein. Stattdessen fällt auf, dass der öffentliche Dienst mit 23,5 % Anteil am Bruttosozialprodukt hier in Schleswig-Holstein eine Spitzenstellung einnimmt. Bei den Patentanmeldungen wird es ganz finster. In Schleswig-Holstein gab es im Jahr 2002 auf 100.000 Einwohner lediglich 22 Anmeldungen. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg waren es 122 und in Bayern 114 Anmeldungen. Nur die ostdeutschen Länder stehen noch schlechter da als Schleswig-Holstein. Das zu Hightech, das zu Patenten in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Und im zusammengefassten **Wirtschaftsranking** stehen wir nach dieser Untersuchung am letzten Platz aller westdeutschen Länder, Herr Minister Rohwer. Nur die ostdeutschen Länder stehen noch schlechter da, wobei allerdings Mecklenburg-Vorpommern uns inzwischen beim Tourismus weit überholt hat.

Aber auch die Bertelsmann Stiftung kommt nicht zu anderen Ergebnissen. Das Bundesländerstandortranking sieht Schleswig-Holstein auf Platz neun, knapp vor Niedersachsen - Herr Gabriel lässt grüßen - und den ostdeutschen Bundesländern. Nur bei Sicherheit, Anteil der Sozialhilfeempfänger und der Quote der aufgeklärten Straftaten, da ist Schleswig-Holstein noch schlechter.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

(Martin Kayenburg)

Wir nehmen in diesem Land da Platz 13 ein, Herr Astrup. Ich kann die Aufzählung mit Daten aus der „Wirtschaftswoche“ fortsetzen, die in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft und der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ ebenfalls ein Bundesländerranking angelegt hat. Auch hier ist das Ergebnis ernüchternd. Lediglich die fünf neuen Länder liegen hinter Schleswig-Holstein. Herr Minister Rohwer, das ist das, was Sie in diesem Land zu verantworten und zu Wege gebracht haben. Da frage ich mich wirklich, wie und mit welchen Maßnahmen Sie es schaffen wollen, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Land zu beheben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber wenn Ihnen die genannten Institute ein bisschen suspekt sind, dann schauen Sie doch in die Untersuchung der Vereins- und Westbank. Auch da werden Sie nichts anderes finden. Dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen. Und nun sagen Sie bitte nicht, diese Institute und Banken oder wir redeten das Land schlecht.

(Holger Astrup [SPD]: Sie ja!)

Die Lage ist schlecht. Und Sie haben das maßgeblich zu verantworten. Der Norden droht wirtschaftlich abgehängt zu werden.

(Beifall der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Rainer Wiegard [CDU])

Die Landesregierung hat statt wirklicher Reformen deswegen schon einmal den Doppelhaushalt 2004 und 2005 in die Liste ihrer großen Reformvorhaben aufgenommen. Bei genauem Hinsehen zeigt sich aber, dass **Doppelhaushalte** eben nicht - genauso wenig wie übrigens Budgetierung und Kostenleistungsrechnung - eine Wunderwaffe gegen verfehlte Finanzpolitik sein können. Noch nie war die Ausgangslage im Übrigen für einen Doppelhaushalt so unsicher wie zurzeit. Schon von daher würde es sich verbieten, jetzt einen Doppelhaushalt vorzulegen. Im Übrigen kritisieren wir ihn, weil er die **Budgethoheit des Parlamentes** einschränkt. Bei einem normalen Haushalt würden wir nämlich jährlich beraten, bei einem Doppelhaushalt hat nur die Regierung das Initiativrecht, innerhalb der zwei Haushaltsjahre einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Aber Ihre Absicht ist ja klar: Sie wollen im nächsten Jahr vor der Wahl nicht, dass hier in diesem Haus über Ihre Missleistungen diskutiert wird. Das ist der eigentliche Grund, warum Sie in diesem Jahr hier so ein „handgestricktes Zeug“ vorlegen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Aber abgesehen von den qualitativen Mängeln dieses Doppelhaushaltes ist es geradezu eine unglaubliche Missachtung des Parlamentes, wie Sie mit der Vorlage umgegangen sind. Sie haben im Sommer eine Vorlage eingebracht, die schon überholt war, als sie eingebracht wurde. Am 24. November 2003 legen Sie uns eine 800-seitige Nachschiebeliste vor, überschütten uns mit einem Nachtragshaushalt für 2003 und am 27. November, drei Tage später, um 10 Uhr fragt der Finanzausschuss nach Änderungsvorschlägen der Opposition, um dann heute hier die zweite Lesung durchzupauken.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das ist schlichtweg eine Frechheit, Frau Kollegin Kähler.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und im Übrigen - auch das sollten Sie hier zur Kenntnis nehmen - hat der Haushaltsentwurf 2005 nicht einmal die Qualität der mittelfristigen Finanzplanung. Da sind einfach die meisten Titel völlig ungeprüft fortgeschrieben worden, von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit keine Spur. In der Wirtschaft, Herr Minister Stegner, würde Ihnen das den Vorwurf der Konkursverschleppung einbringen. Das ist die wahre Qualität Ihrer Arbeit.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich will das auch gern begründen. Wer in einen Haushalt mit einem strukturellen Defizit von 1,1 Milliarden € reingeht - das sind 14 % der Nettoausgaben -, der handelt unseriös und ist nur dabei, seine schlechte Gewohnheit fortzusetzen und erneut die Grenze der Neuverschuldung für das nächste Jahr nach oben zu treiben.

Für das Jahr 2004 allerdings - das will ich gern zugehen - wird zumindest relativ sorgfältig die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** erläutert. Nur, die erforderlichen Schlussfolgerungen fehlen. Wo steht denn eigentlich, was Ihnen in § 42 der Haushaltsordnung und der Landesverfassung aufgegeben ist - vielleicht sind Sie ja auch in der Verfassung noch gar nicht so weit gekommen, Herr Minister -, dass Sie im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vorschlagen sollen, wie das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann? Herr Rohwer, ich kann nicht ansatzweise erkennen, welche Vorschläge Sie zu diesem Komplex gemacht haben. Damit ver-



(Martin Kayenburg)

stoßen Sie erneut gegen die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Übrigen ist die Beratung heute auch deswegen unseriös, weil positive haushaltswirksame Folgen aus Gesetzen unterstellt werden, die es überhaupt noch gar nicht gibt. Denn die Konsequenzen aus dem Vermittlungsausschuss sind von Ihnen überhaupt noch nicht berücksichtigt worden. Deshalb ist es völlig unsinnig, heute den Doppelhaushalt 2004/2005 zu verabschieden.

Sie leisten mit dem Haushalt 2004 gerade keinen entscheidenden Beitrag für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein, Herr Minister Rohwer. Da skizzieren Sie mit dem Bild von der heilen Welt eine Förderpolitik im Bereich Wellness und Hightech, das den harten Fakten und den Ranglisten, die ich eben zitiert habe, in keiner Weise standhält. Das ist eine Fata Morgana, aber kein Ergebnis, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann wird es ganz spannend bei diesem Wirtschaftsminister: Er gaukelt den Unternehmen und den Wirtschaftenden vor, die Landesregierung würde unter größten finanziellen Anstrengungen schon wieder ein neues - wohlgemerkt -, **zusätzliches Förderprogramm** auflegen. Da will ich Ihnen gern zugestehen, Herr Minister: Ihre Kreativabteilung leistet wirklich Enormes. - Mal heißt das Ganze „ziel“, mal „ZAL“, mal „ZIP“. Ich hatte heute Morgen schon gesagt: Jetzt fehlt noch „ZAP“, das „Zukunftsabbauprogramm“.

Sie wollen mit dem „ZIP“ in den nächsten drei Jahren Investitionen von 809 Millionen € auslösen. Interessant daran sind zwei Punkte, Herr Minister: Erstens. Wie kommen Sie ausgerechnet auf 809 Millionen? Können Sie mir einmal erzählen, woher die 9 Millionen € kommen? Da wollen Sie Genauigkeit vorgaukeln, wo in Wirklichkeit Scharlatanerie eine Rolle spielt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber es wird Ihnen nicht gelingen, hier den Eindruck von Sorgfalt und Qualität zu erzeugen.

Zum Zweiten! Vielleicht haben Sie die Presseerklärung der Ministerpräsidentin von heute noch nicht gelesen. Dazu frage ich: Wieso stehen darin plötzlich nicht 809 Millionen, sondern - so glaube ich - 359 Millionen? Wo sind denn diese 450 Millionen € geblieben? Da müssen Sie bitte einmal hierher kommen und uns aufklären, wie dieses Geld so schnell irgendwo verschwunden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie Sie dann mit solch einem Betrag, der auch noch auf drei Jahre verteilt ist, wirklich einen nennenswerten Beitrag zur Belebung der Wirtschaft in diesem Land auslösen wollen, das bleibt nun wirklich Ihr Geheimnis. Das Ganze sind nämlich gerade einmal 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes. Das sind nun wahrlich Peanuts, Herr Minister.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist ja unglaublich! - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie dann auf Nachfrage nach dem Sinn dieses Programms sagen, dass nunmehr die Konditionen der Fördermaßnahmen festgelegt worden seien, dann frage ich: Für wie dumm halten Sie uns eigentlich?

Wenn Sie genau in das Programm hineingucken, sehen Sie darin die gute alte Städtebauförderung, dann ist darin die Wohnungsmodernisierung und dann ist darin die Werftenhilfe zu erkennen und dann ist dort weiß Gott nichts Neues zu finden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht gibt es doch etwas Neues - da wird es dann ganz schön -: Das Bauen von Tierheimen ist neu aufgenommen worden und die Ersatzbeschaffung beim Katastrophenschutz. Nur, wie da aus 100 Millionen 800 werden sollen, das erschließt sich mir nun überhaupt nicht mehr.

(Unruhe bei der SPD)

Eigentlich hätte ich von Ihnen, Herr Minister Rohwer, etwas mehr erwartet. Ich wundere mich, dass Sie mit diesen Lächerlichkeiten noch einmal vor die Presse getreten sind und damit - das ist das Bedauerliche - Ihren eigentlich ganz ordentlichen Ruf aufs Spiel gesetzt haben.

Meine Damen und Herren, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die Verkündung immer neuer Programme, die Absenkung der Investitionsausgaben auf einen historischen Tiefstand, das passt doch wirklich alles nicht zusammen. Das ist rotgrüne Chaospolitik und das zeigt Ihre ganze Konzeptions- und Hoffnungslosigkeit.

Wo sind denn eigentlich Ihre Vorschläge in den anderen Bereichen geblieben, wo Sie etwas ändern wollten? Wie ist das eigentlich mit dem **zweistufigen Verwaltungsaufbau**? Es kann doch nicht sein, dass wir in der Umweltverwaltung rund 13.000 Mitarbeiter haben, aber nur 1.000 Kriminalbeamte hier im Land. Dazu kann ich nur sagen: Überall grün, nur keine Sicherheit!

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Statt den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich und schonungslos mitzuteilen, welche Aufgaben künftig nicht mehr wahrgenommen werden können oder welche nur eingeschränkt wahrgenommen werden können, wurden von Ihnen im Koalitionspoker allenfalls die Karten der Landesämter neu gemischt: Staatliche Umweltämter, Ämter für ländliche Räume werden mir nichts, dir nichts zu einer Mammutbehörde konzentriert, die dann aber gleich wieder Außenstellen bildet. Das LANU bleibt im Kern erhalten und die Finanzämter werden nach völlig blödsinnigen Kriterien hin- und hergeschoben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber vielleicht ist das ja Ihr Beitrag zu mehr Wachstum. Sie beschäftigen damit nämlich die Möbelspediteure dieses Landes und das kann ihnen ja vielleicht weiterhelfen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Also: Mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 hat Rot-Grün wieder einmal die Chance vertan, zur Konsolidierung der Landesfinanzen beizutragen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Schleswig-Holstein braucht, ist völlig klar: Wir brauchen Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Wir brauchen eine Offensive für mehr Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Einer der Gründe für die wenigen Arbeitsplätze und für die immer niedrigere Erwerbsquote sind die immer geringer werdenden öffentlichen Investitionen. Die **Investitionsquote** hat einen historischen Tiefstand erreicht. Deswegen muss hier mit einer spürbaren Offensive gegengesteuert werden und deswegen haben wir auch in unserem Entschließungsantrag und in fast 200 Einzelanträgen zum Doppelhaushalt 2004/2005 und der Formel „100 + 100 = verfassungskonformer Haushalt“ bewiesen, dass es für ein **Umsteuern** noch nicht zu spät ist. Wir wollen im Haushalt 2004 rund 200 Millionen € an Entlastungen einbringen und dieses Geld zu je 100 Millionen € zur Absenkung von Schulden und für ein Programm „**Offensive für Schleswig-Holstein**“ verwenden. 2005 werden wir dasselbe Programm noch einmal auflegen. Das sind dann nicht die lächerlichen 30 Millionen oder einmal 40 Millionen €, Herr Wirtschaftsminister, sondern das sind 200 Millionen €, in jedem Jahr 100 Millionen €, die wir einbringen und aufbringen werden. Wenn Sie in die Unterlagen schauen, werden Sie es sehen: Es ist uns gleichwohl gelungen, einen verfassungskonformen Haushaltsentwurf vorzulegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier könnte die Regierung wirklich von uns lernen.

Die 100 Millionen sind auch ganz konkret zugeordnet: Wir wollen im Bereich der **Städtebauförderung** etwas tun; das wird bestmögliche Allokation von privaten und auch von kommunalen Investitionen nach sich ziehen. Die positive Wirkung des Programms wird insbesondere beim öffentlichen Handwerk zum Tragen kommen. Das wird aber auch zur Revitalisierung und Verbesserung der Attraktivität der Innenstädte beitragen, das heißt, eine indirekte Förderung des örtlichen Einzelhandels. Dafür 30 Millionen €.

Wir wollen in den **kommunalen Straßenbau** 20 Millionen € hineinbringen, damit die von Ihnen verursachten Schlaglochpisten endlich beseitigt werden und nicht nur irgendwo ein Schild aufgestellt wird „Vorsicht schlechte Wegstrecke“. Dafür haben Sie noch Geld.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit weiteren 30 Millionen € den **Wissenschaftsstandort** Schleswig-Holstein stärken, wir wollen das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft fördern und investive Maßnahmen in den Wissenschaftsstandorten möglich machen.

Wir wollen weitere 10 Millionen € für die **Landwirtschaft** und die **Ernährungswirtschaft** - das sind nämlich in diesem Land nach wie vor wichtige Wirtschaftszweige - einsetzen und im Gegensatz zu Rot-Grün ist es unser Ziel, die Gemeinschaftsaufgabe vollständig aus Landesmitteln zu komplementieren. - 10 Millionen € dafür!

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr, noch mehr! Wir wollen noch mehr!)

- Frau Heinold, auf Sie habe ich ja schon ganz lange gewartet.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Ich habe es gar nicht verstanden, dass Sie sich so lange haben zurückhalten können. Aber ich lasse es.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommen noch mehr Versprechen! Wir haben ja so viel Geld! Mehr! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wir sind hier nicht im Kindergarten, Frau Heinold!)

(Martin Kayenburg)

- Frau Heinold, dann sage ich es Ihnen doch: Markieren Sie hier nicht die ungezogene Göre,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht zu weit!)

sondern bleiben Sie - - Ich wiederhole: Ich habe gesagt, Frau Heinold möge nicht die ungezogene Göre markieren, die mit den Füßen stampft und einen Schreikrampf bekommt, sondern sie sollte sich lieber mit unseren Anträgen sachlich auseinandersetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weitere 10 Millionen € haben wir für den **Tourismus** vorgesehen, ein wichtiges Standbein der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da sind Investitionsbeihilfen, Saisonverlängerung, aber auch eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur des Tourismus vorgesehen.

Ich glaube, damit schaffen wir die Grundlage dafür, dass unser Land im Wettbewerb mit den anderen Ländern eine bessere Position einnimmt, als es das Ranking bisher nachgewiesen hat.

Neben dem Investitionsprogramm wollen wir aber mehr Geld für mehr Arbeitsplätze einsetzen, zum Beispiel im Bereich Bildung - mit 150 Lehrerplanstellen - und im Bereich der inneren Sicherheit.

Wir werden den **Polizeihaushalt mit Stellenhebungen** versehen und so den Beförderungsstau abbauen und mit 50 zusätzlichen Anwärterstellen des gehobenen Dienstes die Polizei ab Mitte nächsten Jahres verstärken. Zusätzliche Ausbildungsplätze sollen für junge Menschen geschaffen werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo wollen Sie das ganze Geld dafür hernehmen?)

- Herr Neugebauer, ich denke, Sie sind der finanzpolitische Sprecher Ihrer Fraktion. Zumindest von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie sich mal mit unseren Haushaltsanträgen auseinandersetzen. Dann wären sie zu dem Ergebnis gekommen, dass jede dieser Investitionen gegenfinanziert ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Durch weitere Umschichtungen im Haushalt wollen wir auch Investitionen im Polizeibereich verstärken.

Wir wissen, das ist ein ehrgeiziges Ziel, das wir durch Senkung der sächlichen Verwaltungs- und Personalausgaben erreichen wollen. Wir werden damit aber nicht kurzfristig umgehen. Weil Sie diesen Haushalt

bisher so an die Wand gefahren haben, wollen wir - wie wir es auch in unserer Presseerklärung gesagt haben - in den nächsten zehn Jahren 2.000 Stellen abbauen.

Dann habe ich mir Ihr Schreiben, Herr Finanzminister, vom 5. Dezember 2003 angesehen, das offenbar auf Fragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzielt. Da kommen Sie zu erstaunlichen Ergebnissen.

Sie kommen zu der Feststellung - das entbehrt für mich jeder wirtschaftswissenschaftlichen Logik -, dass 23 Millionen € konsumtive Ausgaben 63,7 Millionen € Investitionen auslösen würden. Sie müssen mir mal vorrechnen, wieso eigentlich Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, Gutachten, Sachverständigenleistungen, Werkverträge, Benzinkosten oder rot-grünes Herumtelefonieren im Lande Investitionen auslösen können.

Diese Erkenntnis bleibt mir genauso verschlossen wie Ihre Behauptung, dass das Leasing von Polizeifahrzeugen in Höhe von 2,9 Millionen € Investitionen in einer gleichen Größenordnung auslösen würde. Sie geben die Fahrzeuge nach der Mietphase - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie sie leasen, brauchen Sie sie nicht zu kaufen! Das ist der Unterschied! - Lachen bei CDU und FDP)

- Lieber Herr Kollege Hentschel, vielen Dank für diese Unterstützung! Wir wussten immer schon, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Also, die Investitionen, die angeblich ausgelöst werden, sind spätestens dann futsch, wenn die Miete - das deutsche Wort ist Ihnen vielleicht geläufiger - abgelaufen ist. Da ist nichts mehr. Die Leasing-Zeit ist zu Ende. Die Investition ist weg. Was soll da überhaupt kommen, Herr Kollege Hentschel? - Taschenspielertricks von Herrn Stegner werden wir hier nicht mitmachen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Interessant, Herr Minister, wird es an der Stelle, an der Sie über **Fluktuation** reden. Wir sind immer von zehn Jahren ausgegangen. Sie stellen inzwischen fest, dass innerhalb von acht Jahren eine Fluktuation von 7.037 aktiven Beamten in den Ruhestand stattfindet; die Angestellten sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Selbst wenn wir diejenigen abziehen, die wir nach wie vor zwingend haben wollen, nämlich Lehrer, Polizeibeamte und die anderen, die auch von Herrn Hay genannt worden sind, dann bleiben immer noch 1.747 Planstellen. Wenn wir die mit einer **Wiederbe-**

(Martin Kayenburg)

**setzungssperre** belegen, dann sind wir ganz schnell bei den von uns geforderten Einsparungen von 2.000 Stellen, Herr Minister. Vielen Dank für die Unterstützung in Ihrem Schreiben!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir nie bezweifelt! Wir wollen ja mehr sparen!)

Darüber hinaus hat uns verblüfft, dass dieser Minister noch nicht einmal in der Lage ist zu erklären, welche Steuerbeamten, Justizangehörigen und Angestellten im Landesdienst mit welchen Geburtsjahrgängen wann in den Ruhestand treten. Die Mitteilung, dass hierfür keine Einzeldaten vorlägen, ist schon ziemlich merkwürdig. Sei es drum: Sie wissen in Ihrer Verwaltung sowieso nicht Bescheid.

Und schließlich - letzter Punkt - wollen wir den **Verkauf von NordwestLotto**, Herr Kollege Hay. Wir wollen mit der zusätzlichen Kapitalisierung von fünf Zweckertragungspunkten den Haushalt mitfinanzieren. Aber bevor Sie Ihr Geschrei fortsetzen: Wir haben deswegen an keiner Stelle Kürzungen vorgesehen. Die Zuführungen erfolgen vielmehr in den Haushalt und die Vereine und Verbände werden aus dem Haushalt nach wie vor finanziert.

Sie suggerieren hier, die Zweckerträge seien den Vereinen und Verbänden zugeflossen. Dann hätten wir nur noch Schwimmvereine. Denn diese schwämmen im Geld. Sie könnten sich vor lauter Zweckerträgen überhaupt nicht retten. - Es ist unseriös, Herr Hay, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit unseren Anträgen zum Doppelhaushalt 2004/2005 nachgewiesen, dass ein Umsteuern und die Einleitung einer Konsolidierungsphase durchaus möglich sind. Ich habe in der ersten Lesung schon darauf hingewiesen, dass der Doppelhaushalt wirklich kein Reformwerk, sondern Ausdruck rot-grüner Ratlosigkeit und Konzeptionslosigkeit ist. Leider hat sich das mit Ihrer 800-seitigen Nachschiebeliste, Herr Stegner, und vor allem mit den „atemberaubenden Änderungsanträgen“ von Rot-Grün in keiner Weise geändert.

Wir werden also bis 2005 warten müssen, um nach einem Regierungswechsel das Ruder herumzureißen und die rot-grüne Chaospolitik in unserem schönen Land zu beenden. Wir wissen, das wird nicht von heute auf morgen gehen. Wir sind aber sicher: Wir schaffen es.

(Lang anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben Mitglieder der Abendvolkshochschule Leck und der Jungen Union Steinburg Platz genommen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen des Oppositionsführers haben mich an einem Punkt doch ins Grübeln gebracht, nämlich bei der Bemerkung, dass die Ministerpräsidentin bei diesen wunderbaren Vorschlägen der Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlage über die Menschen des Jahres nicht vorgekommen sei. Das ist mir aufgefallen, Herr Kollege Kayenburg. Damit könnte ich leben. Aber dass wir beide nicht genannt worden sind, ist die eigentliche Schweinerei.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Legislatur debattieren wir das letzte Mal einen Haushaltsentwurf und der Regierungskoalition ist es gelungen, einen Haushalt der Superlative zu entwerfen:

Rot-Grün stellt einen sinnlosen Doppelhaushalt auf. Rot-Grün bricht die Verfassung schon bei der Aufstellung des Haushaltes. Und das ist noch viel spannender: Rot-Grün senkt die Investitionen weiter und preist das als Zukunftsinvestitionsprogramm an.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Landesregierung schlägt zum ersten Mal einen Haushalt für zwei Jahre vor, obwohl sie noch nicht einmal sichere Grundlagen für den ersten Januar des kommenden Jahres hat. Damit wird die rot-grüne Finanzpolitik endgültig zum Fantasy-Spiel.

Im Mai traute sich der neue unerfahrene Finanzminister - nach eigenen Worten kein Finanzfachmann - noch nicht einmal, seine Erwartungen für dieses Jahr auf die Mai-Steuerschätzung zu gründen. Jetzt visioniert er im Schuldenfieber über den Haushalt fürs übernächste Jahr, obwohl er selbst erklärt hat, dass er gar keine ausreichenden Daten für 2005 habe. Denn die einzigen Daten zu den Einnahmen des Landes für 2005 stammen aus genau der Steuerschätzung, die Herrn Dr. Stegner für 2003 zu unsicher war.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

(Wolfgang Kubicki)

Herr Finanzminister, angesichts Ihrer Visionen zu den Zahlen für 2005 erinnere ich mich an einen Ausspruch von Helmut Schmidt, den sie vielleicht beherzigen sollten: Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das erste Mal in der Geschichte Schleswig-Holsteins schlägt die Landesregierung vor, die Kreditobergrenze schon zu überschreiten, bevor der erste Euro ausgegeben ist. Das ist der Höhepunkt der rot-grünen Schuldensucht - und über Suchtprävention haben wir erst gestern debattiert.

Wir sind seltsame Ankündigungen der Landeregierung gewohnt. Stets tönte sie bei der Haushaltsaufstellung, im nächsten Jahr mehr Schulden zu machen als im letzten, um damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Schulden ab dem übernächsten Jahr senken zu können - spätestens im Jahr nach dem übernächsten. Bis vor zwei Jahren hat sie sich sogar getraut, ein Datum für einen Haushaltentwurf ohne neue Schulden zu nennen. Das war einmal.

Tatsächlich hat die Landesregierung immer nur das nächste Jahr erreicht und die **Schulden** des Landes von Jahr zu Jahr kräftig erhöht - übrigens völlig unabhängig von der konjunkturellen Lage: von 1991 bis 2002 um durchschnittlich 643 Millionen € pro Jahr. Rechnet man die beabsichtigten neuen Schulden für 2003 mit ein, sind es sogar 687 Millionen € jährlich.

Selbst in den beiden Jahren mit dem höchsten Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung hat Rot-Grün ungebremst neue Schulden gemacht: 1999 wuchs die schleswig-holsteinische Wirtschaftskraft real um 2,1 %. Die Schulden wuchsen um 609 Millionen €. 2000 wuchs die schleswig-holsteinische Wirtschaftskraft real um 2,3 %, die Schulden wuchsen um 591 Millionen €. Und so hat die Landesregierung Schleswig-Holstein an die Spitze der Schuldenstatistik katapultiert. Herr Kollege Kayenburg hat darauf bereits hingewiesen. In keinem anderen Flächenland in Westdeutschland werden einem Menschen so viele Schulden aufgebürdet wie bei uns von Rot-Grün: 6.305 € waren es 2002. Dieses Jahr sollen noch einmal 432 € dazukommen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wächst um 6,9 % auf 6.747 €. Weihnachten steht vor der Tür und das ist das Geschenk von den rot-grünen Weihnachtsmännern und Weihnachtsfrauen - keine schöne Bescherung!

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Investitionen des Landes werden unter Rot-Grün im Haushalt zur Randerscheinung. Bald werden wir beantragen müssen, sie unter Minderheitenschutz zu stellen. 1991 betragen die Nettoausgaben des Landes

6,31 Milliarden €, die **Investitionen** 922 Millionen €. Die Investitionsquote betrug 14,6 %. Von da an ging es bergab. 2003 sollen die Nettoausgaben des Landes mit dem 2. Nachtrag 7,9 Milliarden € erreichen, die Investitionen 801 Millionen €. Die Investitionsquote würde 10,1 % betragen. Im Vergleich zu 1991 steigen die Nettoausgaben um 25,7 %, die Investitionen fallen um 13,2 %. Betrachten wir die Stegnerschen Phantasien in der Finanzplanung, wird das Ganze noch schlimmer. Bis 2007 sollen die Nettoausgaben auf 8,1 Milliarden € steigen und die Investitionen auf 675 Millionen € sinken. Die Investitionsquote betrage dann nur noch 8,3 %.

Im Vergleich zu 1991 stiegen die Nettoausgaben um 28,3 %, die Investitionen fielen um 26,9 %. Bei einer Regierung und einem Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsfraktion, die erklären, wie wichtig Investitionen sind, eigentlich ein jämmerliches Bild!

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Lichtblick dieser Zahlen müssen wir auch den Witz namens „**ZIP**“ bewerten. Die Ministerpräsidentin, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister rühmen sich gegenseitig um die Wette, in den nächsten drei Jahren ein Programm von 100 Millionen € zusätzlichen Investitionen auflegen zu wollen. Die Betonung liegt auf „zusätzlich“, das heißt bekanntermaßen „mehr“. Nach den neuesten Eckwerten sollen die Investitionen in den nächsten drei Jahren sinken: von 801 Millionen € 2003 über 793 Millionen € 2004 und 776 Millionen € 2005 auf 766 Millionen € 2006. Damit fehlen in den kommenden drei Jahren im Vergleich zu 2003 im laufenden Jahr insgesamt 68 Millionen € Investitionen. Bei Frau Simonis, Herrn Dr. Rohwer und Herrn Dr. Stegner sind 68 Millionen € weniger gleich 100 Millionen € mehr. PISA lässt grüßen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist kein Wunder, dass es dem Land immer schlechter geht, wenn sich die Regierung so schön rechnet und darauf auch noch stolz ist. Das alles zeigt: Rot-Grün kann nicht haushalten, Rot-Grün ist schulden-süchtig, Rot-Grün vergeht sich an der Zukunft unseres Landes. Deshalb muss Rot-Grün weg. Warten wir das Ergebnis doch einfach einmal ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber das Versagen der roten und rot-grünen Regierungskoalitionen und Landesregierungen zeigt sich nicht nur in den Zahlen des Haushalts. Unser Land leidet selbstverständlich mit. In der ersten Lesung dieses Gespensterhaushaltes habe ich Ihnen die traurige Wahrheit über die rot-grüne Depression in

(Wolfgang Kubicki)

Schleswig-Holstein bereits erläutert. Hier noch einmal die Zusammenfassung: Seit 1991 fällt Schleswig-Holstein bei den entscheidenden Messgrößen wirtschaftlichen Erfolges immer schneller und immer weiter hinter den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer zurück. Der **Rückstand beim materiellen Wohlstand**, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, ist von 4,5 % auf 15,6 % gestiegen. Inzwischen fehlen bei uns fast 3.300 € pro Einwohner zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Von 1991 bis 2002 wuchs der Wohlstand jährlich unterdurchschnittlich um 0,47 %, in den westdeutschen Flächenländern waren es jährlich 0,62 % oder 32 % mehr. Viel wichtiger, jedenfalls für jemanden, der wie Herr Professor Dr. Rohwer von Wirtschaftswissenschaften etwas versteht oder verstehen sollte: Von 1991 bis 2002 wuchs die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, jährlich durchschnittlich nur um 1,06 %.

Der Finanzminister selbst räumt in seinen Beileidsbriefen zum Nachtrag und zur Nachschiebeliste ein, dass Schleswig-Holstein knapp 2 % Wachstum jährlich braucht, nur damit die Beschäftigung nicht fällt. Wir reden gar nicht von einem Anstieg der Beschäftigung. Deshalb ergänze ich die Geschichte der rot-grünen Depression in Schleswig-Holstein heute um das Kapitel „Arbeit und ihr Verschwinden aus Schleswig-Holstein“.

2 % jährliches Wachstum hat Schleswig-Holstein unter Rot und Rot-Grün seit 1991 genau dreimal erreicht, in zwölf Jahren, das macht eine Erfolgsquote von 25 %. In der Schule, in der Berufsausbildung und im Studium reichen regelmäßig 50 % der geforderten Leistung, um gerade noch zu bestehen. Mit 25 % der geforderten Leistung besteht man nicht. Das ist ungenügend.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das sind keine Zahlen, die wir aufstellen, das sind objektive Daten.

Folgerung: Bei Rot-Grün reicht es gerade noch für die Schulnote Sechs. Mit einer Sechs bleibt man in der Schule sitzen. Von der Regierungsbank fliegt man. Das werden Sie im Februar 2005 erleben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Angesichts der genannten Zahlen verwundert es nicht, dass auch der schleswig-holsteinische Arbeitsmarkt unter Rot-Grün überdurchschnittlich schlecht dasteht. Im November waren 134.058 Männer und Frauen in Schleswig-Holstein arbeitslos gemeldet. Das ist der traurige Höchststand in einem November

seit der Wiedervereinigung. Die **Arbeitslosenquote** in Schleswig-Holstein betrug gemessen an allen Erwerbspersonen 9,6 %. Das ist unter den westdeutschen Flächenländern die zweithöchste Quote nach Nordrhein-Westfalen - übrigens auch rot-grün-regiert. Gemessen an den abhängigen Erwerbspersonen betrug die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein 10,6 %. Das ist der Spitzenplatz unter den westdeutschen Flächenländern. Die Vergleichswerte für die westdeutschen Flächenländer lauten 8,1 % und 9,0 %. Damit liegt Schleswig-Holstein bei beiden gängigen Messwerten für die offizielle Arbeitslosigkeit fast 20 % höher als der Durchschnitt.

Das ist selbstverständlich eine Momentaufnahme, die Aufnahme eines schlimmen Moments. Aber die längerfristige Entwicklung ist ebenso schlimm, Herr Minister. Von 1991 bis 2002 stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr an. 1991 waren es im Durchschnitt gut 80.000, im Jahre 2002 knapp 122.000, das ist eine Steigerung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitslosigkeit von fast 51 %. Folgerung: Unter Rot-Grün wird Schleswig-Holstein immer arbeitsloser.

Bei der Beschäftigung sieht die Entwicklung genauso schlimm aus: Von 1991 bis 2002 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer um 4,7 %. In Schleswig-Holstein um 2,4 %. Das ist gerade einmal die Hälfte des westdeutschen Durchschnitts. Von 1991 bis 2002 stieg die Zahl der unselbstständigen Arbeitnehmer im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländern um 4,4 %, in Schleswig-Holstein nur um 1,7 %. Das ist etwas mehr als ein Drittel des westdeutschen Durchschnitts. Von 1991 bis 2002 stieg die Zahl der Einwohner im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer um 5,4 %, in Schleswig-Holstein um 6,6 %. Das ist fast ein Viertel mehr als der Durchschnitt.

Seit 1991 ist die Bevölkerung in Schleswig-Holstein fast dreimal so schnell gewachsen wie die Zahl der Erwerbstätigen und fast viermal so schnell wie die Zahl der unselbstständigen Arbeitnehmer. Das ist der Stoff, aus dem **demographische Krisen** entstehen, und die Ministerpräsidentin - übrigens auch Volkswirtin - rühmt sich dieser Krise ein ums andere Mal, wenn das Statistische Landesamt die neuesten Bevölkerungsdaten veröffentlicht. So zum Beispiel am 18. Juni 2003 hier im Landtag - ich zitiere -:

„Schleswig-Holstein wird immer beliebter... So viele Einwohner wie noch nie. Unsere Bevölkerung nimmt zu. Die Leute können doch nicht dümmen sein, als Sie sie machen wollen. Die ziehen doch nicht in so ein Armutsländ... Diese Menschen kommen nach

(Wolfgang Kubicki)

Schleswig-Holstein, weil sie wissen... hier wird ordentliche Politik gemacht.“

Frau Ministerpräsidentin, es scheint mir, dass die Wirklichkeit einen großen Bogen um Sie macht: Die Daten deuten nicht darauf hin, dass die Menschen zum Arbeiten nach Schleswig-Holstein kommen; sie kommen hierher, um ihren Lebensabend und die Früchte ihres Arbeitslebens zu genießen. In Schleswig-Holstein sehen wir die Vorboten der demographischen Entwicklung besonders deutlich: Ein immer kleinerer Anteil der Menschen erwirtschaftet den Kuchen für alle und die Kuchenstücke werden deshalb immer kleiner. Das ist kein Ausweis erfolgreicher Politik, das ist das Ergebnis falscher Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Scheinbar ist dies auch dem Wirtschaftsminister entgangen. Kurz nach der ersten Lesung des Haushaltes erklärte er mir, meine Folgerungen aus den wirtschaftlichen Daten seien falsch, weil der Anteil Schleswig-Holsteins am deutschen Bruttoinlandsprodukt kaum gesunken sei. Herr Minister Professor Dr. Rohwer, ein fast konstanter Anteil Schleswig-Holsteins an der deutschen Wirtschaftskraft ist kein Ausweis wirtschaftlicher Stärke, wenn die Bevölkerung Schleswig-Holsteins im gleichen Zeitraum doppelt so schnell gewachsen ist wie in Deutschland. Es ist ein weiteres Anzeichen für einen relativen Abstieg unseres Landes im Vergleich zu anderen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es gibt keinen Zweifel: Schleswig-Holstein fällt im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern immer weiter zurück. Das stellen nicht nur wir, das stellen jetzt verstärkt und immer mehr auch andere fest. Ich kenne keine Studie, die dieses Ergebnis widerlegt, aber fünf neue, die es stützen. Im September veröffentlichte die Vereins- und Westbank die Studie „Norddeutsche Wirtschaftsprofile Schleswig-Holstein“. Tenor: Schleswig-Holsteins Wirtschaft entwickelt sich noch schlechter als die deutsche Wirtschaft. Im November veröffentlichte die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ - Kollege Kayenburg hat darauf hingewiesen - die Studie „Spieglein, Spieglein, wer ist der Beste im ganzen Land - die Bundesländer im Vergleich“. Die Bundesländer wurden anhand von 15 Indikatoren verglichen, die zu einem Index zusammengefasst wurden. Gewinner ist Bayern mit 129,9 Punkten. Der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer beträgt 117 Punkte. In dieser Gruppe erreicht Schleswig-Holstein mit 102 Punkten nur den letzten Platz, 13 % hinter dem Durchschnitt, 21 % hinter Spitzenreiter Bayern.

Ein weiterer Index beschreibt die wirtschaftliche Dynamik der Länder. Hier ist das Saarland der Sieger mit 116 Punkten. Der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer beträgt 105 Punkte. Schleswig-Holstein erreicht mit 101,8 den vorletzten Platz. Dahinter liegt nur noch Nordrhein-Westfalen. - Ich sagte schon, ebenfalls rot-grün-regiert.

Ebenfalls im November veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung ihr aktualisiertes Bundesländerstandortranking. Auch hier hat sich Schleswig-Holstein bei den Ergebnissen über die Lage und den Wirkungen der Landespolitik verschlechtert.

Ebenfalls im November veröffentlichte das Statistische Bundesamt seine Untersuchung „40 Jahre Sozialhilfe in Deutschland“. Die Zahlen sind interessant. 1997 hatte Schleswig-Holstein mit 4,5 % die zweithöchste Sozialhilfequote der westdeutschen Flächenländer und lag gut 22 % über deren Durchschnitt von 3,7 %. 2002 hatte Schleswig-Holstein mit 4,3 % die höchste Sozialhilfequote der westdeutschen Flächenländer und lag gut 26 % über deren Durchschnitt von 3,4 %.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil wir sozialer sind!)

Ergebnis: Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern fällt Schleswig-Holstein auch hier zurück, was das Land überproportional viel Geld kostet, nämlich für Sozialhilfeausgaben wegen der mangelnden Wirtschaftskraft wie auch wegen der mangelnden Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt aufzubringen hat.

(Beifall bei der FDP)

Im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer betragen im Jahre 2002 die Sozialhilfeausgaben 269 € pro Einwohner. In Schleswig-Holstein waren es 336 € pro Einwohner oder 25 % mehr. Ist das ein Ausweis erfolgreicher 17-jähriger sozialdemokratisch geführter Politik? Für mich und mit Sicherheit auch für die Menschen dieses Landes nicht.

(Beifall bei der FDP)

Im Dezember veröffentlichte die Vereins- und Westbank die Studie „Norddeutschland - ein Standort mit Stärken und Schwächen“. Ergebnis: Die norddeutschen Bundesländer sind auf den verschärften Standortwettbewerb nach der Osterweiterung der EU schlecht vorbereitet. Schuld sind mangelnde Infrastrukturinvestitionen und mangelnde Innovationsfähigkeit. Schleswig-Holstein schneidet schlechter ab als Norddeutschland insgesamt.

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse der Studien lassen sich so zusammenfassen: Schleswig-Holstein hat sich unterdurchschnittlich entwickelt. Schleswig-Holstein steht im Vergleich schlecht da. Die Aussichten für Schleswig-Holstein werden kaum besser. Die Politik beeinflusst die Entwicklung von Gesellschaften. Denn sie setzt die Rahmenbedingungen für diese Entwicklung, genauer: Die Regierungsmehrheit setzt die Rahmenbedingungen. Die vergleichsweise schlechte Entwicklung in Schleswig-Holstein hat auch hier die Regierungsmehrheit zu verantworten. Der Finanzminister macht immer häufiger die Opposition für die schlechte Regierungspolitik verantwortlich. Anscheinend ist er nicht nur kein Finanzfachmann.

Aber das ändert nichts an den Tatsachen: Rot-Grün kann nicht haushalten. Rot-Grün ist schuldensüchtig. Herr Kayenburg, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Rot-Grün vergeht sich an den Zukunftschancen unseres Landes.

(Beifall bei FDP und CDU)

Rot-Grün hat drei Probleme: kein Geld, keine Ahnung, kein Konzept.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb muss Rot-Grün weg. Herr Kollege Hay, warten wir einmal, wie lange die SPD braucht, um die Frage der **Veräußerung der Anteile an der HSH Nordbank** umzusetzen. Ich kann mich noch an die Debatten erinnern, wo mein Freund Günter Neugebauer erklärt hat, niemals werde es eine Privatisierung der Landesbank geben. Das sei der Ausverkauf von Landesinteressen. Dann würden die Mitarbeiter drangsaliert und in die Verelendung gestoßen werden. Die arme Mutti könnte ihre Filiale nicht mehr benutzen. Es dauerte ein halbes Jahr und plötzlich war der Gleiche, der vorher gesagt hat, nie werde das passieren, der Erste, der gesagt hat: Eigentlich waren wir immer schon für die Privatisierung. Auch hier sage ich Ihnen voraus: Spätestens wenn Sie in der Opposition sind und Vorschläge unterbreiten müssen, die etwas umfassender sind als die, die Sie gegenwärtig vorbereitet haben, werden Sie sich unserer Überlegung anschließen, die Anteile an der HSH Nordbank zu veräußern. Übrigens wird das Nordrhein-Westfalen mit der WestLB vor uns tun, und zwar relativ zügig, weil die relativ viel Geld brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer es bis jetzt nicht geglaubt hat, muss sich nur den vorliegenden Doppelhaushalt anschauen und gleichzeitig die verräterische Hast berücksichtigen, mit der dieser Haushalt durchs Parlament gepeitscht wird.

Im Vermittlungsausschuss werden gerade 3.000 Seiten dicke Gesetzentwürfe beraten - übrigens heute in Abwesenheit des sehr bedeutenden Finanzministers von Schleswig-Holstein -, mit dem Bundesfinanzminister die Fragen der Steuerreform 2004/2005, die von der rot-grünen Bundesregierung als eine weitere Jahrhundertreform angepriesen werden. Über die **Vorschläge des Vermittlungsausschusses** wird am 19. Dezember im Bundesrat beschlossen. Die finanziellen **Wirkungen** auf unseren **Haushalt** kann man erst danach berechnen, gerade weil so viel auf einmal verändert werden könnte. So lange möchten die rot-grünen Fraktionen in Schleswig-Holstein nicht warten. Ob die Landesregierung das möchte, ist uninteressant. Denn in Schleswig-Holstein beschließt der Landtag über den Landeshaushalt, nicht der Finanzminister. Aber die rot-grünen Fraktionen haben kein Rückgrat. Sie geben - Herr Kayenburg, auch da stimme ich Ihnen zu - das **Königsrecht des Parlamentes** freiwillig preis. Sie machen sich zu Erfüllungsgehilfen einer - von mir so bezeichneten - unfähigen Landesregierung, die sich von einem lauten, aber fachfremden Finanzminister treiben lässt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ihnen sind die Auswirkungen des Vermittlungsverfahrens egal, Hauptsache, Sie müssen nicht darüber entscheiden und nächstes Jahr dafür öffentlich Verantwortung übernehmen. Das alles versuchen Sie damit zu überdecken, dass Sie die Bedürfnisse der Empfänger von Fördergeldern vorschieben, die ihre Bewilligungsbescheide regelmäßig ohnehin erst im Frühjahr bekommen und nicht am 1. Januar eines Jahres.

Auch wegen dieser Feigheit im Amt werden Ihnen die Menschen im übernächsten Jahr die Verantwortung wegnehmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir halten diesen **Haushaltentwurf** für **verfassungswidrig**, und zwar unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Mit diesem Entwurf verstößt die Landesregierung gegen die Verfassung, weil sie die Grundsätze von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit aufs Größte verletzt. Wer diesem Haushalt zustimmt, bricht auch die Verfassung. Das werden wir nicht tun. Das haben wir bereits erklärt. Wir werden Rot-Grün allerdings nicht beim Bundesverfassungsgericht verklagen. Das würde erst entscheiden, wenn diese Legislaturperiode Geschichte ist. Wir werden die Betroffenen über diesen Verfassungs-



**(Wolfgang Kubicki)**

bruch und die dafür Schuldigen richten lassen, die Menschen in Schleswig-Holstein im Februar 2005.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Lassen Sie mich abschließend auf eine wundersame Vermehrung von Mitteln aus Programmen der Landesregierung zu sprechen kommen, die im virtuellen Bereich bestehen. Denn dafür haben wir bisher keine Erklärung. Ich erwarte von der Landesregierung, dass wir eine Erklärung bekommen. Herr Kollege Kayenburg hat es angesprochen. Herr Kollege Hay stellt sich hin und sagt, durch die 100 Millionen € „ZIP“ sollen 800 Millionen € weitere Investitionen ausgelöst werden.

(Klaus Schlie [CDU]: 809!)

- 809,5. Die Ministerpräsidentin lässt durch die Regierungspressestelle verbreiten: Mit insgesamt 100 Millionen € können Gesamtinvestitionen von 359 Millionen € ausgelöst werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Netto!)

Sie fährt fort: Damit werden wir Bildung, Forschung, wirtschaftliche Infrastruktur und so weiter sichern. Wo gehen aber die anderen 400 Millionen hin? Was wird damit gemacht? Sie wollen mit 100 Millionen 350 Millionen auslösen, der andere will 800 Millionen auslösen. Warum eigentlich nicht 1,2 Milliarden oder 3,6 Milliarden? Es würde sich einfach noch schöner anhören, wenn man so etwas auf den Markt der Meinungen bringen würde.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben im Untersuchungsausschuss gelernt, dass die Ministerpräsidentin weder ordentlich unterrichtet wird noch dass die Regierungszentrale einigermaßen funktioniert. Dass das im Plenum auch noch dokumentiert wird, halte ich in der Tat für ein Novum. Es ist aber immerhin beachtenswert, dass die Regierung auf diese Art und Weise dokumentiert, dass sie selber mit ihrem eigenen Zahlenwerk nicht umzugehen versteht.

Herr Kollege Hay, Sie haben die Union und uns aufgefordert, den Untersuchungsausschuss zu beenden. Das machen auch viele Journalisten. Ich will Ihnen sagen, warum uns Journalisten auffordern, ihn zu beenden. Sie haben gesagt: Ihr habt nur festgestellt, dass diese Regierung unfähig ist. Das wussten wir schon vorher. Das ist nichts Neues. Dafür brauchen wir keinen Untersuchungsausschuss. Es stimmt: Dafür haben wir das Plenum.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt, der jetzt durchgepeitscht wird, insgesamt nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Tribüne als Gast den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordmark, Herrn Peter Deutschland. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen habe ich eine interessante Beobachtung gemacht. Während Herr Kayenburg in donnernden Reden die Verschwendungssucht der Regierung geißelt und den radikalen Sparwillen der CDU propagiert, lebt der Rest der CDU einschließlich ihres Vorsitzenden in einer Märchenwelt. In dieser Märchenwelt sitzt die Ministerpräsidentin in Kiel auf wachsenden Steuereinnahmen, die sie aber den armen Menschen im Lande vorenthält. Der gute Herr Carstensen verspricht den Menschen dagegen goldene Zeiten nach dem Regierungswechsel. So etwas nenne ich Haushaltsschizophrenie.

Auf dem CDU-Parteitag in Rendsburg hat die CDU einen Antrag zur Wirtschaftspolitik beschlossen, in dem fast jede konkrete Zahl falsch ist. Ich habe das überprüft.

Das Land Schleswig-Holstein habe die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst, heißt es da, 55 Beschäftigte auf 1.000 Einwohner. Ein Blick in die Statistik zeigt aber: Nur 21 von diesen 55 Beschäftigten sind im Landesdienst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dem Rest arbeiten 16 beim Bund, vor allem bei der Bundeswehr, mehr als in den anderen Ländern. 18 arbeiten bei den Kommunen, so viel wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Falsche Zahlen, Herr Carstensen.

Das Wachstum der Zahl der Arbeitsplätze von 1999 bis 2001 in Schleswig-Holstein liegt nach Auskunft der CDU einen Prozentpunkt unter dem Bundes-

**(Karl-Martin Hentschel)**

durchschnitt. Tatsächlich liegt das Wachstum mehr als doppelt so hoch und lag sogar über dem Bundesdurchschnitt. Carstensen hat einfach die Zahl der Beschäftigten und nicht die der Arbeitnehmer genommen. Diese ist aber geringer geworden, weil die Zahl der Pendler und Pendlerinnen in andere Bundesländer abgenommen hat. Das sind falsche Zahlen, Herr Carstensen!

Carstensen behauptet, Schleswig-Holstein gebe kein Geld für die Bildung aus. Das Wachstum von 1998 bis 2001 liege bei 0,6 %. Komisch. Nach dem Statistischen Jahrbuch von Schleswig-Holstein wachsen die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in diesem Zeitraum weit über dem Schnitt der anderen Länder. Also: Falsche Zahlen, Herr Carstensen!

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthies-  
sen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weiter: Die Steuereinnahmen sind laut Carstensen seit 1988 bis heute stetig gewachsen. Tatsache ist: Die Steuereinnahmen von 2003 liegen nach der letzten Schätzung bei 5,2 Milliarden €, also unter den Einnahmen von 1998. Als Quelle dieser Zahlen wird überwiegend die Landesregierung Hessen angegeben. Warum kann nicht jemand aus der CDU Ihrem Chef das Statistische Jahrbuch von Schleswig-Holstein schenken? Schließlich will er doch hier Politik machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]:  
Sagen Sie doch einmal etwas zum Haushalt!)

Man kann seine Wahlkampfreden auf falschen Zahlen aufbauen, für die wirkliche Politik sind Phantasiezahlen aus dem Münchhausenland Hessen ungeeignet.

Wie sagte doch der ex-designierte Wirtschaftsminister der CDU, Herr Driftmann? - Zitat: -

„Über die Regierungsfähigkeit der Opposition habe ich mir noch keine abschließende Meinung gebildet.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Zurufe von der CDU)

Nun folgt ein Exkurs. Dies ist nicht ursprünglicher Bestandteil meiner Rede. Zu den Zahlenkünsten des Herrn Kayenburg muss ich nämlich auch eine Bemerkung machen.

Sie reden von 13.000 Mitarbeitern in der Umweltverwaltung in Schleswig-Holstein.

(Zurufe von der CDU)

Tatsache ist: Es gibt 1.300 Mitarbeiter in der Umweltverwaltung, der Forstverwaltung und der Agrarverwaltung, von denen der größte Teil im Forst- und Agrarbereich tätig ist. Falsche Zahlen, Herr Kayenburg!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Martin Kayenburg [CDU]: 1.300 habe ich  
gemeint! Ich habe mich versprochen!)

Sie bezeichnen 30 Millionen € im Investitionsprogramm als „lächerlich“ und Sie haben, als Frau Simonis vorhin gesagt hat, dass es bei der Erbschaftsteuer möglich sei, 100 Millionen € zusätzlich zu bekommen, dies ebenfalls als lächerlich bezeichnet. Wer so mit Zahlen umgeht und ausgerechnet Frau Heinold - die übrigens im Gegensatz zu Ihnen in die Liste zur Frau des Jahres aufgenommen worden ist - als „ungezogene Göre“ bezeichnet, dem kann ich nur sagen, Herr Kayenburg: So etwas wäre Frau Heinold nicht passiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SPD - Lachen bei der CDU - Werner  
Kalinka [CDU]: Mensch, Karl-Martin!)

Meine Damen und Herren, ich setze mich diesmal gründlicher mit den Vorstellungen der Opposition zur Lage in Schleswig-Holstein und mit ihren Haushaltsanträgen auseinander als gewöhnlich.

(Lachen bei CDU und FDP)

Dies hat einen Grund: Immerhin hat die Opposition mit **Verfassungsklage** gedroht.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Deswegen ist es wichtig, deutlich zu machen, warum wir den Haushalt so gestaltet haben, wie er jetzt vorliegt, und es ist ebenso wichtig, deutlich zu machen, warum die Vorstellungen der Opposition keine Alternative sind.

Zum Haushalt. Die FDP gibt wieder einmal das Stück „Dinner for One“: The same procedure as every year, James Wolfgang. Wie jedes Jahr haben die FDP-Abgeordneten jedem, der ihnen Briefe geschrieben hat, Versprechungen gemacht und diese in den Haushalt eingestellt. Und wie jedes Jahr finanziert die FDP dies, indem sie zum x-ten Mal virtuell die Landesbank und die Lotto-Gesellschaft verkauft und die gesetzlichen Sozialabgaben senkt. Zur Bewertung zitiere ich aus einem Kommentar von Michael Legband:

„Der FDP-Fraktionschef im Landtag spricht sich energisch gegen die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte aus... Seine Parteifreunde in Baden-Württemberg,

**(Karl-Martin Hentschel)**

Hessen und Hamburg tragen die dortigen Kürzungen mit. Aus Angst vor der Fünf-Prozent-Klausel und den 2005 anstehenden Landtagswahlen steht bei den Liberalen der Populismus als politisches Kampfmittel im Zentrum...“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

„Was tischt Kubicki den Schleswig-Holsteinern wohl erst in der heißen Wahlkampfphase auf?“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der richtige Kronzeuge!)

Der ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Martin Schumacher hatte Recht. Er nannte Kubicki bei dessen erster Wahl zum Landesvorsitzenden einen „politischen Knallfrosch“. Ich finde, das passt.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Anders diesmal die **CDU-Fraktion**. Sie hat offensichtlich einen Strategiewechsel vorgenommen. Sie lässt damit ihren eigenen Parteivorsitzenden und ihre Basisabgeordneten im Regen stehen. Deswegen sind sie hier schon verschwunden. Deren Versprechungen finden sich nun nur noch in Form von Pressemitteilungen und in Parteitagsreden, sie finden sich aber nicht mehr im Haushalt wieder.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einer der Höhepunkte des christdemokratischen Programms ist dieses Jahr die Oper mit dem Namen „**Personalausgaben**“.

Ouvertüre: Carstensen kündigt auf dem Parteitag an, kurzfristig 2.000 Stellen in der Landesverwaltung zu streichen, um damit 100 Millionen € einzusparen.

Erster Akt: Auf Rückfrage von Frau Heinold im Finanzausschuss erklärt Herr Wiegard, „kurzfristig“ sei bis 2006.

Zweiter Akt: Bei der Vorlage der Änderungsanträge der CDU erklärt Herr Wiegard, die Einsparung erfolge bis 2010.

Dritter Akt: In den Haushaltsanträgen kommen Personaleinsparungen von nur noch 9 Millionen € vor, zugleich Aufstockungen um 5 Millionen €. Ergebnis: Die CDU spart genau 4 Millionen € beim Personal. Das sind 0,16 % der Personalkosten des Landes.

(Holger Astrup [SPD]: Immerhin! - Martin Kayenburg [CDU]: Beantragen Sie das doch! - Weitere Zurufe von der CDU)

Resümee: In Nordfriesland startete ein Adler zum Flug über das Meer und Schleswig-Holstein und landete in Kiel als Mücke in einer Pfütze vorm Landeshaus.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zum Vergleich: Die Landesregierung überrollt die Personalkosten der Ministerien und Landesverwaltungen. Dies ist eine reale Kürzung um 2 %. Zusätzlich spart sie 35 Millionen € durch die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Zusammen sind das 3 % Einsparungen bei den Personalausgaben, das Zwanzigfache dessen, was die CDU versprochen hat. Also, Herr Carstensen: Versprochen - gebrochen.

Ach ja: Hatte die CDU nicht gegen die Kürzungen bei Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei den Beamten gestimmt? Dann hätte sie dafür doch auch Mittel in den Haushalt einstellen müssen. Sie hat aber - anders als die ehrliche FDP; immerhin - diese 35 Millionen € nicht eingestellt. Das nennt man Populismus zum Nulltarif.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wechseln wir nun von der Oper zur Operette. Dort spielt zurzeit das christdemokratische Stück mit dem Namen „Lehrerstellen“.

Ouvertüre: Die CDU verspricht 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer.

Erster Akt: Die CDU rechnet davon 400 heraus, weil diese von Rot-Grün ja bereits vorgesehen sind.

Zweiter Akt: Die CDU erklärt, dass sie 300 Stellen aus dem Bestand erwirtschaften will. Wie, das sagt sie nicht. Will sie etwa die Lehrerarbeitszeit erhöhen? Gesagt hat sie nichts. Ist das geheim?

Dritter Akt: Die restlichen 300 Lehrerinnen und Lehrer werden auf zwei Jahre verteilt und jeweils erst im Sommer eingestellt.

Rauschendes Finale: Die CDU würde in 2004, im kommenden Haushalt, tatsächlich nur 75 Lehrerinnen- und Lehrerstellen finanzieren.

Herr Wiegard, so etwas nenne ich Wahlkampf, aber keine Bildungspolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Kommen wir zu weiteren interessanten **Haushaltsanträgen der CDU**.

Die CDU fordert bundesweit einheitliche Bildungsstandards. In Schleswig-Holstein streicht sie die Mittel für die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten Modellversuche und verzichtet dabei sogar auf 2,1 Millionen € Bundesmittel. Also: Versprochen - gebrochen.

Die CDU fordert eine Schulgesetzänderung mit erheblichen Mehrausgaben für freie Schulen. Im Haushalt: Fehlanzeige. Versprochen - gebrochen.

Die CDU ist gegen die Kürzung der Medizinstudienplätze. Entsprechende Haushaltsanträge für die Hochschulen sind aber nicht eingebracht worden. Versprochen - gebrochen.

Die CDU fordert in einem Landtagsantrag finanzielle und personelle Ressourcen für ein Literaturfestival in Schleswig-Holstein. Im Haushaltsantrag: Fehlanzeige. Versprochen - gebrochen.

Die CDU erhöht in ihren Haushaltsanträgen die Zahlungen der Kommunen an das Land für den Unterhaltsvorschuss um 1,7 Millionen €, sie legt aber vorsichtshalber dazu kein Gesetz vor, in dem dies geregelt wird. So schöpft man virtuelles Geld ohne jemanden zu ärgern. Das nenne ich eine Luftbuchung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die CDU kürzt die Zahlungen für Sozialhilfe um 31 Millionen €, wohlgermerkt eine Ausgabe, die gesetzlich feststeht und auf die die Landesregierung keinen Einfluss hat.

(Werner Kalinka [CDU]: Unglaublich, was der Mann erzählt! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Diesen Trick hat die FDP übrigens letztes Jahr auch angewandt. Wie sagte doch Kubicki vor einem Jahr? - Herr Präsident, gestatten Sie, dass ich Herrn Kubicki zitiere?

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ja.

(Heiterkeit)

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

„Die Ansätze für Sozialhilfe, Wohngeld und die Grundsicherung sind unserer Ansicht nach wie üblich zu hoch.“

So Herr Kubicki vor einem Jahr. - Leider, Herr Kubicki, waren die Ausgaben für die Sozialhilfe um 28 Millionen € höher als angesetzt. Wenn wir Ihnen gefolgt wären, hätten wir 50 Millionen € zusätzliche Minderausgaben im Haushalt gehabt. - Das zu Ihren Anträgen. Gut, dass wir Ihnen nicht geglaubt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das liegt an Ihrer Politik!)

Die FDP hat immerhin daraus gelernt. Das muss man anerkennen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, jetzt nicht!

(Glocke des Präsidenten)

Sie, Herr Kayenburg, haben nichts gelernt.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hentschel! - Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Na gut. Nun doch.

(Heiterkeit)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Hentschel, können Sie mir erklären, warum der Finanzminister den Ansatz für die Sozialhilfe in der Nachschiebeliste gesenkt hat, und zwar mit der Erklärung: „Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe“?

(Werner Kalinka [CDU]: Genau! Das ist es!)

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Weil der Finanzminister das alles ganz genau ausgerechnet und die Statistik überprüft hat.

(Beifall bei der SPD - Lachen und demonstrativer Beifall bei CDU und FDP)

Der Trick ist,

(Rainer Wiegard [CDU]: Trick, ja!)

dass, nachdem der Finanzminister seine Rechnung aufgestellt hat, Herr Kayenburg kommt und noch einmal 35 Millionen € einspart, um seine Lehrerstellen zu finanzieren. Das ist nicht ganz solide.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

**(Karl-Martin Hentschel)**

Weiter: Herr Carstensen verspricht auf dem Parteitag die Streichung der Oberflächenwasserentnahmeabgabe - Kostenpunkt 40 Millionen €. Und im Haushalt? - Fehlanzeige! - Also: Versprochen - gebrochen!

Noch toller ist aber, dass Sie vielfach Ausgaben für den Naturschutz streichen, die über genau diese Oberflächenwasserentnahmeabgabe finanziert werden sollten - wahrscheinlich, um das Geld für Lehrerinnen und Lehrer frei zu machen. Offensichtlich weiß Herr Wiegard gar nicht, dass die Einnahmen aus Abgaben zweckgebunden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Selbst wenn Sie die OWAG entgegen Ihrem Parteitagbeschluss nicht abschaffen, dürfen Sie damit schon rein rechtlich Ihre Wahlversprechen nicht finanzieren. So etwas nennt man Wählertäuschung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Weiter: Die CDU stellt einen neuen Millionentitel für Neuwaldbildung ein. Das finde ich sehr löblich. Sie hat übersehen, dass das Umweltministerium in einem alten Titel bereits die doppelte Summe vorgesehen hat. Das ist nicht so gravierend. Das kann man unter „handwerklicher Fehler“ buchen.

Nun zur Landwirtschaftskammer. Zitat des Abgeordneten Ehlers. Ich weiß nicht, ob er noch hier ist. - Gut, ausgezeichnet.

„In Zukunft reichen die 7 Millionen nicht aus. Wir werden uns für einen ausreichenden Betrag einsetzen.“

Das haben Sie hier gesagt. Im Haushalt: Fehlanzeige! - Also: Versprochen - gebrochen.

Mittelstand. Zitat des Abgeordneten Kayenburg:

„Wir haben im Haushalt 180.000 € für Maßnahmen im Rahmen der Mittelstandsoffensive. Das ist alles andere als ausreichend.“

Sie haben es wahrscheinlich noch viel dynamischer als ich gesagt. Was stellt die CDU ein? - Nichts! - Versprochen - gebrochen.

Weiter: Die CDU verspricht wiederholt die Aufstockung der Werftenhilfe. Im Haushalt: Fehlanzeige!

Landesstraßen. Herr Carstensen fordert auf dem Parteitag mehr Mittel für die Erneuerung der Landesstraßen. Die Fraktion macht das Gegenteil. Sie streicht 1,5 Millionen € beim Personal für die Straßenmeistereien und 1,2 Millionen € bei Fahrzeugen und Sachmitteln.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Also: Versprochen - gebrochen.

A 20. Jetzt kommt das Musterprojekt. - Jetzt hört alle einmal zu!

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die CDU kritisiert unablässig, dass die Planungen für die A 20 zu langsam sind. Was macht sie im Haushalt? - Sie kürzt die Planungsmittel für Autobahnen um sage und schreibe 1,3 Millionen €. - Versprochen - gebrochen.

Herr Kayenburg, im Unterschied zu Ihnen lese ich Ihre Haushaltsanträge.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Justizministerium schließt die Außenstellen der Justizvollzugsanstalt Lübeck in Schwarzenbek und der Jugendhaftanstalt Schleswig in Flensburg. Zitat aus den „Kieler Nachrichten“ vom 23. Oktober 2003:

„Die CDU-Fraktion hält die Planung ... für falsch. Gerade in den beiden strukturschwachen Regionen unseres Landes würden damit unnötig wieder Arbeitsplätze abgebaut.“

Im Haushalt stellt die CDU aber keine Mittel dafür ein. - Versprochen - gebrochen.

LEG. Kayenburg erklärt vollmundig, die Einnahmen aus dem LEG-Verkauf ausschließlich zum Schuldenabbau zu verwenden. Im Haushalt ist davon nichts zu erkennen. Stattdessen verkauft die CDU zusätzlich die Lottogesellschaft, um die Neuverschuldung zu verringern. Wieder einmal 105 Millionen €, die die CDU virtuell versprochen hat, die sie sich aber nicht einmal traut, in ihrem eigenen Haushalt unterzubringen.

Kommunaler Finanzausgleich. Jetzt kommen wir zu Ihren geliebten Kommunalos, denen Sie ununterbrochen so viel versprechen. Die CDU hat den Kommunen vollmundig versprochen, den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich rückgängig zu machen. Wir alle erinnern uns daran. Sie hat das mehrfach versprochen und Anträge gestellt. Sie hat uns gegebelt für das, was wir machten. Was macht sie im neuen Haushalt - das sind 38 Millionen € - ? - Fehlanzeige. - Versprochen - gebrochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Karl-Martin Hentschel)

Was die CDU aber tatsächlich streicht, sind in der Regel Kleinbeträge bei allem, was ihnen verdächtig „grün“ erscheint und womit sie sich dann auf ihren konservativen Parteiversammlungen brüsten kann: Frauenforschung auf null - minus 3 Millionen € -, Friedensforschung auf null, Sinti- und Roma-Beratung auf null, Frauennetzwerk - bekannt für ihre exzellente Existenzgründerinnenberatung - auf null, Frauenberatung in den Kreisen minus 20 %, Projekte der Jugendarbeit minus 20 %, Internat für Hörgeschädigte minus 233.000 €, staatliche Schulen für Behinderte minus 56.000 €, Bürgerbeauftragte auf null, Flüchtlingsbeauftragter auf null. Das alles bringt zwar wenig Geld, aber es bestraft böswillig Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, und Minderheiten, die sich nicht wehren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das sind zwar Kleinbeträge. Sozialpolitisch aber sind das deutliche Zeichen, wohin sich die CDU in der Merkel-Ära nun auch in Schleswig-Holstein hinbewegen will. Ich sage Ihnen deutlich: Nein, nein! Nicht mit uns! Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kommen wir zur Abrechnung. Ich habe die Summe gebildet. In der Summe will die CDU in 2004 rund 36 Millionen € mehr ausgeben als die Landesregierung, in 2005 sogar 44 Millionen € mehr. Wenn Kayenburg uns nun Verschwendung vorwirft und mehr Sparsamkeit verspricht, kann ich nur sagen: Versprochen - gebrochen.

(Zuruf von der SPD: Genau! - Martin Kayenburg [CDU]: Wir investieren!)

Besser können Sie doch gar nicht dokumentieren, dass die von Ihnen angedrohte Verfassungsklage gar nicht ernst gemeint ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir beweisen!)

Meine Damen und Herren, weder das Phantasieland von Carstensen noch die Operetten von Kayenburg und Wiegard helfen uns weiter.

Die Realität ist leider eine andere. Die Kombination aus schwacher Konjunktur, den Folgen der demographischen Entwicklung und der Zunahme der Steuerflucht haben zu dramatischen **Einnahmeausfällen** geführt. Die **Bundesrepublik** befindet sich in der **schwersten Beschäftigungskrise ihrer Geschichte**.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Stimmt!)

Auch in Schleswig-Holstein ist die Situation Besorgnis erregend.

(Martin Kayenburg [CDU]: Rot-Grün!)

Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr um über 10 % gestiegen

(Zuruf von der CDU: Rot-Grün!)

und lag im September nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 10 %. Diese Situation ist nicht neu. Seit 30 Jahren haben unterschiedliche Bundesregierungen diese Entwicklung ausgesessen - aus Angst, den Wählern die Wahrheit zuzumuten.

(Andreas Beran [SPD]: So ist es!)

Jetzt hat die Bundesregierung energische und sehr unpopuläre Maßnahmen ergriffen. Unser Koalitionspartner wird dafür in den Umfragen massiv bestraft. Dazu gehören die Reform der Sozialsysteme und der Arbeitsverwaltung, die Senkung der Steuern und der Sozialabgaben, die Streichung von Subventionen und die Einsparung von Ausgaben.

(Rainer Wiegard [CDU]: Hanau!)

Selbst wenn diese Maßnahmen alle umgesetzt werden, wird das Wachstum nach Auffassung aller sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im kommenden Jahr noch nicht ausreichen, um die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte zu überwinden,

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

und zum Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Wir werden Fortschritte auch nur unter der Bedingung erreichen, dass es im Vermittlungsausschuss zu einer Einigung kommt, wenn Ihre Partei mitmacht. Sonst kommen wir zu gar nichts. Es werden sogar erhebliche weitere Gefahren in der Aufwertung des Euro, in der Lohnpolitik und bei der Umsetzung der notwendigen Reformvorhaben gesehen.

In dieser Situation ist es richtig und notwendig, die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu erklären, um mit einer erhöhten Kreditaufnahme Maßnahmen zu ergreifen, um die Krise zu überwinden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche denn? Welche ergreifen wir denn? - Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn?)

Das gilt auch für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es muss doch zu sinnvollen Lösungen kommen!)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Wir haben seit Jahren in mehreren Schritten Förderprogramme abgebaut, 2.000 Stellen in der Verwaltung gestrichen, über 11.000 Stellen ausgelagert und die Landesbehörden einer ganzen Reihe von Struktur Anpassungen unterworfen. Nun hat die Landesregierung ein weiteres Programm zur Reform der Verwaltungen und der Reduzierung der Kosten ergriffen.

(Monika Schwalm [CDU]: Das hat alles nichts genützt!)

Wir unterstützen die Reformvorhaben der Bundesregierung zur Überwindung der Krise einschließlich der dritten Stufe der **Steuerreform**, obwohl diese zu erheblichen Mindereinnahmen im Land führt. Das Land ergreift erhebliche eigene Maßnahmen zur Belebung der Binnennachfrage, insbesondere durch das **Zukunftsinvestitionsprogramm**, das ein Auftragsvolumen von 800 Millionen € generieren soll.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Dieses in sich geschlossene Konzept der Landesregierung zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Sanierung der Finanzen würde konterkariert, wenn die Einnahmeausfälle durch die hinkende Konjunktur und die Reformmaßnahmen der Bundesregierung bereits in 2004 vollständig durch Einsparungen ausgeglichen werden müssten. Dann müssten zwangsläufig Massenentlassungen und noch radikalere Streichungen in allen Landesbehörden vorgenommen werden. Dies hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation im Land, würde die Nachfrage weiter negativ beeinflussen und damit die Überwindung der Krise behindern.

Durch Entlassungen im Bereich der Polizei träten dramatische Folgen für die innere Sicherheit ein. Durch Entlassungen im Bereich des Bildungswesens träten erhebliche Folgeschäden für die Ausbildung der Jugend ein, einem der wichtigsten Faktoren für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eines rohstoffarmen Landes.

Meine Damen und Herren, dies sind die Gründe, aus denen ich der Überzeugung bin, dass eine Verfassungsklage der Opposition gegen den Doppelhaushalt 2004/2005 genauso wenig Chancen hat wie eine Klage gegen den Nachtragshaushalt 2003. Ich sage dies, weil ich der Überzeugung bin, dass ein Kaputtsparen unser Land nicht weiterbringen und unsere Probleme nicht lösen, sondern verschärfen würde. Gerade diese Situation haben die Autoren der Verfassung im Sinn gehabt, als die Möglichkeit geschaffen wurde, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären. Deswegen ist es nicht nur unser Recht, es ist sogar unsere Pflicht, dies zu tun.

Wer in dieser Situation Klage erhebt, ohne eine Alternative vorlegen zu können, der handelt verantwortungslos.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, ich habe hinreichend deutlich gemacht, dass die Opposition auch nicht im Ansatz eine tragfähige Alternative hat. Das gilt auch in der Bundespolitik. Dort hat die CDU gerade ein echtes Kontrastprogramm verabschiedet. Auf Merkels Antrag hin wird eine Kopfpauschale mit einem Steuerausgleich für die beschlossen, die durch sie höher belastet werden. Damit werden im Handstreich ein Drittel bis ein Viertel der Deutschen zu Empfängern von Sozialleistungen gemacht.

Auf Antrag von Merz wird zugleich eine radikale **Steuerreform** beschlossen. Dazu sagt Merz: Einen Spielraum nach oben gibt es nicht mehr. Sprich, ein sozialer Ausgleich für die Kopfpauschale der unteren Einkommen geht nicht. Mit der einen Hand gegeben, mit der anderen Hand genommen. Die Partei merkt das nicht einmal! Was sagt die Partei in Schleswig-Holstein dazu? Was sagt Herr Carstensen dazu? Auf der einen Seite findet er Merkel gut, wie zu lesen ist. Auf der anderen Seite aber schließt sich Carstensen Stoiber an und erklärt, eine Streichung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale sei mit ihm nicht zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

**Rainer Wiegard** [CDU]: Sie brauchen heute immer vier Sekunden! Ich stelle eine Frage, weil Sie eben kritisiert haben, dass wir vorschlagen, bestimmte Elemente der sozialen Sicherungssysteme durch Steuern zu finanzieren. Ist es richtig, dass Ihre Kollegin Heinoold verlangt hat, jetzt zusammenzustehen und tief greifende Reformen umzusetzen, zum Beispiel die drastische Senkung der Lohnnebenkosten und eine verstärkte Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Wiegard, Sie haben es nicht verstanden! Natürlich wollen wir mehr über Steuern finanzieren. Das Problem ist nur, dass Sie gleichzeitig eine Steuerreform beschließen und Herr Merz sagt, dass diese Steuerreform die Steuerfinanzierung der Sozialabgaben nicht zulässt, die Sie gerade zwei Stunden vorher auf Antrag von Frau Merkel beschlossen haben. Das ist ein gewisser Widerspruch, auf den ich hinweisen wollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was macht also die CDU in Schleswig-Holstein? Auf der einen Seite findet Carstensen Merkel gut, auf der anderen Seite findet er Stoiber gut. Er erklärt: Keine Streichung der Eigenheimzulage. Auch die Pendlerpauschale ist mit ihm nicht zu machen. Damit sind wir nach Oper und Operette beim absurden Theater angelangt: Frage der „Lübecker Nachrichten“ an Carstensen:

„Tragen Sie den radikalen Schnitt bei den Sozialreformen voll mit?“

Die klare Antwort von Carstensen:

„Na ja, das ist natürlich ein Riesenschritt. Sicherlich, es gibt noch ein paar Ecken und Kanten. Ich gebe zu, dass wir nicht wissen, was bis in die letzten Facetten kommt.“

Fazit: Der CDU-Chef Schleswig-Holsteins findet Stoiber gut. Er findet Merkel gut und er weiß nicht, was beschlossen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

So geht es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fordern Sie doch bitte Ihre Partei auf, im Vermittlungsausschuss zu entscheiden. Kein Bürger dieses Landes wird es verstehen, wenn die Blockade in der Politik weiter fortgesetzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das gilt auch für die **Reform der Gemeindefinanzierung**. Die Landesregierung hat sich strikt auf die Seite der Kommunen gestellt und deren Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht. Das ist kein Opportunismus, sondern es ist unsere innere Überzeugung, dass wir für die Kommunen eine konjunkturunabhängige Gewerbesteuer brauchen. Die CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein unterstützt dagegen den Kurs des Bundes der Industrie, der die Gewerbe-

steuer ganz abschaffen will. Dazu ein Zitat von Frau Angelika Volquartz, Oberbürgermeisterin von Kiel:

„Wir begrüßen es, dass die Landesregierung Schleswig-Holsteins die Ergebnisse der Gemeindefinanzreformkommission offenbar ernst nimmt und einen konstruktiven Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über die Gemeindefinanz leistet.“

Vielen Dank, Frau Volquartz, dass Sie Ihren Ex-Kollegen in der Landtagsfraktion so deutlich die Meinung sagen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Drama ist noch steigerungsfähig. Da droht doch die CDU eine Verfassungsklage gegen den Haushalt an. In der „Bild-Zeitung“ vom 28. November 2003 lese ich:

„Die Menschen warten sehnsüchtig auf Steuererleichterungen.“

Wer sagt das? - Das sagt Kayenburg zur Blockadepolitik der CDU. Auch 30 % oder 35 % Schuldenanteil wären möglich. Das ist deutlich: Der Oppositionsführer erklärt eine höhere Verschuldung für nötig. Das heißt, die Verfassungsklage ist unberechtigt. Da kann ich verstehen, dass der gesamte Landesverband über den armen Fraktionsvorsitzenden herfällt. Wo Kayenburg aber Recht hat, da hat er Recht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das gilt genauso wie damals, als er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert hat. Dann lese ich, dass Roman Herzog das Ehegattensplitting abschaffen will. Wieder heult die CDU. Merz will an die Pendlerpauschale und an die Eigenheimzulage. Wieder heult die CDU. Liebe Christdemokraten, dass Sie etwas gegen uns Grüne haben, kann ich historisch verstehen. Dass Sie aber auch noch gegen jeden in Ihrer eigenen Partei etwas haben, der es wagt, ein bisschen selbstständig zu denken, finde ich bedenklich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun zu den **Schwerpunkten des Haushalts**: Vor uns steht eine gewaltige Aufgabe, nämlich eine grundlegende **Reform unseres Bildungssystems**. Wir müssen die Autonomie der Schulen herstellen. Wir müssen die Flut von Erlassen und Verordnungen stoppen und den Schulen stattdessen mithilfe von Bildungsstandards und externer Evaluierung die Chance geben, sich selbst kontinuierlich im Wettstreit zu



(Karl-Martin Hentschel)

verbessern. Dafür brauchen wir zuverlässige Rahmenbedingungen und keine unbezahlbaren Versprechungen. In Hessen und Niedersachsen wurden im Wahlkampf je 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer versprochen. Das haben Sie jetzt auch gemacht. In beiden Ländern wurden nach der Wahl die Schulden hochgetrieben, um das zu finanzieren. In Hessen erleben wir nun, dass im kommenden Jahr wieder über 1.000 Lehrerinnen und Lehrer eingespart werden. Niedersachsen macht das Gleiche und streicht im kommenden Jahr erst einmal 320 Stellen. Das ist praktische CDU-Bildungspolitik nach dem Motto: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Als jemand, der einmal theoretische Quantenmechanik studiert hat, muss ich dazu sagen: Eine solche Anwendung der Chaostheorie lehne ich ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Es sagt viel aus, wenn Roland Koch seinen Lehrern jetzt mit Gehaltskürzungen droht, weil sie sich an den Demonstrationen in Wiesbaden beteiligt haben. Zu den Wundern, die der FDP-Senator Lange in den Hamburger Schulen und Kindergärten vollbracht hat, verzichte ich - angesichts der Lage dort - auf einen weiteren Kommentar. Ich glaube, wenn wir als eines der ärmsten Länder weiter mit an der Spitze der Lehrerversorgung liegen und höhere Kindergartenzuschüsse zahlen als die meisten anderen Länder, dann brauchen wir uns jedenfalls nicht dafür zu schämen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch an den **Hochschulen** stehen wir vor gewaltigen Veränderungen: International vergleichbare Abschlüsse, Leistungswettbewerb in der Forschung und Verkürzung der Studienzeiten. In München gingen in diesen Tagen 20.000 Studenten gegen die Landesregierung und gegen die Streichungen auf die Straße. In Hannover waren es 18.000 und in Wiesbaden sogar 40.000 Studenten und Beschäftigte. In Schleswig-Holstein ist es dagegen gelungen, den Hochschulen für die kommenden fünf Jahre verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und Zielvereinbarungen abzuschließen. Frau Ministerin, ich finde, darauf können Sie mit Recht stolz sein!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Große Sorgen machen mir in diesem Jahr die **Kindertagesstätten**. Im Jahr zwei nach PISA sind wir noch weit davon entfernt, endlich die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen werden absurde Diskussionen über die Absenkung der Standards geführt und

die Kindertagesstätten in vielen Kommunen zur Sparbüchse der neuen und alten CDU-Mehrheiten erklärt.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das ist dummes Zeug!)

Wenn das Ihr Beitrag zur Hebung der Bildungsstandards in Deutschland ist, dann gute Nacht, liebe CDU!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin jedenfalls stolz, dass es uns erneut gelungen ist, den Kampf gegen die Absenkung der Standards erfolgreich durchzustehen und zugleich auf Landesebene eine finanzielle Ausstattung sicherzustellen, die nach den Zahlen des Ministeriums ausreichen sollte. Der SSW-Antrag dazu ist richtig. Ich glaube aber, er erübrigt sich nach der Erklärung der Ministerin.

In der Frage des Verteilerschlüssels haben wir eine Differenz mit unserem Koalitionspartner. Wir finden den Vorschlag des Landkreistages, das Jahr 2003 zur Grundlage der Verteilung zu nehmen, richtig. Ich bedaure, dass es angesichts der Kürze der Zeit nicht mehr möglich war, unseren Koalitionspartner umzustimmen. In der **Jugendpolitik** gelang es, gemeinsam mit der SPD-Fraktion doch noch einige drastische Streichungen rückgängig zu machen. Wir haben das nicht getan, weil wir verschwenderisch sind, denn es handelt sich um kleine Beträge, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass man gerade in so knappen Zeiten wie heute ehrenamtliches Engagement nicht noch bestrafen darf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der **Umwelthaushalt** leidet unter den notwendigen Kürzungen. Zum Glück hat er durch Umweltabgaben und BingoLotto mittlerweile eine solide Eigenfinanzierung.

Zur Erhöhung der **Grundwasserentnahmeabgabe** noch eine Anmerkung: Auch nach der Erhöhung hat Schleswig-Holstein immer noch vergleichsweise niedrige Wasserpreise. Meine Damen und Herren von der CDU, ich glaube daher kein Wort, wenn Sie hier behaupten, Sie würden sie nach der Wahl wieder abschaffen. Sie werden sie genauso beibehalten, wie wir sie eingeführt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Schön, dass Sie uns zutrauen, dass wir die Wahl gewinnen! - Weitere Zurufe)

- Konjunktiv: Wenn Sie drankämen.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

(Karl-Martin Hentschel)

- Ja, ja, ich weiß, was los ist und was Sie glauben, was Sie können.

Kommen wir zur **Agrarpolitik**. In Bayern hat der Bauernverbandspräsident Sonnleitner vorige Woche dem Ministerpräsidenten Stoiber Vertragsbruch vorgeworfen. Auf heftigste protestiert wird dort gegen die angeblich überalterte und unakzeptable Ausweisung von neuen NATURA-2000-Gebieten. - Das kommt mir bekannt vor.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Und die Förderprogramme sollen um 15 % gekürzt werden. Damit fallen auch die Kofinanzierungsmittel von Bund und EU weg. - Das kommt mir nicht bekannt vor. Sie sehen, das ist gute Agrarpolitik in Schleswig-Holstein. Durch die Zusammenführung von Umwelt- und Agrarpolitik versucht der Umweltminister über die Umweltabgaben endlich mehr EU- und Bundesmittel kofinanzieren. Das geht nämlich, wenn man damit umweltfreundliche Landwirtschaft finanziert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist moderne Umwelt- und Agrarpolitik, für die der Minister auf der NORLA sogar Beifall bekommen hat. Deshalb kann ich Herrn Ehlers empfehlen - Herr Ehlers? Er ist nicht da, geben Sie das bitte an ihn weiter -: Schreiben Sie einen Brief nach Bayern. Berichten Sie, wie in Schleswig-Holstein grüne Agrarpolitik gemacht wird. Vielleicht ist dann Herr Sonnleitner etwas netter zu Herrn Stoiber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zentrum dieses Haushaltes steht natürlich die **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die Landesregierung konzentriert sich auf die Förderung von modernen strategischen Technologien, auf die besondere Unterstützung des Mittelstandes und der Handwerkerschaft und auf die Unterstützung der klassischen strategischen Branchen wie maritime Wirtschaft und Tourismus. Ich muss an dieser Stelle etwas zu Kayenburg sagen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr! Herr Kayenburg!)

- Zu Herrn Kayenburg. Es gibt in Schleswig-Holstein alte Sektoren und neue Sektoren. Die alten Sektoren schrumpfen, die neuen Sektoren wachsen. Wir befinden uns in einem Strukturwandel, der ausgesprochen

schwierig ist und der noch lange nicht abgeschlossen ist. Trotzdem muss man feststellen, dass im Bereich der neuen Technologien - die Branchen Meerestechnik, Energietechnik, Mikroelektronik, Biotechnologie und so weiter - in den letzten Jahren nicht nur Tausende von Arbeitsplätzen entstanden sind, sondern dass in diesen Branchen auch bereits fünfmal so viel Arbeitsplätze vorhanden sind wie in der Landwirtschaft und der Werftindustrie.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wollte ich nur einmal zu der Größenordnung sagen. Während die IHK Flensburg gerade festgestellt hat, dass in der Windenergiebranche in den kommenden Jahren 25.000 Arbeitsplätze entstehen werden und die IHK zu Kiel massiv auf die Förderung von neuen Technologien setzt, forderte doch tatsächlich die CDU mit ihrer geballten Wirtschaftskompetenz und ihrem neuen Wirtschaftsleittrag auf dem letzten Parteitag die Einstellung der Subventionen in Energietechnologie, Mikroelektronik und Kommunikationswirtschaft und die Konzentration auf die traditionellen Sektoren. Ich bin fassungslos über diese Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Aber das macht vieles deutlich. Das ist kein Weg in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit. So sind die Probleme der Globalisierung nicht zu lösen, so stellt sich ein Bauer die Wirtschaft vor.

(Thorsten Geißler [CDU]: Wissen Sie, was Sie da eben gesagt haben? - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das schicken wir alles an den Bauernverband! Ihre Unverschämtheiten schicken wir alle an den Bauernverband!)

- Der Bauer kann dafür überhaupt nichts und der Bauernverband auch nicht, die können hervorragend wirtschaften. Dafür kann nur jemand etwas, der aus Nordfriesland kommt und glaubt, er wird Ministerpräsident.

Nun zur **Bahnpolitik**: Das Highlight der kommenden Jahre ist die Ausweitung des Schleswig-Holstein-Tarifs auf den gesamten Busverkehr in Schleswig-Holstein. Dann gilt endlich das Zauberwort „ein Tarif, ein Fahrschein“. Im Jahr 2005 wird mit der Betriebsaufnahme der Westküstenstrecke nicht nur der Service verbessert, sondern es werden auch erhebliche Geldmittel frei, die wir wieder in neue Investitionen und Züge stecken können. Es wurden wegen der Zusatzkosten für den Schleswig-Holstein-Tarif und den Ersatz der FLEX für das kommende Jahr einma-

(Karl-Martin Hentschel)

lig einige Verbindungen gestrichen. Das ist ein Rückschlag. Zu bemängeln ist auch, dass auf einigen Verbindungen der Service und die Pünktlichkeit nicht stimmen. Da ist vor allem die DB-Regio gefordert, endlich zu handeln. Und trotzdem: In den letzten sieben Jahren haben wir ein Plus von 30 % an Zügen und ein Mehr von 50 % an Personenkilometern im Schienenpersonennahverkehr, allerdings Verluste im Fernverkehr. Ich denke, auf diese Bilanz im Schienenpersonennahverkehr können wir stolz sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Mit der **Polizeireform III** soll erneut eine dreistellige Zahl von Polizisten aus der Verwaltung in die Reviere vor Ort gebracht werden. Ich blicke mit Staunen wieder einmal nach Hessen. Dort hat der Ministerpräsident Koch gerade seinen Polizisten verboten, in Uniform zu demonstrieren. Auch der Kompromiss der Gewerkschaft, statt der Dienstmütze ein Gewerkschaftskäppi zu tragen, wurde abgelehnt. Wir haben uns in den Haushaltsverhandlungen lieber dafür eingesetzt, dass die Mittel für die Polizeireformen in Gänze bei der Polizei verbleiben und dass Teile der Gelder dafür verwandt werden, dass Polizisten, die trotz besonders guter Beurteilungen seit Jahren auf ihre Beförderung warten, endlich befördert werden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Denn wir sind stolz darauf, dass wir in Schleswig-Holstein eine ausgesprochen engagierte und bürgerfreundliche Polizei haben. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Beamtinnen und Beamten, die diesen schweren Dienst tun, besonders bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Ich muss auf die Zeit achten, wurde mir gerade gesagt. Ich überspringe jetzt einen Teil meiner Rede.

(Frauke Tengler [CDU]: Oh wie schade! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich würde gern etwas zu Ihrer Investitionstheorie sagen, vielleicht kann ich das nachher noch nachholen.

(Zurufe von der CDU)

Zur **Verwaltungsreform**: Ich möchte mich bei Herrn Carstensen für seine falschen Zahlen bedanken. Ohne ihn hätte ich letzte Woche nicht die Statistischen Jahrbücher von Schleswig-Holstein so intensiv studiert. Das Ergebnis ist bemerkenswert. Wir haben in Schleswig-Holstein in der Landesverwaltung ohne

Bildung, Polizei und Justiz, aber mit Finanzämtern, Straßenmeistereien, Umweltämtern und so weiter - also den gesamten unteren Landesbehörden insgesamt - knapp 15.000 Beamte und Angestellte. In den kommunalen Verwaltungen in Schleswig-Holstein haben wir - die Zahl ist kein Dreher - 51.000 Beschäftigte, also mehr als dreimal so viel.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dafür brauchen Sie eine Woche!)

Die **kommunalen Strukturen** sind leider - das muss man feststellen - im Bundesvergleich ineffizient, teuer und sie sind - wie das Gutachten des Gemeindetages bescheinigt - undemokratisch. Denn so wie die Aufgaben verteilt sind, haben die Kreistage und amtsangehörigen Gemeindevertretungen immer weniger zu entscheiden, weil die Entscheidungen auf Ebenen fallen, wo die Gemeindevertreter gar nicht zuständig sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall beim SSW)

Die Bürger wollen gute Schulen, eine bürgerfreundliche Polizei, eine intakte Umwelt, gesunde Nahrung und gute Kindertagesstätten. Was die Bürger nicht wollen, ist ein Flickenteppich an Verwaltungen wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Was sie nicht wollen, ist eine Blockade von nötigen Veränderungen durch eine Opposition, die ständig im Landtag herumläuft und schreit: Haltet den Dieb. Dazu zitiere ich ausnahmsweise einmal Professor Willms, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein - das mache ich sonst nicht -:

„Angesichts einer aktuellen Haushaltslücke ... für 2004 muss man mehr Reformbereitschaft erwarten. Das gilt im Übrigen auch für die Opposition im Landtag. Von den Oppositionsfraktionen erwarten wir jetzt konkrete Vorschläge, die über den von der Landesregierung vorgelegten Reformkatalog weit hinausgehen.“

Das haben wir bisher leider vermisst.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Tosender Beifall der Kollegin Fröhlich! - Weitere Zurufe von der CDU)

Der Haushalt ist immer eine Generalbilanz der Regierung, das haben wir heute gehört. Deshalb stelle ich

**(Karl-Martin Hentschel)**

fest: Unser Team ist gut besetzt. Der Wirtschaftsminister wird von der Wirtschaft gelobt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Hentschel, Leasing, Investitionen!)

Die Kompetenz der Sozialministerin ist unumstritten. Der Innenminister ist bei seiner Polizei beliebt.

(Zurufe von der CDU)

Die Bildungsministerin schafft verlässliche Rahmenbedingungen. Der Umwelt- und Landwirtschaftsminister wird nicht nur von den Umweltverbänden gelobt, sondern bekam sogar Beifall auf dem Bauerntag.

(Zurufe von CDU und FDP)

Der Justiz- und Jugendministerin zollen selbst die Fachpolitiker der Opposition einhellig Anerkennung. Und als Frontfrau haben wir die beliebteste Ministerpräsidentin der Republik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen bei CDU und FDP)

Zu dieser „Spiegel“-Umfrage wurde nämlich eine repräsentative Umfrage durchgeführt, und zwar nicht bei einer ausgewählten Zahl von Persönlichkeiten, von denen niemand weiß, wer dahinter steckt. Das muss man einfach einmal feststellen.

(Zurufe von der CDU)

Ich hätte gern eine Umfrage in der Bevölkerung über die Beliebtheit von Frau Simonis und einem Herrn „C“. Da bin ich sehr gespannt. Ich glaube, die gibt es auch schon, die bekommen wir dann demnächst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie glauben, Sie haben schon gewonnen, meine Damen und Herren in der Opposition, dann täuschen Sie sich. Sie sind auf einem Parteitag in ein Fantasieland zu flüchten, allen Gutes zu versprechen und auf den bundesweiten Trend und die Finanzkrise zu hoffen, das werden Ihnen die Menschen nicht durchgehen lassen. Wären Sie hier an der Regierung, dann würden sich alle Ihre Versprechen in Luft auflösen und Sie würden die gleichen gnadenlosen Streichorgien praktizieren wie der Wulff in Niedersachsen

(Zurufe von der CDU: Herr! Herr Wulff!)

und die gleiche skrupellose Klientelpolitik wie Herr Koch in Hessen.

In den Kommunen können wir das gerade erleben: Kürzungen bei den Kitas, Zerschlagung von Beratungsstellen für Frauen und Familien, Zerschlagung der Agenda-21-Büros - das können Sie. Aber bei

Strukturreformen, die Geld sparen, kneifen Sie aus Angst vor Ihrer Basis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In den letzten drei Jahren Rot-Grün in Hessen wurden die Ausgaben trotz guter Haushaltslage jedes Jahr gesenkt, seit Münchenhausen dran ist, wird Jahr für Jahr mehr ausgegeben. Aber die gutgläubige CDU in Schleswig-Holstein wird dann mit gezinkten Zahlen beliefert. Deswegen, liebe Frau Simonis: Das kann sich Schleswig-Holstein nicht leisten. Frau Simonis, Frau Lütkes, ich nehme Sie in die Pflicht: Ich will mit Ihnen zusammen die Landtagswahl gewinnen.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Anke verweist auf die Vorlage!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist natürlich bewusst, dass den Letzten die Hunde beißen, aber auch der SSW hat etwas zu dieser Haushaltsberatung beizutragen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Ganz bewusst werde ich einen ganz anderen Ansatz wählen als das, was Sie bisher gehört haben. Ich denke, vor dem Hintergrund des heutigen Morgens ist es auch angebracht, einmal andere Töne anzuschlagen. Wir hatten am Montag hier in diesem Saal eine schöne Veranstaltung; ich habe viele von Ihnen vermisst. Es ging um die Institution der Minderheitenbeauftragten und da gab es von den Plattdeutschen einen ganz interessanten Beitrag über groot und grööter Snacker. Ich gehöre nicht zu den groot und grööter Snackern und das wird aus meinem Beitrag auch hervorgehen.

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte beginnen.

Im Frühjahr 1933 - soweit möchte ich zurückgehen - befand sich das kleine Königreich Dänemark in der schwersten Krise seit dem Ersten Weltkrieg. Die Arbeitslosenquote lag bei 44 %, die Kosten für die sozialen Leistungen explodierten und die Wirtschaft lag total darnieder.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie heute!)

**(Anke Spoorendonk)**

In dieser für das Land äußerst ernsten Situation kam es zu einem historischen Reformkompromiss zwischen der Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten und Linksliberalen, und der bürgerlichen Opposition im Parlament.

Der so genannte „Kanslergade“-Vergleich, den der legendäre sozialdemokratische Ministerpräsident Stauning spät nachts in seiner Wohnung - nach wochenlangen Verhandlungen - mit der bürgerlichen Opposition verabredete, war im Grunde die Geburtsstunde des dänischen Wohlfahrtsstaates. Der Vergleich sah zwar kurzfristig soziale Einschnitte vor, er gab aber auch wichtige Perspektiven für den Ausbau des Sozialwesens und der Arbeitslosenunterstützung vor. Gleichzeitig wurden für die Wirtschaft massive Wachstumsmaßnahmen - Investitionsbeihilfen und bessere Kreditmöglichkeiten - beschlossen. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften schlossen sich dem Kompromiss der politischen Parteien an, indem sie Lohnzurückhaltung bei gleichzeitiger Arbeitsplatzsicherung vereinbarten.

Dieser „politische Burgfrieden“ führte dazu, dass sich das Land aufgrund der gemeinsam beschlossenen Reformen relativ schnell erholte. - Bis dann leider der Zweite Weltkrieg begann, aber das ist eine andere Geschichte.

Das Interessante an der „Kanslergade“-Vereinbarung - so benannt nach der Straße, in der Stauning wohnte - war - deshalb können wir aus der Geschichte auch etwas lernen; das behaupte ich ganz einfach mal -, dass sich sowohl Regierung und Opposition als auch Arbeitgeber und Gewerkschaften angesichts der dramatischen Krise ihrer staatspolitischen Verantwortung für das Land bewusst waren und sich dementsprechend verhielten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Man war sich darüber im Klaren, dass man nur durch gemeinsame Anstrengungen aus dem wirtschaftlichen Jammertal herauskommen konnte.

Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, warum ich die Anekdote, diese kleine Geschichte heute vortrage.

Das tue ich natürlich, weil es - ohne im Übrigen historische Parallelen zur dänischen Geschichte aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise zu ziehen - durchaus einige Übereinstimmungen mit der heutigen Lage der Bundesrepublik gibt. Die Arbeitslosigkeit hat mit fast 4,5 Millionen Menschen einen Höchststand erreicht, alle öffentlichen Haushalte sind hoffnungslos verschuldet, die Sozialkassen weisen Milliarden-Un-

terschüsse aus und das Wirtschaftswachstum stagniert bereits seit mehreren Jahren.

In einer solchen Krise lehrt uns das eben erwähnte Beispiel, dass es in die Verantwortung aller Parteien und aller gesellschaftlichen Gruppen des Landes fällt, die notwendigen Reformen anzupacken, um sprichwörtlich in einer gemeinsamen Kraftanstrengung den Karren aus dem Dreck zu ziehen. In der Lage, in der sich dieses Land befindet, sollten also parteipolitische Motive oder gruppenegoistische Anliegen zurückgestellt werden. Leider - wirklich „leider“ - habe ich nicht den Eindruck, dass dieses ernsthaft geschieht. Der heutige Morgen lässt grüßen.

Seit Anfang März dieses Jahres, seit Bundeskanzler Schröder seine so genannte Agenda 2010 zur Reform des Sozialstaates vorgestellt hat, wird in der Öffentlichkeit eine permanente Reformdebatte geführt. Das ist richtig. Die Bundesregierung hat in nahezu allen Politikbereichen Reformvorschläge gemacht. Die Parteitage von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von den Parteien im Bundestag, haben ihre Vorstellungen von der **Reformierung des Sozialstaates** der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bundesrat hat mit seiner Mehrheit eigene Vorschläge gemacht. Die Gewerkschaften haben sich eingebracht und auch die Arbeitgeberverbände haben ihre Sicht der Dinge dargelegt. Doch - das ist meine Pointe - jeder macht es für sich. Von Gemeinsamkeiten keine Spur.

Kann es da verwundern, dass die Bürgerinnen und Bürger genug haben und nur noch eines wollen? - Dass endlich konkrete Entscheidungen getroffen werden ohne öffentliche Schaukämpfe und ohne Parteitaktik.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat sitzt jetzt an den entscheidenden Hebeln und muss zu einem konstruktiven Ergebnis kommen. Alles andere ist den Menschen in dieser Republik nicht mehr zu vermitteln. Es liegt also in der Verantwortung unserer Politikergeneration, dass der über Jahrzehnte aufgebaute bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat nicht einfach zugrunde gerichtet wird und dass Kompromisse gefunden werden, die uns wirklich weiterbringen. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass die verschiedenen Vorschläge von Rot-Grün und von CDU/FDP in Wirklichkeit nicht so weit auseinander liegen.

Realistisch gesehen ist die **Umsetzung der Agenda 2010** aber erst der Anfang; denn die Debatte um

**(Anke Spoorendonk)**

Bürgerversicherung und Kopfpauschale zeigen ja, dass die Diskussion um die Reformen weitergehen wird. Dabei sollen die Unterschiede - das muss gesagt werden - auch ausdiskutiert werden. Dass es Unterschiede gibt, daran gibt es nichts zu deuteln. Da hilft es auch nicht, statt „Kopfpauschale“ „Gesundheitspauschale“ zu sagen. Keiner wird wohl mehr bezweifeln, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss. Keiner wird behaupten, dass die Welt so klein ist, dass nur die Ideen von Schröder und Merkel Platz in ihr hätten. Deshalb noch einmal: Ein Blick über den Tellerrand hinaus zu unseren europäischen Nachbarn lohnt sich allemal, um festzustellen, dass Länder, die schon vor Jahren auf eine bessere Qualität der Ausbildung und auf mehr Technologieentwicklung gesetzt haben, heute viel besser dastehen als Länder, in denen Sozialdumping und Billiglöhne zu Wettbewerbsparametern der Volkswirtschaft gemacht worden sind.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Ursula Kähler [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW - das wird Sie nicht überraschen - orientiert sich bei den notwendigen **Reformen des Sozialstaates** weiterhin an dem **skandinavischen Modell**. Ein Kernstück dieses Modells ist es, dass die Reformen nicht auf dem Rücken der sozial Schwachen ausge tragen werden. Ich habe es schon mehrfach gesagt: Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit wird viel zu wenig diskutiert und müsste aus unserer Sicht in der ganzen Reformdebatte eine viel größere Rolle spielen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Holger Astrup [SPD], Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn trotz der großen Veränderungen der letzten Jahre zeichnen sich die skandinavischen Länder immer noch durch relativ hohe Sozialleistungen und damit durch mehr soziale Gerechtigkeit, durch mehr Chancengleichheit, zum Beispiel im Bildungsbereich, aus.

Unser Ziel bleibt es, die Systeme der sozialen Sicherung langfristig auf eine steuerfinanzierte Basis zu stellen. Denn nur so kann die Substanz des Sozialstaates erhalten werden. Das heißt aus der Sicht des SSW, dass eine steuerfinanzierte Absicherung der Bürgerinnen und Bürger bei Arbeitslosigkeit, im Alter und im Krankheitsfall die Grundlage - das betone ich - eines veränderten Sozialsystems sein sollte. Ich

weiß natürlich, dass das nicht nur über Steuerfinanzierungen geht, aber das Fundament muss so sein.

(Beifall beim SSW)

Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren noch viele harte politische Auseinandersetzungen zu diesen Fragen führen werden. Denn wer glaubt, dass man durch Aufhebung der Tarifautonomie, Kürzung der Löhne und Sozialleistungen sowie durch Beschneidung von Arbeitnehmerrechten den Durchbruch zu einem modernen und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Staat schafft, der irrt auf fatale Weise.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Sonntagsreden hören wir immer wieder, dass der soziale Frieden ein entscheidender Standortfaktor ist. Dies vergessen wir allerdings, wenn wir hier Haushaltsfragen diskutieren.

Dazu kommt, dass wir niemals mit Billiglohnländern werden konkurrieren können. Wir müssen auf Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Innovation und neue Technologien setzen, um auch in Zukunft bestehen zu können.

(Beifall beim SSW)

Dies gilt insbesondere für Schleswig-Holstein. Dabei ist es natürlich Besorgnis erregend - ich sage das hier, obwohl ich fand, dass diese Studien einen zu großen Raum in den Debatten einnahmen -, dass eine Studie der Vereins- und Westbank prognostiziert, dass dem Norden Deutschlands der wirtschaftliche Abstieg droht. Laut der Studie fehlt uns - von wenigen international konkurrenzfähigen Kompetenzen abgesehen - ein robustes und zukunftsfähiges Wirtschaftsprofil. Schleswig-Holstein läuft Gefahr, sich zwischen den Hightech-Standorten in Süddeutschland und den Billiglohnländern in Mittel- und Osteuropa zu zerreiben.

Da wir den geografischen Nachteil der Randlage nicht ändern können, wird empfohlen, dass wir uns auf unsere Stärken in den Technologieschwerpunkten, zum Beispiel bei der Forschung und Entwicklung in der Medizintechnik und den Biowissenschaften, besinnen und auf den Ausbau der notwendigen Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur drängen.

Ich finde, die Landesregierung hat Recht, wenn sie in diesem Zusammenhang sagt, dass sie vieles davon schon auf den Weg gebracht hat. Doch leider setzt uns die katastrophale Haushaltslage sehr enge Grenzen, wenn es darum geht, die oben genannten Zielsetzungen umzusetzen.

(Anke Spoorendonk)

Die schon seit drei Jahren anhaltende wirtschaftliche Stagnation, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der damit verbundene massive Einbruch der Steuereinnahmen sowie die erhöhten Kosten für soziale Leistungen und die erschreckend hohe Nettokreditaufnahme setzen auch für den Doppelhaushalt 2004/2005 den bedenklichen Rahmen. Dass das so ist, wissen wir alle.

Wie schwer wir uns als Politikerinnen und Politiker damit tun, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, zeigen die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsentwurfs. Die Investitionsquote ist auf gleich bleibend niedrigem Niveau, die Kredite übersteigen erstmals in der Geschichte des Landes bei der Aufstellung eines Haushaltes sogar die Investitionshöhe und die Ausgaben des Landes sind unverändert hoch.

Natürlich sind wir uns alle im Klaren darüber, dass der vorliegende Entwurf die Folgen eines möglichen Ergebnisses aus dem **Vermittlungsausschuss** nicht berücksichtigt. Unsicherheiten bestehen insbesondere bei der Höhe der Steuereinnahmen - wegen des möglichen Vorziehens der Steuerreform -, bei der Höhe des Subventionsabbaus, über die Folgen einer Gemeindefinanzreform für das Land sowie über die möglichen Konsequenzen aus den noch ausstehenden Hartz-Reformen. Und darum haben wir vom SSW gesagt, es sei für das Parlament sinnvoller, die **Haushaltsberatungen** auf den Januar zu **verschieben**.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Noch nie gab es so viele offene Fragen und so viele Entscheidungen aus der Bundespolitik, die Einfluss auf den Haushalt des Landes haben.

Auch die Konjunkturerwartungen sind für das nächste Jahr weiterhin unsicher. Erfreulich ist, dass das Wirtschaftswachstum laut einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im vierten Quartal um 0,5 % und im nächsten Jahr sogar um 1,8 % steigt. Interessant ist aber auch, dass dieses Wachstum bisher nur durch Impulse aus dem Ausland unterstützt wird; die Binnennachfrage ist weiterhin schwach.

Obwohl das Vorziehen der Steuerreform eine große Belastung für die Länderhaushalte darstellt, erscheint dieses Vorhaben aber gerechtfertigt, um den Aufschwung in Gang zu bringen. Auf jeden Fall ist das **Vorziehen der Steuerreform** finanzpolitisch besser, als weitere Kürzungen durchzuführen, wie es von der CDU gefordert wird.

Auch die Forderungen aus Brüssel nach weiteren Kürzungen des Bundes, um den **Stabilitätspakt** ein-

zuhalten, sind in dieser wirtschaftlichen Lage völlig unrealistisch. Es wäre schön, wenn sich die EU-Kommission verstärkt auf den Wachstumsteil des Paktes konzentrieren würde, um die Wirtschaft in ganz Europa wieder in Gang zu bringen.

Dazu brauchen wir in einer wirtschaftlichen Schwächephase neue Investitionen und keine weiteren Sparmaßnahmen. Das sollten sich die so genannten Wächter des Stabilitätspaktes einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall beim SSW)

Schleswig-Holstein trägt mit dem „**ZIP**“-Programm seinen bescheidenen Beitrag dazu bei, dass wir im nächsten Jahr einen Investitionsschub bekommen können. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht überhaupt kein Grund dafür, dieses Programm lächerlich zu machen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil es schon lächerlich ist!)

Denn immerhin soll das Programm mit der Werfthilfe und den EU-Zuschüssen insgesamt Investitionen von fast 800 Millionen € auslösen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es „soll“!)

- Das wird auch so kommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Ministerpräsidentin spricht von 350 Millionen € und Herr Harms spricht von 800 Millionen €!)

- Ich will auf jeden Fall deutlich machen, lieber Kollege Garg, dass der SSW diese Initiative der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

(Beifall beim SSW)

Denn aus unserer Sicht ist das der richtige Weg. Leider ist auch die erhöhte Kreditaufnahme und die Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes nötig, damit wir im nächsten Jahr wirtschaftliche Impulse setzen und vernünftig haushalten können.

Fast noch schwerer als die aktuelle Krise der öffentlichen Haushalte oder der Sozialkassen wiegt die schlechte **Situation unseres Bildungswesens**. Denn ein gutes Bildungssystem ist ja eine Investition für die Zukunft.

Die PISA-Studie hat die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker scheinbar immer noch nicht genügend aufgerüttelt. Denn vor einigen Wochen hat schon wieder eine OECD-Studie dem deutschen Schulsystem ein ganz schlechtes Zeugnis ausgestellt.

**(Anke Spoorendonk)**

Vor allem sieht die OECD eine zentrale Schwäche darin, dass nur wir in der Bundesrepublik so rigoros zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium trennen.

Dabei ist es wirklich bemerkenswert - ich weiß, ich erzähle Ihnen da nichts Neues -, dass diese frühe Trennung von Heranwachsenden hierzulande kaum kritisch diskutiert wird. Die Grünen diskutieren das. Der SSW diskutiert es schon immer. Aber ich vermisse - das muss ich sagen - eine Diskussion bei den Sozialdemokraten. CDU und FDP wollen das sowieso nicht.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wie bitte?)

- Sie wollen keine Strukturveränderungen im Bildungssystem.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Wir wollen keine Einheitsschule!)

- In jeder Bildungsdebatte treten Sie hier ans Rednerpult und sagen das.

(Beifall beim SSW)

Mit anderen Worten: Obwohl viele Initiativen der Landesregierung im Bereich der Schulen in die richtige Richtung gehen - als Beispiele seien die Qualitätsentwicklung in den Schulen, die verlässliche Grundschule, eine bessere Lehrerausbildung, die Sicherung der Unterrichtsversorgung und auch die Einführung von Vergleichsarbeiten genannt -, so bleibt dennoch unser Fazit, dass wir erst einen entscheidenden Schritt nach vorne kommen, wenn wir die Schulstrukturen verändern und letztlich - das ist meine Überzeugung - das gegliederte Schulsystem abschaffen.

(Beifall beim SSW)

Für dieses Ziel wird sich der SSW weiterhin ganz hartnäckig einsetzen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings möchte ich die Landesregierung dafür loben, dass sie endlich Initiativen ergriffen und zusätzliche Mittel im Haushalt bereitgestellt hat, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

Nichts ist demotivierender für alle Beteiligten, als dass nicht mal der normierte Unterricht erteilt werden kann. Der SSW hofft, dass die Vorschläge der Landesregierung ausreichen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

- Aber es gibt positive Rückmeldungen. Ich freue mich darüber, dass letztens im „Flensburger Tageblatt“ zu lesen war, dass dieses Programm zu greifen beginnt. Das ist eine positive Mitteilung. Darüber kann man sich richtig freuen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da bist du guter Hoffnung!)

Das wird nicht reichen. Wir müssen insgesamt mehr Ressourcen für die allgemein bildenden Schulen bereitstellen. Dafür haben wir uns seit Jahren ausgesprochen. Gerade auch die Grundschulen bekommen im internationalen Vergleich zu wenig Mittel pro Schülerin und Schüler zugeteilt. Neben der Schulorganisation und den Inhalten des Unterrichts ist aber die Erhöhung der Mittelzuweisung für die Schulen ein wesentlicher Faktor, um die Ausbildung unserer Kinder zu verbessern. Das muss wirklich der zweite Schritt sein.

Das Gleiche gilt für unsere **Hochschulen**. Die Umsetzung der Vorschläge der Erichsen-Kommission und nun die Unterzeichnung der zukunftsweisenden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sind aus unserer Sicht richtige Ansätze. Dennoch bleiben wir dabei, dass die regionale Komponente bei der Hochschulentwicklung nicht aus den Augen verloren werden darf. So hat beispielsweise der Beschluss, die Fachhochschule in Eckernförde zu schließen, zu großer Enttäuschung in dieser Stadt geführt. Wir bekommen immer noch Briefe von Betroffenen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Eckernförde schon durch den Bundeswehrrabbau stark belastet ist.

Durch gemeinsame Anstrengungen gelang es dagegen - das ist gut und begrüßenswert -, einen Kompromiss zu finden, um die grenzüberschreitenden Studiengänge der Universität Flensburg und der Sydansk Universität zu erhalten. Es bleibt aber eine Tatsache, dass die Universität Flensburg weiterhin pro Studierenden weitaus weniger Zuschüsse erhält als andere Hochschulen des Landes. Damit der Hochschulstandort Flensburg auch in Zukunft überlebensfähig bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen seitens der Landesregierung. Die werden wir auch einfordern. Wir bleiben als SSW bei unserer Forderung, dass längerfristig die gesamte Lehrerausbildung in Flensburg angesiedelt werden muss. Alles andere macht aus unserer Sicht keinen Sinn.

(Beifall bei SSW und SPD)

Auch in der Frage der **Gleichberechtigung** von Frauen und Männern hinkt die Bundesrepublik gesellschaftspolitisch seinen Nachbarn in Nord- und Westeuropa weiter hinterher. Kinder oder Karriere ist auch anno 2003 eine Frage, vor der viele Frauen stehen. Im



**(Anke Spoorendonk)**

Gegensatz zu den skandinavischen Ländern gibt es in Schleswig-Holstein weiterhin kaum Krippenplätze oder Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder. Dabei ist die Kinderbetreuung das A und O eines modernen Sozialstaates.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt kinderlosen Paaren, die ja aus ganz unterschiedlichen Gründen kinderlos sind, mit der Kürzung von Renten zu drohen, sollten wir uns lieber darum bemühen, die **Kinderbetreuung** flächendeckend auszubauen. Dann würden sich mit Sicherheit mehr Familien als heute für mehr Kinder entscheiden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Der Kollege Harms macht es uns vor. - Ich weiß von meinen Kindern nördlich der Grenze, dass dort allmählich gesagt wird: Erst das dritte Kind bringt Ansehen. So weit sind wir in Schleswig-Holstein noch nicht.

Vor diesem Hintergrund war es aus der Sicht des SSW ein falsches Signal, dass die Landesregierung im Zuge der Neugestaltung der Kita-Finanzierung die Verordnung über die **Standards im Kita-Bereich** für zwei Jahre aussetzen wollte. Zu Recht befürchteten viele Eltern eine Beeinträchtigung bei der Qualität des Personals oder eine Erhöhung der Gruppengrößen. Das kann und darf nicht geschehen. Das Argument, dass die Kommunen so etwas nicht mitmachen - das haben wir immer wieder gehört -, weil sie dann den Druck der Eltern spüren werden, gilt angesichts der massiven finanziellen Probleme der Kommunen meiner Meinung nach überhaupt nicht - auch das ist schon erwiesen. Eine wirkliche Zumutung sind die jüngsten Entscheidungen der Kreise, wodurch deutlich wird, dass so etwas nicht funktionieren kann. Ein Aussetzen der Mindeststandardverordnung ist weiter der falsche Weg.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Ich habe mich darüber gewundert, dass man bei den Kindertagesstätten, die ja, wenn man über PISA diskutiert, eine wichtige Rolle spielen, die Standards aufheben will, während man bei den Schulen rigoros von verbindlichen Stundentafeln und allem Möglichen spricht. Das passt wirklich nicht zusammen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Deshalb sind wir froh darüber, dass die Standards nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Landesregierung, den kommunalen Landesverbänden

und der LAG der Wohlfahrtsverbände erhalten bleiben. Der SSW - das wissen Sie - hatte einen dementsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt eingebracht, mit dem wir die Beibehaltung der Kita-Verordnung forderten. Durch den Zusammenbruch der genannten Verhandlungen hat sich unser Antrag zwischenzeitlich erledigt und das ist wirklich gut so.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Mit der jetzt vorgeschlagenen Neuverteilung der Landesmittel für den Kita-Bereich über den kommunalen Finanzausgleich und mit der Deckelung auf 60 Millionen € können wir leben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für 2004 ist diese Summe nach Angaben der Landesregierung ausreichend und sollte auch die Tarifsteigerung für das Kindergartenpersonal ausgleichen können.

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung die Kindergartenfinanzierung hinbekommen hat. Was wir aber erst recht begrüßen, ist, dass die Landesregierung dabei auch der dänischen Minderheit entgegengekommen ist. Dansk Skoleforening kann wie bisher die Landeszuschüsse für die Kindergärten mit der Stadt Flensburg abrechnen. Dass bei Abrechnung der Zuschüsse für die Kindergärten der Minderheit genauso verfahren wird wie bei anderen Trägern, das heißt, dass man von den durchschnittlichen Zuschüssen der letzten vier Jahre ausgeht, akzeptieren wir. Wir empfinden, dass in diesem Teilbereich des Landeshaushalts die volle Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit gilt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Daher an dieser Stelle noch einmal mein Dank an die Bildungsministerin, die sich persönlich dafür eingesetzt hat.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Generell bleiben wir bei unserer Einschätzung, dass zu den wenig wirklich guten Nachrichten des Haushaltsentwurfs der Bereich der **Minderheitenpolitik** gehört. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung, an ihrer Spitze die Ministerpräsidentin, vorschlägt, die Zuschüsse für die Minderheitenorganisationen nicht zu kürzen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Damit hat sie dem hohen Stellenwert, den sie der Minderheitenpolitik des Landes beimisst, Rechnung getragen. Gleichwohl - auch das haben wir schon mehrfach gesagt - sind nicht alle Probleme damit vom Tisch. Daher sage ich noch einmal: In der Finanzierung der Schülerbeförderung der dänischen Schulen sieht der SSW immer noch erhebliche Defizite.

(Zurufe von der SPD)

Das muss gesagt werden und das stimmt.

(Beifall beim SSW)

In diesem Zusammenhang stehen wir zwar weiterhin zum erzielten Kompromiss bei der Finanzierung der Privatschulen, zu denen auch die dänischen Schulen gehören. Dennoch muss ich darauf hinweisen, dass die Schulen der dänischen Minderheit nach Angaben von Dansk Skoleforening seit 1998 über 5 Millionen € weniger bekommen haben - das ist ihr Einsparbeitrag gewesen -, als wenn sie zu 100 % mit den öffentlichen Schulen gleichgestellt gewesen wären. Das kann auf längere Sicht nicht hingenommen werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir uns etwas mehr nach vorn konzentrieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Wir fordern, dass vor dem Hintergrund des 50-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen 2005 ernsthaft geprüft wird, ob nicht eine Rückkehr zur vollen **100 %-Förderung der Minderheitenschulen** möglich ist. Wir werden das weiter im Auge behalten und fordern. Der SSW erwartet mit Spannung die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bildungsministerium und Dansk Skoleforening, die Anfang nächsten Jahres präsentiert werden sollen. Wir erhoffen uns wegweisende Vorschläge zu diesen offenen Fragen.

Positiv sehen wir auch das Entgegenkommen der regierungstragenden Fraktionen bei der Erhöhung der Zuschüsse für das **Nordfriisk Instituut**.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzt beschlossene Erhöhung zur Deckung der Tarifsteigerung trägt für das einzige **wissenschaftliche Institut der Friesen** dazu bei, dass kein Personal

entlassen werden muss und dass die Arbeit zumindest für die nächsten zwei Jahre gesichert ist.

(Beifall bei SSW und SPD)

Weiterhin begrüßen wir, dass die Landesregierung die **Schulen der dänischen Minderheit** bei ihren Anträgen auf Förderung von Ganztagschulen über das Bundesprogramm wohlwollend unterstützen will. Konkret plant der Dänische Schulverein die Errichtung von Gesamtschulen in Husum und in Leck. Beide sollen als Ganztagschulen verstanden werden. Dazu benötigt der Schulverein allerdings weitere Investitionsmittel, insbesondere für das Projekt in Leck. Denn dort muss die alte Bausubstanz renoviert werden. Wir freuen uns darüber, dass es anscheinend möglich ist, das alles über das Bundesprogramm zu fördern.

Ich sagte eingangs, dass wir am Montag das 15-jährige Bestehen der Institution der **Minderheitenbeauftragten** gefeiert haben.

(Lothar Hay [SPD]: Und keiner von der FDP war da!)

- Dazu komme ich noch. - Mit den Beauftragten der Ministerpräsidentin für nationale Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch hat die Landesregierung seit 1988 unterstrichen, dass die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein Chefache ist. Wir danken den Ministerpräsidenten Engholm und Simonis dafür, dass sie bei ihrer Wahl der Beauftragten immer Persönlichkeiten wählten, die große Beiträge zur Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik im Land geleistet haben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht wurde am Montag hervorgehoben, dass die Beauftragten Kurt Hamer, Kurt Schulz und Renate Schnack von Anbeginn diese Aufgabe trotz ihrer Anbindung an die Landesregierung unabhängig wahrnehmen und wahrgenommen haben. Sie waren stets - das wurde gesagt - Ombudsmann der Minderheiten und Sprachrohr der Ministerpräsidenten in einer Person und haben sich bei den Minderheiten große Anerkennung und großes Vertrauen erworben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Schnack hat in Verbindung mit dem genannten Jubiläum richtigerweise von einem Mehrwert des Landes durch die Minderheiten gesprochen. Es ist allerdings immer noch ein weiter Weg, bis diese Erkenntnis bei allen wirklich greift. Auch ich habe bemerkt, lieber Kollege Hay, dass die FDP nicht vertre-

(Anke Spoorendonk)

ten war. Dass es noch ein weiter Weg ist, zeigt sich auch bei den Haushaltsanträgen. Wir bedauern - das will ich noch einmal sagen -, dass die CDU vorschlägt, die Zuschüsse für die Geschäftsstelle der Sinti und Roma zu streichen.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

Der Titel im Haushalt lautet anders. Dort steht nämlich: Beratung zur Förderung der Sinti und Roma. Aber das heißt, man will die Geschäftsstelle schließen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Es sind rund 180.000 €.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Ich könnte noch etwas zur Abstimmung im Finanzausschuss sagen. Dazu hat es - dankenswerterweise - ein klärendes Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion gegeben. Vor dem Hintergrund eines Presseberichts in „Flensburg Avis“, in dem es hieß: „Der Landesvorsitzende der CDU besucht das Nordfriisk Institut“, leuchtete es wirklich nicht ein, dass man die Erhöhung des Zuschusses nicht mittragen konnte. Das war Logik für Fortgeschrittene. Man sollte sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich verspreche Ihnen auf jeden Fall, dass ich Ihnen nicht erspare, zu gegebener Zeit nach Ihren Vorstellungen von einer zukünftigen Minderheitenpolitik zu fragen. Wer dann sagt: „Das überlassen wir sowieso dem SSW und der betreibt Klientelpolitik“,

(Klaus Schlie [CDU]: Nein!)

der hat nicht begriffen, wohin in Europa die Reise geht. Auch das muss gesagt werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den **Haushaltsvorschlägen** von **CDU und FDP** kann man aus unserer Sicht keinen Staat machen, weil Ihre Änderungsanträge auf Einmaleinnahmen durch Verscherbelung des letzten Tafelsilbers des Landes oder auf Kürzungsvorschlägen basieren, die nicht in die Realität umgesetzt werden können. Ich kann das alles nicht so plastisch darstellen wie der Kollege Hentschel. Das kann man aber schön nachlesen. Wir haben uns darüber gewundert, dass der Verkauf der HSH Nordbank als Deckungsvorschlag für alles Mögliche erhalten soll. Auch erscheint es aus unserer Sicht unseriös, wenn die FDP zur Finanzierung ihrer Haushaltsvorschläge mit Millioneneinsparungen bei der Sozialhilfe rechnet.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Lieber Kollege Garg, ich habe nicht so viel Zeit.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, Sie gestatten eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ja, schnell.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Frau Kollegin Spoorendonk, ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung bei der Sozialhilfe ebenso verfährt wie die FDP-Landtagsfraktion?

- Ich habe diese Aussage vorhin schon mit Interesse verfolgt. Es ist richtig, dass auch die Landesregierung Sozialhilfe kürzt. Sie haben es aber im letzten Jahr gemacht und Sie tun es wieder. Sie satteln nochmals drauf.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben uns an die Landesregierung angepasst!)

Von daher bleibe ich bei meiner Behauptung.

Zu den 2.000 Stellen, die vonseiten der CDU eingespart werden sollen, werde ich jetzt nichts mehr sagen.

Bei der Mitte November von der Landesregierung vorgeschlagenen **Verwaltungsreform** ist der **Landesteil Schleswig** einigermaßen glimpflich davongekommen, was zeigt, dass die Landesregierung bereit ist, regionale Rücksichten zu nehmen. Allerdings ist dies bei dem massiven Abbau von Bundeswehrarbeitsplätzen gerade im nördlichen Landesteil nur recht und billig. Welche Folgen die Schließung des Marinegeschwaders MFG 2 in Tarp/Eggebek haben wird, ist zum Beispiel immer noch unklar. Gerade hat das Bundesverteidigungsministerium weitere Schließungen von Depots in Schleswig-Holstein angekündigt. Wieder ist der Landesteil Schleswig davon mit vielen Arbeitsplätzen betroffen. Auch die Regionalförderung wird künftig zurückgeschraubt. Wir befürchten, dass wir 2006 weitgehend keine GA-Mittel mehr zur Verfügung haben und dass wir uns bei den INTERREG-Mitteln auf andere Maßgaben einstellen müssen.

Das heißt, dass wir für die nördliche Region des Landes einen neuen Schub und neue Perspektiven für die Zeit nach 2006 brauchen, gerade auch vor dem Hintergrund einer möglichen Fehmarnbelt-Brücke, die die Verkehrsströme von Skandinavien umlenken wird. Daher bleiben wir dabei, dass der Bau der westliche Elbquerung Priorität haben muss, um zumindest die Westküste wirtschaftlich zu stärken. Aus Sicht des SSW wird aber insbesondere der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** mit dem südlichen Däne-

**(Anke Spoorendonk)**

mark als strategische Perspektive für den nördlichen Landesteil eine entscheidende Rolle zukommen, wenn wir wirtschaftlich vorankommen wollen.

Dazu gehört dann auch, dass wir die Potenziale unserer Region in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn voll nutzen. Hier denke ich beispielsweise an die Weiterentwicklung der **Windenergie** im Landesteil Schleswig. Laut einer Studie der IHK Flensburg wird die Förderung der Windenergie insbesondere auf dem Meer bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall beim SSW)

Wer also die Windenergie behindern will, der schädigt den Landesteil Schleswig.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur grenzüberschreitenden Perspektive gehört natürlich auch, dass sich die Landesregierung mehr als bisher in diese Arbeit einschaltet. Nicht nur die Ostseepolitik muss wieder in Fahrt gebracht werden, sondern auch die deutsch-dänische Zusammenarbeit muss weiter mit Leben gefüllt werden. Wenn es in wenigen Jahren, so wie es sich abzeichnet, kein Amt Sønderjylland mehr geben wird, sondern eine Region Süddänemark, dann ist das Land auch von seiner Größe her als Partner der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefragt.

Zu guter Letzt gehört zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unbedingt auch eine **Kommunalreform** in Schleswig-Holstein. Fast 300 Kommunen im Landesteil Schleswig werden in Sønderjylland möglicherweise nur noch fünf bis sechs Kommunen gegenüberstehen. Wie soll unter diesen Umständen eine effiziente grenzüberschreitende Kooperation funktionieren? Es ist bedauerlich - ich sage das; denn wir arbeiten an dieser Problematik und werden zu gegebener Zeit eine Initiative starten -, dass weder SPD noch CDU den Mut zu einer solchen Reform aufbringen.

Auch wegen der katastrophalen kommunalen Finanzen brauchen wir einfachere Verwaltungsgänge und Gebietszusammenlegungen. Deshalb unterstützen wir weiterhin die Forderung der Landesregierung nach einer Modernisierung der Gewerbesteuer und einer kommunalen Finanzreform. Wir sind sehr betroffen darüber, dass der Vermittlungsausschuss in dieser Sache anscheinend überhaupt nicht weiterkommen wird.

Das Fazit lautet also, dass Schleswig-Holstein nicht alles allein schaffen kann, dass es darauf angewiesen ist, was auf Bundesebene passiert. Wir brauchen Sozialreformen, die die Menschen wieder in Arbeit

bringen, und wir brauchen eine Neustrukturierung des Föderalismus, um den finanziellen und politischen Gestaltungsspielraum der Länder zu erneuern. Dabei muss aber auch Schleswig-Holstein seine Aufgaben selbst machen und kann nicht nur auf Rückenwind aus Berlin hoffen. Es wäre sicherlich übertrieben zu sagen, dass die Landesregierung und damit das Land Schleswig-Holstein das meiste bewältigt hat. Denn der Weg ist nicht nur äußerst steinig, es geht sogar steil bergauf und die Spitze des Berges in Form von wirtschaftlicher Entwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und einem ausgeglichenen Haushalt ist noch in weiter Ferne.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Kollege Neugebauer, in diesem Bild sieht sich der SSW als unabhängiger Wegweiser, der den richtigen Pfad zum Gipfel zeigt.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Darum werden wir in guter skandinavischer Parlamentstradition für den Haushalt des Landes stimmen.

(Lebhafter Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsrecht ist Königsrecht, sagt man. Dass dieses Haushaltsrecht und Königsrecht nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, verdanken wir den an Sinnlosigkeit grenzenden Aktivitäten von heute Morgen, Minister aus Verhandlungen zurückzuzitieren, bei denen es darum ging, die Gemeinschaftsaufgabe Ost und West neu zu verteilen,

(Lothar Hay [SPD]: Genau das ist es!)

und Ihrem gestrigen Versuch, den Finanzminister daran zu hindern, am Vermittlungsausschuss teilzunehmen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

der sich dann heute vom Fraktionsvorsitzenden der FDP den Satz um die Ohren hat hauen lassen müssen: „Dass Sie dasitzen, Herr Minister, zeigt doch, dass man ohne Sie in Berlin auskommt.“ Ich muss schon

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

ehrllich sagen: Das grenzt schon fast an Frechheit, was Sie sich da mit uns leisten!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es hätte sich wirklich gelohnt, mit der Öffentlichkeit, unter Beobachtung der Öffentlichkeit darüber zu reden, was es bedeutet, ein Vermittlungspaket zu verabschieden, wie es so groß in der Bundesrepublik noch nie auf einmal geschnürt worden ist, eines der größten Reformvorhaben mit den tiefsten Einschnitten in Besitzstände, wie wir sie seit Jahren kennen und die nun vollkommen umgekrempelt werden müssen, zu reden von Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform, Gemeindefinanzreform, Hartz III und Hartz IV. Stattdessen rennen wir von einer Krisensitzung zur anderen, unterbrechen und überlegen, was wir denn jetzt tun, um vielleicht die CDU daran zu hindern, nun doch zu zitieren.

Ich habe schon einige **Zitierungsversuche** von Ihnen erlebt. Eines hat mich selbst betroffen. Damals wollten Sie mich von 1.600 internationalen Wissenschaftlern weg hierher zitieren. Ich bin damals nicht gekommen, weil ich dem Land diese Blamage nicht antun wollte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde, wir sollten uns einmal Gedanken darüber machen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Ministerpräsidentin - -

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Nein, danke.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Sie gestatten also keine Zwischenfrage?

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Irgendwie habe ich jetzt langsam Mitleid mit dem Parlament. Es muss auch die Möglichkeit gegeben sein, dass wir vielleicht doch noch vor 12 Uhr nach Hause kommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir können hier auch bis nach 12 Uhr sitzen!)

- Ich halte das länger aus als Sie, Herr Garg. Bleiben Sie ganz ruhig! Ich habe an Tarifverhandlungen teilgenommen, 17 bis 18 Stunden hintereinander. Das

stört mich überhaupt nicht. Wir können gerne hier sitzen bleiben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na also!)

Wir haben in der Zwischenzeit, wenn wir Glück haben, eine Art konjunktureller Erholung festzuhalten, die wir durch falsches Verhalten psychologisch kaputt machen können und durch richtiges Verhalten psychologisch stärken können. Dazu hat das Land Schleswig-Holstein eine ganze Menge beigetragen. Auch der von Ihnen heranzitierte Minister hat mit seiner **Mittelstandsoffensive** dafür gesorgt, dass in der Agenda 2010 unsere vom Mittelstand begrüßten Ideen aufgenommen worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Er hat sich an den Aktivitäten zur Änderung der Handwerksordnung beteiligt. Sie wird begrüßt und wird gewünscht. Wir haben uns für eine **Gemeindefinanzreform** eingesetzt und stark gemacht und werden es, wenn wir Glück haben, auch schaffen, dass sie von allen Kommunen, von rechts bis links, über alle Parteifragen hinweg, begrüßt wird.

Wir haben uns für die **Erbchaftsteuer** eingesetzt, damit diejenigen, die jetzt richtig zusammensucken, wenn sie lesen, was auf sie zukommt, sehen: Auch andere müssen ein Stückchen zu dem beitragen, was jetzt gemacht wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind ja auch bereit zuzugeben, wo Sie uns helfen. Es hat beispielsweise eine Entscheidung über die Verwendung der Mehrwertsteuer für ein Familiengeld gegeben. Dies wird nicht hämisch gegen Sie eingesetzt, sondern es wird gesagt: Bei uns in Schleswig-Holstein gibt es eine breite Zustimmung dafür. Es mag sein, dass das die Einflüsse aus Dänemark sind, die hier leichter als anderswo durchschlagen.

Aber ich muss Ihnen sagen, wegen dem, was Sie sich jetzt bei Ihren Vorschlägen zum Haushalt geleistet haben - dafür haben Sie heute Nachmittag schon einiges einstecken müssen -, habe ich schon ein bisschen Mitleid mit Ihnen.

(Zurufe von der CDU)

Sie machen also eine große **Offensive für Schleswig-Holstein**, für die Polizei, für die Wissenschaft, für die Hochschulen, für die Schulen, für mehr Bildung, für die kommunale Infrastruktur, für die Kinderbetreuung. Ich habe etwas über 200 Millionen € gezahlt. Mal eben so 200 Millionen €. Und dann gehen Sie hin und machen eine Gegenrechnung auf. Vom Kollegen Hentschel ist Ihnen das ja vorgerechnet worden. Das

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

war zirkusreif. Das Problem ist: Es stimmte, was er Ihnen vorgerechnet hat. Es war nicht nur eine Show.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich kann es mir ersparen, Ihnen das noch einmal zu erzählen, damit wir nicht zu viel Zeit vertun.

Sie wehren sich gegen **Kürzungen** beim **Weihnachtsgeld**. Der Herr Abgeordnete Kubicki erzählt etwas von kullernden Tränen aus Kinderaugen unterm Weihnachtsbaum, weil wir den Beamten leider das Weihnachtsgeld kürzen mussten. Aber in der „Landeszeitung“ vom 6. Juni 2003 haben Sie einfach den Rausschmiss von 4.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgeschlagen. Was glauben Sie, was deren Kinder weinen werden, wenn sie erst einmal begriffen haben, was es bedeutet, wenn ihre Eltern arbeitslos werden!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Damals haben Sie gemerkt: Das ist wahlpolitisch nichts. Dann sind Sie von 4.000 Mitarbeitern auf 2.000 Mitarbeiter gegangen und jetzt wollen Sie die Reduzierung von 2.000 Mitarbeitern auf sieben Jahre verteilen.

250 Millionen € Mehrausgaben pro Jahr - 1.000 Lehrer mehr kosten ja auch nicht wenig - wollen Sie also mit round about 20 Millionen € pro Jahr abstottern. Das ist Haushaltskunst, das muss ich Ihnen sagen!

Und jetzt kommt etwas, was mir richtig Spaß macht. Herr Kollege Hentschel, Sie haben vorhin gefragt, woher die 300 umgeschichteten Lehrer kommen. Ich verweise auf die Drucksache 15/3102. Sie kommen durch das Zusammenlegen von Oberstufen der Gymnasien und der Gesamtschulen zusammen.

(Zuruf von der Regierungsbank: Was?)

- Das habe ich auch gefragt: Wat? Das haben die vorgeschlagen? Die CDU schlägt tatsächlich das Erhöhen der Klassenfrequenzen in der Sekundarstufe I der Realschulen und Gymnasien und die Zusammenlegung von Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen vor.

(Konrad Nabel [SPD]: Hört, hört!)

Das ist aber einmal ein schulpolitisch neuer Ansatz! Den finde ich aber interessant!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielleicht sollten wir unterbrechen. Wir haben ja heute Übung darin. Soweit ich weiß, hat das von uns

eigentlich noch keiner so richtig gewagt. Jetzt können wir ja mit Ihrer Hilfe einen richtigen gesamtpolitischen, bildungspolitischen Durchbruch wagen und sagen: Wir sortieren das einmal so. Ein bisschen PI-SA. - Oder wollen Sie eine Unterbrechung machen und fragen, ob das aus Versehen hineingekommen ist, ob Sie das woanders abgegriffen haben?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich brauche keine Tests zu machen. Wissen Sie: Ich kann damit leben. Sie haben Schwierigkeiten mit dem, was da steht, um das einmal ganz ruhig hier festzuhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Beim Grünkohlessen des Unternehmerverbandes hat Professor Driftmann eindringlich darauf hingewiesen - das spielte heute in einigen Diskussionen auch beim Herrn Oppositionsführer eine Rolle -, dass uns überhaupt nur neue Technologien ermöglichen würden, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber besteht kein Streit. Nur, was sind denn die neuen **Technologien**, die wir anbieten können? Man kann ja nicht einfach Technologie im Walde suchen. Man muss das anbieten, was man hat, wovon man etwas versteht.

Sie sagen: Windenergie ist ein Hobby für eine Handvoll Spinner, Gesundheitsinitiative, das ist etwas für Leute mit einem Helfersyndrom und die maritime Wirtschaft ist für Sie nach wie vor die traditionelle Werftenindustrie. Sie amüsieren sich königlich, wenn es um die Gesundheitsinitiative geht. Ich empfehle einfach einmal, nach Dampf zu gehen. Ich empfehle einfach einmal, zur ORGA zu gehen, ich empfehle, zu Dräger zu gehen, ich empfehle, zum Institut für Biochemie zu gehen.

(Werner Kalinka [CDU]: Was haben Sie denn dazu gemacht?)

Bei Dampf entsteht das Deutsche Zentrum für Präventivmedizin. Bei Dräger entsteht der OP-Saal der Zukunft.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Bei ORGA in Flintbek entsteht die Telematikinfrastruktur, die in Deutschland in das Krankheitsystem eingebaut wird. Das ist kein Witz. Das sind 200.000 Arbeitsplätze in diesem Lande. Das ist Technologie, die wir beherrschen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Herr Abgeordneter Schlie, Sie können so laut reden, wie Sie wollen. Das Sie sich über die **Gesundheitsinitiative** kaputt lachen, zeigen schon allein die sechs Kleinen Anfragen,

(Klaus Schlie [CDU]: Ich lache mich darüber kaputt, dass Sie glauben, dass das mit Ihrer Politik zu tun hat!)

die der Abgeordnete Kubicki gestellt hat, um zu zeigen, was für eine blöde Gans ich bin. Ich meine Gesundheit und Wellness, Arabien und Wellness, Italien und Wellness, Iran und Wellness. Das waren doch sieben oder acht Kleine Anfragen. Jede Frage triefte vor Hohn. Da wollten Sie nicht zugeben und wahrhaben, dass man auf diesem Gebiet etwas machen kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Land hat es nicht verdient, dass man darüber, wo wir gut sind, Witze macht. Wir könnten uns zusammmentun. In der Gesundheitswirtschaft, in der weit über 210.000 Menschen arbeiten, gibt es genauso viele CDU- wie FDP- wie SPD-Wähler. An dieser Stelle brauchen wir uns gar nicht gegenseitig Wähler abzujagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich will mich einem Zukunftsmarkt zuwenden, von dem ich glaube, dass wir ihn leider Gottes - auch wenn wir selbstbewusst sind - viel zu sehr vernachlässigt haben. Das ist der Zukunftsmarkt der **maritimen Wirtschaft**. Das Meer prägt nun einmal in diesem Land unser Leben, unser Bewusstsein und unser Lebensgefühl. Die Werften sind hoch innovativ und bauen eben nicht nur Schiffe. Brennstoffzellen und ähnliche Dinge, Sachen, die auf Werften gemacht werden, sind in der Zwischenzeit Offshore-Technologie. In der Nutzung dieser Energien sind wir gut.

Die Aquakultur hilft uns bei Ernährungsproblemen.

(Zurufe von der CDU)

- Oh Gott! Da sind wir, die Schleswig-Holsteiner, gut. Wenn Sie sich ausschließen möchten - ich habe nichts dagegen. Ich zähle mich dazu.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben neue Leitsysteme für die Schifffahrt entwickelt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir haben Forschungsinstitute, wie GEOMAR und das Institut für Meereskunde, die weltweit akzeptiert sind.

(Veronika Kolb [FDP]: Wie bei Fielmann: Nichts dazugetan!)

Wir haben ein Institut für Polartechnik und Hydrographie, das in der Welt genannt wird, wenn es darum geht, Gutes zu nennen.

Mit anderen Worten: Wir müssen uns jetzt zusammmentun und die maritime Wirtschaft zu einem weiteren Markenzeichen unseres Landes machen. Da nutzt eine Diskussion, wie sie zum Teil von der FDP geführt wird, wer Werftenhilfe gibt, investiert in alte Technologien,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer von uns hat das hier gesagt?)

nicht, der macht das kaputt. Dadurch wird ein Bein weggeschlagen. Wir brauchen die Werften, um die neue maritime Zukunftstechnologie aufbauen zu können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

- Wir schaffen es natürlich nicht immer. Ich mache die Werften wenigstens nicht schlecht.

(Zurufe von der CDU)

- Eines habe ich wenigstens geschafft: den einschlafenden Laden wieder wach zu kriegen! Das freut mich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere **Zusammenarbeit mit Hamburg** hat in letzter Zeit viel Lob erfahren. Ich habe dem Kollegen Ole von Beust ausdrücklich zu danken, dessen politische Ansichten ich nicht immer teile, der aber, was die Zusammenarbeit im Norden anbetrifft, ein verlässlicher Partner war.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Oppositionsführer heute Morgen gefragt, wo die A 20 ist. Da muss ich Ihnen leider die Telefonnummer des Kollegen Wulff in Niedersachsen geben. Er hat sie nämlich abgeschnippelt und abgenibbelt, hat gesagt, er möchte sie nicht haben, und gefragt, ob wir sie haben möchten. Sie können nicht einfach irgendwo unter der Elbe einen Tunnel graben und sagen: Irgendwann machen wir weiter. Sie müssen vorher schon sagen, wie die

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Trassenführung einer Autobahn, die etwa 800 Millionen € kosten soll, ungefähr aussehen soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ihnen fällt auch nichts Neues mehr ein!)

Ich verlange ja nicht viel. Aber man müsste schon sagen, ob man diesen oder jenen Bogen haben will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind mit Hamburg zusammen die Lokomotive für die **Zusammenarbeit in Norddeutschland**. Wir haben eine gemeinsame Bank. Wir haben die vielen Gremien, die wir gemeinsam gründen, obgleich der Senat nur noch eine kurze Zeit im Amt ist. Wir werden Staatsverträge unterzeichnen und sie Ihnen, soweit wir müssen, zumindest zur Kenntnis geben oder zur Ratifizierung weiterreichen. Wir werden da auch noch mehr tun müssen. Es gab Angebote.

Ich hoffe, dass es weitergeht, mehr mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten. Wir müssen überlegen, wo unsere Fakultäten stark sind. Da gehen wir stärker rein als bei den Fakultäten, bei denen die anderen stark sind. Das Institut für orientalische Wissenschaften oder die Tropenmedizin sind in Hamburg sehr viel stärker ausgebaut als bei uns. Also geben wir diesen Teil zu denen und sagen: Wir verneigen uns in Demut, wir erkennen an, dass ihr besser seid, und machen anderes. Das muss man Professoren erst beibringen, lieber Herr Oppositionsführer. Sie müssen nämlich plötzlich zugeben, dass die anderen besser sind. Das macht man ungern so, dass sie dabei Ihr Gesicht verlieren. Das möchte man gern so machen, dass sie bei der Stange bleiben.

Wir tun in der Zwischenzeit sehr viel und mehr als manch andere für unsere mittelständischen Betriebe. Ich habe mich bei diesen mittelständischen Betrieben zu bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir unsere Ausbildungsinitiative, die der Wirtschaftminister gestartet hat, erfolgreich abschließen konnten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe bei meinen Kreisbereisungen festgestellt, dass seit der PISA-Studie, die uns zunächst in Starre hat verfallen lassen, sehr viele Veränderungen stattgefunden haben. Es gibt in der Zwischenzeit viele **Initiativen**, die von den **Schulen** aus gemacht werden, angefangen bei der verlässlichen Grundschule - zum Teil mit dem Geld, das wir zur Verfügung gestellt haben - über die Qualitätssicherung durch den SchulTÜV bis hin dazu, dass Schulen es sich zur Aufgabe machen, mit Kindern einmal am Tag zusammen an einem gedeckten Tisch zu essen, damit Kinder wieder

lernen, wie es ist, in einem Kreis zu sitzen und richtig zu essen und nicht am Kühlschrank zu stehen und aus der Tüte und dem Papier heraus so einfach mit dem Finger zu essen. Das machen Lehrer freiwillig in der Zeit, in der sie eigentlich frei hätten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben insgesamt 2,48 Milliarden € für Bildung zur Verfügung gestellt. Das ist angesichts unseres Haushaltes eine wirkliche Leistung. Seit dem Jahr 1988 haben wir mit diesem Geld und Ihrer Hilfe mehr als 1.800 zusätzliche Stellen für unsere Schulen geschaffen. Das schlägt sich in besserem Unterricht und in überschaubaren Klassen nieder.

Nun ein Wort zu den Kitas. Wir sind stolz auf das flächendeckende Netz von **Kitas**. Wir haben uns für die Kita-Finanzierung ausgedacht, die Kommunen beim Wort zu nehmen, die gesagt haben: Wir wollen eine qualitativ gute Betreuung für die Kinder eigenständig machen. Wir haben daraufhin lange verhandelt - das war mit dem Koalitionspartner nicht einfach; das ist auch nicht verborgen geblieben. Wir haben eine Vereinbarung getroffen, die von allen paraphiert wurde, in der sich alle verpflichteten, ihren Pflichten nachzukommen, damit Kinder eine gute Chance bekommen. Was tun sie als Erstes, noch bevor wir unterschrieben haben? Was machen die Landräte? - Sie hauen so richtig drauf und kürzen. Das haben wir uns nicht gedacht. Standards frei, Geld kürzen, einkassieren und obendrein noch bei den Eltern Geld kassieren, das hatten wir uns so nicht gedacht.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Es tut mir leid für die Kommunen, die bereit waren, nicht zu kürzen, die sich an diesem Pakt beteiligen wollten.

(Zurufe von der CDU)

- Warum schreien Sie denn so? Herr Kalinka, Sie waren auch dabei. Stimmt. Kein Wunder.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sind bei allem dabei, was mit K anfängt: Kalinka, K.E.R.N. und Kitas.

(Wortmeldung des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] - Glocke der Präsidentin)

- Nein, Frau Präsidentin, ich möchte noch ein bisschen Zeit für den Finanzminister lassen, damit er



**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

nicht umsonst heute Morgen um 5 Uhr aufgestanden ist und heute noch einmal zu Wort kommt.

(Zurufe von der CDU)

- Sie können sich gern zu einem Kurzbeitrag melden und sagen, dass das, Kita und K.E.R.N., nicht auf Ihre Kappe geht.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat hier ein paar Missverständnisse gegeben, für die ich mich zu entschuldigen habe. Wir haben immer gesagt, mit dem vorgesehenen Volumen von 100 Millionen € aus unserem **Zukunftsinvestitionsprogramm** können bis zu 800 Millionen € generiert werden. Wir haben genau aufgeschlüsselt, wie das geht. Es handelt sich um rund 360 Millionen € Gesamtinvestitionen. Nach 400 Millionen € haben Sie eben zu Recht vergeblich gesucht. Sie sind aus unserer Pressemitteilung verschwunden. Da hat wohl der kleine Zeilenfresser zugeschlagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

- Das steht in jedem anderen Papier drin. - Damit wollen wir das Geld im Werftenprogramm mobilisieren. Das ergibt dann die Gesamtsumme. - Ich schicke Ihnen gern eine der vollständigen Pressemitteilungen zu. Da ist ein Fehler passiert. So etwas kann ja vorkommen.

(Lachen bei der CDU)

- Anders als Sie, Herr Kalinka, kann ich zugeben, wenn wir einen Fehler machen. So ist das.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen, dass wir die **Wirtschaftsförderung** ab dem nächsten Jahr neu aufstellen. Dazu wird der Wirtschaftsminister bestimmt noch einiges sagen. Dabei geht es uns - um nur die Stichworte zu nennen - um Service für die Kunden, mehr Transparenz bei der Förderung, mehr Innovation durch Technologieförderung.

Durch die Technologie-Transfer-Zentrale und die Wirtschaftsförderung, die wirtschaftlich miteinander verschmolzen werden, soll eine schlagkräftige Institution angeboten werden.

Technologiestiftung und Energiestiftung werden zusammengeführt. Das ist eine unserer Stärken, Technologien moderner Art, die energiesparend sind. Deshalb müssen sie zusammenarbeiten.

Letzter Punkt. Wir wollen, dass die Forschungsergebnisse unserer Hochschulen in der Wirtschaft schneller umgesetzt werden.

ASH 2000 wollen wir strategisch neu ausrichten. Wir wollen den Menschen helfen, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Heute Morgen hat hier jemand gesagt, die Zahl der Neuregistrierungen von Betrieben habe etwas mich Ich-AGs zu tun. Dem kann ich nicht helfen. Er hat da einen Fehler gemacht. Ich-AGs werden bei Amtsgerichten nicht registriert. Das war - leider Gottes - ein Schuss in den Ofen. Sie werden beim Arbeitsamt und bei den entsprechenden Sozialversicherungsanstalten einfach so registriert, jedenfalls nicht bei den Gerichten. Deswegen haben wir tatsächlich eine Welle von **Neugründungen von Betrieben**, von denen leider auch einige wieder verschwinden. Das ist ärgerlich genug. Wir haben aber etwas, das wir vorweisen können.

Nun habe ich heute Nachmittag mit Interesse verfolgt, wie Sie im Brustton der Überzeugung und voller Freude erzählt haben, in welchen Bereichen wir überall noch schlechter als die ganz Schlechten sind. Wissen Sie, das erinnert mich an das Glas, das halb voll oder halb leer ist.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist ganz leer!)

Können Sie nicht einmal sagen, dass es etwas Gutes an diesem Land gibt?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Täten wir gern!)

Ich verstehe das nicht. Ich kann beispielsweise - ohne dass es mir etwas ausmacht - lobende Worte über Herrn Müller sagen. Ich kann lobende Worte über Ole von Beust sagen. Ich kann lobende Worte über Herrn Wulff sagen, ohne dass mich irgendjemand verdächtigt, ich wollte in die CDU eintreten. Sie können nicht ein einziges Mal ein lobendes Wort über irgendetwas verlieren, das in diesem Land gut gelaufen ist. Da staune ich über Sie. Wie Sie damit Menschen ansprechen wollen, ist mir ein Rätsel. Ich glaube, dahinter steht mehr der Wunsch, einen Wahlkampf anzufangen. Ich frage mich übrigens schon die ganze Zeit verzweifelt: Wie wollen Sie das durchhalten? Die Leute werden Ihnen nicht mehr lange zuhören, wenn jeder dritte Satz bei Ihnen anfängt: Sie werden den Februar 2005 nicht mehr erleben! Natürlich werden

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

wir den Februar 2005 erleben! Die Frage ist nur wie. Ich denke, gut!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Ob Sie ihn so, wie Sie sich das wünschen, erleben werden, werden wir sehen. Im Übrigen entscheiden darüber nicht unsere Reden hier, sondern die Wähler in der Kabine. So einfach ist das.

Lassen Sie uns doch lieber über Sachen reden, über die wir zu reden haben. Wie können wir unsere Hilfen für die neuen Beitrittsländer, die wir schon haben anlaufen lassen, so ausbauen, dass auch wir im Land davon etwas haben? Was können wir machen, um die Ausbildungsplatzabgabe, die der Wirtschaftsminister, das Kabinett und ich nicht wollen, zu vermeiden, weil alle Jugendlichen in unserem Land einen Ausbildungsplatz gefunden haben? Wie können wir unsere Exporte, die sich bereits verdoppelt haben, weiter verstärken?

Ich habe die Diskussion der Opposition über meine **Vietnamreise** mitgekriegt. Wissen Sie, die Leute tragen einem Exporte nicht nach. Man muss dafür werben. Dort stehen schon andere. Verdammt und zugenäht, da stehen auch sehr viele deutsche Ministerpräsidenten, die ganz schön für ihre Länder werben. Man muss manchmal auch etwas wagen und rausgehen. Wenn Sie dabei sein wollen, dann habe ich nichts dagegen. Im Gegenteil, es würde mich freuen, wenn Sie mit dabei wären und sagen würden: Jawohl, auch wir von der Opposition sind der Meinung, mit denen in Schleswig-Holstein zusammenzuarbeiten und dort Waren zu kaufen, ist etwas Tolles. Dafür können wir die Hand ins Feuer legen! Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein, das sind Kulturaktivitäten, das Schleswig-Holstein Musik Festival, touristischen Attraktionen und eine Minderheitenpolitik, über die die Frau Kollegin so viel gesagt hat. Vielen herzlichen Dank für die netten Worte! Da sind wir mit unserem Versuch der Politik einer inneren Sicherheit, die genau zwischen der notwendigen Stärke und Laissez-faire unterscheidet, sodass ganz klar ist, wann der Staat eingreifen wird und wann der Staat nicht eingreifen wird. Da sind ein Finanzminister, der es schafft, sich in Berlin durchzusetzen, eine Justizministerin, die für Justizpolitik steht, die die klare Linie zwischen dem was der Staat machen muss und dem, wo er auch einmal fünf gerade sein lassen kann, genau zieht. Wen habe ich noch vergessen? -

(Lachen bei der CDU)

Ich weiß natürlich, wen ich vergessen habe. Darüber kann man leider nicht lachen. Ich habe leider meine kranke Kollegin Frau Moser vergessen. Es ist selbstverständlich, dass ihre Arbeit auch zu loben wäre. Sie ist aber leider nicht da. Es tut mir Leid, dass mir das passiert ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, dass wir in diesem Land neue Impulse gesetzt haben. Ich hätte mich gefreut, wenn der **Strukturwandel**, der in diesem Land stattgefunden hat, schneller gegangen wäre, breiter getragen worden wäre, denn es braucht in Schleswig-Holstein immer ein bisschen lange, bis alle dabei sind, und wenn er uns weniger Geld gekostet hätte. Ich glaube aber, es sind Investitionen, die sich für dieses Land lohnen. Sie haben ein anderes Konzept als wir es haben. Darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu streiten. Wir glauben, unser Konzept ist gut. Anders als Sie es heute dargestellt haben, haben die Schleswig-Holsteiner bei der T-Online-Befragung gesagt: Hier bleiben sie, hier sind sie glücklich und hier werden sie nicht wegziehen. Die Schleswig-Holsteiner merken, dieses Land bringt sie und das ganze Land nach vorn.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Unruhe)

- Der Abgeordnete zieht zurück.

(Günter Neugebauer [SPD]: Vorerst!)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon in mancherlei Hinsicht bemerkenswert, wenn das die Rede der Ministerpräsidentin zum Doppelhaushalt 2004/2005 war und wenn der finanzpolitische Sprecher sogar auf seinen eigenen Beitrag verzichtet, um die eigene Politik zu erläutern. Das ist schon eine besondere Bemerkung wert.

(Zurufe von der SPD)

Frau Ministerpräsidentin, zu Ihrer einleitenden Bemerkung zur Ernsthaftigkeit sage ich: Die Diskussion über notwendige Reformen in Deutschland, an der

(Rainer Wiegard)

wir alle nicht zweifeln, hätte nicht darunter gelitten, wenn wir diesen Haushalt im Januar beraten hätten. Sie hätte kein Stück darunter gelitten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Gegenteil: Die **Wahrhaftigkeit** und die **Glaubhaftigkeit** des **Landeshaushalts 2004/2005** hätte deutlich gewonnen. Ich glaube, daher war Ihre einleitende Bemerkung nicht besonders hilfreich. Die von Ihnen aufgeführten positiven Entwicklungen in vielen Teilen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sind jedenfalls in der Masse nicht das Ergebnis Ihrer Politik. Sie sind nicht wegen Ihrer Politik erreicht worden, sondern im Wesentlichen trotz Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin und Herr Hentschel, ich habe bei dem, was Sie zu unseren Vorschlägen oder besser zu dem, was wir an Vorschlägen in diesem Jahr nicht gemacht haben, weil wir meinten, dies sei in dieser Zeit nicht finanzierbar, gesagt haben, sage ich: Habe ich da aus Ihren Worten Häme herausgehört? Herr Hentschel, Häme nach dem Motto: Ätsch, da haben wir das Land aber schön an die Wand gefahren, wenn ihr nicht einmal mehr selbst eure Vorschläge unterbringen könnt, die ihr gerne hättet? Herr Hentschel, das war schon ziemlich starker Tobak!

Zu den Berechnungskünsten sage ich: Wenn es richtig wäre, ein bisschen hochzurechnen! Wenn man Geld in die Hand nimmt, dann weiß man, dass das nicht allein die Summe ist, die sich an Investitionen auftut. Dies auf die dritte Stelle hinter dem Komma präzise zu errechnen, müsste zu dem Ergebnis führen, dass die zweimal 100 Millionen €, die wir 2004 und 2005 investieren wollen, nach Ihrer Rechnung präzise 1.618 Millionen € an Investitionen auslösen würden. Dann müssten wir das gemeinsam tun und nicht auf diese Weise darauf zu sprechen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wundere mich, dass es von Ihnen nach wie vor verleugnet wird, die eigentliche Situation des Landes zu beschreiben. Sie weigern sich nach wie vor, eine **objektive Beschreibung** der **Lage Schleswig-Holsteins** abzugeben. Gleiches gilt für eine Beschreibung der politischen Entwicklung, die dazu geführt hat. Wir werden Ende 2005 insgesamt 20 Milliarden € Schulden haben. Das ist ein Batzen Geld, den künftige Generationen abtragen müssen. Und wir haben kein aktives Vermögen mehr. Die Haushaltsrisiken, die sich leider aus dem Doppelhaushalt ergeben, belaufen sich auf über 700 Millionen €.

„Das ist angesichts der eher schwachen Wirtschaftsdecke des Landes eine ausgemachte

Katastrophe. Die ... Regierung hat mit dieser Verschuldungspolitik einen Treibsatz gelegt, der sich mittelfristig für die wirtschaftliche Zukunft des Landes als ein bössartiger Sprengsatz erweisen kann. ... Da wurden Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit als störend beiseite gewischt. Da wurden Verpflichtungen eingegangen ohne sorgfältige Prüfung der Folgekosten. Da wurde die mittelfristige Finanzplanung schon bei Drucklegung zur Makulatur. ... Mir scheint, Sie haben nicht begriffen, dass Sie mit dieser Finanzpolitik weite Teile der Zukunft verbaut haben, Lasten für junge Leute aufgetürmt haben, für die der Begriff ‚Erblast‘ noch viel zu schwach ist.“

(Beifall bei der CDU)

Mein Manuskript verzeichnet an dieser Stelle: Beifall bei der SPD.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Stattdessen kommt Gelächter. Du kommst gleich noch dran, Günter. Mein Manuskript ist das Plenarprotokoll der Regierungserklärung von Ministerpräsident Björn Engholm vom 28. Juni 1988.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und die Zustandsbeschreibung, auf die sich diese Regierungserklärung bezieht, bezieht sich auf einen Schuldenstand von 17,1 Milliarden DM, 8,7 Milliarden € im Jahre 1988. Das war übrigens nach 43 Jahren Aufbauarbeit in Schleswig-Holstein.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Nichts dabei herausgekommen! Da erinnere ich vielleicht noch einmal an manche Entwicklungen, zum Beispiel was Flüchtlingsströme anbetrifft, die hier zu bewältigen waren; eine Aufbauleistung im Bildungssystem, die hier zu bewältigen war. Und sich dann hier hinzustellen und zu sagen, es sei nichts dabei herausgekommen, ist eine Ungeheuerlichkeit.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Und das als lächerlich zu bezeichnen, mein lieber Holger Astrup, 8,7 Milliarden € in 43 Jahren, 11,3 Milliarden € in 17 Jahren plus 1,5 Milliarden € verschleudertes Landesvermögen plus 700 Millio-

**(Rainer Wiegard)**

nen € Schulden, ist ebenfalls ungeheuerlich. Das ist das Thema, über das wir heute zu reden haben.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Und seit einem Jahr verweigern Sie sich konstant, hier noch einmal darüber zu sprechen, wann Sie denn überhaupt die Neuverschuldung gedenken wieder anzugehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Von ihrem Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung hören wir seit einem Jahr kein Wort mehr. Das ist so, als ob meine Hündin zur Seite guckt und meint, wenn sie mich nicht sieht, sehe ich sie auch nicht. Sie sprechen nicht darüber und meinen, dann merkt es auch keiner.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen unpopuläre Maßnahmen angeboten. Einige haben Sie hier mit Häme und mit nicht immer ganz angenehmen Beiträgen dargestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn wir heute beginnen, dann brauchen wir - da nehme ich gern den Vorschlag auf, den Sie vor einigen Jahren in Ihr Koalitionspapier geschrieben haben - zehn Jahre. Das glauben wir auch. Sie haben zu Recht gesagt, dass weder Kaputtsparen noch Gesundsparen geht. Beides geht nicht. Da sind wir doch einer Meinung. Aber wir müssen damit beginnen. Und das dauert zehn Jahre und dann wird am Ende dieses zehn Jahreszeitraumes die **Verschuldung** mindestens um weitere 5 Milliarden € höher sein.

Sie haben es allein gegenüber 2002 geschafft, die **Zinslast** um 57 Millionen € zu erhöhen. Mit was für Kleinkram beschäftigen wir uns in diesen Haushaltsanträgen? Mit 1.000-€-Beträgen, während gleichzeitig Zig-Millionen in den Orkus befördert werden.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Die Ministerpräsidentin hat in ihrem ersten Haushalt 1988 gesagt:

„Die Landesregierung hat beschlossen, konjunkturell bedingte Mehreinnahmen des Landes in vollem Umfang zur Senkung der Nettokreditaufnahme zu verwenden.“

Wenn Sie es doch nicht nur gesagt, wenn Sie es doch auch einmal gemacht hätten, dann wäre das sehr hilfreich gewesen.

Zu den **Investitionen**, zu denen sich der Kollege Hentschel verweigert hat, bringe ich ebenfalls ein Zitat der Ministerpräsidentin, damals Finanzministerin unseres Landes:

„Ich komme zu einem weiteren wichtigen Eckdatum eines jeden Landeshaushalts, nämlich zu den Investitionen. Da die Investitionen von heute die Voraussetzungen beziehungsweise der Anreiz für private Investitionen von morgen sind und damit also auch über die Arbeitsplätze von morgen und die soziale Leistungsfähigkeit bestimmen, ist dies ein Punkt, der erschrecken muss, wenn man sich im Süd-Nord-Gefälle ansieht, wie die Sachinvestitionen der einzelnen Länder aussehen.“

Und jetzt kommt's:

„Wir wollen den rückläufigen Trend der Investitionsquoten aufhalten und die Investitionsquote der CDU von 16,2 auf 17 % erhöhen.“

Von 16,2 auf 17 % erhöhen! Gelandet sind Sie im Jahr 2002, dem Jahr, in dem Sie die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt haben, bei 8,8 %, ganzen 690 Millionen €. Und in dem Haushalt, den wir hier heute im Jahr 2003 beraten, den Haushalt für 2004/2005, senken Sie die Investitionsquote immer weiter ab. Mit beiden wichtigen Punkten haben Sie sich hier an keiner Stelle auseinander gesetzt. Sie haben die Verschuldung auf zukünftige Generationen verschoben

(Beifall bei CDU und FDP)

und die Notwendigkeit von Investitionen haben Sie nach wie vor hier nicht dargestellt, nicht erläutert und nicht anerkannt. Damit haben Sie eigentlich nichts hinzugelern.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. Es gab den Appell, keine Blockadepolitik zu machen. Nun hören wir das häufiger. Der Kanzler hat ja die Diskussion über eine neue Form des Patriotismus angestoßen, indem er an die Adresse der CDU-Minister-

(Rainer Wiegard)

präsidenten und an die Adresse unserer Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Bundestag gesagt hat: Zum Wohle des Landes Reformen der Regierung mittragen und dadurch Patriotismus beweisen. - Einverstanden. Wenn wir das auf die Politik der letzten Jahre übertragen: Wie patriotisch waren dann Herr Ministerpräsident Schröder, Herr Ministerpräsident Lafontaine, Herr Ministerpräsident Eichel, Herr Ministerpräsident Clement und Frau Ministerpräsidentin Simonis, als sie 1998 die Steuerreform aus wohl patriotischen Gründen verhindert und damit langfristigen Schaden für Deutschland angerichtet haben?

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt gebe ich Ihnen absolut Recht. Dieser Haushalt hätte es verdient, vor und mit der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Und Sie, auch als Abgeordnete der regierungstragenden Fraktion, haben genau dieses verhindert, indem Sie sich unserem Antrag, diesen Haushalt in einem ordentlichen Verfahren im Januar zu beschließen, verweigert haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Also sind Sie selbst schuld daran.

(Beifall bei FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

Die FDP-Landtagsfraktion wird diesen **Haushaltsentwurf** ablehnen, und zwar aus drei Gründen:

Erstens bricht die Landesregierung mit diesem Haushalt die Verfassung - und das gleich zweimal. Die Kreditobergrenze ist unzulässig überschritten und der Entwurf ist weder klar noch ist er wahr.

Zweitens lehnen wir das peinliche Verfahren ab, mit dem dieser verfassungswidrige Entwurf der Landesregierung von den regierungstragenden Fraktionen heute durch diesen Landtag gepeitscht wird.

(Lachen des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Drittens setzt die Landesregierung unseres Erachtens in diesem Entwurf die falschen politischen Schwerpunkte. Rot-Grün hat kein Konzept, wie die schlechte Lage verbessert werden kann, verzettelt und verschwendet die knappen Mittel des Landes und zementiert die Nachteile Schleswig-Holsteins abermals.

Zum Ersten, zum **Verfahren** und zur **Verfassungswidrigkeit**: Die Landesregierung verletzt die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit, weil sie in noch nie da gewesenem Maß unsichere Einnahmen verbucht und ungedeckte Schecks ausstellt. Außerdem fehlen wesentliche rechtliche Grundlagen für den Haushaltsplan - Stichwort Vermittlungsausschuss. Rot-Grün in Berlin behauptet, im Vermittlungsausschuss werde darüber verhandelt, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Deutschland in einem noch nie da gewesenem Maße zu verändern und Rot-Grün in Kiel will die Entscheidungen über eben die Folgen dieser Veränderungen für unser Land dem Landtag schlicht und ergreifend entziehen. Wer heute diesen Haushalt beschließt, entmachtet den Landtag haushaltsrechtlich - ohne jede Not.

(Beifall bei FDP und CDU)

Unabhängig davon, was tatsächlich verändert wird, der Landtag kann aus eigener Kraft hierzu keine Entscheidungen mehr für den Haushalt des Landes erzwingen. Finanz- oder wirtschaftspolitisch einleuchtende Gründe gibt es dafür nicht. Der einzige Grund dafür, dass Sie heute so verfahren, heißt: Landtagswahl 2005.

Angesichts der angeblichen Jahrhundertreformen ist dieser **Doppelhaushalt** auch völlig unsinnig. Wenn die Reformen tatsächlich so umwälzend sein sollen, wie Sie behaupten, dann kann die Landesregierung die Wirkung auf den Haushalt 2005 heute überhaupt nicht vorhersehen. Die Landesregierung sagt von sich selbst, sie könne noch nicht einmal die Entwicklung der Einnahmen des Landes auf der Grundlage aktuellster Konjunkturlagen grob schätzen. Jetzt behaupten Sie, die Folgen von Strukturbrüchen auf den Haushalt schätzen zu können. Das, lieber Herr Finanzminister, ist reine Demagogie. Der einzige Grund für den Doppelhaushalt heißt ebenfalls „Landtagswahl“.

Die Landesregierung bricht die Verfassung auch durch die angekündigte **Überschreitung der Kreditobergrenze**, weil die konjunkturelle Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Wirtschafts- und der Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein nicht so schwerwiegend ist, dass Artikel 53 der Landesverfassung greift.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben es in der ersten Lesung des Entwurfes und heute Vormittag überzeugend dargelegt: Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise Schleswig-Holsteins hat Rot-Grün durch ständige politische Fehler und Versäumnisse selbst verursacht. Die rot-grüne De-

(Dr. Heiner Garg)

pression in Schleswig-Holstein ist weitestgehend keine konjunkturelle, sondern eine **strukturelle Krise**. Damit scheiden zusätzliche Schulden als hilfreiches Gegenmittel aus. Strukturkrisen sind mit makroökonomischer Finanzpolitik nicht zu beenden, Herr Dr. Stegner.

Strukturkrisen können nur bewältigt werden, wenn die Anreize für Menschen und Unternehmen gestärkt werden zu arbeiten, zu sparen und zu investieren. Nur dann wird unsere Wirtschaft dauerhaft schneller wachsen, wird die Beschäftigung steigen und wird die Arbeitslosigkeit merklich sinken.

Eine schuldenfinanzierte Steigerung der inländischen Nachfrage hilft da überhaupt nichts; sie verpufft spätestens, wenn die Kredite verpulvert sind, falls die neuen rot-grünen Schulden des Landes die inländische Nachfrage überhaupt merklich steigern könnten.

Hierzu ein paar Zahlen! Bereits 2002 überschritt die Landesregierung die Kreditobergrenze um 576 Millionen € und redete sich mit einer angenommenen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes heraus. Die inländische Nachfrage ist die Summe der Konsumausgaben der Menschen, des Staates und der Bruttoanlageinvestitionen. In Schleswig-Holsteins betrug sie 2002 ungefähr 67,3 Milliarden €.

Die Überschreitung der Kreditobergrenze um 576 Millionen € entsprach 2002 folglich 86 % der inländischen Nachfrage; die allerdings, Herr Dr. Stegner, wäre genauso hoch gewesen, wenn die Kreditobergrenze nicht verletzt worden wäre. Das Geld war ja schon lange ausgegeben. Im Dezember 2002 hätte das Land keine 576 Millionen € mehr einsparen können.

Die neuen Schulden konnten die angenommene Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes überhaupt nicht abwehren, sie sollten einzig und allein Haushaltslöcher stopfen. Genau das ist verfassungswidrig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Gleiches, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gilt auch für den 2. Nachtrag für 2003 und den Haushalt 2004. Die jeweiligen Überschreitungen der Kreditobergrenze sind viel zu klein, um die inländische Nachfrage überhaupt merklich zu beeinflussen. Deshalb kann das Land damit auch keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes abwehren und schon gar keine schwerwiegende.

Die Überschreitung der Kreditobergrenze ist nämlich nur dann erlaubt, wenn eine **schwerwiegende Störung** des **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes** oder der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

des Landes vorliegt und gleichzeitig die Ausgaben, die mit der Überschreitung der Kreditobergrenze finanziert werden, unmittelbar dazu bestimmt und geeignet sind, diese schwerwiegende Störung abzuwehren. Genau daran, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün scheitern Ihre die Vorschläge.

Vier weitere Zahlen belegen den volkswirtschaftlichen Unfug der rot-grünen Argumentation: Schleswig-Holstein braucht knapp 2 % **reales Wirtschaftswachstum** jährlich, um die Beschäftigungsschwelle zu erreichen. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein von 1991 bis 2002 lag bei ungefähr 1,06 %, also gut der Hälfte dessen, was tatsächlich notwendig gewesen wäre.

Die **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein ist seit 1991 permanent angestiegen. 1991 waren im Durchschnitt des Jahres gut 80.000 Menschen arbeitslos und diese Zahl stieg bis 2002 auf 122.000. Von 1991 bis 2002 hat die Landesregierung im Durchschnitt jährlich 642,6 Millionen € neue Schulden aufgenommen und Schleswig-Holstein an die Spitze der Schuldentabelle katapultiert.

Genauso wie es die volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse seit zehn Jahren bestätigen, wurde die strukturelle Krise bei Wirtschaft und Beschäftigung in Schleswig-Holstein durch übermäßige Verschuldung der öffentlichen Hand verstärkt und keineswegs behoben. Dazu sind übermäßige Schulden bei sinkenden öffentlichen Investitionen nicht geeignet und deshalb ist die geplante Überschreitung der Kreditobergrenze im Haushalt 2004 verfassungswidrig.

Herr Dr. Stegner, Sie spielen ja rhetorisch kreativ mit ökonomischen Begriffen - ich bin davon oftmals sehr beeindruckt -, allerdings ohne die dahinter stehenden Konzepte jemals verstanden zu haben.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das reicht weder für gute ökonomische Argumente noch für verfassungsgemäße Haushaltsentwürfe.

Das Stichwort „**inländische Nachfrage**“ führt mich dann direkt zum Haushaltsplan. Rot-Grün beginnt mit der Stärkung der Nachfrage, und zwar bei den Beamtinnen und Beamten. Denen kürzen sie nämlich die Gehälter. Wer weniger Geld hat, gibt weniger Geld aus. Die Nachfrage sinkt, habe ich jedenfalls immer gedacht. Die rot-grüne Logik geht deshalb auch noch einen ganzen Schritt weiter. Die Beamtinnen und Beamten sind sparsam; sie geben einfach zu wenig Geld aus. Genau deswegen nimmt ihnen Rot-Grün Geld weg, um es selbst ausgeben zu können; denn

**(Dr. Heiner Garg)**

Sparen ist für Rot-Grün ein Fremdwort. Rot-Grün hat nie gespart, ganz im Gegenteil! Rot-Grün entspart immer schneller und schwächt dadurch die Wirtschaftskraft unseres Landes.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir reden im Moment von etwa 38 Millionen € für die Haushaltsjahre 2004 und 2005. Davon würden die Beamtinnen und Beamten den größten Teil ausgeben, die Landesregierung will alles ausgeben. Lassen wir die Steuerausfälle außer Acht, würde die inländische Nachfrage wahrscheinlich um einen einstelligen Millionenbetrag steigen, etwas mehr als ein Millionstel Prozent, Herr Dr. Stegner! Ein Millionstel Prozent! Es ist schlichtweg lächerlich, was Sie uns hier erzählen wollen!

Demgegenüber stehen große Nachteile für die Betroffenen, besonders für die Beamtinnen und Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes und für ihre Familien. Bei der Frage, ob das wirklich sozial gerecht ist - die auch der Kollege Hentschel in anderem Zusammenhang immer gern stellt -, sagt die FDP-Fraktion klipp und klar: Das ist alles, nur nicht sozial gerecht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Nachteile für die Betroffenen und ihre Angehörigen rechtfertigen Ihre Kürzungen auf keinen Fall. Deshalb fordern wir erneut, den Beamtinnen und Beamten Urlaubs- und Weihnachtsgeld in der bisherigen Höhe zu zahlen; denn uns ist die einzelne Beamtin oder der einzelne Beamte für das Land nicht zu teuer. Ihre Aufgaben wachsen noch schneller als ihre Arbeitszeit und dafür gibt es dann bei Rot-Grün zum Lohn weniger Geld. Bei uns nicht!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Thema Urlaubs- und Weihnachtsgeld ist beispielhaft für die verfehlte rot-grüne Finanzpolitik und den Gedankenwirrwarr, aus dem es entstanden ist.

Dieser schlechte Doppelhaushalt steht am Ende einer viel zu langen Reihe schlechter Haushalte, mit denen die Grundlagen für Wohlstand, Arbeit und Wachstum in Schleswig-Holstein systematisch kaputt gemacht wurden.

Die Fehler der roten und rot-grünen Landesregierungen der letzten 15 Jahre können selbst wir in einem Doppelhaushalt nicht mehr ausbügeln. Das alles geht in der Tat, Herr Kollege Kayenburg, in der Tat, Herr Kollege Fraktionsvorsitzender, nur schrittweise. Aber wir gehen die Probleme anders an als Rot-Grün. Rot-Grün stellt fest, dass nicht genügend Geld für die eigene Ausgabenwut da ist, und erhöht deswegen die Schulden. Weiter so, von der Hand in den Mund,

Augen zu und durch, 2005 ist ja sowieso alles vorbei, Frau Heinold! Das ist auch der einzige finanzpolitische Faden, den Sie hier heute bislang darstellen konnten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage Ihnen: Das ist noch nicht einmal ein finanzpolitischer Faden, das ist schlicht und ergreifend verantwortungslos; denn so kommt Schleswig-Holstein nicht in Schwung.

Wir machen es anders. Wir wollen Ihr finanzpolitisches Trümmerfeld in Schleswig-Holstein wieder urbar machen. Wir setzen klare Schwerpunkte in den Kernbereichen der Landespolitik wie Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zum Schwerpunkt **Bildung!**

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Siehe Hamburg!)

Das Bildungssystem ist die wichtigste Fabrik unseres künftigen Wohlstandes. Deshalb investieren wir hier nach einem schlüssigen Gesamtkonzept. Die Wertschöpfungskette des öffentlichen Bildungssystems verläuft vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule. Da eine Kette nur stärker wird, wenn man alle Glieder stärkt, setzen wir auch bei allen Gliedern an.

Wir beginnen in den **Kindergärten** und erhöhen die Zuschüsse des Landes für Kindertagesstätten um insgesamt 6 Millionen € - 2 Millionen € in 2004 und 4 Millionen € in 2005 -, um die Betreuung zu verbessern.

Das nützt nicht nur direkt den Kindern, sondern auch dem Arbeitsmarkt: Denn bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bedeuten auch, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir stärken die **Schulen**. Die miserablen Ergebnisse Schleswig-Holsteins in den zahlreichen Vergleichen hat viele Ursachen. Eine sticht hervor, nämlich dass in schleswig-holsteinischen Schulen überproportional zu wenig Unterricht erteilt wird beziehungsweise - anders ausgedrückt - zu viel Unterricht ausfällt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Schleswig-holsteinische Schüler erhalten in den ersten zehn Schuljahren 10 % weniger Unterricht als im Bundesdurchschnitt: neun Jahre Unterricht in zehn Jahren Schule. So haben wir uns das Abitur nach

(Dr. Heiner Garg)

12 Jahren nicht vorgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Für mehr Unterricht brauchen wir mehr Lehrer. Das Land kann es sich im Moment nicht leisten, den Lehrermangel auf einen Schlag abzubauen, den Rot und im letzten Jahrzehnt Rot-Grün aufgebaut haben. Aber wir können anfangen. Deshalb stellen wir mehr Lehrer ein: 160 in 2004 und 160 in 2005; das kostet insgesamt 11,8 Millionen €.

Zusätzlich stärken wir die Schulen durch mehr Geld für die betreute Grundschule und die Ganztagsbetreuung mit insgesamt fast 2 Millionen €. Wie bei den Kindergärten nützt das den Kindern und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir beginnen, hoch begabte Kinder und Jugendliche mit insgesamt 2 Millionen € zu fördern. Denn wir können es uns nicht länger erlauben, dass diese Potenziale einfach vernachlässigt und brach liegengelassen werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die **Fortbildung der Lehrer** stärker fördern. Wenn sich der Stand des Wissens immer schneller erneuert, muss sich dies auch bei den Lehrern niederschlagen. Schließlich sind sie es, die unseren Kindern einen Großteil des Rüstzeugs für ein erfolgreiches Leben in der Wissensgesellschaft vermitteln. Deshalb steigern wir die Mittel für die Lehrerfortbildung insgesamt um 1,3 Millionen €.

Schließlich stärken wir unsere **Fachhochschulen** und **Universitäten**. Hier stehen immer mehr Studenten immer kleineren und immer schlechter ausgestatteten Fakultäten gegenüber. Jahrelang hat Rot-Grün unsere Hochschulen sehenden Auges ausbluten lassen. Wir steuern dagegen.

Das strukturelle Defizit bei den Personalkosten senken wir insgesamt um 3,6 Millionen €. Wir erhöhen die Mittel für Berufungs- und Bleibeverhandlungen um 2,7 Millionen €, damit unsere Hochschulen im Wettbewerb um wissenschaftliches Personal mithalten können. Zusätzlich steigern wir die globalen Zuweisungen für unser Hochschulen insgesamt um 4,3 Millionen €.

Hinzu kommen zwei Einzelmaßnahmen: Wir investieren stärker in den Ausbau der Fachhochschule Heide, und zwar in 2005 mit 400.000 € und 4 Millionen € Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2006. Außerdem verhindern wir 2005 mit 240.000 €, dass das medizinische Laserzentrum in Lübeck ausblutet.

Ausbluten, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dann das nächste Stichwort. Wir wollen verhindern, dass die Landesregierung selbstherrlich und unkontrolliert unsere Hochschullandschaft verändert. Deshalb fordern wir, dass die Landesregierung **Hochschulstandorte** nur dann schließen darf, wenn der Landtag dies vorher im Einzelfall ausdrücklich genehmigt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir stärken die Leistungsfähigkeit und die Einnahmen der Hochschulen mit **Studiengebühren für Langzeitstudenten**. Universitäre Bildung ist niemals kostenlos; es fragt sich nur, wer sie bezahlt. Die Ministerpräsidentin selbst hat prägnant gefragt, warum Eltern für Kindergärtenplätze bezahlen müssen, aber nicht für Studienplätze.

Selbstverständlich zahlen die Eltern für beides. Denn sie zahlen auch die Steuern, mit denen unsere Hochschulen finanziert werden. Wir wollen hier ein erstes Element der Nutzerfinanzierung einführen - übrigens ganz ähnlich der guten Absicht bei der LKW-Maut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bildungsausgaben sind Investitionen in Humankapital. Sinnvollerweise zählen sie in der Haushaltssystematik aber nicht zu den Investitionen, sonst würde Rot-Grün den Bildungshaushalt ganz über zusätzliche Schulden finanzieren. Deshalb ist es richtig, dass unter den Investitionen im Haushalt in weitem Sinne nur solche Ausgaben gebucht werden, die den Sachkapitalbestand in Schleswig-Holstein tatsächlich erhöhen.

Hier liegt unser zweiter Schwerpunkt: Wir steigern die Investitionen des Landes im Saldo um insgesamt 22,7 Millionen €.

Unsere **zusätzlichen Bruttoinvestitionen** konzentrieren wir hauptsächlich in zwei Bereichen: 9 Millionen € im Straßenbau und rund 35 Millionen € für die Gemeinden.

Wirtschaft braucht Bewegung und für Bewegung braucht man eben Wege. Die Wege für den Hauptverkehrsträger Auto lässt Rot-Grün immer schneller verfallen. Wir nicht!

Die **Gemeinden** sind die größten öffentlichen Investoren; das haben Sie ganz offensichtlich vergessen. Die Landesregierung sagt das zwar auch, meint es aber nicht so. Denn sonst würde sie die schleswig-holsteinischen Gemeinden nicht seit Jahren systematisch ausbluten lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nach jahrelangen Entnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dem kommunalen Finanzausgleich und



**(Dr. Heiner Garg)**

dem kommunalen Investitionsfonds wird es Zeit, dass das Land seine Rechnungen bei der kommunalen Familie wenigstens teilweise begleicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb zahlen wir die Entnahmen aus dem KIF verzinst zurück - das sind 25,1 Millionen € - und geben den Gemeinden zusätzlich 10 Millionen € für weitere Investitionen.

In diesem Zusammenhang streichen wir auch die Ermächtigung für die Landesregierung, den kommunalen Investitionsfonds einfach zu versilbern. Die Landesregierung will die Gemeinden zwingen, genauso verantwortungslos zu wirtschaften, wie sie selbst wirtschaftet: Nachdem Rot-Grün die kommunalen Finanzen jahrelang ausgeweidet hat, sollen die Gemeinden jetzt ihr eigenes Vermögen verscherbeln, um den laufenden Verbrauch zu bezahlen,

(Glocke der Präsidentin)

den Bundes- und Landesregierung ihnen über Gebühr aufgebürdet haben.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Astrup?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Nein, die gestatte ich nicht. - Wir meinen, der KIF gehört den Gemeinden. Die Landesregierung soll erstens ihre klebrigen Finger davon lassen und sich zweitens nicht in die Entscheidung über die Verwendung genau dieser Mittel einmischen.

Unser dritter Schwerpunkt ist die **innere Sicherheit**. Das heißt für uns mehr besser bezahlte Polizisten für Schleswig-Holstein. Hier steigern wir die Ausgaben insgesamt um 11 Millionen €, damit mehr Polizisten eingestellt werden können, die zweigeteilte Laufbahn endlich stärker verwirklicht werden kann und mehr Überstunden tatsächlich endlich mit Geld ausgeglichen werden können.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von Rot-Grün, zu dem für Sie vermutlich interessantesten Punkt: **Finanzierung**.

Wir erhöhen die Ausgaben im Saldo - und sagen dies im Übrigen auch ganz deutlich - um 8,5 Millionen € und die Einnahmen um 494,7 Millionen €. Mehreinnahmen von 599,8 Millionen € stehen Mindereinnahmen von 105,1 Millionen € gegenüber, Mehrausgaben von 176,3 Millionen € stehen Minderausgaben von 167,7 Millionen € gegenüber.

Zu den **Ausgabenkürzungen**. Wir kürzen die Personalkosten in den Ministerien insgesamt um 12,2 Millionen € und die Verwaltungsausgaben inklusive IT um 40,3 Millionen €.

(Ursula Kähler [SPD]: Welche Planstellen wollen Sie kürzen?)

Wir kürzen die Ausgaben im Umwelthaushalt um 17 Millionen €. Der Umweltminister und seine geistigen Jünger sind die zweitgrößte Wachstumsbremse für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage das gerne noch einmal: Sie sind die zweitgrößte Wachstumsbremse für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ihre Standortfeindlichkeit ist beispiellos in der Geschichte dieses Landes - siehe FFH und Vogelschutzgebiet Eiderstedt.

Die größte Wachstumsbremse ist allerdings die SPD. Denn sie lässt zu, dass die Grünen Schleswig-Holstein derart schädigen.

Wir senken die Ansätze für die Betreuung von Migrantinnen und Migranten, Grundsicherung, Wohngeld und Sozialhilfe um insgesamt 80,5 Millionen €. Dies tut Ihre Landesregierung im Übrigen zum Teil auch; also plärren Sie nicht so dazwischen. Dies tun wir nicht, weil wir den einzelnen Leistungsempfängern weniger Geld zahlen wollen, sondern weil wir den tatsächlichen Ausgabenbedarf niedriger einschätzen als die Landesregierung.

Wir vermuten seit Jahren, dass die Landesregierung eben diese Ansätze bei Aufstellung des Haushaltes künstlich erhöht, um später hieraus globale Minderausgaben finanzieren zu können. Und siehe da, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben wie fast jedes Jahr Recht.

In der Nachschiebeliste kürzt, Frau Heinold, die Landesregierung die Ausgaben für die Sozialhilfe um knapp 22 Millionen €. Die Begründung steht in der Nachschiebeliste so drin: Einsparung zur Auflösung globaler Minderausgaben. - Das nenne ich sozial, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten!

Während wir, Kollege Kubicki, versuchen, die tatsächliche Entwicklung der Leistungen zu schätzen - meistens ziemlich erfolgreich -, bildet die Landesregierung hier Reserven für ihren Haushaltsvollzug.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

**(Dr. Heiner Garg)**

Das ist ungeheuerlich. Denn die Verfassungsgrundsätze von Haushaltsklarheit und -wahrheit sind auch beim ersten Entwurf bereits nicht eingehalten worden.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe)

Ich merke ja, dass Sie richtig Spaß daran haben, deswegen kommen wir jetzt zu den **Einnahmen**. Wir verzichten auf die Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe. Wir verkaufen Lotto später und erwarten dafür mehr Geld, nämlich 2005 75 Millionen €. Die Erfahrung mit Rot-Grün zeigt, dass sie Landesvermögen regelmäßig unter Preis verschleudern.

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir tun das nicht. Wir verkaufen die Anteile des Landes an der HSH Nordbank und setzen hierfür den Wert an, den die Landesregierung - und nicht irgendwelche virtuellen Bieter - selbst bei der Fusion zugrunde gelegt hat, nämlich 501 Millionen €, das aus zwei Gründen: Erstens braucht das Land keine Anteile an einer privaten Bank. Das Bankgeschäft ist keine hoheitliche Aufgabe. Schließlich hält das Land auch keine Anteile an anderen privaten Banken. Jedenfalls ist mir das nicht bekannt.

Zweitens ist die Rendite dieser Anteile eindeutig zu niedrig. In Einzelplan 05 gibt die Landesregierung an, dass sie für 16,86 % Anteile des Landes an der HSH mit folgenden Erträgen rechnet: 2004 mit 4,7 Millionen € und 2005 mit 5,7 Millionen €.

Mit unseren Änderungsanträgen senken wir die Nettoneuverschuldung 2004 um 425 Millionen € oder um 58,3 % auf 304,3 Millionen € und 2005 um 77,4 Millionen € oder immerhin noch 11,1 %.

Der Haushalt wäre bei uns verfassungsgemäß und würde Schleswig-Holstein an den Beginn eines höheren Wachstumspfades bringen. Das ist der einzige Weg, mit dem Arbeit und Wohlstand in Schleswig-Holstein wieder aufholen und angemessen wachsen können.

(Beifall bei FDP und CDU - Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zu meinem letzten Halbsatz, liebe Frau Präsidentin. - Ich habe volles Verständnis dafür, dass das die rot-grünen Amtsinhaber zwar nicht so sehen, aber es ist der einzig richtige Weg für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP! Ich bin schon etwas erstaunt oder auch erschrocken über die Debatte heute.

(Heinz Maurus [CDU]: Ich auch!)

Wir scheinen in unterschiedlichen Welten zu leben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die rechte Seite des Hauses macht hier Versprechungen: für alle mehr, mehr, mehr. So in der Rede von Herrn Kayenburg, aber auch Herr Garg. Die linke Seite des Hauses ist zuständig für die Sparmaßnahmen und die schwierigen Gespräche mit den Betroffenen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Anschließend stellt sich die rechte Seite hierhin und macht der linken Seite Vorwürfe für die hohe Verschuldung. Wer soll das denn außerhalb unseres Plenarsaales verstehen?

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sehr geehrter Herr Garg, wenn man seinen Goldschatz verkauft, um damit im nächsten Jahr Lehrer und Polizisten zu bezahlen, dann bleibt die Preisfrage: Womit bezahle ich Lehrer und Polizisten in den Jahren 2005 und 2006? So funktioniert es nicht.

(Zurufe)

Aber ich will die CDU an dieser Stelle auch durchaus einmal loben. Das hat sie nach einem Tag wie heute verdient. Die CDU schichtet insgesamt 5 % des Landeshaushaltes um. Das zeigt, dass sie mit 95 % des Landeshaushaltes zufrieden sind. Dafür herzlichen Dank. Das finde ich ausgesprochen gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD -Widerspruch bei der CDU)

Ich möchte gemeinsam mit Ihnen einen Blick in die „tageszeitung“ von gestern werfen. Da wirft jemand einen Blick in den Landeshaushalt und sagt: „Ich weiß gar nicht, wie das gehen soll.“ Wer war das? - Unser fröhlicher Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen. Er scheint in keiner Weise ein Konzept zu haben. Wie kann man sich in dieser schwierigen Haushaltssituation mit dem Satz zitieren lassen: „Ich weiß gar nicht, wie es gehen soll“?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was denn?)

(Monika Heinold)

- Er weiß nicht, wie er den Haushalt sanieren, konsolidieren kann, wie auch immer. Er sieht die Haushaltszahlen und sagt: Das weiß ich auch nicht. - Das finde ich problematisch.

Meine Damen und Herren, da mein Kollege Hentschel eine ausgesprochen gute und lange Rede gehalten hat, werde ich Ihnen meine Ausführungen in Form einer Pressemitteilung zur Kenntnis geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt erneut Herrn Abgeordneten Neugebauer.

(Zurufe)

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch mein Fraktionsvorsitzender hat natürlich eine gute Rede gehalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber er hat mir etwas mehr Zeit übrig gelassen.

Meine Damen und Herren, wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die Opposition, wie wir sie in diesem Parlament kennen lernen müssen, nicht regierungsfähig ist, dann haben wir es nicht nur heute Morgen mit Ihren parteipolitischen Mätzchen erlebt, sondern auch jetzt, wo es konkret um Alternativen zum Regierungsentwurf und zum Entwurf der Koalitionsfraktionen zum Haushalt 2004 und 2005 geht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

- Kollege Ehlers, Sie tragen zu Recht keine Verantwortung für diese Regierungspolitik und dabei soll es auch bleiben.

In ganz Deutschland wird in diesen Tagen über die **Steuerreform** diskutiert. Soll sie vorgezogen werden, soll sie nicht vorgezogen werden? Kollege Hay, wenn ich richtig zugehört habe, hat weder der Kollege Kayenburg noch der Kollege Wiegard - nun ist er nicht im Raum - auch nur ein Wort zu diesem Thema gesagt, das die Menschen und Medien in diesem Lande beschäftigt. Deswegen frage ich Sie - Sie haben ja noch Gelegenheit, das Wort zu ergreifen -: Sind Sie nun für das Vorziehen der Steuerreform oder sind Sie gegen das Vorziehen der Steuerreform?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich denke, Sie können lesen!)

Auch hier sind Sie wie bei anderen politischen Fragen, zu denen ich noch komme, einer konkreten Antwort ausgewichen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind konkret dem Haushalt ausgewichen! Machen Sie sich doch nicht zum Kasper!)

Ich wollte heute eigentlich nichts zur FDP sagen, aber die Kritik, die Dr. Garg zum Doppelhaushalt hier ausgesprochen hat - - Wenn Sie mir nicht zuhören, ist es kein Wunder, wenn Sie mit falschen Zahlen und Argumenten durchs Land ziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heinz Maurus [CDU]: Schallendes Gelächter!)

Ich will wiederholen, dass ich mich mit der FDP heute Abend eigentlich nicht auseinander setzen will, aber was Dr. Garg zum Doppelhaushalt gesagt hat, sollte in diesem Raum nicht stehen bleiben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht da schon! Nämlich im Protokoll!)

Ihre Kritik ist ja nicht neu, aber sie bleibt falsch, Herr Dr. Garg. Wenn Sie sich richtig informiert hätten, würden Sie wie wir wissen, dass zehn von 16 Bundesländern in Deutschland zwischenzeitlich haushalts-technisch mit **Doppelhaushalten** verfahren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und sechs tun es nicht!)

Uns vorzuhalten, das führe zu einer Missachtung parlamentarischer Aufgaben, ist doch grotesk. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Parteifreunden in Bayern!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich habe vor allem Parteifreunde in Baden-Württemberg!)

Die fahren seit mehr als 25 Jahren einen Doppelhaushalt.

(Zurufe)

Kollege Garg, was Sie hier eben zu den bildungspolitischen Alternativen der FDP gesagt haben - wir sollten vielleicht noch ein paar Steuergroschen opfern, um all unseren Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein die Gelegenheit zu geben, am Beispiel Niedersachsen oder Hamburg, wo die FDP regiert, die Bildungspolitik à la FDP kennen zu lernen. Dann brauchen wir uns um Ihren Nichteinzug in den Landtag keine Sorgen mehr zu machen.

(Zurufe)

Der Oppositionsführer Kayenburg hat uns hier in unseriöser Weise vorgehalten, wir hätten zwar

(Günter Neugebauer)

1.000 Kriminalbeamte, aber 13.000 in der **Umweltverwaltung**.

(Martin Kayenburg [CDU]: 1.300!)

Auch wenn Sie sich dabei versprochen haben - was ich Ihnen gern zugestehen will; das passiert auch uns hin und wieder -, ist die Absicht trotzdem verräterisch, Herr Kayenburg. Denn Sie sollten klipp und klar sagen: Warum haben Sie nicht einen Antrag im Rahmen Ihrer Haushaltsanträge gestellt, bei der Umweltverwaltung Planstellen abzuschaffen? Deshalb frage ich Sie - Sie haben ja noch Gelegenheit, darauf zu antworten -: Wollen Sie in der Forstverwaltung Planstellen abschaffen? Wollen Sie in der Abfallwirtschaft Planstellen abschaffen? Wollen Sie beim Immissionsschutz Planstellen abschaffen? Wollen Sie in der Wasserwirtschaft Planstellen abschaffen, in der Umweltbildung oder gar im Naturschutz?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber sich einfach hier hinzustellen, sich aufzuplustern und zu sagen: Wir müssen sparen, aber konkret keine Anträge einzubringen, das ist keine Alternative zu dieser Regierungspolitik.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer seine Argumente auf solche Zahlen baut, Herr Kayenburg, der braucht sich nicht zu wundern, wenn sein ganzes Politikgebäude zusammenbricht.

(Konrad Nabel [SPD]: Es sei den, es ist aus Beton, Herr Kollege!)

- Sie sagen es, Kollege Nabel. Sie wissen mit mir, dass die Anträge der CDU pauschal und abstrakt bleiben, wo sie konkret werden müssten, wie zum Beispiel bei den Personalausgaben. Vieles, was mit Zukunft, Image, Natur, Umwelt, Sozialem und Frauen zu tun hat, soll nach Ihren Vorstellungen gestrichen werden. Merkwürdigerweise werden Sie genau bei diesen Themen sehr konkret. Gefährlich werden Sie allerdings, wenn Sie Einsparungen selbst bei der Überwachung der Radioaktivität in Schleswig-Holstein vorschlagen.

Über die Definition des Begriffs Kurzfristigkeit ist schon einiges gesagt worden. Nun wissen wir: Kurzfristigkeit à la CDU heißt zehn Jahre. Darauf stellen wir uns ein. Deswegen kann ich sofort zum nächsten Punkt übergehen.

Das betrifft die Ausführungen Ihres Landesvorsitzenden, wie ich sie vor wenigen Tagen im „Pinneberger Tageblatt“ gelesen habe. Er sagt: Wir werden den Schwerpunkt der Landespolitik auf das Hamburger

Umland legen. Nun frage ich Sie: Wo ist die **konkrete Umsetzung** dieser **politischen Absicht** im Rahmen Ihrer Haushaltsanträge? Ich frage lieber die Kolleginnen und Kollegen der CDU aus den nördlichen Landesteilen - dort wohne ich auch -: Was sagen Sie zu solch einem Ansinnen Ihres Landesvorsitzenden?

(Ursula Kähler [SPD]: Immer fröhlich, schaut aus wie ein Nikolaus!)

Sie von der CDU schweigen sich auch aus, wenn es um Versprechungen geht, Aufgabenreduzierungen konkret zu benennen. Ich habe Sie gebeten, bei der Umweltverwaltung konkret zu werden. Aber sagen Sie uns bitte: Wo konkret wollen Sie Aufgaben abschaffen? In welchem Ministerium wollen Sie welche Planstelle streichen? Es ist fair, wenn die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein wissen, womit konkret sie mit der politischen Umsetzung für den hoffentlich nicht eintretenden Fall, dass Sie die Regierungsverantwortung übernehmen, rechnen müssen. Es wäre fair, wenn Sie das vor der Wahl sagten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Werner Kalinka [CDU]: Lies doch wenigstens die Anträge!)

Alles andere wäre Wählertäuschung. Sagen Sie uns auch, wo im Rahmen Ihres Antragspakets das zu finden ist, was Sie noch vor vier Wochen hier im Landtag vollmundig behauptet haben. Die Vertreter Ihrer Partei haben von dieser Stelle aus gesagt: Wir machen die Kürzung beim Weihnachtsgeld und beim Urlaubsgeld rückgängig. Wo ist Ihr ganz konkreter Haushaltsvorschlag im Rahmen Ihrer Anträge, die mit Mehrheit beschlossene Maßnahme des Landtages rückgängig zu machen? Heiße Luft auch auf diesem Gebiet.

Kollege Hentschel hat schon viel zur **Gegenfinanzierung** und deren Unseriosität gesagt. Ich kann es mir aus Gründen der Zeitökonomie ersparen, darauf noch einzugehen. Aber ein Beispiel will ich doch nennen. Es ist merkwürdig, dass Sie ständig beklagen, wir kämen beim Straßenbau nicht voran. Insbesondere die A 20 liege Ihnen am Herzen. Sehen Sie sich Ihre Rendsburger Beschlüsse von vor 14 Tagen an. Danach wollen Sie ganz Schleswig-Holstein mit neuen Straßen überziehen. Aber was stellt man fest, wenn man in Ihre Haushaltsanträge hineinschaut? Sie streichen Personal und Aufwendungen für Werkverträge im Straßenbau. Ich frage mich: Wer hat Ihre Haushaltsanträge geschrieben?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Uwe Eichelberg [CDU]: Das habt Ihr selber gemacht!)

(Günter Neugebauer)

Ihre Anträge - verzeihen Sie mir dieses Resümee - sind einer Opposition eigentlich nicht würdig.

(Lachen bei der CDU)

Ich hatte bei vielem, was der Oppositionsführer Kayenburg gesagt hat, den Eindruck, er hat keinen Blick in den Haushaltsplan der Regierung und der Koalitionsfraktionen geworfen.

(Heinz Maurus [CDU]: Diesen Eindruck haben wir bei Ihrer Rede auch!)

Wer jedoch nicht oppositionsfähig ist, ist auch nicht regierungsfähig.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es anders zu sagen: Wer eine solch unseriöse Finanzierung von Haushaltsanträgen vorlegt, wie wir sie gehört haben,

(Heinz Maurus [CDU]: Wer einen solchen Haushalt vorlegt!)

der ist sich ziemlich sicher, dass er das 2005 auch nicht einlösen muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer erfahren möchte, wie es aussehen könnte, wenn die CDU - wir wollen es nicht hoffen - ab 2005 die Regierungsverantwortung übernimmt, der braucht nur zu schauen, wie es in Niedersachsen, in Hamburg oder in Hessen aussieht, wo Sie nach dem Regierungswechsel alle Ihre Versprechungen zurückgenommen haben. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen. Ich will nur einige Überschriften aus Zeitungen vorlesen. Wiesbaden: Die Regierung will schon bald über das Aus für Behördenstandorte informieren. Niedersachsen verzichtet auf 320 Lehrer. Wiesbaden: Für weniger Geld mehr arbeiten; Kochs Vorgaben für Lehrer lassen auch Eltern und Schüler protestieren. Breiter Protest gegen Koch in Wiesbaden. Das Motto Tausender von Demonstranten lautet: Stoppt den hessischen Kahlschlag. Oder in der „Welt“: Niedersachsen vergrößert Klassen. Im „Handelsblatt“ hieß es: Bayern plant für Beamte die 42-Stunden-Woche. Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt: Land greift den Hochschulen in die Tasche. Das alles waren keine Nachrichten aus Schleswig-Holstein, sondern das waren Nachrichten aus den Ländern, in denen es in den letzten Jahren zum Regierungswechsel gekommen ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: In Bayern?)

Ich fürchte, auch Sie müssten im Falle eines **Regierungswechsels** all Ihre vollmundigen **Versprechungen** wieder einsammeln. Gemessen an der Politik in

diesen Ländern kann ich sagen: In Schleswig-Holstein muss keiner auf die Straße gehen in Sachen Hochschulfinanzierung, keiner in Sachen Kindergärten oder Kindertagesstättenversorgung. Wir werden die Zahl der Lehrer erhöhen. Wir betreiben in der Förderpolitik keinen Kahlschlag à la Hessen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: Wir befinden uns - das kann niemand beschönigen - in einer finanzpolitisch schwierigen Lage. Wir werden nicht mehr alle Zuschüsse an jene zahlen können, die es eigentlich verdienten. Denn sie haben gute Arbeit gemacht.

(Ursula Kähler [SPD]: Aber für „ZIP“ zahlen wir!)

Wir kommen auch nicht umhin, bei der **Verwaltungsbehördenstrukturreform** Behörden zusammenzulegen. Aber jeder von den Beschäftigten soll wissen: Im Gegensatz zur privaten Wirtschaft wird niemand entlassen werden. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wäre schlimm!)

Wir werden dafür sorgen, dass es ab nächstem Jahr wieder Wachstumsimpulse gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu wird, Kollegin Kähler, unser „ZIP“, das **Zukunftsinvestitionsprogramm**, beitragen. Wir werden dafür sorgen, dass die Bildung auf einem hohen Niveau garantiert wird und die Unterrichtsversorgung verbessert wird. Wir werden Arbeitsplätze sichern und die innere Sicherheit durchsetzen.

Unsere Maßnahmen für 2004 - dessen bin ich ziemlich sicher - werden geeignet sein, wieder **wirtschaftliches Wachstum** zu erreichen, und damit die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beenden,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

das wir heute leider erklären müssen. Deswegen, Kollege Garg, entscheiden nicht Sie darüber, ob der Haushalt verfassungsgemäß ist. Er ist verfassungsgemäß, weil wir die entsprechenden Maßnahmen zur Überwindung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts ergreifen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Es liegen eine Reihe von Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin hat die Ministerpräsidentin an die Adresse der Opposition die Aufforderung gerichtet, wir sollten fähig sein, das Erstaunen über Leistungen derjenigen zu äußern, die nicht unserer Partei, der CDU, angehören. Ich will nicht anstehen, dieses Erstaunen zu äußern. Ich finde es erstaunlich, dass eine Ministerpräsidentin eine Erklärung zum Haushalt des Landes Schleswig-Holstein abgibt, indem sie selber das wirtschaftliche Ungleichgewicht im Lande Schleswig-Holstein darstellt und zu dieser Situation kein Wort verliert. Das finde ich erstaunlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich finde es erstaunlich, dass es die Opposition gewesen ist, die CDU und die FDP, die wiederholt Anträge auf Erhöhung der **Werftenhilfe** gestellt hat, weil wir den Werften als Hochtechnologiestandorten im Lande Schleswig-Holstein eine große Bedeutung beimessen. Es war diese Landesregierung von Rot-Grün, die gesagt hat, diese Erhöhung der Werftenhilfe trage sie nicht mit. Dies dann gegen die Opposition zu wenden, finde ich allerdings erstaunlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Frau Ministerpräsidentin hat sich auch Zeit genommen, Kollegen der CDU aus anderen Ländern zu loben. Ich teile ihr Lob im Hinblick auf Ole von Beust, ich teile ihr Lob im Hinblick auf Ministerpräsident Wulff aus Niedersachsen und auch im Hinblick auf unseren Freund Peter Müller aus dem Saarland. Insoweit besteht völlige Einigkeit. Ich will aber durchaus auch sagen: Ich finde es schon gut - das Grünkohlessen beim Unternehmerverband wurde angesprochen -, dass ein Mann wie Peer Steinbrück, der jetzige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, sagt, das Land habe in diesem Jahr 1,2 Milliarden zusätzliche Schulden aufnehmen müssen. Das hat er ganz ehrlich dargestellt. Der Nachtragshaushalt in Schleswig-Holstein beläuft sich auf 650 Millionen €, also auf die Hälfte der von Nordrhein-Westfalen für dieses Jahr zusätzlich aufgenommenen Schulden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das Problem ist nur, Frau Kähler: Schleswig-Holstein hat 2,8 Millionen Einwohner, Nordrhein-Westfalen

hat 18 Millionen Einwohner. Das beschreibt die Dimension der Situation.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nimmt man die Entwicklung bei den Arbeitslosen: Sie ist dramatisch in Schleswig-Holstein. Nimmt man die Insolvenzen: Die Situation ist dramatisch in Schleswig-Holstein. Nimmt man die Neuverschuldung: Sie ist dramatisch in Schleswig-Holstein. Zusammengefasst in einem Bild aus dem Sport: Willst du unter Rot-Grün Schleswig-Holstein oben seh'n, musst du die Tabelle dreh'n. Das ist die Konsequenz Ihrer Politik. Die machen wir nicht mit!

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Erlauben Sie mir zum Schluss einen letzten Satz. Vorhin ist - auch von der Frau Ministerpräsidentin - zu Recht gesagt worden: Das Königsrecht des Landtags ist das Haushaltsrecht. Wir spielen zurzeit, was ich gut finde, angeführt durch Schleswig-Holstein und auch durch den Herrn Präsidenten, eine Vorreiterrolle in Sachen Stärkung der Länder, in Sachen Föderalismus. Ich finde es schade, dass in dieser Situation, in der wir beim Haushalt die größten Probleme in der Geschichte Schleswig-Holsteins haben, die Regierungskoalition von Rot-Grün das Königsrecht des Parlaments dadurch abschwächt, dass sie sich in einen Doppelhaushalt flüchtet, anstatt sich auch im nächsten Jahr der Verantwortung vor diesem Parlament zu stellen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP - Ursula Kähler [SPD]: Wir wollten über den Haushalt diskutieren, ihr wolltet eine Geschäftsordnungsdebatte!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Greve.

**Uwe Greve [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte schwang der Vorwurf mit, wir als Union würden das Land schlechtreden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD)

(Uwe Greve)

Ich möchte noch einmal betonen: Unser Land Schleswig-Holstein ist ein herrliches, lebenswertes und liebenwertes Land. Aber es verdient nicht die Regierung von Rot-Grün. Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Jede Verbesserung unserer Finanzsituation setzt Wirtschaftswachstum voraus. Ich möchte an ganz wenigen Beispielen erläutern, welche Impulse wir ohne viel Geld setzen können, um wieder Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dazu müssen insbesondere die **Rahmenbedingungen** für die **wirtschaftliche Entwicklung** verbessert werden. Ich nenne einige wenige Punkte.

Die wirtschaftlichen Studiengänge sind viel stärker als bisher auf zukünftige Selbstständigkeit auszurichten. Noch immer sind erfolgreiche Unternehmer als absolute Ausnahme als Hochschullehrer in Kiel oder anderen Städten tätig. Die Hochschulen müssen sich stärker als bisher auf die zukünftigen Berufsbilder ausrichten.

(Zurufe von der SPD)

- Es geschieht aber leider nicht. Sie tun es doch nicht! Sie reden doch nur!

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Selbstverständlich tun wir es!)

Will ein Ingenieur zum Beispiel Spezialist werden, so muss er eine ganz intensive Ausbildung in seinem Fach erhalten, und will er in den managementorientierten Ingenieurbereich gehen, dann muss er eben kulturelle und geistige Hintergründe besser lernen. Das geschieht zu wenig. Die Kluft zwischen Erfindern und produzierenden Unternehmern ist nach wie vor viel zu groß. Trotz aller Technologiebörsen sind die Erfinder in dem Gestrüpp von Bürokratie oft hilflos. Ich kann das aus eigener Erfahrung als Innovationsberater an vielen Beispielen belegen, die ich jetzt leider nicht nennen kann.

Die Erfinder müssen besser geschützt werden. Das Anmeldeprozedere muss entscheidend entschlackt werden. Es muss auch für den Außenseitertüftler bezahlbar sein. Im Erfolgsfall muss der Erfinder steuerlich bevorzugt behandelt werden. Dies sind alles Dinge, die neue Impulse für die Wirtschaft bringen können.

Die geistigen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für neue Technologien müssen so gestaltet werden, dass die Innovationsfeindlichkeit zunehmend durch Innovationswillen und Innovationsfreundlichkeit ersetzt wird. Auch das ist ein Prozess. Ich nenne nur das Stichwort Transrapid, könnte aber Dutzende von

Beispielen danebenstellen, bei denen Innovation von unserer Regierung einfach zu wenig gefördert wird.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Wir brauchen mehr privates und auch staatliches Chancenkapi tal. Ich betone dieses Wort. Immer wieder reden wir von Risikokapi tal. Das ist schon von der Einstellung her ein falscher Begriff. Wer in der Förderung irgendeiner politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder auch industriellen Idee keine Chance, sonder ein Risiko sieht, der wird von vornherein keinen Erfolg haben können. Deswegen müssen wir die Begriffe auf diesem Feld richtig stellen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Uwe Greve [CDU]:**

Ich bin gleich fertig. - Wir müssen nicht zuletzt auch den Begriff der Elite endlich wieder positiv besetzen. Denn ohne Eliten wird es keine positive wirtschaftliche und damit keine positive finanzielle Entwicklung unseres Landes geben.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Eisenberg.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Mich wundert es immer, wenn Rot-Grün die eigene Bildungspolitik lobt. Ich frage mich dann, ob die Regierungsfractionen möglicherweise an Wahrnehmungsstörungen leiden oder wann Sie wohl das letzte Mal im Bereich der Schule tätig gewesen sind.

Meine Damen und Herren, ich will Sie auf etwas hinweisen. Manchmal ist es ganz sinnvoll, sich ein paar Zahlen anzuhören. Die Ausgangslage sieht wie folgt aus: Wir alle hier haben vor eineinhalb Jahren gesagt, die **Grundschule** sei die Basis dessen, was wir im Bildungssystem wollten. In der Grundschule wird Unterricht nur noch zu 90,4 % gegeben. In der Hauptschule wird der Unterricht nur noch zu 86,8 % gegeben. 14 % Unterricht werden also grundsätzlich schon nicht gegeben. Hinzu kommen die berühmten 5,2 % Unterrichtsausfall, die jetzt auf Veranlassung von Frau Simonis über die Initiative „Jede Stunde zählt“ behoben werden soll. Es bleibt aber die **Fehl-**

(Sylvia Eisenberg)

**versorgung** in dem Grundbereich. An sie müssen wir herangehen. Diese Fehlversorgung im Grundbereich ist wesentlich größer als der Unterrichtsausfall über Krankheit oder Sonstiges. Das ist unser Problem.

Frau Simonis, wir haben sehr wohl gesagt, wie wir möglicherweise an die Lehrerstellen kommen. Wir als CDU sind pragmatisch vorgegangen. Wir sind so vorgegangen, wie Sie, Frau Simonis, bei der Initiative „Jede Stunde zählt“ vorgegangen sind. Sie haben sich nämlich den Bericht des Landesrechnungshofs vorgenommen und gefragt: Was sagt der Landesrechnungshof? Wie kann ich möglicherweise zu einer **Verringerung** des **Unterrichtsausfalls** kommen? Wir sind ähnlich wie Sie vorgegangen und haben gefragt: Wie kommen wir zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung? Wie kommen wir dazu, die Grundversorgung wirklich zu verbessern und zu erhöhen?

Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn - wie der Landesrechnungshof vorgeschlagen hat - Oberstufen von Gesamtschulen, die weniger als die Mindestschülerzahl aufweisen, um überhaupt eine Wahlfreiheit garantieren zu können, den entsprechenden Gymnasien angegliedert werden.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Nein, ich gestatte keine. - Ich habe nur drei Minuten. Außerdem bin ich gleich am Ende meiner Rede.

Das ist für uns der Ansatz, aus dem wir pragmatisch sagen: Wir können nicht alle Stellen, die wir unbedingt haben müssen, neu schaffen. Wir brauchen im Grundschulbereich 250 Stellen. Wir brauchen im Hauptschulbereich 250 Stellen. Wir brauchen für Ganztagschulen mindestens 150 Stellen. Wir brauchen mindestens 100 Stellen für berufliche Schulen. Ich kann Ihnen das aufzählen. - Wir brauchen insgesamt 1.000 Stellen. Das ist berechnet. Wenn Sie sagen, wir bräuchten diese nicht, leiden Sie an einer Wahrnehmungsstörung. Sie wissen wie wir, dass diese Lehrerinnen und Lehrer nicht auf dem Markt sind, weil diese Landesregierung es versäumt hat, rechtzeitig für Nachwuchs zu sorgen.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Aber natürlich! Seit eineinhalb Jahren,

(Glocke der Präsidentin)

meine Kollegen von der linken Seite, seit zwei Jahren sitzen wir hier und sagen: Wir brauchen Nachwuchs im Berufsschulbereich.

(Glocke der Präsidentin)

- Ja, ich komme zum Ende.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, Entschuldigung. Wenn die Glocke klingelt, bitte ich um einen Moment Unterbrechung. - Ich bitte Sie jetzt, zum Schluss zu kommen und Ihren letzten Satz zu formulieren.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

So ist es. - Wir brauchen Nachwuchs im Grund- und Hauptschulbereich und im Berufsschulbereich. Sie haben das ständig geleugnet. Jetzt stehen wir da und haben diese Lehrer bei weitem nicht. Auf diese Art und Weise könnten wir einen Teil der von uns geforderten 1.000 Lehrer durchaus erwirtschaften. Ich stehe auch hinter dieser Forderung in dem Rahmen, den ich genannt habe. Das ist ein pragmatischer Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich weise noch einmal daraufhin, dass die Glocke des Präsidenten oder der Präsidentin keine Hintergrundmusik ist. Ich bitte doch sehr um etwas mehr Disziplin.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Theater, das wir heute hier in diesem hohen Haus erlebt haben - das ging heute Morgen schon los -, bleibt im Prinzip nur, ein Fazit zu ziehen: Lieber 20 Jahre und mehr eine Ministerpräsidentin Heide Simonis als auch nur einen Tag Harry-Peter Carstensen und diese Truppe, die wir heute hier erlebt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU)



**(Bernd Schröder)**

Wir erleben in Berlin eine Diskussion um die größten Reformen der Nachkriegsgeschichte.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kollege, manchmal sind Sie nicht hier, wenn es um Autobahnprojekte geht. Darum sollten Sie sich in Ihrem Wahlkreis auch einmal kümmern.

Wir erleben in Berlin große Reformprojekte. Wir sehen die Rollen, die dort alle spielen. Wir erleben, wie alle um eine Lösung ringen. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn sich Vertreter der Opposition hier hinstellen und diesen Anstrengungen der Regierung, der Mehrheitsfraktion in diesem Land, die Wirkung absprechen, die wir zum Beispiel bei „ZIP“, aber auch beim Regionalprogramm anstreben und sehen.

(Zurufe von der CDU)

Die Fachleute - sie alle wissen das; darüber reden wir auf Bundesebene - fordern, eine größere Neuverschuldung einzugehen, um die Konjunktur anzukurbeln. Das tun wir sogar.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Wenn wir trotz schwieriger Bedingungen 100 Millionen € in das Zukunftsinvestitionsprogramm packen und erwarten, dass bis zu 800 Millionen € an Auftragsvolumen in die Wirtschaft fließt, und zwar bei einer Auftragslage, die Arbeitsplätze sichert, die neue Arbeitsplätze schafft und die ein Stück Hoffnung in dieses Land bringt, dann ist das eine politische Aussage in diesem Haus und die Grundlage für dieses Programm.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie sich das Regionalprogramm mit seinen Veränderungen, mit dem Schwerpunkt im Tourismus, mit weiteren 130 Millionen € und mit über 200 Infrastrukturmaßnahmen angucken, stellen Sie fest, das auch dies ein Stück Zukunft und ein Stück Hoffnung ist. Das ist die Basis für eine erfolgreiche Politik in diesem Land. Davon lassen wir uns nichts wegreden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 - -

(Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki [FDP] begibt sich zum Rednerpult)

- Nein, Entschuldigung! Es geht nicht nach Schönheit. Es geht nach der Reihenfolge der Rednermeldungen.

(Heiterkeit und Beifall - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das lässt ja tief blicken! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich bedanke mich herzlich!)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Sassen.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe schon immer gehaut, dass Herr Kubicki einem in jedem Punkt den Rang abläuft, auch in Sachen Schönheit.

(Heiterkeit - Ursula Kähler [SPD]: Wenn es danach ginge, käme er nie dran!)

Ich möchte die GruWAG nicht so sang- und klanglos verschwinden lassen. Da haben Sie kein Meisterstück vollbracht. Der Landesregierung steht das Wasser bis zum Hals, sodass sie die **Grundwasserentnahmeabgabe** schamlos um 120 % erhöht.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Unglaublich!)

Bisher hat das Umweltministerium - wie bei der Einführung solcher Abgaben üblich - ihre Notwendigkeit stets mit der Zweckbindung als Lenkungsabgabe begründet, wodurch die Abgabe im Umwelthaushalt verblieb. Jetzt wird bei der GruWAG die Zweckbindung aufgeweicht. Künftig sollen 25 % der Abgabe dem Finanzminister für den maroden Landeshaushalt zur Verfügung stehen und dort versickern dürfen.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Dies würde für 2004 eine Summe von rund 2,9 Millionen € und in 2005 6 Millionen € ausmachen. Sehr geehrte Damen und Herren des Kabinetts, mit 6 Millionen € kann man gerade einmal für 60 Stunden die Zinsen für diesen verschuldeten Landeshaushalt aufbringen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist wahrlich ein schlechter Tausch für die Aufhebung der Zweckbindung bei der GruWAG.

Im Übrigen wird der Beliebigkeit weiterer Erhöhungen - je nach Kassenlage - Tür und Tor geöffnet. Bedenklich ist auch der Weg, den Sie hier beschritten haben. Das Grundwasserentnahmegesetz wird über das Haushaltsgesetz im wesentlichen Punkten ausgehebelt, ohne dass Stellungnahmen der Betroffenen einfließen können.

Noch vor vier Wochen beabsichtigten Sie, die gewerbliche Wirtschaft über Gebühr zu belasten, da

(Ursula Sassen)

auch diese Wasser von der öffentlichen Hand bezieht. Sie haben offensichtlich erst verursacht durch unsere Kritik und unseren Antrag, die GruWAG nicht zu erhöhen, nachgedacht. Sie haben erneut in Ihre Trickkiste gegriffen und statt der vorher angedachten 50 % **Aufweichung** der **Zweckbindung**, bezogen auf die Hälfte des Erhöhungsbetrages, jetzt eine 25-prozentige Aufweichung, bezogen auf das gesamte Aufkommen, vorgeschlagen. Sie können sich gar nicht vorstellen, welchen Bürokratismus Sie dadurch erzeugen.

(Zuruf von der CDU: Das ist immer noch zu viel!)

Wissen Sie eigentlich, was Sie da mit heißer Nadel gestrickt haben? Wenn Sie als Gewerbebetriebe solche definieren, die gewerbesteuerpflichtig sind, werden mit der erhöhten Abgabe auch Einrichtungen und Betriebe aus dem sozialen Bereich belastet.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Auf langatmige Begründungen und Wohltaten möchte ich nur kurz eingehen. Das Sie den Standortvorteil eines günstigen Wasserpreises für sich selbst nutzen und nicht weitergeben und dafür den Bürgerinnen und Bürgern auch noch in die Tasche greifen, ist schier unverschämt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Sicherung der Wasserqualität, der Kontinuität bei Fördermaßnahmen und einer zusätzlichen Neuwaldbildung lassen sich mit den bisherigen Abgabesätzen bei Aufrechterhaltung der 100-prozentigen Zweckbindung ermöglichen.

Ich kommen zum Schluss, Frau Präsidentin. - Ihr Problem liegt darin, dass Sie nicht wirtschaften können und daher ständig nach neuen Abgaben oder Erhöhungen schielen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: So ist es!)

Die CDU fordert: Schluss damit, keine Erhöhung der GruWAG und Beibehaltung der Zweckbindung!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Jacobs das Wort.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU macht es sich hier wirklich sehr einfach. Sie sagt: Wir machen keine Erhöhung der Grundwasser-

entnahmeabgabe. Dann freuen sich die Wasserversorger.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Die haben doch gar nichts davon! - Ursula Sassen [CDU]: Die haben doch nichts davon!)

Dann freut sich die Bevölkerung.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Es ist unglaublich, was Sie hier quatschen!)

Es trägt aber in keiner Weise zur Problemlösung in diesem Land bei.

Ich erinnere daran, wie Sie sich bei der Oberflächenwasserabgabe verhalten haben. Auch dagegen haben Sie vehement votiert. Diese Einnahme bringt heute über 40 Millionen € ein. Der Kollege Hentschel hat das noch einmal deutlich genannt. Ich stelle heute häufiger fest, dass einige CDU-Abgeordnete sich sogar um die Einnahmen aus dieser **OWAG** Sorgen machen, denn sie fragen nach, wie lange ein bestimmtes Kernkraftwerk noch stillliegen soll, denn solange würden ja die Einnahmen aus der OWAG fehlen. Das habe ich bei einer Anfrage hier erleben können.

(Beifall bei der SPD)

Die **Umweltabgaben** wurden hier im Landtag schon des öfteren von der CDU bekämpft, obwohl diese auch in anderen CDU-regierten Ländern durchaus üblich sind. Sie haben hier im Lande auch ihre Lenkungswirkung. Wir haben mit diesen Einnahmen viel bewirken können. Während bei dieser jetzt vorgesehenen Erhöhung der **GruWAG** 50 % zur allgemeinen Haushaltsverbesserung beitragen sollen, sollen die restlichen Mittel für Maßnahmen eingesetzt werden, die das Grundwasser entsprechend verbessern.

(Ursula Sassen [CDU]: 25 %! Das ist falsch!)

- Das ist richtig! Es sollen Flächen gesichert werden, die durch Neuwaldbildung den Grundwasserschutz begünstigen. Es sollen durch die Neuorientierung der Landwirtschaft und die so genannte Modulation für den Schutz des Grundwassers Chancen genutzt werden. Auch sollen die Grundwasservorkommen zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie genutzt werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

In den letzten fünf Jahren lag die Neuwaldbildungsrate aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen sehr niedrig. Die Reduzierung der Mittel für Neuwaldbildung wurde in der Vergangenheit heftig kritisiert. Es wurde von allen Seiten, auch von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der Opposition, eine

(Helmut Jacobs)

Öffnung des Maßnahmenkatalogs der GruWAG gefordert. Dieser Öffnung ist das Kabinett mit dem Umweltminister nachgekommen. Es wurde der Vorschlag eingebracht, die Grundwasserabgabe im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes der Haushalte 2004/2005 zu erhöhen. Das spätere Grundwasserabgabegesetz soll dann im Katalog der Maßnahmen, die dem Grundwasserschutz dienen, um die Ziffer „Maßnahmen zur Neuwaldbildung und des Waldumbaus, die dem Schutz des Grundwassers und der Verbesserung des Wasserhaushaltes dienen“, ergänzt werden.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Sassen?

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Ja.

**Ursula Sassen [CDU]:** Sie nannten vorhin 50 %. War das ein Versprecher? Es sind meines Wissens nach nur 25 % der gesamten Abgabe, die in den Haushalt gehen. Sind es jetzt wieder 50 %?

- Ich weiß nicht, wie Sie die Nachschiebeliste gelesen haben. Es gibt einerseits die vorgesehene Erhöhung. Dort ist das Verhältnis 50:50. Dann heißt es: Mehreinnahmen, also Einnahmen, die über den Ansatz hinausgehen, der in dem Haushalt steht, werden nur noch zu 25 % in den Haushalt eingehen. Die restlichen 75 % sind für Umweltprojekte.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich denke, in Anbetracht der Tatsachen, dass der Bürger durch diese Abgabe lediglich mit 2,70 € im Jahr belastet wird, dass Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich auch weiterhin den zweitniedrigsten Wasserpreis hat, dass dagegen dem Landeshaushalt erheblich geholfen und die Neuwaldbildung wieder möglich wird, kann auf eine Erhöhung der GruWAG nicht verzichtet werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine der wenigen Einnahmeverbesserungen, die im Haushalt enthalten sind, ist die Erhöhung der **Grundwasserentnahmeabgabe**. Sie ist - wie jede Abgabe - umstritten. Dennoch trägt sie dazu bei, dass politische Ziele, die wir gemeinsam tragen, in diesem Land verwirklicht werden können.

Frau Sassen hat Recht. 75 % der Abgabe werden für Maßnahmen des Gewässerschutzes und des Naturschutzes ausgegeben. Das heißt, mehrere Millionen Euro fließen in einen Bereich, von dem wir alle sagen, dass dies ein wichtiger Bereich schleswig-holsteinischer Politik ist. Auch dies gilt es festzuhalten: Die Maßnahmen, die wir damit finanzieren, wären anderweitig nicht finanzierbar. Wie schlecht es unserem Land finanziell geht, durften wir heute mehrmals hören.

CDU und FDP mahnen mit **virtuellen Sparvorschlägen** eine sparsame Haushaltsführung an, obwohl sie wissen, dass sie die strukturellen Finanzprobleme des Landes auch nicht besser lösen können als andere. Da schmeißt man schnell einmal 2.000 Bedienstete raus und sagt aber nicht wo, denn das würde im Land einen kollektiven Aufschrei geben. Diesem Stress will man sich natürlich nicht aussetzen. Ganz abgesehen davon, dass solche Vorschläge unseriös sind, zeigen sie, dass das Sparpotenzial nicht so groß ist wie in der virtuellen Welt von CDU und FDP.

Anstehende zusätzliche Aufgaben können so nicht gelöst werden. Sie sollen aber gelöst werden; darin sind wir uns alle einig. Also bleibt nur die Einnahmeverbesserung. Das geht nur über Steuern oder Abgaben. Anders geht es nicht, denn das Geld fällt eben nicht vom Himmel. Das gibt es nur in virtuellen Welten. Wir aber leben in der Realität.

Herr Kollege Kubicki, die Grundwasserentnahmeabgabe ist eine Abgabe, die dazu taugt, anstehende Aufgaben zu lösen. Ich zitiere aus dem Geschäftsbericht der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Das ist eine Organisation, die man nicht als „Vorfeldorganisation“ der Landesregierung bezeichnen kann. Dort steht:

„Seit Sommer 2003 wird im Schleswig-Holsteinischen Landtag heftig über eine Erhöhung der Grundwasserabgabe diskutiert.“

(Lars Harms)

Verbunden mit dieser Abgabenerhöhung wäre auch die Änderung des Abgabenzwecks zugunsten der Forstwirtschaft. Sollte der Landtag diesen Entschluss so fassen, wäre die forstliche Förderung auf dem alten Niveau auch in den nächsten Jahren fortführbar.“

Dafür ist man in der Landwirtschaftskammer sehr dankbar, denn dabei kommen auch noch **Komplementärförderungen** in Millionenhöhe heraus. Das bedeutet auch, dass diese Abgabe gar nicht so umstritten ist, wie man immer meint. Vielmehr sagt auch eine durchaus konservative Klientel Ja zu dieser Abgabe.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon von Komplementärfinanzierungen in Millionenhöhe reden, dann muss man sagen, dass Ähnliches auch für andere Bereiche - nicht nur für die Forstwirtschaft, sondern für alle betroffenen Bereiche in der Zweckbindung - gilt. Das ist auch in Ordnung so. Gerade wenn wir an die kommenden Ausgaben im Rahmen des Naturschutzes denken, die noch auf uns zukommen werden, werden wir für jeden Euro dankbar sein, den wir einsetzen können, um so einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile von Umweltschutzmaßnahmen bereitstellen zu können.

Nach diesen Ausgleichen rufen alle, egal welcher Partei sie angehören. Also muss man diese Summen auch irgendwie bereitstellen. Das geht eben nicht virtuell, sondern nur durch eine entsprechende Erhebung von Abgaben.

Die Frage, die sich wirklich in Bezug auf eine Abgabenerhöhung stellt, ist, ob diese **sozial gerechtfertigt** ist. Die Belastung von privaten Haushalten durch die Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe beläuft sich im Durchschnitt auf 2,70 € pro Kopf. Ich finde, das ist tragbar. Keine Abgabenerhöhung ist beliebt. Sie ist aber manchmal unvermeidbar, um zusätzliche Aufgaben bewältigen zu können. Den Kopf in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass die Aufgaben irgendwann ohne unser Zutun erledigt sein werden, bringt unser Land nicht weiter. Deswegen kommen wir an einer Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe nicht vorbei. Diese Haushaltsverbesserung ist unvermeidlich, um die zukünftigen Aufgaben lösen zu können. Deshalb ist der CDU-Antrag auch zukunftsfeindlich. Zukunftsfeindliche Aktionen werden wir vom SSW nicht unterstützen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein Neid für die wundervollen einfühlsamen Worte der Präsidentin! Ich möchte angesichts der Tatsache, dass Sozialdemokraten dieses Hauses eine neue Debatte eingefordert haben, nicht hintanstellen, einen Beitrag dazu zu leisten. Auch die Ministerpräsidentin hat dies getan. Frau Ministerpräsidentin, selbstverständlich gibt es auch gute Sozialdemokraten. Es gibt auch in bestimmten Politikbereichen Übereinstimmung. Ich will betonen: Im Bereich der Innen- und Rechtspolitik ist vieles von dem, was Herr Innenminister Buß oder Frau Ministerin Lütkes machen, sehr nah bei dem, was wir an politischen Vorstellungen haben. Das müssen wir auch nicht verschweigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, auch für einen guten Mann. Er ist wahrscheinlich auch kein schlechter Ministerpräsident. Ich will jetzt nicht formulieren, dass es Schleswig-Holstein möglicherweise nicht ganz so schlecht ginge wie gegenwärtig, wenn er seit 1996 bei uns Ministerpräsident gewesen wäre, weil er bestimmte Vorstellungen hatte, die sich hier im Lande nach seinen Überzeugungen nicht durchsetzen ließen. Ich kann nur sagen: Das ist kein schlechter Mann.

Ich will auf etwas eingehen, das ich - insbesondere von den Grünen - immer wieder bei Debatten erlebe. Wir diskutieren über Föderalismus und über Unterschiedlichkeiten der Bundesländer und darüber, dass wir verschiedene Bundesländer haben. Insbesondere die Grünen treten dann auf und erklären, wie etwas woanders ist und was beispielsweise Parteifreunde von mir oder Herrn Kayenburg woanders machen. Wenn wir das einführen wollen, dann können wir das machen. Herr Kollege Hentschel, ich habe von Ihnen zu einem nichts gehört. Es hätte mich sehr interessiert, was Sie dazu sagen, dass ausgerechnet Ihre Parteifreunde ein Plutoniumwerk nach China exportieren wollen oder die Kernkraft in Finnland weiter ausbauen wollen.

(Beifall bei der FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Dazu hätte ich gern etwas von Ihnen gehört, weil das die Glaubwürdigkeit Ihrer Politik untermauert hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Konrad Nabel, der Zwischenruf ist so blöd.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Das nützt ja nichts. Man kann sich hier nicht hinstellen - ich weiß gar nicht, woher Herr Kollege Neugebauer das hat - und sagen, die Opposition habe keine Alternativen, um dann zu sagen, die Alternativen, die sie aufgezeigt hätte, seien alle schlecht. Entweder haben wir keine oder sie sind schlecht.

(Beifall bei der FDP)

Man kann ja der Auffassung zuneigen, dass sie schlecht sind, aber dann ist die Behauptung, man habe keine Alternativen, irgendwie komisch.

Wir haben - zumindest jedenfalls wir, die FDP - versucht, nachvollziehbare Finanzierungsalternativen darzustellen. Dann aber zu sagen, dass sei alles unseriös, Herr Kollege Hentschel und Herr Kollege Neugebauer, das haut dem Fass nun wirklich den Boden aus. Das Unseriöseste, das wir erlebt haben, ist die Vorlage des Doppelhaushaltes für die Jahre 2004/2005.

(Beifall bei FDP und CDU)

1,2 Milliarden € Finanzierungsrisiken, globale Minderausgaben von über 100 Millionen € - dann hätten wir es uns leicht machen können und einfach sagen können: Wir verdoppeln die globale Minderausgabe und machen auf diese Art und Weise die gleich Finanzierung, die die Regierung gemacht hat.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass man uns vorwirft, wir würden unsolide finanzieren und der Regierung gleichzeitig einen Haushalt durchgehen lässt, der so unsolide finanziert wird, wie noch kein Haushaltsentwurf vorher im Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Da mir noch 8 - in Worten: acht - Wortmeldungen für Kurzbeiträge vorliegen, gebe ich zunächst dem Minister für Finanzen, Herrn Dr. Stegner, das Wort.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es gibt eine Kampagne eines Kirchenkreises im Ruhrgebiet mit dem Motto „Geiz ist Geiz“

(Zurufe: Geil!)

- Geiz ist Geiz -, die überspitzt die Folgen der derzeitigen Debatten für die Schwachen der Gesellschaft, für Arbeitslose und Kranke darstellt. Wir haben als Land die Pflicht, sparsam mit den öffentlichen Geldern umzugehen. Wir haben die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, sorgsam mit der Kreditaufnahme umzugehen und wir haben die Aufgabe, unseren Teil zu Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein und in Deutschland insgesamt beizutragen. Denn der Staat ist in der Tat dazu da, Aufgaben wahrzunehmen, auf die die Menschen, auf die ich gerade Bezug genommen habe, Anspruch haben. Sie brauchen das auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Ökonomen** der Banken und wissenschaftlichen Institute erwarten seit drei Jahren den **Aufschwung**, im ersten Quartal, im zweiten Quartal. Dann sinken die Prognosewerte wieder, der Aufschwung wird auf das dritte oder das vierte Quartal verschoben - spätestens im nächsten Jahr wird alles gut. Sie sehen daran: Die Wissenschaft ist auch nicht besser, als diejenigen, die das anders prognostiziert haben, außer den Besserwissern, die wir heute wieder einmal von der rechten Seite des Hauses gehört haben.

Eine kurze konjunkturelle Delle kann man noch durch Sparen ausgleichen, eine derartig lange und heftige Schwächephase nicht mehr, denn dann ist Geiz nichts als Geiz mit vielen bitteren Nebenwirkungen für die vielen Menschen, die auf das angewiesen sind, was wir hier tun müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde nicht so weit gehen wie die kleine Fraktion hier auf der rechten Seite des Hauses, die - übrigens psychologisch ein interessantes Phänomen - den Einfluss der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung dann doch ein wenig überschätzt, wenn sie uns die Schuld für den Abschwung gibt. Aber wir müssen uns Mühe geben, das Mögliche für den Aufschwung zu tun. Deshalb ist es auch so, dass die **Überschreitung der Kreditobergrenze** zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder einer Überwindung einer schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Landes zulässig ist, Artikel 53 der Landesverfassung. Ich möchte kurz unser Hauptargument darstellen, warum wir eine Überschreitung für zulässig halten, um sie dann weiter zu erläutern.

Erstens. Wir haben weder jetzt noch in 2004 ein angemessenes Wirtschaftswachstum und einen ausreichenden Beschäftigungsgrad. Das gilt für die Bundesrepublik insgesamt und auch für Schleswig-Holstein.

Zweitens. Wir verwenden die erhöhte Kreditaufnahme zur Beseitigung der Störung, indem wir - wie es im Fachterminus heißt - Konsumschocks und Entlassungen vermeiden - ich meine jetzt zum Beispiel Entlassungen à la Carstensen.

Drittens. Wir verbessern das Wachstumsklima durch das Zukunftsinvestitionsprogramm, durch erhöhte Mittel im Bildungsbereich und durch gestärkte Kommunen.

Und viertens. Wir beweisen unseren Konsolidierungswillen auf Bundesebene durch Subventionsabbau, die Reform der Sozialsysteme, die Reform des Arbeitsmarktes und der Gemeindefinanzen. Wir beweisen unseren Konsolidierungswillen auf Landesebene durch eine mittelfristig sinkende Nettokreditaufnahme, durch strukturelle Optimierungen und durch Einsparungen beim Personal und bei Förderprogrammen. Diese Passage, die ich gerade vorgetragen habe - da muss ich Sie um Geduld bitten -, werde ich heute Abend noch einmal vortragen müssen, wenn ich nachher hier den Nachtragshaushalt zu begründen habe.

Ich möchte aber gern etwas zu Ihren Rechenkünsten sagen, was die Investitionsquote angeht, weil ich das doch sehr spannend fand. Ich habe da etwas gehört von PISA und „weniger ist mehr“ und was Sie da sonst noch alles vorgetragen haben. Ich darf Ihnen einmal vortragen, wie das mit der Investitionsquote ist. 2002 lag sie in der Tat leider bei 8,8 %, 2003 ist sie auf 10,1 % gestiegen, 2004 liegt sie bei 10,9 %. Das sind 741,5 Millionen € in diesem Jahr und 793,2 Millionen € im nächsten Jahr - das ist nach meinen Rechenkünsten wirklich ein Plus, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Ich kann nicht darauf kommen, wie Sie dazu kommen zu sagen, das sei weniger.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Wahrscheinlich rechnen Sie die Flutopferhilfe sozusagen dazu, dann kommen Sie auf Ihre merkwürdigen Analogien. Mit den Zahlen, die ich jetzt vorgetragen habe, kommen Sie jedenfalls nicht auf diese.

Die Hauptursache für die gegenwärtige **Stagnation der Wirtschaft** ist leider die hohe Arbeitslosigkeit,

die zu einer zu geringen Binnennachfrage und zu überhöhten sozialen Transferleistungen führt. Die öffentlichen Haushalte und die Sozialkassen sind auf eine Arbeitslosigkeit dieses Ausmaßes genauso wenig eingestellt wie auf die demographischen Entwicklungen, derer wir noch nicht Herr geworden sind. Deswegen habe ich hier die Zusammenhänge dargestellt, als wir den Doppelhaushalt eingebracht haben. Nun tun Sie doch nicht so, als ob das „durchgepeitscht“ würde. Wir haben das hier im September diskutiert, allerdings mit sehr dürftigen Beiträgen von der rechten Seite dieses Hauses.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

- Ich meine nicht das Protokoll, sondern schon die Abgeordneten auf der rechten Seite.

Alle Maßnahmen des Staates müssen deshalb darauf ausgerichtet sein, über ein höheres Wirtschaftswachstum Beschäftigung aufzubauen. Ein ausreichendes gesamtwirtschaftliches Wachstum, das geeignet ist, Beschäftigung aufzubauen, ist aber nur erreichbar, wenn die bestehende Investitionsschwäche überwunden wird und der private Verbrauch zunimmt. Eine - und im Augenblick die wichtigste - Maßnahme hierzu ist das **Vorziehen der Steuersenkung** aus der dritten Stufe der Steuerreform. Und da sage ich Ihnen eins: Sie mögen mäkeln, machen und tun - sie wird kommen. Und das weiß der Herr Stoiber, das weiß die Frau Merkel, das wissen die alle. Sie mögen das nur noch nicht so direkt sagen, weil das eine Idee ist, die sie nicht selber gehabt haben.

(Zurufe von der CDU)

Dann erzählen Sie uns, wir müssten das aber gegenfinanzieren. - Das finde ich toll. Sie haben uns immer die Theorie aufgetischt, Steuerreformen finanzierten sich selber. Das war nicht meine Auffassung, ich halte sie auch für grundsätzlich falsch. Sie haben das aber immer behauptet. Jetzt sagen Sie aber, das müsse alles gegenfinanziert werden - damit man dem Bürger das, was man ihm in die rechte Tasche stopft, gleich wieder aus der linken herausnimmt. Wo soll denn da der Impuls herkommen? So kann man nur reden, wenn man nicht möchte, dass es einen konjunkturellen Impuls gibt und dass wir vorankommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Und die Gegenfinanzierung - das weiß jeder, selbst jemand, der sich nur an der Volkshochschule mit Volkswirtschaft beschäftigen mag,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So wie Sie!)

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

jeder kann kapieren, dass das so nicht geht. Die Entlastung und die Gegenfinanzierung brauchen wir für die strukturellen Einsparungen. Das ist allerdings ein Punkt, wo Sie wieder jedes Mal Nein sagen. Eine Gegenfinanzierung fordern und bei jedem konkreten Schritt Nein sagen, das passt zusammen, das ist Ihre Logik, die wir ständig erhöhen. - Pardon, ich meine natürlich: ständig hören.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Nein, erhöhen kann man das nicht, was Sie sagen. Das müsste man kräftig erhöhen, sozusagen vom argumentativen Niveau her, um zu einem Punkt zu kommen, wo man mit Ihnen einmal einer Meinung sein könnte.

(Lachen bei CDU und FDP)

Nein, ich sage Ihnen, wenn wir das täten, was Sie uns vorschlagen, dann müssten wir in der Tat beim Land Menschen entlassen oder bei den Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfängern sparen. Das würde die Arbeitslosigkeit erhöhen und das würde das Wachstum dämpfen. Das, was Sie uns hier vorschlagen, ist das allerletzte, was wir brauchen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen unterstützen wir die Bundesregierung bei ihren Plänen, die dritte Stufe der Steuerreform vorzuziehen und nicht nur die Kaufkraft real zu erhöhen, sondern vor allem das Verbrauchervertrauen zu stärken.

In der Lage, in der die Republik über diese Fragen diskutiert und wir wirklich ganz schwierige Themen miteinander zu lösen haben, da führen Sie auf, was Sie hier heute Morgen aufgeführt haben. Herr Oppositionsführer, Sie wissen ja, dass ich Sie persönlich sehr schätze. Aber wie muss es in Ihrer Fraktion zugehen, dass sie Sie dazu zwingt, hier so eine Nummer abzuziehen und sich an dem zu orientieren, was wir ansonsten nur von Ihren rechten Nachbarn in der letzten Zeit leider kennen. Wenn Sie so weitermachen, dann haben wir hier bald Hamburger Verhältnisse, das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Das sollten wir alle miteinander doch nicht wirklich wollen, denn das verdrießt die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und der liebe Wirtschaftsminister, mein sehr geschätzter Kollege Professor Dr. Rohwer, der jetzt seit heute Mittag hier sitzen darf und aus Magdeburg zurückgekommen ist -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass Sie ihn so gern hier haben wollen, das kann ich ja verstehen, denn schließlich hat Herr Professor Driftmann gesagt, Herr Rohwer sei als Wirtschaftsminister ein Glücksfall für dieses Land. Das finde ich auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es schön, wenn er hier ist. Aber dazu passt nicht, dass Sie ihn ständig in Ihrer Rede beschimpft haben, Herr Kayenburg. Sie müssen wissen, was Sie wollen. Also, irgendwie passt das nicht so richtig zusammen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle anderen **Einnahmeausfälle**, außer die aus dem Vorziehen der Steuerreform resultierenden, haben wir mit der Nachschiebeliste aufgefangen. Wir werden aber etwa in Höhe der durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform entstehenden Mindereinnahmen die Höhe der in Artikel 53 Landesverfassung beschriebenen Investitionen überschreiten. Dies durch Einsparungen an anderer Stelle gegenzufinanzieren, wäre ökonomischer Unsinn. Fiskalische oder konjunkturpolitische Argumentationen muss man auseinander halten können, jedenfalls wenn man sich Mühe gibt.

Zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung unterstützen wir die Reformen am Arbeitsmarkt, für eine bessere Vermittlung von Arbeitssuchenden und flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wer letztlich die Vermittlung übernimmt, ist nicht entscheidend, solange sie gut gemacht wird. Wer aber meint, mit einem Rückfall in frühindustrielle Verhältnisse eine hoch entwickelte Industrienation einstellen zu können, der irrt. Die **Tarifautonomie** hat bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsrang!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist auch gut so und es ist völlig absurd, in einem Land, in dem wir im Osten teilweise gar keine tarifgebundenen Bedingungen haben, wo das alles bestens mit betrieblichen Bündnissen funktioniert, zu meinen, man könne das mit Gesetzen besser machen als die Tarifpartner. Das hätten Sie wohl gern, indem Sie das

(Minister Dr. Ralf Stegner)

sachlich miteinander verknüpfen. Wir sollten der Tarifautonomie eine Chance geben und mein Wirken im Vermittlungsausschuss ist auch darauf gerichtet, dass das passiert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Ja, das ist eben Ihr Problem, Herr Stritzl, dass Sie den Zusammenhang leider nicht verstehen. Das tut mir ja Leid. Sie wissen ja, Sie schätze ich auch, aber wir kommen trotzdem bei solchen Punkten nicht zusammen. Man muss schon verstehen, dass das, worüber wir hier reden, sehr stark mit den Grundbedingungen unseres Wirtschaftens und Arbeitens in diesem Lande zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die schleswig-holsteinische Landesregierung setzt sich dafür ein, dass wir dazu kommen - Sie reden doch immer von der Verschuldungssituation -, unseren Haushalt dauerhaft entlasten. Also treten wir zum Beispiel für einen konsequenten **Subventionsabbau** ein, weil erst dieser die öffentlichen Haushalte strukturell entlasten und Raum schaffen kann für weitere Entlastungen und ein **einfacheres Steuersystem**. Dabei lege ich auf die Reihenfolge Wert: Nicht umgekehrt! Ich meine auch nicht die Steuersysteme, die sich konservative Professoren ausdenken, sondern solche, von denen Arbeitnehmer auch etwas haben, und nicht nur die, die für die Besserverdienenden sind.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wer so, wie die Union, den Gutverdienenden in unserer Gesellschaft Geldgeschenke in zweistelliger Milliardenhöhe verspricht, indem sie den Spitzensteuersatz um über 25 % senken und die einkommensunabhängige Kopfpauschale einführen will und dabei die Quellen des ungeahnten öffentlichen Reichtums im Dunkeln lässt, wer also ohne solide Gegenfinanzierung bei der jetzt anstehenden Steuerentlastung auf der anderen Seite eine komplette Gegenfinanzierung verlangt, der ist nicht nur sozial ungerecht, sondern der ist auch völlig unglaubwürdig. Worin wollen Sie uns denn raten, wenn Sie schon bei solchen Punkten Milliarden zusätzliche Schulden anhäufen würden mit den Punkten, die Sie vorschlagen?

Subventionsabbau findet nicht im luftleeren Raum statt. Man muss auch einmal bereit sein, Partikularinteressen zurückzustellen und eine regional ausgewogene Lösung zu suchen. Mit der schleswig-holsteinischen Zustimmung - ich stehe hier dazu - zu Einschnitten bei der Eigenheimzulage, bei der Pend-

lerpauschale, bei Bewirtungsaufwendungen, bei Freibeträgen, in der Land- und Forstwirtschaft haben wir ehrlich gesagt, wir brauchen Einsparungen überall. Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass, geht nicht. Wir werden das an allen Stellen tun müssen, allerdings - so sage ich - gerecht. Das heißt, dann wirklich bei allen. Bei Ihnen ist das natürlich ganz anders. Immer dann, wenn es konkret wird, lehnen Sie ab, zünden Nebelkerzen. Das gilt in Schleswig-Holstein genauso wie in Berlin.

Ihr Parteifreund, Herr Austermann, ist dafür ein ganz besonders trauriges Beispiel.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] - Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Nun ist der ja nicht im Vermittlungsausschuss. Ihre Parteifreunde werden schon wissen, warum sie ihn dorthin nicht entsenden. Aber er ist in dieser Arbeitsgruppe gewesen. Er wirft mir vor, die Interessen des Landes nicht zu vertreten, weil ich mir vorstellen kann, dass bei einem ausgewogenen Leistungsabbau auch Mittel beim Straßenbau oder bei anderen Punkten gekürzt werden. Soll das wieder wie in der Ära Kohl sein, dass nur die Beschäftigten alles zu tragen haben, oder wie stellen Sie sich das eigentlich vor?

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Gleichzeitig aber ist der gleiche Herr Austermann mit Ihnen zusammen und fordert den Verzicht auf die den Ländern zustehenden Steuernehmeinnahmen aus einer verfassungsmäßigen Erbschaftsteuerreform. Aha, das ist die soziale Ausgewogenheit der Partei mit dem „C“, kann ich da nur sagen. Diejenigen, die besonders viel haben, die dürfen wir nicht belasten, aber bei allen anderen sollen wir rangehen.

(Unruhe bei der CDU)

Dann sagen Sie noch - das ist dann der Gipfel -, wir sollten den Kommunen dadurch helfen, dass wir die Umsatzsteuer umverteilen. Woher sollen eigentlich die Mittel kommen, um die Umsatzsteuer aus den Länderhaushalten umzuverteilen, wo Sie uns doch gerade erzählen, wie schlimm das mit der Verschuldung im Landeshaushalt eigentlich ist?

(Beifall bei der SPD)

Ich kann das gar nicht verstehen.

Was ist daran sozial, Unternehmen nicht mehr an der Finanzierung kommunaler Aufgaben zu beteiligen oder Rechtsanwälte nicht, Malermeister aber ja in die Pflicht zu nehmen? Ich weiß, da haben Sie eine andere Auffassung, Herr Rechtsanwalt. Aber ich sage das



**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

trotzdem immer wieder, weil es immer wieder gesagt werden muss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das ist unehrlich, meine Damen und Herren, und das führt eben nicht zu den Bedingungen, die wir brauchen, um unsere Haushalte strukturell zu entlasten.

Wir haben leider eine Stagnationsphase in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die verlangt, dass wir sowohl **konjunkturelle Impulse** geben als auch nachhaltig unsere **Systeme** in Ordnung bringen. Das wird nicht gehen, wenn Sie sich à la Sonthofen sozusagen immer dann, wenn es konkret wird, in die Büsche schlagen oder wohin sonst Sie sich immer schlagen mögen. Jedenfalls machen Sie nicht mit, wenn Mut gefragt ist. Immer geht es darum, dass Sie zusätzliche Chancen für neues Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze verstreichen lassen.

Das Verhalten der Opposition in Berlin ist spiegelbildlich in Kiel zu erkennen. Dabei kann ich im Interesse der Schleswig-Holsteiner nur hoffen, dass Sie Ihre Mehrheiten in den Kommunen nicht zu ähnlichen Blockadespielen benutzen. Aber leider ist das Kita-Beispiel ein besonders trauriges.

(Unruhe)

Denn ich muss Ihnen sagen: Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts für die Jahre 2004 und 2005 wird der Zuschuss des Landes für die **Kindertagesstätten** auf jährlich 60 Millionen € erhöht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Gedeckelt!)

Ich erinnere Sie noch einmal daran: 1988 waren es 700 000 DM, heute 60 Millionen €!

(Beifall bei der SPD - Günther Hildebrand [FDP]: Gedeckelt!)

Damit leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Versorgung mit Kindertagesplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Mittel sollen in den kommunalen Finanzausgleich.

Wir wollten Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung stärken, wir wollten, dass die Arbeit der Kindertagesstätten gut bleibt in der Qualität. Wir hatten eine gemeinsame Erklärung mit den kommunalen Landesverbänden, mit den Wohlfahrtsverbänden, das flexibler zu gestalten. Dann kommen Sie daher und kürzen

in den schwarz-regierten Kommunen - jedenfalls teilweise - die Beiträge,

(Zurufe von der CDU: Das ist doch Quatsch! Quatsch!)

hetzen die Eltern auf - als ob die zu blöd wären, das zu merken - und regen sich auf, wenn man Ihnen das hier sagt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Lieber Herr Schlie, ich will Ihnen einmal eines sagen: Sie sollten einmal auf Ihren Blutdruck achten. So wie Sie hier immer dazwischen schreien, ist das gesundheitsgefährdend und bei der Gesundheitsreform wird das gefährlich.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie machen sich wohl Gedanken um Ihre Karriere!)

- Die ist nicht durch Sie gefährdet, lieber Herr Kollege, wirklich nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie einmal anfangen, meine Karriere zu gefährden, dann muss ich mir wirklich etwas einfallen lassen, Herr Schlie. Aber bis dahin ist es noch weit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bildungsministerin hat etwas tun müssen, was sie nicht gern getan hat, sie hat nämlich feststellen müssen, dass es leider eine verlässliche Grundlage nicht mehr gibt, seitdem Sie die Mehrheiten in den Kommunen haben. Deswegen wird es nicht dazu kommen können, dass die Standards aufgehoben werden, deswegen wird das, was zugesagt worden war und was alle wollten, nicht stattfinden, sondern sie werden die 60 Millionen € pauschal bekommen. Das ist der einzige Teil, der im Kindertagesstättengesetz geändert wird. Das haben Sie oder Ihre Parteifreunde zu verantworten. Deswegen muss ich hier auch ganz deutlich sagen: Schade darum, am Land hat es wirklich nicht gelegen, so schwer wir uns intern getan haben. Das will ich gar nicht bestreiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Der Landeshaushalt muss und kann in diesem Jahr verabschiedet werden, weil wir eben wollen, dass unser **Zukunftsinvestitionsprogramm** auch wirken kann. Wir müssen doch in der Logik dessen, was wir tun, konsequent bleiben und dürfen nicht mit einem Pflichthaushalt arbeiten, mit dem wir nur die gesetzli-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

chen Leistungen erfüllen dürfen. Deshalb macht es gar keinen Sinn, mit der Verabschiedung des Haushalts zu warten, nur weil Sie die Diskussion seit dem Sommer nicht weitergeführt haben.

Die Punkte, die wir eingestellt haben - ich habe das ja heute gehört, wir hätten die **Ergebnisse des Vermittlungsausschusses** nicht berücksichtigt -, sind das Gesetz zur Steuerehrlichkeit und das ist der Subventionsabbau nach den Vorstellungen von Koch und Steinbrück. Diese Dinge werden beide kommen. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, dass sie kommen werden, wobei wir die Vorschläge von Koch und Steinbrück nur moderat einberechnet haben. Alles andere haben wir in unseren Haushalt nicht hineingeschrieben. Das heißt, wir haben keine Haushaltsrisiken, es sei denn - -

(Rainer Wiegard [CDU]: Quatsch! Keine Haushaltsrisiken! Das ist doch ein Witz, was Sie hier sagen!)

- Lieber Herr Wiegard, entschuldigen Sie bitte, ich habe Ihnen hier schon im September gesagt, unsere Annahmen für 2005 gehen in der Tat davon aus, dass es Sozialreformen gibt, dass es eine kommunale Finanzreform gibt, dass wir in der Lage sind, eine Steuerreform zu machen, dass wir in der Lage sind, Subventionsabbau zu realisieren. Wenn Sie das allerdings blockieren,

(Zurufe von der CDU: Ach, ach!)

dann sind die Annahmen falsch und dann können wir gern einen Wettbewerb vor den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein miteinander betreiben. Davor haben Sie doch Angst. Das sehen wir doch bei jedem Beispiel.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung sagt ehrlich, wo gespart werden muss.

(Lachen bei CDU und FDP)

Wir **kürzen** bei den **Förderprogrammen**, wir kürzen bei den **Sonderzahlungen**.

Das mit den Sonderzahlungen: Lieber Herr Garg, es ist ja so ein Vergnügen, Sie hier zu beobachten. Man hat richtig Mühe. Das Zwerchfell tut mir meistens am Tag danach noch weh. Zu den Sonderzahlungen haben Sie doch gesagt, das bringe in der Verschuldung gar nichts, um einen Impuls zu haben. Ich folgere daraus, Sie schlagen also vor, wir sollten die Sonderzahlungen nicht kürzen, sondern wir sollten sie kräftig aufstocken, damit wir uns möglichst hoch verschulden, damit es einen konjunkturellen Impuls gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nach Ihrer Argumentation muss das so sein!)

Diese Logik zu begreifen, lieber Herr Garg, das fällt mir nun wirklich schwer. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Ich weiß nicht, was Sie studiert haben, aber irgendwie kann das in Ihrem Studium nicht vorgekommen sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe eben Frau Sassen zugehört, die von der OVAK gesprochen hat.

(Zuruf von der CDU: OWAG!)

- Nein, ich habe OVAK verstanden.

(Zurufe von der CDU)

OVAK könnte ja, wenn man es gut mit Ihnen meinte, heißen „Oppositionsvorschläge für alternative Konzepte“. In Wirklichkeit heißt es aber „Opposition verlässt sich auf Karlsruhe“. Das ist auch Ihr einziges Konzept.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Sie gehen hin und sagen: Wir klagen. - Das ist ja Ihr gutes Recht. Ich sage Ihnen aber eines voraus: Wenn Sie gegen den Haushalt klagen, dann schaden Sie nicht der Landesregierung, Sie schaden dem Land, Sie schaden den Bürgerinnen und Bürgern.

(Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie zeigen einmal mehr, dass Sie die Patriotismusdebatte, die von Frau Merkel angeregt wurde, wirklich nötig haben, weil Sie nämlich im Parteiinteresse handeln und nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir dagegen haben die Modernisierung im Land - es freut mich, dass Sie Spaß an meiner Rede haben - und die Verschlinkung der Verwaltung vorangetrieben.

(Lachen bei CDU und FDP)

Wir sagen übrigens auch, wohin die Reise geht, auch wenn es lokale Widerstände gibt. Das, was Ihr Bürgermeister aus Heide macht, ist - mit Verlaub gesagt - ein Niveau, das wir aus Hamburg kennen.

(Lachen bei CDU und FDP)

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Das wollen wir hier wirklich nicht haben.

(Zuruf von der CDU: Der Mann hat Sie längst durchschaut!)

Lieber Herr Kayenburg, Sie behaupten, es sei blödsinnig, Finanzämter in der Form umzustrukturieren. Also, mein lieber Herr Oppositionsführer, wir versuchen, die Verwaltung zu modernisieren. Wir versuchen, Dinge zu straffen. Wir muten es Mitarbeitern zu, an der einen oder anderen Stelle Koffer zu packen. Bei Ihnen packen sie nicht Koffer, sondern bei Ihnen können sie einpacken! Das ist der Unterschied zwischen uns beiden, weil Ihr Herr Carstensen sagt: Wir schmeißen die Leute raus. - Das ist der Unterschied. Insofern werden wir dieses tun.

Übrigens werden hier nicht zusätzliche Minister in der Staatskanzlei eingestellt wie in Hessen. Wir haben ein Ministerium aufgelöst. Wir haben die Uni-Klinika zusammengeführt. Wir lösen Studiengänge auf, auch wenn es uns schwer fällt. Wir haben die Kassen zusammengeführt. Sie wollen die HSH Nordbank „verramschen“; dieses Wort benutzen Sie so gerne. Die HSH Nordbank ist ein vorbildliches Beispiel für eine gute Bankenfusion im öffentlichen Bereich. Da, wo Sie regieren, sind die Banken nicht in guter Verfassung. Schauen Sie sich zum Beispiel Bayern an.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen Sie sich die WestLB an!)

Sie fordern regionenübergreifende Zusammenarbeit mit Hamburg und Herr Kalinka führt seine Truppen in Plön aus K.E.R.N. heraus. Das ist großartig, Herr Kalinka. Wenn Sie weiter so machen, Herr Kalinka, wird es den Kreis Plön bald nicht mehr geben. Das wird einer Ihrer Verdienste sein. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat Ihnen offenbar die Sprache verschlagen, was wir bei der Verwaltungsreform tun.

(Lachen bei der CDU)

Immer dann, wenn man den Agrarpolitiker Carstensen zitiert, der ja Ministerpräsident werden will, ist Ihnen das richtig peinlich. Das kann ich verstehen. Wir werden es Ihnen aber nicht ersparen und Monat für Monat, Debatte für Debatte werden wir es zitieren. Das ist intellektuell eine wahre Freude.

Dann sagen Sie: Wir wollen kurzfristig Stellen abbauen. - Nein, erst einmal wollen Sie überall mehr: mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Straßen bauen und dann 100 Millionen € mehr Investitionen.

Das ist wie bei John Maynard Keynes, der einmal gesagt hat, man könnte die Wirtschaft auch mit dem Bau von Pyramiden ankurbeln. Das stimmt. So ähnlich ist das mit Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie stellen sich hier hin und sagen: Wir bauen kurzfristig diese Stellen ab. Dann kommt Herr Wiegard, der ein kluger Mann ist und sich üblicherweise sehr sachbezogen äußert, und sagt in der Finanzausschusssitzung: Na ja, das war nur eine Pressemitteilung. Nehmt das doch nicht so ernst! - Es tut mir Leid. Wir müssen das wirklich ernst nehmen, Herr Wiegard, und hier sogar öffentlich sagen. Schade, dass es die Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr hören, weil Sie leider dafür gesorgt haben, dass wir noch so spät tagen!

Ich wollte noch sagen, dass Sie gegen den Willen Ihrer Kommunalpolitiker die **kommunale Finanzreform** blockieren wollen. Auch das ist ein Punkt: Es wird Wachstum und Beschäftigung geben, wenn die Kommunen endlich das tun können, wofür sie da sind, wenn sie nämlich finanzieren können. Diese Landesregierung hat die Vorstellungen der Kommunen selbst in den Bundesrat eingebracht. Sie haben auf Ihrem Parteitag markig beschlossen, dass Sie die Gewerbesteuer abschaffen wollen. Großartig kann ich da nur sagen. Da mache ich gerne Wahlkampf gegen Leute, die das abschaffen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte Ihnen zum Schluss noch etwas erzählen. Ich musste heute Morgen früh aufstehen. Ich war gestern im Vermittlungsausschuss. Ich stand um 4:30 Uhr unter der Dusche und hatte „Phoenix“ an. Dann habe ich die Rede von Frau Merkel gehört, als sie gestern beim Beamtenbund in Berlin war.

(Zurufe von der SPD)

- Das war eine warme Dusche in dem Fall.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da hat Frau Merkel vor dem Beamtenbund in Berlin folgende Geschichte erzählt. Sie sagte, manchmal seien die Parteien ein bisschen kurzsichtig. Dazu falle ihr etwas ein.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.

(Lachen bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das macht nichts, Frau Stegner.

(Heiterkeit)

**Dr. Ralf Stegner**, Finanzminister:

Das ist mir peinlich. Nein, das ist ein richtiger Dithmarscher Präsident und ich entschuldige mich.

Ich wollte noch kurz von Frau Merkel erzählen dürfen.

Frau Merkel hat gesagt, Parteien handelten manchmal sehr kurzsichtig. Und ihr fiel ein Beispiel aus dem letzten schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf ein.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sie meinte die SPD!)

- Nein, sie meinte Ihre Partei, die CDU, für die sie Wahlkampf gemacht hat. Sie hat ja nicht für uns Wahlkampf gemacht - de facto vielleicht schon. Aber offiziell hat sie für Sie Wahlkampf gemacht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sagte sie: Meine schleswig-holsteinische CDU hat damals vertreten, man müsse nur alle verbeamten. Dann sei das günstiger für den Landeshaushalt. - Dann sagte Sie: Kurzfristig mag das zwar sein, aber an die langfristigen Folgen haben meine Parteifreunde nicht gedacht.

Das hat mir so gut getan, dass ich schnell nach Schleswig-Holstein zurückgekommen bin.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt weitere Kurzbeiträge auf. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch** [SPD]:

Ich ziehe meine Meldung zurück!

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Er hat zurückgezogen. - Frau Abgeordnete Dr. Kötschau!

**Dr. Gabriele Kötschau** [SPD]:

Ich ziehe meine Meldung auch zurück.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Steincke!

**Berndt Steincke** [CDU]:

Ich ziehe meine Meldung zurück.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Fischer!

(Zurufe von der CDU: Zurückgezogen!)

Herr Abgeordneter Hentschel!

(Zurufe von der CDU: Zurückgezogen!)

Herr Abgeordneter Matthiessen!

(Zurufe von der CDU: Zurückgezogen!)

Herr Abgeordneter Feddersen!

**Jürgen Feddersen** [CDU]:

Das Wortspiel wollen wir nicht weitermachen.

Herr Präsident! Ich möchte gern etwas richtig stellen. Herr Jacobs, Sie haben dargestellt, dass sich die Wasserverbände darüber freuen beziehungsweise einen Vorteil davon haben, wenn die **Grundwasserentnahmeabgabe** erhöht wird. Das ist sachlich falsch. Das stimmt überhaupt nicht. Die **Wasserverbände** haben gar keine Vorteil davon.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin Verbandsvorsteher des flächenmäßig größten Wasserverbandes in Schleswig-Holstein, dem Wasserverband Nord in Oeversee. Wir sind stolz darauf, dass wir zehn Jahre den Wasserpreis haben nicht erhöhen müssen, weil wir wirtschaftlich gearbeitet haben. Wir haben sogar vor zwei Jahren den Wasserpreis um 10 Cent gesenkt.

Es ist so, dass wir bisher 300.000 € durch die Grundwasserentnahmeabgabe an das Land zahlen. Nach der neusten Umlage mit 11 Cent müssten wir 700.000 € bezahlen. Das ist natürlich eine gewaltige Erhöhung. Der Einzige, der davon einen Vorteil hat, ist die Landesregierung, denn das Geld fließt zum Teil in den Haushalt. Das haben alle gehört.

(Beifall bei der CDU)

Was passiert wieder? - Wir sind ein öffentlich-rechtlicher Betrieb. Wir müssen den Wasserpreis, den wir gerade vor zwei Jahren gesenkt haben, zum

**(Jürgen Feddersen)**

1. Januar um 5 Cent erhöhen. Also greifen Sie dem Bürger wieder in die Tasche und das ist nicht richtig. Das wollte ich gern sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ebenfalls gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

(Zuruf von der CDU: Danke, Anke!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen und nur etwas zu unserem Abstimmungsverhalten sagen.

Ich sagte eingangs, dass wir dem gesamten Haushalt zustimmen werden. Das werden wir tun.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war klar!)

Das ist kein Automatismus; das wissen Sie auch.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch!)

Ich lege schon Wert darauf, dass das verstanden wird. Wer länger dabei ist, weiß, dass das die Einstellung des SSW ist. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Unserer Meinung nach sind Haushaltsberatungen dazu da, in der Sache, über Inhalte und Einzelpläne zu streiten. Sie wissen, dass der SSW immer wieder gegen Einzelpläne gestimmt hat und dass wir früher auch gegen den gesamten Haushalt gestimmt haben, nämlich in der Situation, als wir uns in dem Haushalt nicht wiederfinden konnten.

Es gibt nicht nur Anträge, die keine Unterstützung durch uns finden, oder nur Anträge, die wir unterstützen. Es gibt keine Schwarzweißmalerei und darum sage ich, dass wir in diesem Jahr gern Einzelanträge von CDU und FDP mit unterstützen. Es ist ein bisschen schwierig gewesen, weil nicht sehr viele Einzelanträge vorlagen. Anträge sind immer im Paket zur Abstimmung gestellt worden.

Ich möchte sagen, dass wir auch bei einigen Gegenfinanzierungsvorschlägen echte Schwierigkeiten hatten. Ich habe schon in meiner Rede deutlich gemacht, dass dies immer der Fall war, wenn es um Einsparungen im Personalbereich ging.

Wir werden den Änderungsvorschlägen der FDP zum Einzelplan 06 zustimmen, weil es dort um die Investitionen des Landes geht. Wir werden uns bei dem Einzelplan 09 der Stimme enthalten, weil die FDP

gute Vorschläge im Bereich Jugendpolitik gemacht hat, die wir befürworten.

Beim CDU-Antrag hätten wir gern den Küstenschutz und die anderen Investitionserhöhungen mit unterstützt. Aber das ist ein Antrag, der nicht als Einzelantrag gestellt wird, sondern im Gesamtpaket enthalten ist. Wir werden natürlich auch die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale unterstützen. Wir sind gegen die Maßnahme der Gegenfinanzierung. Wir wollen das Monitoring für NATURA 2000 unbedingt erhalten.

So viel zur Erklärung unseres Abstimmungsverhaltens. Das hat hoffentlich zur Klarheit beigetragen.

(Beifall beim SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach kabarettreifen Einlagen muss es möglich sein, das eine oder andere zur Sachdiskussion beizutragen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hay, mir liegt daran, auf das eine oder andere einzugehen, was Sie angesprochen haben. Wenn Sie der CDU beispielsweise vorwerfen, wir hätten keine konkreten Vorschläge gemacht, was die Amtsgerichte angeht, empfehle ich Ihnen, unseren Antrag noch einmal durchzulesen. Ich zitiere: Wo es sachlich erforderlich und ohne erhebliche Investitionsmaßnahmen durchführbar ist, muss es auch zur Zusammenlegung von **Amtsgerichten** kommen. Eine Konzentration der Amtsgerichte pro Kreis und Landgerichtsbezirk unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte auf ein oder zwei Standorte ist vertretbar. - Ich möchte einmal wissen, wo das noch konkreter sein kann.

(Beifall bei der CDU)

In meinem Kreis sind es beispielsweise vier. Wenn ich das sage, ist es nicht redlich, Herr Kollege Hay, uns zu unterstellen, dass wir nicht konkret genug seien. Sie wissen ganz genau, dass bei Ihnen die Konzepte fehlen. Die Justizministerin hat ja nicht umsonst ihre Pressekonferenz kurzfristig abgesagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich mit dem Innenminister und anderen und insbesondere mit der Polizei im Lande darüber ausgetauscht: Wir stehen zu der Notwendigkeit, eine weitere Reform im Organisationsaufbau, im Aufga-

(Klaus Schlie)

benvollzug der Landespolizei durchzuführen. Wir haben da überhaupt keine Kontroversen; da geht es überhaupt nicht um Polemik. Trotzdem werden wir natürlich deutlich machen und sagen, dass der erste Schritt der Reformkommission in Ordnung war, sachlich war, es von den Beamten in hervorragender Weise analysiert worden ist. Herr Minister, aber der zweite Schritt ist Populismus, das ist politischer Aktionismus. Es gibt keine Notwendigkeit, dass Sie an allen Gremien, an allem Sachverstand vorbei innerhalb kürzester Zeit, bis zum 16. Dezember Entscheidungen durchkloppen wollen, die in bestimmten Punkten sachlich einfach nicht gerechtfertigt sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sind ja ein Stück zurückgegangen. Das **Landes-kriminalamt** wird nicht ins Landespolizeipräsidium eingegliedert. Unser Erfolg; das ist eine gute Sache. Die **Verkehrsüberwachung** ist weiter eine eigene Landesangelegenheit. Wir haben unser Ziel erreicht. So wird es noch andere Dinge geben.

Herr Stegner hat davon gesprochen, die **Verwaltungsstrukturreform** sei der große Erfolg. Herr Stegner, seien Sie doch einmal auch an dieser Stelle so mutig, wie Sie sonst draußen im Lande immer waren! Was haben Sie herumgetönt, dass die **Umweltverwaltung** eine zweistufige Verwaltung werde, Sie mit eisernem Besen dadurch gehen und Ihr Koalitionspartner dabei überhaupt keine Rolle spiele. Was ist übrig geblieben von diesem Löwengebrüll? - Sie sind doch als Bettvorleger gelandet!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben eine Mammutbehörde geschaffen mit Außenstellen, das LANU hat einen anderen Namen gekriegt. Sie wissen, dass Sie an der Ecke gescheitert sind.

Die 1.300 - damit Sie es alle noch einmal wissen - Beamtinnen, Beamte, Angestellten und Angestellte, die dort tätig sind, sind doch nicht das Problem, nein, die Feigheit der Aufgabendefinition! Sie sind nicht bereit, die Aufgaben zu definieren, die wegfallen sollen. Das ist das Problem. Wir haben Ihnen das angeboten.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

- Letzter Satz, Herr Präsident. - Ich finde es einfach unredlich und unanständig, wie sich Herr Stegner hier zur Kita-Sache einlässt. In dem Kreis Herzogtum-Lauenburg, dem Kreis, der jahrelang mit 21 % Personalkostenanteil die höchsten Summen gezahlt hat für Kindertagesstätten - Segeberg 3 % -, hat der Minister bei seiner Bereisung gesagt, er habe großes Verständ-

nis dafür, dass die kommunalen Konsolidierungsbemühungen auch in diesem Bereich nicht Halt machten. Und hier stellt er sich hin und behauptet das Gegenteil. Schämen Sie sich! Das ist unredlich und unanständig!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich habe sechs Sätze gut bei Ihnen, Herr Abgeordneter. - Nächster Redner nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung ist Herr Abgeordneter Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Spoorendonk, Sie haben mich dankenswerterweise daran erinnert, auch für meine Fraktion etwas zum Abstimmungsverhalten zu sagen. Es ist uns wichtig, dass der folgende Punkt protokolliert wird.

(Zurufe)

- Kollege Astrup, Kollege Matthiessen, das ist richtig, aber nur, wenn man es sagt.

Die Fraktion der FDP wird erstmals dem Einzelplan 02, dem **Einzelplan des Landesrechnungshofs**, nicht zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass die vorgeschlagenen Personalkürzungen in der Situation, in der sich die Landesfinanzen befinden, genau der falsche Weg sind. Wir brauchen nicht weniger Finanzkontrolle, sondern mehr. Aus diesem Grund werden wir sowohl die Änderungsanträge der CDU-Fraktion in diesem Punkt ablehnen als auch die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Herr Vizepräsident, ich nehme an, dass Sie dafür Verständnis haben.

(Heiterkeit)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich darüber amüsieren. Sie wollen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Landesfinanzen in einem desolaten Zustand sind, die Finanzkontrolle des Landes weiter beschneiden. Wir wollen das nicht. Aus diesem Grund lehnen wir eine weitere Beschneidung der Finanzkontrolle ab.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die Regierung hat das Wort erbeten in dem Wissen, dass damit eine neue Fraktionsrunde eröffnet wird. Herr Minister Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

**Dr. Ralf Stegner**, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte keine Runde eröffnen, aber wenn Herr Schlie hier so eine Behauptung aufstellt, kann man die nicht so stehen lassen; die findet sich ja im Protokoll.

Ich habe im **Kreis Herzogtum-Lauenburg** - wie übrigens überall - gesagt, dass ich Verständnis für die Konsolidierungsbemühungen der **Kommunen** in jedem Bereich habe, aber dass es selbstverständlich nicht sein kann, dass das Land seine Beiträge erhöht, die Kommunen sie senken und die Eltern mehr bezahlen. Das habe ich überall im Lande gesagt. Das muss ich mir gar nicht merken, weil ich überall das Gleiche sage, im Gegensatz zu anderen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anhaltende Zurufe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, wir werden dieses Thema wohl noch sachlich zu Ende kriegen. Die Fraktionsrunde ist neu eröffnet. Zuerst erhält Herr Abgeordneter Eichelberg das Wort. Den Fraktionen stehen 23 Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Uwe Eichelberg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich nun fast die zweite Legislaturperiode hinter mir habe, erinnert mich das Ganze ein bisschen an die Zeit Ende der 60er-Jahre, die Diskussion, wo intellektuell ein Buhmann aufgebaut wird, dann wird darum gekämpft und in der Sache wird keine Aussage gemacht. Das finde ich enttäuschend, Herr Finanzminister. Sie haben nur polemisiert und in der Sache nichts vorgebracht. Das ist unmöglich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein steht in einer ganz schwierigen Situation. Auch wir als Opposition haben wochenlang zugebracht mit diesem blöden Haushalt - das muss ich wirklich einmal sagen, weil das nur in den Papierkorb geht -, weil auch wir nach Lösungen für dieses Land suchen. Und da hat man null Chance, überall wurde man nur abgebügelt. Das hat doch keinen Zweck.

(Beifall bei CDU und FDP)

Einen Haushalt vorzulegen, bei dem die Basis falsch ist und bei dem null Zukunftsperspektive zu erkennen ist - wie will man denn da Gemeinsamkeiten finden! Das ist doch überhaupt nicht möglich!

Selbst die meisten Kommunen warten mit ihrem Haushalt ab, weil sie sagen: Lasst uns einmal sehen, was da in Berlin rauskommt; dann können wir wenigstens vernünftig planen, denn so ist es ja Utopie, was wir den Bürgern vorlegen.

Ich vermute einmal, dass Sie schnell entscheiden wollen, damit Sie noch schnell „ZIP“ und das **Regionalprogramm 2000** gut verkaufen können, bevor Sie im Januar total zusammenbrechen und überhaupt nichts mehr nachbleibt, was Sie verkaufen können. Deshalb lieber jetzt noch schnell die Sache verkaufen, ehe sie sich als Flop entpuppt.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Was soll das, meine Damen und Herren? Sie wollen mit Ihrem „ZIP“ 33 Millionen pro Jahr ausgeben und gleichzeitig nehmen Sie mit der Erhöhung der **Grundwasserentnahmeabgabe** und der anderen Wasserabgabe den Firmen 60 Millionen pro Jahr weg. Sie vertreiben die Firmen aus dem Lande. Was bleibt denn vom Standort Schleswig-Holstein nach?

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein hat kein Profil mehr für die Wirtschaft. Das müssen wir klipp und klar erkennen. Wo soll man Geld verdienen, das nachher nicht verloren geht? Wenn Sie sarkastisch feststellen, dass allein 10 Millionen weggefallen sind, weil das Kernkraftwerk in Brunsbüttel abgeschaltet war: Wenn die anderen Kraftwerke auch abgeschaltet werden, wo sollen die anderen zig Millionen herkommen? Wollen Sie die auch noch absparen? Dann ist überhaupt nichts mehr da. Sie liegen auf einem völlig falschen Weg. So geht es nicht.

Schlimm finde ich auch, wenn plötzlich die **Förderpolitik** geändert wird. Man muss bestimmte Dinge tun; das finde ich gut. Aber warum wird niemand einbezogen? Herr Minister Dr. Rohwer, Sie haben eine Evaluationsstudie, die angeblich erst ein paar Wochen alt ist. Aber Sie geben bereits eine Pressemeldung heraus. Ich meine, Sie haben nur deshalb umgesteuert, weil Ihnen der Landesrechnungshof gezeigt hat, dass es völlig falsch ist, wenn man nie kontrolliert. Die Evaluierung wird wahrscheinlich dasselbe gebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Zeit reichlich Studien bekommen: die Vereinsbankstudie, die HSH-Studie, die ganz frisch auf den Tisch gekommen ist. Ich muss sagen: Es sieht schlecht aus um Schleswig-Holstein. Im Norden haben wir investiert. Dabei ist nichts herausgekommen.

(Uwe Eichelberg)

Im Süden leben wir eigentlich nur noch von Hamburg, wie die HSH-Studie zeigt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist ein Drama, das sich hier abzeichnet. Darauf kann man überhaupt nicht stolz sein. Es gibt 170.000 Pendler. Das sind junge, gut ausgebildete Leute. Sie kommen mit ihren Familien aus Hamburg heraus, siedeln sich hier an und holen das Geld aus Hamburg heraus. Als Senioren kommen sie betucht wieder an, sitzen in Seniorenanlagen und bringen die Steuerkraft hierher. Das kann doch nicht der Erfolg der Wirtschaftspolitik im Lande sein. Da ist etwas falsch gelaufen. Hier müssen wir etwas ändern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zur Zukunft. Gucken Sie sich den Haushalt an! Wo liegen die Perspektiven? Wir haben einige Fragen zur Haushaltsaufstellung gestellt. Überall wird gekürzt. Bei den notwendigsten Investitionen, bei der **Infrastruktur** des Landes wird reduziert. Ende der 80er-Jahre haben wir noch rund 30 Millionen € in den Landesstraßenbau investiert. Jetzt reduzieren wir von 17 auf 11 Millionen €. Was bleibt noch übrig? Jetzt wird noch weiter reduziert. Haushaltskürzungen in diesem Umfang müssen wegen der Haushaltskonsolidierung sein. Später haben wir die Schrottstraßen, die wir früher in Mecklenburg bewundert haben, bald im eigenen Lande. Das kann die Zukunft nicht sein. Denn Infrastruktur ist für die Wirtschaft das Wichtigste.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann wird von der großen Mittelstandsoffensive geredet. Lächerliche 180.000 € sind da noch drin. Leider musste im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auf weitere Mittel verzichtet werden, steht drin. Man kann nicht auf die wichtigsten Dinge verzichten, wenn man von Zukunft spricht. Wenn man sparen muss, muss man sparen. Aber bei den wenigen Dingen, die man noch hat - etwa die 180.000 € -, geht das nicht mehr. Dann bleibt nichts mehr. Bei der Projektförderung in öffentlichen Einrichtungen geht man von 1 Million € auf 650.000 € herunter. Ich weiß, dass Ihnen das wehtut, Herr Minister. Nur muss man sich vorher entscheiden: Welches Konzept hat das Land für die Zukunft? An diesen Perspektiven, an diesen Zielen muss man sich ausrichten und dementsprechend die Politik und den Haushalt aufbauen. Hier kann ich das nicht entdecken. Ich bin 30 Jahre in einem großen Konzern gewesen. Wenn jemand dort eine solche Arbeit abgeliefert hätte, wäre er nicht mehr im Betrieb.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu drei Punkten möchte ich kurz etwas sagen. Wenn der Herr Finanzminister davon spricht, beim Thema Kita habe die Landesregierung die Förderung erhöht, so ist das schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, dass Sie die Förderhöhe genau auf den Punkt von Ende 2002 setzen. Wenn Sie bei der **Kita-Förderung** schon kürzen wollen, dann geben Sie es wenigstens zu und schieben Sie nicht den Kommunen den Schwarzen Peter zu. Das können wir redlicherweise von Ihnen erwarten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es wird gesagt: Wir, die Regierung, können nicht auf die Opposition zählen, wenn es um Verantwortung geht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Baasch [SPD]: Das stimmt!)

- Ihre Zwischenrufe zeigen Ihre hochgradige Nervosität.

Herr Minister Stegner, wir, die CDU, haben im November 2002 in diesem Parlament Vorschläge zur Kita-Förderung gemacht. Wir haben uns bereit erklärt, bei der Freigabe der Kita-Standards mitzumachen. Was können wir noch mehr anbieten? Die Frau Ministerin für Bildung hat erkannt, dass wir zu einem konstruktiven Weg bereit waren. Jetzt vier Kreise, die subjektiv gute Gründe für ihre Haltung haben, zum Alibi zu nehmen, um eine Kita-Vereinbarung platzen zu lassen, das ist allerdings ein wenig zu gering angesetzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, im Zusammenhang mit Kita von „den Landräten“ sprechen: „Die Landräte“ haben sich gar nicht dagegen gestellt. Dann sagen Sie: auch in Plön. Frau Ministerpräsidentin, ich fordere Sie auf, in diesem Haus mitzuteilen, wer im Kreis Plön bei der Kita-Frage eine Diskussion in dieser Richtung führt. Gehen Sie gleich nach vorne und tragen Sie dies vor. Es geht nicht an, dass stets pauschale Behauptungen gemacht werden und Sie nachher jeden Beweis dafür schuldig bleiben. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei CDU und FDP)



(Werner Kalinka)

Ich sage es noch einmal: Wir, die Opposition, sind nach wie vor bereit, zu einer konstruktiven Kita-Lösung zu kommen. Denn wir meinen, es ist nicht gut, zulasten der Kinder und zulasten höherer **Elternbeiträge** diese Diskussion zu führen.

(Holger Astrup [SPD]: Heuchelei!)

Wir haben einen Vorschlag gemacht, der fundiert ist. Ich lade Sie noch einmal ein, darüber nachzudenken, ob Sie mit uns diesen Weg gehen oder einen Streit in diesem Land führen wollen, der der Kindertagesituation nicht zuträglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen. Die Frau Ministerpräsidentin hat vorhin ausgeführt, der Herr Wirtschaftsminister werde **ASH 2000** strategisch neu ausrichten. Ich finde, das ist eine Bemerkung, die Aufmerksamkeit verdient. Denn dahinter steht Folgendes: Wir, die Opposition, haben über Jahre kritisiert, dass **ASH** nicht effektiv genug sei. Wir haben dafür von Ihnen nur Kritik zu hören bekommen. Nun stellt der Wirtschaftsminister die Dinge richtig um, eine größere Orientierung hin zum ersten Arbeitsmarkt. Dann sollten Sie uns nicht schelten, weil wir Kritik geäußert haben, sondern eingestehen, dass die dreistellige Millionenförderung zu hoch war.  
Dritter Punkt. Aus einem Verein auszutreten, Herr Minister Dr. Stegner, heißt nicht, eine **regionenübergreifende Zusammenarbeit** nicht zu wollen, keinesfalls. Ich finde es sehr ehrlich, dass der Kollege Hentschel uns sagt: Bei einem Kernkreis wird der Kreis Plön aufgelöst. Das ist sehr ehrlich; die Diskussion finde ich 1:1. Sie, Herr Minister Dr. Stegner, sagen: Dann wird es den Kreis Plön bald nicht mehr geben. Warten wir es einmal ab, ob Sie länger Minister sind oder der Kreis Plön länger besteht. Aber versuchen Sie nicht, ein Alibi für von Ihnen gewünschte Veränderungen zu suchen. Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie das wie Herr Hentschel ehrlich und kündigen Sie das an. Dann lasst uns darüber eine politische Debatte führen. Das wäre ehrlicher als das, was Sie machen.

Es ist schon interessant, dass in diesen Tagen der Herr Wirtschaftsminister erklärt, die Förderung von **Technologiezentren** müsse er umstellen. Dort sei nicht mehr der Markt. Er müsse mehr in den **Tourismus** gehen. Das ist eine Position - Herr Wirtschaftsminister, vielleicht hören Sie es draußen in der Lobby -, die wir im Kreis Plön 1:1 teilen. Auch wir sind dieser Meinung. Ich möchte Sie etwas fragen, Herr Finanzminister und Herr Wirtschaftsminister. Im Jahre 2000 ist mit der Planung für das Bloomberg Venture Program begonnen worden. Wir haben jetzt Ende 2003,

vier Jahre später. Wir warten seit mindestens sieben Monaten - wir haben uns nie öffentlich dazu geäußert, sondern immer nur intern gemahnt -, dass Sie mit Ihrem Förderbescheid rüberkommen. Der Kreis Plön ist bei diesem Projekt mit 4 Millionen DM - auch mit meiner Stimme - hineingegangen. Bevor Sie hier allgemeine Reden über regionenübergreifende Dinge halten, kommen Sie morgen mit dem Förderbescheid zum Bloomberg, damit das Projekt in der ganzen Sache endlich beginnen kann. Das wäre weitaus glaubwürdiger, als große Reden pauschal gegen uns zu halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Art und Weise, wie uns Herr Stegner begegnet, werden wir in den nächsten 14 Monaten noch öfters erleben. Ich will Ihnen jedoch eines grundsätzlich raten: Halten Sie Ihre Bewerbungsrede für das Amt des Oppositionsführers am 21. Februar 2005, aber nicht in den nächsten 14 Monaten!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer Nachtsitzung. Das ist nicht von der Koalition zu vertreten, sondern von Ihnen. Ich wollte auf das Thema zurückkommen, das hier verschiedentlich angesprochen worden ist, nämlich die eventuelle Erhöhung der **Grundwasserabgabe** in Schleswig-Holstein. Wasser ist unser wichtigster Rohstoff. Im Weltmaßstab ist es sicherlich auch Anlass für Verteilungskriege der Zukunft.

Ich freue mich auch, dass Schleswig-Holstein eine ausgesprochen fortschrittliche Technologie der Entsalzung von Brackwasser und Salzwasser entwickelt und damit die Wasserversorgung in gefährdeten Gebieten, zum Beispiel im Nahen Osten, verbessern hilft.

(Zuruf von der CDU: GruWAG!)

- Zum GruWAG komme ich noch. Zunächst einmal ist die Frage zu stellen: Von welchem Niveau starten wir? Wasser ist nicht billig in Schleswig-Holstein, aber im Ländervergleich befinden wir uns dennoch an letzter Stelle. Zur Zumutbarkeit haben die Kollegen schon gesagt: Wenn moderat erhöht wird, so wird dies die Bürger nur vertretbar belasten. Kollegen haben auch gefragt: Wieso? Ihr setzt doch jetzt die **Wasserrahmenrichtlinie der EU** um. Macht ihr

(Detlef Matthiessen)

auch eine Wasserschonpolitik? Dabei handelt es sich natürlich um Oberflächenwasserprogramme, die wir aber sicherlich intelligent mit Grundwasserschutzprogrammen verknüpfen können. Die Frage ist aber: Ist das nur eine Maßnahme, um Gelder zu erschließen, oder ist das auch inhaltlich angemessen? Da muss ich doch feststellen: Wir alle als private Konsumenten beziehen aus unseren Leitungen im Hause immer hervorragendes Wasser. Die Quellen dafür haben sich aber gewaltig gewandelt. In Schleswig-Holstein gab es früher viele dezentrale kleine oberflächennah entnehmende Brunnen. Diese sind fast flächendeckend geschlossen worden. Mein Dorf Osterby zum Beispiel ist an den Wasserverband Schwansen angeschlossen worden. Ich frage einmal die gerade bei der CDU angesiedelten Leute vom Lande: Wo ist das anders? Nennen Sie mir ein kleines Dorf, das noch seine eigene Wasserversorgung hat.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Nach Jahrhunderten haben wir eine Situation, dass jemand, der in Schleswig-Holstein ein Loch bohrt, kein Trinkwasser mehr bekommt. Die Ersatzversorgung läuft aus Tiefbrunnen. Ausgedehnte Transportsysteme mit Anschluss- und Benutzungszwang für die Bürger sind die Folge.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, mit der **Novellierung des GruWAG** sichern wir die natürlichen Grundlagen der **Wassergewinnung** in Schleswig-Holstein, verstärken wir unter anderem die Neuwaldbildung, erschließen wir durch die Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln die Einwerbung von Bundes- und EU-Mitteln, was ja fiskalisch sinnvoll ist und von der Opposition in diesem Hause immer angemahnt wird. Wir verbessern damit die Vorsorge und verbessern langfristig die Ökonomie der Wassergewinnung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Alles! Es wird alles ganz Klasse!)

Es ist doch eine schöne Vorstellung, dass wir in Zukunft eine billigere Wasserversorgung bekommen, indem wir in unseren Dörfern Löcher bohren und daraus gesundes Trinkwasser entnehmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte ganz kurz zur **Kita-Frage** Stellung nehmen. Erstens ist festzuhalten, dass 60 Millionen € deutlich mehr sind als die Summen, die in den vergangenen Jahren gezahlt wurden. Nach den Zahlen des Finanzministers sind es 2,4 Millionen € mehr als nach den bisher vorliegenden Zahlen für 2003 gebraucht wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die fangen gerade die Personalkostensteigerung auf!)

- Wenn Sie das bestreiten wollen, müssen wir auf die Endabrechnung verweisen.

Der Finanzminister hat zweitens ausgeführt, dass auf den 60 Millionen € keine Altschulden, die möglicherweise aus Spitzabrechnungen vergangener Jahre übrig bleiben, bezahlt werden müssen. Das ist für uns auch sehr wichtig, denn das trägt zur Haushaltsklarheit bei.

Drittens. Wir haben in aktueller Debatte sehr deutliche Rückzüge sowohl der Kommunen als auch der Kreise als auch bedauerlicherweise mancher Kirchengemeinden in der Kita-Finanzierung zu verzeichnen. Das ist ein ernst zu nehmender Tatbestand. Dem sollten wir entschlossen entgegenreten.

Das Land leistet hierzu seinen Beitrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bedauern, dass es nicht zu einer Einigung gekommen ist, was die genaue Verteilung auf die Kreise angeht. Aber wir geben auch zu bedenken, dass die Unterschiede nicht so gewaltig sind, als dass man daraus eine Infragestellung der Kita-Finanzierung insgesamt ableiten kann. Wir glauben, dass es richtig ist, an den **Standards** festzuhalten. In der Vergangenheit hat es gerade von der Opposition, mal von der FDP, mal von der CDU, immer wieder Angriffe auf die Standards gegeben.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Kollegin, - -

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. - In einer Diskussion um die Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder sind wir gut beraten, die Stan-

(Angelika Birk)

dards zu halten. Wir glauben auch, dass es gut ist, zu **neuen Finanzierungswegen** zu kommen. Deshalb freuen wir uns darüber, dass die kommunalen Verbände, die Wirtschaftsverbände und das Land und möglicherweise zukünftig auch die Elternverbände an einem Tisch sitzen, um zukunftsweisende Finanzierungswege ab 2006 vorzubereiten. Das halten wir für sachlichdienlich, und dafür ist jetzt genügend Ruhe und Zeit.

Ich hoffe, dass auch Sie als Opposition konstruktiv hierzu beitragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

(Zuruf von der CDU: Noch eine neue Runde! - Weitere Zurufe von der CDU)

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, Herr Kalinka, es muss sein. Die Landtagssitzungen werden protokolliert und diese Protokolle werden auch gelesen. Deswegen rede ich noch einmal für das Protokoll und für Sie. Ich spreche im entscheidenden Teil für Sie zum Mitschreiben ganz langsam, weil Sie das sicherlich auch noch einmal brauchen.

Ich muss wirklich deutlich sagen, Herr Kalinka: Das war schon der Gipfel der Scheinheiligkeit. Es fehlte nur noch, dass Sie gesagt hätten, das Land kürze seine Beiträge.

(Werner Kalinka [CDU]: Das machen Sie auch tatsächlich!)

Ich will Ihnen das jetzt noch einmal in aller Deutlichkeit sagen und vorrechnen.

Wir stellen in den Haushalt eine Summe von 60 Millionen € ein. In dieser Summe ist ein Spielraum von mehr als 2 Millionen € enthalten, weil im Betrag für 2003 - -

(Unruhe)

- Sie können bitte bis zum Ende zuhören und sich das sagen lassen, nicht nur vom Finanzminister, sondern auch von mir. In meinem Ministerium wird das abgerechnet. - In dem Betrag für 2003 ist eine Summe von etwa 1 Million € enthalten, die der Abgeltung früherer Forderungen dient. Diese Summe fällt in den Jahren 2004 und 2005 nicht erneut an. Also ist nach Adam Riese der Spielraum größer als die 1,2 Mi-

llionen €, die Sie ausrechnen. Aber selbst in diesen 1,2 Millionen € wäre die Tarifsteigerung und wären auch neue Maßnahmen im Jahre 2004 finanziert. Wenn Sie das bestreiten, können wir Ihnen die Zahlen im Finanzausschuss gern noch einmal genau vorlegen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, darum bitten Sie zu Recht, und das werden wir auch tun. Im Übrigen steht der Bedarf für 2003 noch nicht endgültig fest. Deswegen haben wir ja für 2004 eine Summe von 1 Million € in den Haushalt eingestellt, um diese alten Forderungen abzudecken, damit nicht die Summe von 60 Millionen € durch diese Nachforderungen geschmälert wird.

Nun zur Frage des Zustandekommens der gemeinsamen Erklärung. Da bin ich nun wirklich etwas empfindlich. Wir haben in sehr intensiven Verhandlungen und mit sehr viel gutem Willen auf allen Seiten - ich betone: auf allen Seiten - eine gemeinsame Erklärung zustande gebracht. Sie wurde sogar paraphiert. Darin war ein Passus mit der **Selbstverpflichtung der kommunalen Landesverbände** enthalten, dafür zu sorgen, dass der **Finanzierungsanteil** aller Beteiligten auch in Zukunft erhalten bleibt. Als erstes haben sich davon die Kreise Nordfriesland und Ostholstein verabschiedet, indem sie nämlich die Kürzung angekündigt und dann auch umgesetzt haben. Der nächste Schritt war, dass der Landkreistag in einer Vollversammlung beschlossen hat, man wolle nun überhaupt gar keine Finanzierungszusage mehr in der gemeinsamen Erklärung haben. Er hat also noch einen draufgesetzt. Wie wollen Sie da bitte den Wohlfahrtsverbänden und dem Land verdenken, dass sie gesagt haben: Damit ist einer Vereinbarung der Boden entzogen.

So ist es dann leider geblieben. In der letzten Woche haben der Gemeindetag und der Städtetag noch einmal erklärt, sie stünden zu ihrer Zusage. Der Landkreistag hat dies leider nicht getan. Damit war das Scheitern vorprogrammiert. Bedanken Sie sich bei Ihren Kollegen vom Landkreistag, dass es so gekommen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Nein, Herr Schlie. So ist der historische Ablauf. Ich lege wirklich Wert darauf, dass er hier noch einmal festgestellt wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So habe ich es heute auch allen Beteiligten mitgeteilt. Ich muss Ihnen wirklich sagen: Ich spreche vielen

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Beteiligten, auch Ihren Parteikollegen, das Bemühen um ein Zustandekommen einer Lösung nicht ab. Das halte ich hier deutlich fest. Aber es gibt bei Ihnen einige Strategen, die das von vornherein nicht wollten und versucht haben, dies zu verhindern. Ich nenne jetzt nicht Ross und Reiter, weil ich sie nicht wirklich kenne. Aber denen war daran gelegen, dass eine solche Erklärung nicht zustande kommt. Wahrscheinlich war es das Ziel, damit das ganze Vorhaben der Verlagerung in den kommunalen Finanzausgleich zum Scheitern zu bringen. Damit haben sie sich allerdings verrechnet, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Das ist eine Unterstellung und das wissen Sie genau!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Diskussion um Kitas veranlasst mich, hier einige Worte dazu zu sagen. Wir kommen hier mit Unterstellungen nicht weiter. Ich weiß nicht so richtig, wo ich den Gipfel der Scheinheiligkeit ausmachen soll.

Wenn ich diese Debatte richtig verfolgt habe - ich bin mir sicher, dass ich das getan habe -, dann ist festzustellen, dass es eine enorme Auseinandersetzung zwischen SPD und Grünen um das Thema Flexibilisierung der Standards im Kindergartenbereich gab.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Ich kann mich auch noch sehr gut an Pressemitteilungen von Martin Hentschel oder anderen Kollegen aus der grünen Fraktion erinnern, die sehr deutlich gemacht haben, dass es mit ihnen keine Standardflexibilisierung geben soll.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Richtig verstanden. Vielen Dank, Frau Fröhlich. - Ich weiß nicht, wie Sie sich hier hinstellen und sagen können, das ganze Thema **Kindergartenfinanzierung** sei letztlich durch die Kommunen unterlaufen worden.

Parallel dazu hat der Innenminister nämlich einen Haushaltserlass herausgeschickt und deutlich gemacht, dass es zwingend notwendig ist, nicht nur die Haushalte von Bund und Land zu konsolidieren, sondern auch in den Kreisen Konsolidierungsmaßnahmen durchzuführen.

(Klaus Schlie [CDU]: Mit Schmerzen!)

Die Mehrheiten in den Kreisen im Land haben sich das wahrlich nicht leicht gemacht. Nehmen Sie nur den Kreis Nordfriesland, den Sie eben auch zitiert haben. Er hat ein Haushaltsvolumen von 130 Millionen €, eine Verschuldung von 31 Millionen €, einen Fehlbedarf für den Haushalt des Jahres 2004 von 11 Millionen €, jetzt gerade festgestellt. Die setzen sich hin, machen ein Haushaltskonsolidierungsprogramm, kürzen und prüfen, wo sie sparen können, kratzen mit Mühe und Not 1 Million € zusammen und kriegen dann von der Landesregierung, nachdem sie die Förderung von 11 % auf 6 % herunternehmen und damit im Landesvergleich noch immer gut liegen, den Vorwurf gemacht, sie hätten eine Vereinbarung torpediert und sonstige Spielchen gespielt. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da ich noch elf Minuten Redezeit habe, darf ich auch noch auf ein paar andere Dinge zu sprechen kommen. Das ist heute meine siebte Haushaltsberatung. So schwach, wie ich sie gerade von Regierungsseite empfinde, habe ich sie noch nie empfunden. Keine vernünftige Analyse der Situation des Landes,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

keine plausible Erläuterung der Maßnahmen, die uns aufzeigen, wie das wirtschaftliche Ungleichgewicht wieder ausgeglichen werden soll, keine vernünftigen konzeptionellen Überlegungen, nur Schönfärberei und der Vorwurf der Schlechtredei.

Regierungskunst müsste sich eigentlich dadurch auszeichnen, dass man zunächst einmal ganz realistisch die eigene Situation analysiert, auf der Grundlage dieser Analyse die entsprechenden Maßnahmen trifft, um eine vernünftige Zukunftsplanung zu betreiben. Davon sehe ich nichts.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, werfen uns in regelmäßigen Abständen immer wieder vor, wir redeten das Land schlecht. Vor diesem Hintergrund möchte ich auf die Vergleiche, die Rankings, die andere durchgeführt haben, zu sprechen kommen. Ich nehme die Analyse der Bertelsmannstiftung. Dort werden im **Land** anhaltende **Strukturdefizite** ausgemacht.

„Dass sich Schleswig-Holstein insgesamt im Ranking 2003 nicht verbessern konnte, liegt ganz wesentlich an den ... noch nicht überwundenen Strukturdefiziten des Landes ... Im Zielgrößenbereich Beschäftigung fällt Schleswig-Holstein um drei Ränge auf Platz 9 zurück.“

(Heinz Maurus)

Schleswig-Holstein verbessert sich „weniger stark als der Durchschnitt der Länder“.

„Mehr als 18 % der Arbeitsplätze in der Hansestadt sind durch Schleswig-Holsteiner besetzt. Etwa 140.000 Menschen pendeln täglich aus Schleswig-Holstein nach Hamburg.

Diese hohe Zahl an Auspendlern belastet die Erwerbstätigenquote, bei der das Land ... eine lediglich unterdurchschnittliche Performance erreicht. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote in Höhe von insgesamt 11,1 % ... konnte Schleswig-Holstein zwar seinen 5. Platz halten, entwickelte sich aber auch hier schlechter als der Durchschnitt aller Länder ...

Die angespannte Haushaltslage mit den einhergehenden zunehmenden Zinsbelastungen schränkt den landespolitischen Handlungsspielraum in der Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft ein und könnte das Land im Aktivitätsbereich Beschäftigung noch weiter zurückfallen lassen.

Auch vor diesem Hintergrund sind eine konsequente Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Standortrahmenbedingungen zur Stärkung der industriellen Basis durch Ansiedlungen die wichtigsten und vielleicht einzig realisierbaren Ansätze der Landespolitik, mit denen eine Stabilisierung der Beschäftigungslage ... erreicht werden kann.“

Ich erinnere auch an den Hinweis von Professor Driftmann, der deutlich das **Investitionsklima** ansprach. Im Rahmen der FFH-Diskussion tragen Sie kräftig dazu bei und vertreiben noch die letzten Unternehmer, die bereit sind, zu expandieren oder sich hier anzusiedeln.

Es heißt weiter:

„(Es) ... erscheint problematisch, dass die Gesamtausgaben des Landes für Forschung und Entwicklung gesunken sind ...

Dies ist vor allem deshalb bedenklich, weil sich die Innovationsschwäche der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an vielen Einzelindikatoren ablesen lässt: So liegt das Land bei den Patentanmeldungen ... auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich ...

Auch im Zielgrößenbereich Sicherheit“

- der Innenminister ist auch schon gegangen -

„konnte sich Schleswig-Holstein gegenüber dem Ranking 2001 nicht verbessern und erreichte ... lediglich“

- man höre und staune! -

„noch Platz 13 ...

Die Quote nicht aufgeklärter Straftaten ist lediglich in den Stadtstaaten und in Mecklenburg-Vorpommern ... höher als in Schleswig-Holstein.“

Danach kommen die Defizite in der Bildungspolitik. So geht das weiter und weiter und weiter. Und dann stellen Sie sich hierhin und sagen: Reden Sie das Land nicht schlecht, statt klar zu analysieren und zu sagen: Das sind die Defizite, die wir haben, und da müssen wir jetzt ansetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden einen Haushalt aufstellen, der eine sichere Planung beinhaltet und das Land tatsächlich nach vorn bringt.

Thomas Stritzl hat vorhin gesagt:

„Willst du Schleswig-Holstein vorne sehen, musst du die Tabelle drehen.“

Ich kann nur fortführen:

„Und das nächste Mal anders wählen.“

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kalinka!

(Zurufe von der SPD: Noch einmal?)

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Versuch machen, beim Thema **Kindertagesstätten** auf das abzustellen, auf das es wirklich ankommt.

Im November 2002 machten wir das Angebot einer **Standardfreigabe** bis zu 25 Kindern in einzelnen Gruppen und stellten hier im Parlament einen Antrag zur Abstimmung. Dies wird von Rot-Grün abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Das war die damalige Situation.

Dann macht die SPD Muskelspiele und lässt kursieren, sie sei möglicherweise zu einer Standardfreigabe bereit.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich!)

(Werner Kalinka)

Im Juni 2003 kommt die Frau Ministerpräsidentin mit Ihrer Regierungserklärung und erklärt: Bei 60 Millionen € wird gedeckelt. Wie man hört, waren manche hier in diesem Haus von dieser Aussage überrascht. Zugleich lässt die stellvertretende Ministerpräsidentin über ihren grünen Kreis in Kiel Papiere verteilen, in denen steht, dass es keine Standardfreigabe geben wird.

Zugleich stehen die Kommunen unter größten finanziellen Schwierigkeiten. Sie erhalten vom Herrn Innenminister einen Erlass, wie Herr Schlie dargelegt hat, zum Beispiel auch bei Vereinen und Verbänden zu kürzen. Das ist die Vorgabe, die wir bekommen haben. In unserem Kreis machen wir zum Beispiel einen über vier Jahre laufenden Vertrag mit dem Sportverband und machen feste Zusagen für das, was sie bekommen. Wir halten es nämlich für falsch, dort zu sparen.

Zugleich beginnen Sie, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, im Juli Gespräche.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Ich finde es nicht ganz in Ordnung, dass dort hinten seit geraumer Zeit jemand steht. Ich finde es schade für die Sache, wenn man sich hier in diesem Haus um ein Thema bemüht.

(Zurufe)

Frau Ministerin, zugleich beginnen sie, Gespräche mit den Verbänden zu führen. Was ich jetzt sage, verstehen Sie bitte nicht als Vorwurf. Es ist Ihr gutes Recht, das so zu machen. Aber warum haben Sie nicht auch einmal das Gespräch mit der CDU aufgenommen, die Vorschläge gemacht hat? Ich frage das einfach einmal. Wir waren doch bereit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Sie führen ein Gespräch mit den Landesverbänden und kommen zu einer Paraphierung. Eine Paraphierung bindet niemanden. Sie steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gremien. So ist das einfach.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kalinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Astrup?

**Werner Kalinka [CDU]:**

Gern.

**Holger Astrup [SPD]:** Herr Kollege Kalinka, können Sie bestätigen, dass es nicht nur

eine Paraphierung, sondern sogar eine vom Vorstand Ihres Landkreistages abgeseignete Erklärung gab, die da hieß, der Landkreistag unterschreibt? Soll ich sie Ihnen zeigen?

- Herr Kollege Astrup, gehen Sie einmal davon aus, dass wir einen gegenteiligen Informationsstand haben.

(Holger Astrup [SPD]: Ja oder Nein?)

- Nein. - Herr Kollege Astrup, um es ganz klar zu sagen: Es hat dort im Vorstand offensichtlich eine Meinungsbildung gegeben. Ich bin nicht im Vorstand. Die Entscheidung trifft aber natürlich das Gremium, die Mitgliederversammlung.

(Holger Astrup [SPD]: Mit wem sollen wir denn verhandeln?)

- Herr Kollege Astrup, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen. Auch wenn diese paraphierte Vereinbarung vorliegt, wissen Sie doch, dass die Entscheidungen in den Kreistagen und in den Stadtvertretungen gefällt werden. Wo denn sonst? Kein Spitzenverband kann für einen Kreistag oder andere eine Entscheidung treffen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist interessant!)

Dann kommen wir in den Landkreistag und geben eine Erklärung ab, die sogar noch eine größere Standardfreigabe ermöglichen würde.

Es müsste Ihnen eigentlich entgegengekommen sein. Ja, so ist das! Die Erklärung, die wir dort gemacht haben und die von breiter Mehrheit getragen wurde, wäre inhaltlich eigentlich auch für Sie konsensfähig. So ist das! Hören Sie zu, was der Kollege Astrup sagt. Die Erklärung wäre für ihn konsensfähig gewesen.

Frau Ministerin, nun setze ich eines drauf: Der Kollege Astrup sagt, für ihn ist das konsensfähig. Für uns ist es das auch. Warum nutzen Sie nicht die Chance, mit uns in dieser Frage einmal zu einer Vereinbarung zu kommen? Wir sitzen bei diesem Thema alle in einem Boot. Wenn Sie mehr Sprachförderung machen wollen, dann müssen Sie auch mehr Mittel anbieten. Deswegen haben die FDP und wir gesagt, wir brauchen 1,5 Millionen € oder ein paar Millionen € mehr. Wenn Sie mehr tun wollen, müssen Sie mehr Mittel dafür geben. Sie werden das mit den jetzigen Mitteln finanziell nicht schaffen können. Alle Abrechnungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Mittel in dem Maße verbraucht werden. Da Sie die Verantwortung erst im März bekommen haben, sage ich ganz offen, Sie sollten ein wenig zurückhaltender bei der Ein-

(Werner Kalinka)

schätzung sein. Ich werfe Ihnen das nicht persönlich vor.

Frau Ministerin Erdsiek-Rave, ich prophezeie Ihnen, dass die Anforderungen Ende 2004 höher sein werden als der Titel. Wir schlagen nichts anderes vor, als dies auszugleichen. Warum nehmen Sie die Möglichkeit nicht an, mit uns etwas zusammen zu machen? Ich kann Ihnen die Antwort gern geben. Die Grünen wollen es nicht. Sie wollen in der Frage deshalb keinen ideologischen Streit riskieren. Nutzen Sie die Chance zu einer Standardfreigabe mit der breiten Mehrheit dieses Hauses. Geben Sie ein bisschen mehr für die Kinder und der Streit wäre morgen früh beendet. Riskieren Sie die Auseinandersetzung mit den Grünen über diese Frage!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kalinka, ich verstehe das nicht. Erst haben Sie in Ihrer Rede gesagt, Sie haben insofern nichts mit dem Landkreistag zu tun, als Sie nicht im Vorstand sitzen. Trotzdem soll die Landesregierung mit Ihnen einen Vertrag schließen beziehungsweise gemeinsam etwas machen. Das verstehe ich einfach nicht. Sie widersprechen sich in Ihrer eigenen Rede. Das können Sie gern hinterher nachlesen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Nein, danke! Ich möchte noch Folgendes sagen: Die Geschichte fing - wie gesagt - etwas anders an. Im ersten Haushaltsentwurf stand, dass zunächst die Freigabe erfolgen sollte. In der Zwischenzeit haben nur die Kreistage mit CDU-Mehrheit Kürzungen angekündigt, und zwar bei den Kurzen. Das ist die CDU! In zwei Kreistagen wird das durchgesetzt. Es ist sowohl in Nordfriesland als auch im Kreis Schleswig-Flensburg ausdrücklich gesagt worden, dass das erst der Anfang dieser Kürzungen ist.

Der Hintergrund ist wie folgt: Sie wissen auch, warum die Kreise verpflichtet sind, dort Geld hinzugeben. Gucken Sie in das Kita-Gesetz hinein. Es gibt insgesamt fünf Gruppen, die die Kitas jeweils mit

Kostenbeiträgen finanzieren. Die lauten wie folgt: Erstens. Das Land zahlt weiterhin den bisherigen Zuschuss. Das sind die 22 % - umgesetzt in andere Zahlen. Zweitens werden die Elternbeiträge überall diskutiert. Es wird möglicherweise in einigen Städten und Gemeinden noch zu Erhöhungen kommen. Drittens. Träger sind die **Kreise**. Die Kreise haben die Kürzungen bei den Kurzen mit CDU-Mehrheiten bereits beschlossen. Das ist - ehrlich gesagt - die Schweinerei! Das vergessen Sie einfach!

Für den SSW war es klar: Wir möchten keine Herabsetzung der **Standards** bei der **Kita-Verordnung**. Hintergrund ist auch unter anderem, dass es noch das Kinder- und Jugendhilfegesetz gibt, nach dem die Kreise verpflichtet sind, in den Kitas für die Kinder entsprechende Bedingungen zu schaffen. Wenn man die Verordnung einfach wegnimmt, wird es unmöglich, dort ordentliche Arbeit zu leisten. Genau vor diesem Hintergrund wollten wir keine Standardfreigabe.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass es die Kita-Verordnung schon heute zulässt, in Ausnahmefällen Erzieherinnen mit einer Gruppe von 25 Kindern allein zu lassen. Da sage ich ganz ehrlich: Das ist schon ein sehr großer Rahmen. Das ist sehr harte Arbeit, die dort geleistet wird. Ich finde, da kann man - wie Sie es tun - nicht eine weitere Standardfreigabe fordern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Höfs das Wort.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist alles gesagt. Herr Kalinka, ich habe einfach das Gefühl, Sie wollen überhaupt gar nicht, dass diese Absprache zustande kommt, denn Sie unternehmen wirklich alles, um das Ganze noch zu unterlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Sie erklären ständig irgendwelche Bedingungen, die eingehalten werden oder von Ihnen sozusagen präsentiert werden sollen. Durch die Aussagen des Landkreistages und dadurch, dass die Mittel zurückgezogen worden sind, ist eine Beteiligung der Wohlfahrtsverbände gar nicht mehr einzufordern. Dadurch, dass diese Erklärungen von Ihnen ständig stattgefunden haben, ist es so, dass Sie gar nicht mehr an den Tisch zurück können. Ich denke, man kann nicht immer

(Astrid Höfs)

weiter anfordern, dass die **Standardfreigabe** zustande kommt, denn irgendwo müssen wir auch Bedingungen schaffen, die den Kindern noch gerecht werden. So geht es in jedem Fall nicht!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss noch einmal fragen: Wenn Sie die kommunalen Landesverbände noch berufen, dann frage ich mich wirklich, ob man mit den kommunalen Landesverbänden unter diesen Bedingungen noch Verträge abschließen und verhandeln kann, wenn sie gar nicht autorisiert sind, hier zu verhandeln und zurückziehen. Ich frage mich, was das Ganze soll. Darauf müssen wir in Zukunft Rücksicht nehmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat Ihnen Herr Astrup eingeflüstert!)

- Darüber müssen wir nachdenken. In jedem Fall ist es so, dass das Land mehr Geld zur Verfügung stellt. Der Spielraum ist auch so, dass 2004 ausreichend Geld da sein wird. Das werden Sie erleben, das kann ich Ihnen versprechen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schlie das Wort. Ihnen steht nur noch wenig Redezeit zur Verfügung.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das geht auch relativ schnell. - Frau Ministerin, ich wollte nur auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Der Landkreistag hat Ihnen - und das wissen Sie auch - den Beschluss der Mitgliederversammlung zugeschickt. Auf dieser Grundlage können wir weiterhin miteinander das Gespräch führen. Frau Ministerin, Sie wissen genau, dass die entscheidende Klausel in allerletzter Minute hereingekommen ist. Sie war vorher überhaupt nicht ausverhandelt, nämlich in dem Punkt, dass die bisher gezahlten Anteile der Kommunen beibehalten werden sollen. Sie wissen ganz genau, dass das nicht möglich ist und nicht möglich gewesen wäre. Genauso war es!

Es war auch so, dass die Paraphierung unter Grenienvorbehalt stand. Sie wissen, dass die **Kreise** über Jahrzehnte hinweg in der Regel weit über das hinaus, was im **Kita-Gesetz** vorgesehen war, freiwillige Leistungen gezahlt haben. Ich weiß das aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg und habe Ihnen das auch dargestellt. Das sind 21 % der Personalkosten gewesen. Wenn man das auf die Einwohnerzahl runterbricht,

dann ist das der zweithöchste Betrag. - Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Wortmeldung des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

**Klaus Schlie [CDU]:**

Nein! - Das ist der zweithöchste Betrag, der gezahlt worden ist. Das sind freiwillige Leistungen über das hinaus, was vereinbart war. Wenn die Kreise dann dem nachkommen, was der Innenminister gefordert hat, nämlich Haushaltskonsolidierung zu machen, dann kann sich derjenige, der dort verhandelt, nicht verpflichten, das einzuhalten. Herr Kollege Astrup, deshalb ist es auch nicht ganz richtig, was Sie jetzt vom Vorstand des Landkreistages sagen. Dort ist nämlich zusätzlich vereinbart worden, dass zusätzlich noch ein Brief geschrieben werden sollte, der genau das aushebelt. Sie kennen den Beschluss in Gänze. Deshalb ist das leider auch nicht in Ordnung.

Ich finde es nach wie vor richtig, wenn man den Versuch macht, insgesamt zu solch einer Vereinbarung zu kommen. Die Grundlage ist gegeben, allerdings nicht mit dieser verbindlichen Verpflichtungserklärung. Wer soll sie denn auch abgeben? Sie wissen doch ganz genau, dass die gar keiner abgeben kann; kein Geschäftsführer des Landkreistages und auch kein Vorstand. Sie wissen genau, dass die Kreise, die über Jahrzehnte freiwillige Leistungen über das, was vereinbart wurde, hinausgehend geleistet haben, es jetzt einfach nicht mehr können, weil Sie den Kommunen ständig das Geld geraubt haben, mit dem sie das finanzieren könnten. Das ist doch der entscheidende Punkt!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es mag jeder seine Minuten hier verbringen, wie er will. Ich will die Chance noch einmal nutzen, ganz deutlich zu sagen, dass wir weiter gesprächsfähig sind und eine Lösung unterstützen würden, Frau Ministerin.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])



(Werner Kalinka)

- Kollege Astrup, lassen Sie uns doch einfach mal den Versuch machen, einen konstruktiven Punkt in dieser Debatte zu finden.

Und ich möchte Ihnen dazu zwei Dinge sagen: Erstens. Von 15 Kreistagen und Ratsversammlungen haben vier aus kommunalpolitisch verständlichen Gründen zunächst eine andere Position vertreten, vier von 15 aus kommunalpolitisch verständlichen Gründen bei sich zu Hause. Daraus abzuleiten, die Kommunen und die Kreise seien dagegen, ist nicht in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist: Sie haben gefragt, wer denn was entscheiden kann. Die Landkreismitgliederversammlung hat dazu ein Angebot gemacht, das beschlussfähig auf dem Tisch liegt. Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat dies aufgenommen und hat sie gefragt, wie sie dazu stehen. Das finde ich völlig in Ordnung. Deswegen sage ich noch einmal, Frau Ministerpräsidentin: Bevor hier die Türen endgültig vorschnell zugemacht werden, lassen Sie uns genau überlegen, ob wir in diesem Punkt nicht noch einen gemeinsamen Weg finden. Die Landkreisaussage, die Herr Astrup als für sich unterstützungsfähig ansieht, ist es auch für uns.

Und ein letzter Punkt, Frau Höfs. Sie haben es für richtig angesehen, zu uns zu sagen: Sie wollen nicht. Wenn Sie wüssten, wie ich mich engagiert habe, in unseren Reihen eine Lösung zu finden, dann würden Sie mir in der Diskussion nicht so ungerecht entgegenkommen. Ich habe mich in starkem Maße bemüht, in dieser Frage eine Brücke zu bauen, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es falsch ist, diese Diskussion 14 Monate zu führen und keiner etwas davon hat.

Deshalb habe ich noch einmal das Wort ergriffen, nicht weil ich Sie auf der Tribüne langweilen will - ich meine nicht dort oben, sondern hier an der Seite -, sondern weil es in der Sache darum geht, am Ende doch noch eine Lösung dieser Problematik zu finden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Widerspruch)

- Es liegen doch noch Wortmeldungen vor. Herr Abgeordneter Baasch hat das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich schwierig, Herrn Kalinka zu überzeugen, deshalb muss ich das wahrscheinlich gar nicht weiter versuchen.

Festzuhalten ist, dass wir 60 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich für die **Kindergartenförderung** einstellen und dass das mehr Geld ist. Festzuhalten ist aber auch, dass eine gemeinsame Erklärung, ein gemeinsames Vorgehen nicht zustande gekommen ist.

Ich finde es schon ein sehr seltsames Verhalten, vonseiten der CDU hier so zu tun, als wenn es in diesem ganzen Verfahren nur zwei Partner gäbe, nämlich auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen Seite die CDU. Nein, es gibt auch Wohlfahrtsverbände als Träger von Einrichtungen und es gibt auch Eltern in diesem Verfahren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir die Freigabe von Standards einfordern, zum Beispiel bei Elternverbänden und Wohlfahrtsverbänden, müssen wir sehr stark dafür werben, dass diese diesen Weg auch mitgehen. Man kann dieses gemeinsame Verfahren natürlich auch unterlaufen, so, wie Sie das hervorragend angekündigt haben: Mit uns wird das nicht stattfinden. Sie haben das dann auch organisiert, das Unterlaufen. Das werfen wir Ihnen schlicht und ergreifend vor. Je mehr Sie schreien, desto mehr haben wir Sie in dieser Frage ertappt. Ich glaube, das wird ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Silke Hinrichsen [SSW] - Zurufe von der CDU)

Lesen Sie doch einmal die Briefe, die Sie zum Beispiel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband bekommen. Sie sagen deutlich, die Erklärung des Landkreistages vom 17. November 2003 ist für sie so etwas von nicht tragbar, dass sie auf dieser Ebene nicht mitarbeiten können und dass sie auf dieser Grundlage auch nicht bereit sind, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Baasch, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

**Wolfgang Baasch** [SPD]:

Ja, gern.

**Werner Kalinka** [CDU]: Herr Kollege, dann zitieren Sie doch bitte auch, was der DPWV zu der Erklärung vom 23. Oktober 2003 gesagt hat!

- Das habe ich gesagt, nämlich dass der Weg, den wir aufgezeigt haben, für die Wohlfahrtsverbände ein sehr schwer zu gehender Weg ist und dass die Wohlfahrtsverbände von der ganzen Angelegenheit nicht begeistert waren und wir sehr viel Überzeugungsarbeit dafür leisten müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hätte mir nur gewünscht, Sie hätten Überzeugungsarbeit mit geleistet und nicht alles torpediert. Sich jetzt hier hinzustellen und als Retter in dem ganzen Verfahren auftreten zu wollen - nein, Sie sind der Zünder. Das ist das Problem in diesem Verfahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb noch einmal: Wir wollen nach wie vor - auch in den nächsten zwei Jahren - versuchen, zu einem gemeinsamen Verfahren zu kommen, aber nicht ausschließlich mit Ihnen allein und mit dem Landkreis, sondern wir wollen alle in diesem Verfahren mitnehmen. Und darum sollten Sie sich dann auch einmal bemühen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Dann stelle ich jetzt fest, dass mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit schließe ich die Beratung. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie Platz und konzentrieren wir uns!

Bevor wir in die Abstimmung über den Haushalt 2004/2005 eintreten, lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2997, Stichwort Grundwasserentnahmeabgabe, abstimmen. Wer diesem Antrag der CDU, Drucksache 15/2997, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen nun zu den **Abstimmungen** über den **Haushalt 2004/2005**. Ich lasse zunächst über die

Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 1 bis 5 - Einzelpläne 1 bis 13, aus der Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich werde weiter den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3102, zur Abstimmung aufrufen, da dieser Antrag unter anderem die Ablehnung des Haushaltes 2004/2005 betrifft. Wer diesem Entschließungsantrag, Drucksache 15/3102, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 01, Landtag, auf. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 5 a bis 6, aus der Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 von Kapital 0101, Landtag - Personalausgaben, bis Kapital 0104, Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 01 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 02, Landesrechnungshof**, auf. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 6 a bis 6 c aus der Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 von Kapitel 0201, Hauptgruppe 4 - Personalausgaben, bis Titel 517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume - abstimmen.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Holger Astrup [SPD]: Mindestens die CDU sollte zustimmen!)

- Ich hatte nach Zustimmung gefragt zu den CDU-Anträgen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Insgesamt war das Abstimmungsverhalten deutlich. Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben dagegen gestimmt!)

- Sie haben dagegen gestimmt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jawohl! - Heiterkeit)

Dann muss ich sagen, dass ich Ihr zögerliches Verhalten zwar mitbekommen habe, aber dass ich es falsch interpretiert habe. Dann lasse ich, um eine deutliche Abstimmung zu haben, die Abstimmung wiederholen. Wer diesen Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen? - Nach Enthaltungen brauche ich damit nicht zu fragen. Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP abgelehnt worden gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 03, Ministerpräsidentin - Staatskanzlei**, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 7 bis 11, Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099, von Kapitel 0301, Hauptgruppe 4, Personalabgaben, bis Titel 0302-517 01, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt!

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen worden.

Ich rufe den **Einzelplan 04, Innenministerium**, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 12 bis 21, Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt!

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099, von Kapitel 0401 Hauptgruppe 4, Personalausgaben, bis Titel 0416-535 01, Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt!

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen CDU und FDP ist der Einzelplan 04 angenommen worden.

Ich rufe den **Einzelplan 05, Finanzministerium**, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 22 bis 26 - -

(Wortmeldungen der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Maurus!

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Ich bitte, über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, hier die Nummer 24, separat abstimmen zu lassen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das ist die Drucksache 15/3097?

(Heinz Maurus [CDU]: Ja!)

Dann Herr Abgeordneter Dr. Garg zur Geschäftsordnung!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Ich bitte um Einzelabstimmung über den Antrag der Union, Drucksache 15/3099, betreffend 0501-133 04; das ist Seite 15 der Drucksache.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Können Sie mir das bitte einreichen?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reichen Sie mir die Titelbezeichnungen bitte ein!

Dann lasse ich zunächst abstimmen über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummer 22 bis 26; wir nehmen die Nummer 24 zunächst heraus. Wer der Nummer 24, Drucksache 15/3097, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über die Nummern 22, 23, 25, 26 abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099, von Titel 0501-121 01 bis Titel 0507-511 01, Geschäftsbedarf, abstimmen. Laut Geschäftsordnungsantrag soll zunächst über den Titel 0501-133 04, Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilen an der NordwestLotto Verwaltungsgesellschaft, abgestimmt werden. Wer diesem Änderungsantrag aus diesem Paket der CDU seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den

Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die anderen eben bezeichneten Titel aus dem Antragspaket der CDU, Drucksache 15/3099, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**, auf.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 28 bis 40 - kein Geschäftsordnungsantrag; wir können so verfahren -, Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP - -

(Zuruf von der CDU: Nein, nein!)

- Dann habe ich das nicht richtig gesehen. Ich lasse die Abstimmung wiederholen. Wer diesen Änderungsanträgen die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit habe ich festzustellen: Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Die Mehrheit wackelt! - Heiterkeit)

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099, von Kapitel 0601, Hauptgruppe 4, Personalausgaben, bis Titel 0605-521 62, Laufende Unterhaltung, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Ich lasse über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**, auf.

Ich lasse auch hier zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 41 bis 44 und 46 bis 82, Drucksache 15/3097, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099, von Kapitel 0701, Hauptgruppe 4, Personalausgaben, bis Kapitel 0711 - 0716, Stellenveränderungen Lehrkräfte, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer diesem Einzelplan seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Einzelplan 08 brauche ich nicht aufzurufen. Hier liegen Änderungsanträge nicht vor.

Wer dem Einzelplan 08 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - -

(Zuruf: Den gibt es gar nicht mehr!)

Möchte jemand etwas zur Geschäftsordnung sagen?

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident, der Einzelplan 08 ist obsolet, weil wir eine Neuordnung der Einzelpläne haben.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich rufe den **Einzelplan 09, Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie**, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 83 bis 94 sowie die Nummern 96 bis 98 - aus der Drucksache 15/3097 abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 von Kapitel 0901 Hauptgruppe 4, Personalausgaben, bis Titel 0907-684 12, Zuschüsse für Angebote zur Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien und anderen Lebensgemeinschaften, abstimmen.

Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 10, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz**, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 99 bis 106 sowie 108 bis 110 - aus der Drucksache 15/3097 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 von Kapitel 1001, Hauptgruppe 4, bis Titel 1016-684 04, Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Weiter lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3103, Titel

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

1006-684 07, An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V., abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich lasse jetzt über den **Einzelplan 11, Allgemeine Finanzverwaltung**, abstimmen.

Vorher kommen wir zur Einzelabstimmung über den Titel 1102-633 10, Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Kosten des pädagogischen Personals der Kindertagesstätten, aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse nun über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 111 bis 117 - aus der Drucksache 15/3097 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 abstimmen, nämlich von Titel 1102-633 10 bis Titel 1116-575 01, Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate), abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 11 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 12, Hochbaumaßnahmen des Landes**, auf und lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099, Titel 1205-715 03, Grundinstandsetzung der OFD Kiel, und Titel 1206-712 22, Neubau Straßenmeisterei Breitenfelde, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft**, auf. Zunächst führen wir auch hier eine Einzelabstimmung durch, und zwar über den Titel 1302-099 02, Einnahmen aus der Grundwasserentnahmeabgabe, aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3099. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 118 bis 150 - aus der Drucksache 15/3097 abstimmen.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3099 abstimmen, und zwar von Kapitel 1301 Hauptgruppe 4, Personalausgaben, bis Titel 1311, Einführung eines neuen Titels für Investitionen für Umweltbildungsmaßnahmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Weiter lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/3103 zu Titel 1302-533 40, Monitoring NATURA 2000, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen.

Ich rufe jetzt das **Haushaltsgesetz 2004/2005** - Drucksache 15/2790 - auf. - Herr Abgeordneter Dr. Garg, Sie haben das Wort zu einem Geschäftsordnungsantrag.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Wie mit dem Präsidium heute am späten Nachmittag vereinbart, möchte ich eine redaktionelle Änderung im Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 15/3097, bekannt geben. Unter Nummer 7 soll Artikel 1 § 20 Abs. 8 geändert werden. Richtig muss es heißen: Artikel 1 § 20 streiche Absatz 8, setze Absatz 7. - Ich bedanke mich für die Kooperation des Präsidiums.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Geschäftsordnungsanträge sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 1 bis 11 aus dem ersten Teil - das sind die Seiten 1 bis 4 der Drucksache 15/3097 -, abstimmen. Wer den Änderungsanträgen Nummern 1 bis 11 mit der redaktionellen Änderung in Nummer 7 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Ich lasse nun über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Nummern 1 bis 4 aus dem ersten Teil - das sind die Seiten 2 und 3 der Drucksache 15/3099, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse weiter über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/3104 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/3105 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich weise darauf hin, dass keine Änderungsanträge angenommen worden sind. Somit beträgt das Haushaltsvolumen in § 1 im Jahr 2004 10.144.845.100 €, im Jahr 2005 10.814.723.200 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen im Jahr 2004 673.322.000 € und im Jahr 2005 549.749.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt für 2004 2.974.721.400 €, für 2005 3.423.646.300 € und bleibt somit unverändert. Die bei Titel 1116-325 01 veranschlagte Kreditaufnahme verändert sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Haushaltsgesetz mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsgesetz 2004/2005, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Landeshaushalt 2004/2005 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt Punkt 8 der Tagesordnung auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3048

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 15/3088

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat dem Landtag am 21. November 2003 den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 vorgelegt. Der 2. Nachtrag ist notwendig geworden aufgrund weiterer im Rahmen der November-Steuerschätzung festgestellter **Steuer ausfälle**, anderer Ausfälle von Einnahmen, die entgegen dem Plan im Haushaltsjahr 2003 nicht realisiert werden konnten, als da wären die Veräußerung von LEG und NordwestLotto, und zwangsläufiger Mehrausgaben, zum Beispiel beim Wohngeld und bei der Sozialhilfe.

Diese Belastungen sollen nach den Vorschlägen der Landesregierung durch eine Erhöhung der Neuverschuldung um rund 628 Millionen € ausgeglichen werden. Die Gesamthöhe der **Kreditaufnahme** im Haushaltsjahr 2003 von über 1,2 Milliarden € überschreitet die in Artikel 53 der Verfassung vorgegebene Obergrenze der Kreditaufnahme, wonach die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfen. - Das Präsidium ist ein bisschen laut. Das stört beim Vortrag ein bisschen, weil man sich selber nicht mehr richtig hört.

Eine Überschreitung dieser Grenze ist nur zulässig, wenn entweder das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht oder die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes ernsthaft und nachhaltig gestört sind.

Die Landesregierung hält das Überschreiten der verfassungsrechtlich zugelassenen Neuverschuldung angesichts der Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit für begründet, um in konjunkturell schwierigen Zeiten Maßnahmen zur Beseitigung der **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu ergreifen. Dass der Landtag durch die Landesregierung gebeten wird anzuerkennen, dass im Jahr 2003 wie bereits im Jahr 2002 eine ernsthafte Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

vorliegt, die eine erhöhte Kreditaufnahme rechtfertigt, teilt die Mehrheit im Finanzausschuss.

Der Finanzausschuss hat sich mit dem **Nachtragshaushalt** im Zusammenhang mit der Beratung des Doppelhaushalts am 27. November und 4. Dezember 2003 befasst. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 15/3048 unverändert anzunehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Günter Neugebauer.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt angesagt die Beratung des 2. Nachtragshaushalts für das laufende Jahr 2003. Das ist fürwahr kein Grund zur Freude, schon gar nicht um 22 Uhr des heutigen Tages. Ich füge absichtsvoll hinzu: Auch für die Vertreter der Opposition ist das kein Anlass für Häme oder Jubel.

Auch die Wählerinnen und Wähler der Opposition erwarten, dass Sie Ihre parteipolitischen Interessen zurückstellen, wenn es um das Wohl des Landes geht, Kollege Kubicki.

Die Frau Berichterstatterin hat es schon erwähnt: Wir als Parlament sind heute gefordert anzuerkennen, dass 2003 wie auch 2002 eine ernsthafte und nachhaltige **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** vorliegt. Diese Störung führt leider dazu, dass die nach Artikel 53 unserer Landesverfassung vorgesehene Begrenzung der **Kreditaufnahme** überschritten werden muss.

Wer sich ernsthaft mit Politik beschäftigt, wird anerkennen müssen, dass sich die deutsche Wirtschaft nunmehr im dritten Jahr einer **Stagnation** befindet, die - bei allem Respekt vor den Leistungen der Landesregierung oder den Leistungen der Arbeitnehmer oder der Unternehmer - das Land Schleswig-Holstein erfasst hat. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Das Bruttoinlandsprodukt - so wird man wohl vermuten müssen - ist im Verlaufe dieses Jahres leicht gesunken. Die Steuereinnahmen gehen rapide zurück. Für 2003 haben uns die Steuerschätzer über 280 Millionen € mehr Einnahmen prognostiziert, als tatsäch-



**(Günter Neugebauer)**

lich in die Kassen der Finanzämter dieses Landes fließen beziehungsweise geflossen sind. Diese **Steuermindereinnahmen** sowie weitere nur begrenzt durch die Landespolitik beeinflussbare Mindereinnahmen und Mehrausgaben werden den Haushalt - die Frau Berichterstatterin hat es gesagt - um 628 Millionen € belasten.

Nicht einmal die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition können bestreiten, dass diese Mehrausgaben und Mindereinnahmen von heute auf morgen einzusparen sind, sondern leider nur durch höhere Kredite aufgefangen werden können.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Ihr habt zu spät angefangen!)

Auch Sie von der Opposition - ich habe an dieser Stelle auf Zwischenrufe gewartet, aber Sie schwächeln - wissen vielleicht, dass Schleswig-Holstein genauso handeln muss wie fast alle anderen Bundesländer, auch jene, Kollege Kubicki - weil Sie den Kopf schütteln -, in denen wie in Rheinland-Pfalz die FDP an der Regierung beteiligt ist oder wie Hessen oder Niedersachsen, wo die CDU beziehungsweise CDU und FDP regieren. Deswegen sind Sie jetzt auch so ruhig. Das akzeptiere und respektiere ich.

Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir sagen: Hätten wir im Laufe des Jahres all den Parlamentsanträgen der Opposition und den regionalen Forderungen der Opposition zugestimmt, Kollege Hay, dann müsste das Land jetzt wesentlich mehr Kredite aufnehmen. Sie haben - das wurde heute in der Debatte zum Doppelhaushalt schon gesagt - allen konkreten Maßnahmen der Kürzung oder Streichung von Ausgaben widersprochen.

Wenn ich Ihre Ankündigung ernst nehmen darf, dass Sie mit dem Bundesverfassungsgericht drohen, dann - das muss ich Ihnen sagen - stellen Sie Parteitaktik vor Landesinteresse.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ein Quatsch! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was soll das denn?)

Wenn Sie, Herr Kollege Kayenburg, bei dieser Gelegenheit schon nicht auf mich hören wollen, dann sollten Sie wenigstens auf den Präsidenten der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein hören, der - so vermute ich - Ihnen politisch etwas näher steht als uns.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie auch sonst auf ihn hören würden, wäre das in Ordnung!)

Ich will Ihnen nicht vorenthalten, was Herr Driftmann in seiner Landespressekonferenz am 27. November gesagt hat. Ich lese wörtlich vor:

„Was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist eine große Koalition der Vernunft. Das bedeutet, dass es uns nicht weiterhilft,“

(Zurufe von der CDU)

- ich kann verstehen, dass Sie das nicht hören wollen; aber ich denke, so viel Zeit sollten wir uns nehmen -

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

„wenn die CDU nach Karlsruhe marschiert und aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem obsiegenden Urteil im Hinblick auf die Landesfinanzen zurückkehrt.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben!)

„Damit ist in der Sache nichts gelöst.“

Herr Kayenburg, das sagt Herr Driftmann, nicht ich.

„Vielmehr muss jetzt gemeinsam der Reformbedarf in Angriff genommen werden, und das unverzüglich.“

Abgesehen von der Prognose von Herrn Driftmann über den Ausgang eines möglichen Urteils: Herr Driftmann hat Recht, meine Damen und Herren.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Oppositionsführers? Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege, Sie sind schon länger im Landtag als ich. Sie wissen: Es wird angerechnet.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Bitte schön.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Sie haben das Wort, Herr Kollege Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:** Herr Kollege Neugebauer, können Sie mir bestätigen, dass das von Ihnen gebrachte Zitat des Präsidenten der Unternehmensverbände beinhaltet,

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

dass er feststellt, dass der von Ihnen vorgelegte Haushalt und Nachtragshaushalt verfassungswidrig ist?

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Ich kann aus dem, was ich Ihnen vorgelesen habe, nur entnehmen, dass er dringend abrät, den Weg nach Karlsruhe zu gehen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das Entscheidende ist, dass der Haushalt verfassungswidrig ist!)

Das, was Herr Driftmann fordert, ist auch im Maßnahmekonzept unserer Regierung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er fordert mehr Arbeitsplätze!)

Es handelt sich um Maßnahmen, die wir - teilweise gegen heftigen Protest und Widerstand der Opposition - durchgeführt haben oder, wie wir eben beschlossen haben, mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005 einleiten werden. Ich nenne nur die Stichworte Modernisierung und Verschlankeung der Verwaltung, Ausgabekürzungen bei Förderprogrammen - wo waren Sie da? -, Kürzungen bei Personalausgaben - konkret: wo waren Sie? -, Abbau von Subventionen - wo bleiben Sie? - und ein Zukunftsinvestitionsprogramm, mit über 100 Millionen € ausgestattet, das, wie wir schon gehört haben, in den nächsten zwei Jahren mehr als 800 Millionen € Ausgaben mobilisieren wird.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: 1,2 Milliarden!)

Wenn ich bei unserem Maßnahmenprogramm bin, Kollege Hay, dann will ich doch unsere Maßnahmen zur Fusion der Landesbanken und der Universitätskliniken in Erinnerung rufen. Ich will die Streichung eines Ministeriums und vieler Abteilungsleiterstellen sowie die Zusammenlegung von Behörden bei Polizei, Katasterämtern und Finanzämtern in Erinnerung rufen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Keine eigenen Ideen von Ihnen!)

Wir haben den Ressorts die Erwirtschaftung von 90 Millionen € globaler Minderausgaben erfolgreich abverlangt. Wir haben gegen Ihren Widerstand im Rahmen unseres Maßnahmenpaketes die Weihnachts- und Urlaubsgelder unserer Beamten reduziert beziehungsweise gestrichen.

Die Eingriffe in viele freiwillige Leistungen waren sicherlich keine Maßnahmen, für die wir uns von den

Zuschussempfängern hätten feiern lassen können. Wir wissen, wie wenig Sie uns auf diesem schwierigen Weg begleitet haben.

Zum 2. Nachtragshaushalt gibt es angesichts der von mir geschilderten Steuermindereinnahmen und der bekannten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben keine wirkliche Alternative. Eine Verweigerung der höheren Nettokreditaufnahme würde die erforderliche Überwindung der schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein verhindern, mindestens gefährden. Ein Ausgleich der unerwarteten Haushaltsbelastungen durch Einsparungen wäre - das wissen wir alle - kurzfristig nur sehr schwer möglich. Ich sage ganz bewusst und absichtsvoll: Er wäre angesichts der Auswirkungen auf die Zuschussempfänger, die wiederum Personalausgaben kürzen müssten, in dieser Phase der Konjunktur beschäftigungspolitisch kontraproduktiv.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich finde es toll: Beim Land ist die Kürzung von Personalausgaben von Vorteil, bei anderen von Nachteil!)

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht würde, wenn wir solche Maßnahmen verfolgten, weiter verschlechtert werden.

Auch die großen Ausgabeblöcke Kapitaldienst, Personalausgaben und Sachmittel lassen wegen ihrer langfristigen Belegung kurzfristige Einschnitte in der genannten Höhe nicht zu. Selbst wenn 19 Tage vor Jahresabschluss noch investive Mittel frei wären, Kollege Kubicki, wäre die Kürzung an dieser Stelle konjunkturpolitisch sicherlich nicht in Ihrem Sinne.

Obwohl - ich habe es eben schon gesagt - der Haushaltsvollzug in 19 Tagen abgeschlossen wird, ist das Warten auf den errechneten Fehlbetrag von etwa 628 Millionen € keine wirkliche Alternative zur zusätzlichen Kreditaufnahme noch im laufenden Jahr. Ein solcher Fehlbetrag - das wissen alle, die die Landeshaushaltsordnung kennen - müsste spätestens im Jahre 2005, und zwar ohne zusätzliche Kredite, finanziert werden. Angesichts der geringen kurzfristig zu ergreifenden Gestaltungsspielräume im Personal- und Sachmittelbereich - wie ich es eben beschrieben habe - müsste das Auftragsverhalten des Landes Schleswig-Holstein deutlich reduziert werden. Eine solche Politik würde die wirtschaftliche Belegung nicht stärken, sondern schwächen. Zusammen mit den Auswirkungen der **Steuerreform** brauchen die Un-

**(Günter Neugebauer)**

ternehmen im Lande nicht weniger, sondern mehr Aufträge.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Darauf habe ich gewartet und darauf war ich vorbereitet. Dem dient, wie Sie, Kollegin Heinold wissen, auch das **Zukunftsinvestitionsprogramm** des Landes, mit dem wir ein Auftragsvolumen von mehr als 800 Millionen € anstoßen werden.

Lassen Sie mich also feststellen, meine Damen und Herren: Die erhöhte Kreditaufnahme mit dem zweiten Nachtrag ist vertretbar, weil sie im Zusammenhang mit den Reformen des Landes und des Bundes die Wachstumskräfte der Wirtschaft stärken wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht nicht im Nachtragshaushalt!)

Alle anderen Vorschläge, auch die Vorschläge von Ihnen, Herr Kollege Kubicki, würden die positiven Wirkungen des Gesamtkonzepts der Landesregierung und der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Belebung konterkarieren und sind deswegen für uns nicht verantwortbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich abschließend an Ihre Verantwortung appellieren. Überlegen Sie sich noch einmal mit viel Vernunft und Verstand die angekündigte Klage vor dem **Bundesverfassungsgericht**. Sie ist wirtschaftspolitisch gefährlich und politisch wirklich grotesk.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum? Wenn ihr euch an die Verfassung gehalten habt, ist es doch in Ordnung!)

Selbst wenn Sie in Karlsruhe Erfolg haben sollten - zwei Juristen, drei Meinungen; Herr Kollege Kubicki, das wissen Sie -, würde dies 19 Tage vor Jahresabschluss nichts mehr bewirken können, aber wegen der von mir beschriebenen Investitionskürzungen in den Jahren 2004 und 2005 das zarte Pflänzchen wirtschaftliches Wachstum gefährden.

(Rainer Wiegard [CDU]: Investitionskürzung!)

- Dafür würden Sie, Kollege Wiegard, die Verantwortung tragen. Es mag Ihrer Partei kurzfristig helfen, obwohl ich auch das bezweifle. Aber es wird den Menschen im Lande, insbesondere jenen, die ihren Arbeitsplatz in Gefahr sehen, schaden.

Lassen Sie mich feststellen: Es fällt uns nicht leicht, die Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären. Aber wir sind sicher - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Stärkung oder die Störung?)

- Das habe ich nicht gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Vielen Dank für die Korrektur, Herr Kollege Hay. - Es ist 22:15 Uhr. Ich bitte um Nachsicht. - Dann will ich es wiederholen: Es fällt uns nicht leicht, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären. - Es ist 22:15 Uhr. Ich bitte um Nachsicht. - Aber wir wissen, dass die angestrebten Maßnahmen geeignet sind, wie auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartet, das wirtschaftliche Wachstum zu beleben und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Deswegen bitten wir Sie alle, dem Vorschlag für einen zweiten Nachtragshaushalt 2003 zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf noch um ein wenig Aufmerksamkeit bitten. So jung kommen wir nicht wieder zusammen. - Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard das Wort.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahresergebnis, das diesen Haushalt ausweist, hat der Kollege Neugebauer soeben in seiner Teeplauderstunde geflissentlich verschwiegen. Die Zahl von 1,2 Milliarden € neuer Schulden hat er vorsichtshalber gar nicht erst genannt. Ich weiß nicht, ob er sie nicht erfassen konnte oder ob er sie verschweigen wollte. Das Ergebnis dieser vielfältigen Bemühungen hat ja dankenswerterweise die Kollegin Heinold schon in einem einfachen überschaubaren Satz zusammengefasst: Schleswig-Holstein ist pleite.

Wir haben den Antrag zum Haushalt 2003, der nun zu Ende geführt werden soll, in der zweiten Lesung am 18. Dezember 2002 behandelt. Da wollte die Ministerpräsidentin - sie ist gerade nicht da; das macht aber nichts; der Herr Finanzminister wird ihr das gerne übermitteln, dass das nicht an ihr vorbeigeht - dem Land Schleswig-Holstein in einer Zeit - so hat sie es ausgedrückt -, in der der Haushalt von Schleswig-Holstein in schweres Fahrwasser geraten sei, Orientierung geben. Meine Damen und Herren, das ist eine sehr freundliche Beschreibung. Denn der **Haushalt Schleswig-Holsteins** ist nicht etwa zufällig in schwe-

(Rainer Wiegard)

res Fahrwasser geraten, sondern ist durch die Politik dieser Landesregierung dorthin gelenkt worden.

(Beifall bei der CDU)

Sehen wir uns die Entwicklung des Haushaltsplans einmal an. Die Nettokreditaufnahme betrug beim ersten Entwurf 512 Millionen €. Wegen der Fluthilfekonnten, selbstverständlich über Kredite finanziert, wurde nachgeschoben und auf 583 Millionen € **Neuverschuldung** erhöht. Das war die Zahl, von der die Ministerpräsidentin sagte, das sei schweres Fahrwasser. Beim ersten Nachtrag waren es 598 Millionen € und nun ist es mehr als eine Verdoppelung auf 1,2 Milliarden €. Was ist das für ein Fahrwasser, in dem wir uns nun befinden? Wir müssen versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu finden, und wir müssen auch die Frage beantworten, wie wir in dieses Fahrwasser hineingekommen sind.

Die Landesregierung hat sechs Gründe für diesen Haushaltsplan vorgelegt. Der erste lautet: Steuerausfälle. Wenn man sich die geplanten **Steuereinnahmen** und die tatsächliche Entwicklung ansieht, so stellt man fest: Als dieser Haushalt beraten wurde, konnte man schon absehen, dass wir im Jahre 2002 5,2 Milliarden € Steuern einnehmen würden. Das ist dann auch so eingetroffen und wurde im Nachtrag 2002 festgehalten. Dennoch hat die Landesregierung dann einen Plan vorgelegt, in dem sie 5,7 Milliarden € für 2003 vorgesehen hat. Das ist eine Steigerung um fast 10 %, und zwar in einer Zeit, in der die Ministerpräsidentin erklärt, wir befänden uns in schwerem Fahrwasser und in einem Jahr, in dem sie selbst schon, auch für 2002, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie man dann zu solchen Steuereinnahmesteigerungen kommen kann, ist schon ein Rätsel.

In der Nachschiebeliste wurde das schon einmal ganz leicht auf 5,6 Millionen € korrigiert, im ersten Nachtragshaushalt auf 5,5 Millionen € und nun, siehe da, auf 5,2 Millionen €. Das ist ungefähr das Ergebnis, das wir im Jahre 2002 auch hatten, und das scheint auch realistisch, meine Damen und Herren. Die eigenen Steuereinnahmen des Landes bewegen sich in allen Jahren seit 1998, seit Rot-Grün regiert, auf etwa diesem Niveau, durchaus keinem kleinen Niveau, sondern auf einem hohen Niveau, zwar ohne beträchtliche Steigerungen, aber sehr ordentlich.

Man hat das Gefühl, dass die Grundlage dieser Steuerplanung und dieser Haushaltsplanung nicht das Ergebnis sorgfältiger Berechnungen ist, sondern eher das Ergebnis einer Knobelrunde. Jedes Mal, wenn der

Finanzminister eine Sechse würfelt, darf er 100 Millionen € mehr eintragen und die übrigen Mitglieder des Kabinetts dürfen diese Summe schon einmal ausgeben und lassen den Finanzminister nachher damit alleine, das Geld einzutreiben.

Besonders bemerkenswert ist eine Steuerart, auf die sich die Ministerpräsidentin in ihrer Rede bezogen hat. Wir haben uns darüber hier schon mehrfach auseinandergesetzt. Das ist die **Körperschaftsteuer**. Ich lese noch einmal vor, was sie vor einem Jahr hier gesagt hat

„Wenn man sich die Körperschaftsteuer anguckt, dann kommt man langsam wirklich ins trockene Schluchzen. Die Entwicklung dieser Steuer ist geradezu absurd. Sie hat einmal über 20 Milliarden € betragen und hat jetzt gerade wieder die Höhe der Biersteuer erreicht.“

Im Jahre 2002 waren es in Schleswig-Holstein gerade einmal 60 Millionen €. Nur, diese Entwicklung ist doch nicht von selbst gekommen.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Diese Entwicklung ist durch eine Steuerreform bewirkt, an der diese Landesregierung mitgewirkt hat und die es ermöglicht hat, dass die Unternehmen in Deutschland auf gesetzlicher Grundlage ihre Steuern verrechnen können.

Nun, meine Damen und Herren, wird es besonders interessant. Der Finanzminister hat ja auch bei den Steuern kräftig umsortiert. Im Jahre 2003 stellen wir plötzlich eine gegenläufige Entwicklung fest. Im Jahre 2003 ist die höchste Körperschaftsteuereinnahme aller Zeiten in Schleswig-Holstein zu verzeichnen. Welch eine Entwicklung: 340 Millionen €! Nur, meine Damen und Herren, damals vor einem Jahr - ich erinnere mich noch an Herrn Professor Rohwer - waren es die Weltwirtschaft, die Konjunktur, die Amerikaner, die Koreaner. Alle waren daran schuld, dass die Körperschaftsteuer eingebrochen war, nur nicht die eigene Unfähigkeit.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das bedeutet wohl im Umkehrschluss: Wenn wir nun ein so exorbitant hohes Aufkommen bei der Körperschaftsteuer haben, muss die Konjunktur eigentlich brummen oder wie wollen Sie das erklären?

Deshalb frage ich mich, wie Sie das eigentlich begründen wollen. Wenn Sie die Argumentation, die Sie im letzten Jahr hierzu aufgebaut haben, logisch fort-

(Rainer Wiegard)

setzen, müssten Sie eigentlich sagen, dass die höchste Körperschaftsteuereinnahme aller Zeiten ein Beleg dafür ist, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Oder wie sonst wollen Sie das hier erklären?

Auf jeden Fall müssen Sie feststellen, dass in 2001 und 2002 Ihr Tun, nämlich dieser Steuerreform unter diesen Bedingungen zuzustimmen, und Ihr Nichtstun, nämlich nach der Erkenntnis, dass das falsch war, nichts daran zu ändern, dem Land Schleswig-Holstein 300 Millionen € Einnahmeverlust beschert hat.

Angesichts der Tatsache, dass wir uns über 4.500 € streiten müssen, ist das schon ein ziemlicher Brocken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die zweite Begründung, die die Landesregierung anführt, ist: Einnahmeausfälle aus der **Veräußerung** der Anteile der **LEG**. Es gibt überhaupt keinen Grund, Einnahmeausfälle aus der Veräußerung der Anteile der LEG einzustellen, deren Verkauf im Jahr 2002 geplant und 2003 beschlossen worden ist. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Verkaufserlös im Jahr 2003 nicht einzunehmen. Sie wollten das so. Hier gibt es keinen Ausfall. Sie haben die Verschiebung bewusst herbeigeführt, weil Sie die Ergebnisse des Jahres 2004 schön rechnen wollen, und machen - koste es, was es wolle - als Ersatzlösung einfach neue Schulden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das! - Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die dritte Begründung, nämlich **NordwestLotto**. Dazu sagen Sie:

„Für die Veräußerung von NordwestLotto ist ein Lotteriegesetz erforderlich. Die Verabschiedung durch den Landtag wird nicht mehr im Jahre 2003, sondern erst zu Beginn des Jahres 2004 erwartet.“

Erwarten könnte man doch nur, dass Sie die eineinhalb Jahre genutzt hätten, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das kann man aber nicht erwarten. Sie haben es nämlich nicht gemacht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Insofern frage ich: Warum haben Sie seit Beginn, seit Mitte 2002 nicht daran gearbeitet? - Dies ist eine bewusste Verschiebung von **Einnahmen** und kein Einnahmeausfall.

Viertens gehört dazu auch der so genannte „Ausfall der Nachzahlung aus der Vergütung der ehemaligen Landesbank für die Inanspruchnahme der Zweckrücklagen“. Die Begründung ist falsch. Die Begründung ist einfach falsch. Sie schreiben hier zu Recht, die

Entscheidung der EU liege heute nicht vor. Gut. Einverstanden. Wenn die Entscheidung heute nicht vorliegt, lag sie vor einem Jahr auch nicht vor und Sie hätten diese 100 Millionen € vor einem Jahr gar nicht erst einstellen dürfen. Das ist insofern kein Ausfall. Es kann nur ausfallen, was konkret hätte eintreten müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies sind virtuelle Einnahmen, die Sie entgegen dem Haushaltsrecht eingestellt haben.

Die Begründung Nummer fünf: **Mehrausgaben** in Höhe von rund 130 Millionen €. Die Ministerpräsidentin hat bei der Verabschiedung des Haushalts gesagt:

„Wir müssen den Haushalt so gestalten, dass wir endlich wieder neue Spielräume gewinnen und neue Ziele anfangen können. Das heißt, wir kommen nicht umhin, jetzt eisern zu sparen und dabei alle gesellschaftlichen Gruppen mit einzubeziehen.“

Was Sie machen, ist das Gegenteil. Sie geben einfach 130 Millionen € mehr aus, als Ihnen dieses Parlament bewilligt hat.

(Beifall bei der CDU)

Dafür nehmen Sie jetzt neue Schulden auf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das sind fünf Gründe, die nicht zutreffend belegt sind. Die virtuellen Steuermindereinnahmen in Höhe von 280 Millionen € sind tatsächlich nicht eingetreten. Hinzu kommen die bewusste Verschiebung und die Inkaufnahme einer Einnahmelücke von LEG und Lotto von 165 Millionen € - wie wir jetzt aus Ihren Unterlagen wissen - und die unzulässige Veranschlagung der Zinsnachzahlung - das macht allein 500 Millionen €. Wenn Sie dann nicht die Nichteinsparungen, wie die Ministerpräsidentin angekündigt hat, sondern die Mehrausgaben hinzunehmen, sind Sie genau bei dem Betrag, den Sie heute nachfinanzieren.

Die sechste und - wie ich finde - frechste Begründung ist - ich lese das vor -:

„Hinzu kommt, dass aufgrund rechtlicher Bedingungen die benötigten Einsparungen bis zum Ende des Haushaltsjahres auch nicht mehr realisiert werden könnten.“

Warum haben Sie dann mit der Vorlage des Nachtragshaushalts so lange gewartet? Sie hätten ein ganzes Jahr Zeit gehabt. Alle diese Entwicklungen, die Sie bewusst wollten und die Ihnen angeblich zugeflo-

(Rainer Wiegard)

gen sind, haben Sie seit langer Zeit gekannt. Das ist eine wirklich außerordentlich freche Begründung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben heute schon mehrfach über die Entwicklung der Investitionen gesprochen. Ich sage Ihnen noch einmal: Wer in dem Jahr, in dem er zum ersten Mal die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** erklärt, 765 Millionen - eine der niedrigsten Zahlen, die wir überhaupt je hatten - in den Plan einstellt und dann noch tatsächlich 80 Millionen weniger realisiert, für das Haushaltsjahr 2003, in dem das zweite Mal die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt wird, eine Steigerung der **Investitionen** - man höre und staune - um 5 Millionen € in den Plan einstellt - von 795 Millionen auf 800 Millionen -, dann aber bis Ende November dieses Jahres von 950 Millionen zur Verfügung stehenden nur 560 Millionen ausgibt, also 40 % nicht verausgabt, muss hier genauer erklären, wie er sich eigentlich die Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorstellt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Ministerpräsidentin wollte - ich habe das eingangs erläutert - für dieses Jahr 2003 und die Jahre danach Orientierung geben. Der Herr Finanzminister wollte ihr dabei behilflich sein. Wer vier Monate, nachdem er seinen ersten Haushalt eingebracht hat, denselben mit 800 Seiten Papier korrigieren muss, muss damit leben, dass er als Löwenbändiger gestartet und als Papiertiger hier im Plenum gelandet ist. Die Frau Ministerpräsidentin hat diese bedeutende Orientierung in diesem Jahr, in dem Schleswig-Holstein laut ihrer eigenen Erklärung in schweres Fahrwasser geraten ist, durchaus gegeben, indem sie zwei wirklich ganz bedeutende Beiträge geleistet hat, die Schleswig-Holstein substanziell voranbringen. Sie hat erstens gesagt:

„Wir haben das bekloppteste Steuersystem der Welt.“

Das war ein bedeutender Beitrag. Viel mehr habe ich von dieser Ministerpräsidentin in diesem Jahr, in dem Schleswig-Holstein in schwerem Fahrwasser war, nicht gehört.

(Beifall bei der CDU)

Und sie hat über 15 Jahre an ganz herausragender, verantwortlicher Stelle an diesem beklopptesten Steuersystem der Welt mitgewirkt.

Die zweite große Tat, die Schleswig-Holstein voran gebracht hat, ist die Äußerung der Ministerpräsidentin

in diesen Tagen zum Vermittlungsausschuss. Sie sagte:

„Da frage ich mich, ob wir nicht alle zusammen spinnen.“

Das ist das Niveau, auf dem Schleswig-Holstein regiert wird, meine lieben Freunde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Niveau. Deshalb stehen wir da, wo wir heute stehen.

Entsprechend ist die Geschäftsverteilung in dieser Landesregierung: Die Ministerpräsidentin macht die Homestories, der Wirtschaftsminister macht die ZIP-ZAP-Programme, der Umweltminister macht seine Spielchen, der Innenminister macht sein Nickerchen und der Herr Finanzminister macht als Letzter das Licht aus und die Tür zu, aber nicht, ohne vorher noch einmal durchs Haus zu gehen und zu sagen: „Genossen, ich gehe gleich zur Sparkasse, wie viel braucht ihr noch?“ Das ist Ihre Tat, Herr Finanzminister.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Der **Nachtrag 2003** dokumentiert einen außerordentlich liederlichen Umgang mit unserer Verfassung. Die Landesregierung hat die Finanzlage am Ende des Jahres weitgehend mutwillig, teilweise fahrlässig durch Tun und durch Nichtstun selbst herbeigeführt. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Nachtrag ab. Und wir werden dafür sorgen, dass gewollte Verfassung und tatsächliche Verfasstheit in unserem Land wieder im Einklang stehen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Günter Neugebauer [SPD]: Das machen Sie nur, um sich wach zu halten! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Um Sie aufzuwecken!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Wichtigste zuallererst: Auch die Fraktion der FDP wird selbstverständlich den Nachtrag zum Haushalt 2003 ablehnen, obwohl - das will ich hier ausdrücklich sagen - der Finanzminister mit diesem Nachtrag sämtliche unserer Erwartungen an ihn erfüllt hat.

**(Dr. Heiner Garg)**

Erstens haben wir ihm bereits im April gesagt, dass ein zweiter Nachtrag unumgänglich sei. Jetzt debattieren wir ihn.

Zweitens haben wir ihm im April auch schon gesagt, dass er die rot-grüne Ausgabenwut im Haushaltsvollzug mit globalen Mindereinnahmen nicht bremsen werde. Auch das ist so eingetreten.

Berücksichtigen wir das makabre Weihnachtsgeschenk der Gehaltskürzungen für Beamtinnen und Beamte, so stehen immer noch 55 Millionen € **globale Minderausgaben** im Nachtrag. Im ersten Nachtrag wurden sie aber nur um 36 Millionen € erhöht. In der Ist-Liste für November ist nicht zu erkennen, wo dieses Geld eigentlich noch eingespart werden soll.

Drittens. Herr Finanzminister, wir sagten Ihnen im April vorher, dass die Überschreitung der **Kreditobergrenze** wegen einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und oder der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein im Dezember verfassungswidrig sein würde. Herr Minister Stegner, auch diese Erwartungen haben sich voll und ganz erfüllt.

Im Mai drückte Rot-Grün sich vor der Wahrheit der ersten Steuerschätzung. Genauso war es bereits beim Haushalt 2003 vor der Schätzung vom November 2002. Der Beweis dafür erfordert ein bisschen Grundschulrechnen, mehr aber auch nicht. Die Steuerschätzung im November 2002 ergab erwartete Einnahmen von 5,44 Milliarden €; 5,08 Milliarden € aus Steuern, 109 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und 251 Millionen € Bundesergänzungszuweisungen.

Im Haushalt 2003 setzte Claus Möller aber 5,57 Milliarden € an. 5,22 Milliarden € aus Steuern, 109 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und 250 Millionen € Bundesergänzungszuweisungen. Hiervon zeugte bereits das erste Haushaltsloch von 137 Millionen €. Das war sachlich völlig unbegründet, aber anders hätte Rot-Grün schon 2003 die Kreditobergrenze bei der Aufstellung des Haushaltes überschritten. Diese Schmach wollte Claus Möller offensichtlich ganz und gar seinem Nachfolger überlassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Rainer Wiegand [CDU])

Dann verschlechterten sich die Vorhersagen für die konjunkturelle Entwicklung. Bis zum April war abzu sehen, dass das reale Wirtschaftswachstum Deutschland dieses Jahr umgehen würde und die Steuereinnahmen in Deutschland nur mit der Inflation steigen würden. Die Steuereinnahmen in Deutschland folgen dem nominalen Bruttoinlandsprodukt. Bei Inflationserwartungen von 1 % bedeutet dies, dass die im No-

vember 2002 für 2003 geschätzten Einnahmen von 5,21 Milliarden € ungefähr um 1 % steigen würden, also auf 5,26 Milliarden €. Das Haushaltsloch hatte sich rein rechnerisch bereits hierdurch auf 312 Millionen € verdoppelt.

Herrn Dr. Stegner war das natürlich völlig egal. Er stellte einen Nachtrag mit entsprechenden Einnahmen von 5,51 Milliarden € auf; 5,15 Milliarden € aus Steuern und unverändert 109 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und 250 Millionen € aus den Bundesergänzungszuweisungen.

Das waren immer noch 73 Millionen € mehr als in der Steuerschätzung vom November 2002. Er verkleinerte das tatsächliche Haushaltsloch lediglich um 64 Millionen € auf stolze 248 Millionen €. Eine Woche nachdem dieser Nachtrag verabschiedet war, kamen die Steuerschätzer zusammen. Auf Befehl von Hans Eichel durften sie für die offiziellen Ergebnisse kein reales Nullwachstum unterstellen. Für Schleswig-Holstein schätzten sie so 5,34 Milliarden € Einnahmen; 5,03 Milliarden € aus Steuern, 80 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und 227 Millionen € Bundesergänzungszuweisungen. 175 Millionen € weniger als der vorausschauende Dr. Stegner noch eine Woche zuvor in seiner Kristallkugel gesehen hatte und in seinem Nachtrag veranschlagte.

Vor fünf Wochen kamen die Steuerschätzer erneut zusammen. Diesmal konnte sich auch Hans Eichel nicht mehr um das reale Nullwachstum für 2003 herumreden. So schätzte man für 2003 nur noch Einnahmen von 5,23 Milliarden €; 5,1 Milliarden € aus Steuern, 7 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und 118 Millionen € Bundesergänzungszuweisungen. Damit betrug das Haushaltsloch gegenüber dem ersten Nachtrag 281,7 Millionen €.

Ich erinnere an meine Überslagsrechnung von eben: Ohne reales Wachstum bei 1 % Inflation sollten die Einnahmen rechnerisch 5,26 Milliarden € und das Haushaltsloch 248 Millionen € betragen. Die Steuerschätzer kamen mit genau den gleichen Annahmen auf knapp 30 Millionen € weniger. Das Haushaltsloch wurde also entsprechend größer, und zwar um knapp 34 Millionen €.

Herr Dr. Stegner, vergleichbare Rechnungen hatten wir Ihnen allerdings bereits im Juni präsentiert. Was folgt daraus? Rot-Grün hat sich im Mai vor der Regierungsverantwortung gedrückt. Sie hatten zwei Chancen, verantwortlich zu handeln. Sie haben beide ausgelassen:

(Beifall bei FDP und CDU)

**(Dr. Heiner Garg)**

Die erste Chance wurde vergeigt, als Rot-Grün nicht auf unseren Antrag hörte und den ersten Nachtrag unbedingt vor der Mai-Steuerschätzung durchpeitschen wollte. Danach wäre es zumindest verantwortungsvoll gewesen, wenigstens die wirtschaftlichen Vorhersagen und den Zusammenhang zwischen nominalem Bruttoinlandsprodukt und den Einnahmen bei der Aufstellung des verfrühten Nachtrages zu berücksichtigen.

Im zweiten Nachtrag musste dann immerhin 248 Millionen € weniger Schulden veranschlagt werden; statt 628 Millionen € „nur“ 380 Millionen €. Das hätte selbstverständlich bedeutet, dass auch schon im ersten Nachtrag die 248 Millionen € hätten finanziert werden müssen. Zugegeben, das ist politisch unangenehm. Genau für diese unangenehmen Aufgaben hat die Ministerpräsidentin aber angeblich Herrn Dr. Stegner als Finanzminister berufen.

Genau wie in den letzten 15 Jahren traute sich Rot-Grün aber nicht, der Wahrheit ins Gesicht zu blicken und entsprechend zu handeln. Man erging sich in den üblichen Ankündigungen. Alle nur denkbaren Haushaltslöcher würden im Dezember mit dem Mantel neuer Schulden zugedeckt; selbstverständlich auch die vermeidbaren. Herr Dr. Stegner ließ sich zur Beruhigung des rot-grünen Gewissens noch etwas ganz Besonderes einfallen. Er erhöhte nämlich die globalen Minderausgaben um 36 Millionen €. Damit wollte er wenigstens vorgeben, sich des Problems ein bisschen anzunehmen. Im Entwurf dieses Nachtrags stehen allerdings immer noch 55 Millionen €. Es war scheinbar die übliche Ankündigung ohne die entsprechenden Folgen.

Herr Dr. Stegner, Sie werden es mir möglicherweise nicht glauben, aber an dieser Stelle würde ich mich wirklich freuen, wenn Sie mich eines Besseren belehren würden und dem Landtag heute noch mitteilen könnten, dass die globalen Minderausgaben bis zum 31. Dezember noch vollständig erwirtschaftet werden. Wenn Sie das mitteilen, dann interessiert mich auch, bei welchen Ausgabentiteln. Das kann zweieinhalb Wochen vor Ende des Dezembers nicht allzu schwierig sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn Sie uns das nachher freundlicher Weise mitteilen würden, sollten Sie allerdings auch gleich entsprechende Änderungsanträge vorlegen; quasi eine **Nachschiebeliste** zur Auflösung globaler Minderausgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die globalen Minderausgaben führen mich zur fehlenden **Haushalts-**

**sperre**. Schließlich heißt es in der Begründung dieses Nachtrages:

„Mit dem ersten Nachtragshaushalt sind diese Einsparungen durch zusätzliche globale Minderausgaben anstelle einer Haushaltssperre ausgeweitet worden.“

Im August berichtete der Finanzminister dem Landtag über den Haushaltsablauf im ersten Halbjahr. Nach 50 % des Jahres waren 44 % der geplanten Einnahmen und 46 % der geplanten Steuereinnahmen erzielt, 51 % der geplanten Ausgaben getätigt und die geplante Nettoneuverschuldung war bereits zu 90 % ausgereizt. Im August hatte niemand mehr Illusionen über die schlechte wirtschaftliche Lage. Mit steigenden Ausgaben für die soziale Sicherung war also von jedermann zu rechnen.

Dass die Steuereinnahmen erheblich niedriger ausfallen würden als geplant, musste die Landesregierung im August auch bereits wissen. Im August rechnete - abgesehen von Hans Eichel - kaum noch jemand mit Wirtschaftswachstum in diesem Jahr, vor allen Dingen keine Fachleute. Wo also sollten die geplanten Minderausgaben erwirtschaftet werden? Wahrscheinlich nur noch in der Illusion dieses Finanzministers. Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise aus dem Umfeld des Kieler Kabinetts meldeten schon im April, dass sich die Fachminister in der entscheidenden Kabinettsitzung nur zu höheren globalen Minderausgaben zwingen ließen, weil just während dieser Sitzung - selbstverständlich völlig versehentlich - eine Haushaltssperre aufgelöst wurde.

Die schlechten wirtschaftlichen Daten boten also für die Ressorts die beste Ausrede, sich der gedanklichen Fessel erzwungener Minderausgaben; quasi im vorgezogenen Dezemberfieber zu entledigen. Spätestens hier hätte ein glaubwürdiger Finanzminister seinen Kollegen eine Haushaltssperre vorgeschlagen. Ein glaubwürdiges Kabinett hätte dieser Haushaltssperre auch zugestimmt. Herr Dr. Stegner, selbstverständlich hätte eine Sperre nicht das gesamte Defizit im Vollzug erwirtschaften können. Die eine oder andere Million wäre aber zusammengekommen. Ein paar Millionen hier und ein paar Millionen da und schnell spricht man über tatsächliche Einsparungen und nicht nur über die gewünschten. An dieser Stelle wurde Dr. Stegner im Plenum und im Finanzausschuss den Erwartungen der Ministerpräsidenten gerecht.

Demagogisch geschickt blendete er die Finanzpolitiker der SPD: Die Haushaltssperre könnte doch sowieso niemals das gesamte Defizit abdecken - selbst in Baden-Württemberg würden beim vierfachen Haushaltsumfang nur 100 Millionen € erwirtschaftet. Des-



(Dr. Heiner Garg)

halb sollte man für rechnerisch 25 Millionen € doch nicht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage endgültig ausbremsen; das brächte nämlich nichts. Aber, es hätte immerhin 25 Millionen € gebracht. Dann würden bei den globalen Minderausgaben jetzt nur noch 30 Millionen € offen stehen.

Das Stichwort „gesamtwirtschaftliche Nachfrage“ führt mich dann zum **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht**. Es ist selbstverständlich gestört, es ist bei Ihnen immer gestört. Das allerdings reicht nicht, um die Kreditobergrenze verfassungsgemäß überschreiten zu dürfen. Es müssen nämlich zwei weitere Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss eine schwerwiegende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein vorliegen. Zweitens müssen die Ausgaben, die mit den zusätzlichen Schulden finanziert werden, bestimmt und geeignet sein, eben diese schwerwiegende Störung abzuwenden.

In Ihrer Pressekonferenz am 20. November 2003 schloss die Ministerpräsidentin aus, dass die zweite Bedingung erfüllt wird. Sie erwartete auch für **2004** kein angemessenes **Wirtschaftswachstum** und keine hohe **Beschäftigung**. Folglich wehren die zusätzlichen Schulden für 2003 die Störung 2003 und 2004 auch gar nicht ab. Damit sind sie per Definition auch nicht dazu geeignet. - Das war's, Herr Finanzminister.

Die neuen Schulden können die miserable wirtschaftliche Lage Schleswig-Holsteins auch nicht verbessern. Diese Lage ist das Ergebnis einer strukturellen Krise, die maßgeblich 15 Jahre schlechter roter und rot-grüner Politik zu verdanken ist. Diese Krise kann man mit Staatsausgaben auf Pump nicht beenden. Sie existiert ja gerade wegen zu hoher Staatsausgaben auf Pump, und zwar für die falschen Zwecke.

**Wirtschaftliche Strukturkrisen** werden nur bewältigt, wenn die Anreize für Menschen und Unternehmen gestärkt werden zu arbeiten, zu sparen und zu investieren. Nur dann wird unsere Wirtschaft dauerhaft schneller wachsen, die Beschäftigung steigen und die Arbeitslosigkeit merklich sinken.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Eine schuldenfinanzierte Steigerung der **inländischen Nachfrage** hilft Ihnen da überhaupt nicht - falls die neuen rot-grünen Schulden überhaupt die inländische Nachfrage merklich steigern können. Die inländische Nachfrage steigt durch die neuen Schulden 2003 so gut wie gar nicht. Nach der Ist-Liste vom November sind von den für 2003 geplanten fast 11 Milliarden € Bruttoausgaben nur 71 Millionen € noch nicht ausge-

geben, angeordnet oder festgelegt. Nähmen wir an, dass die Landesregierung Mitte Dezember ohne neue Schulden auf diese Ausgaben verzichten müsste. Dann will die Landesregierung jetzt 71 Millionen € neue Schulden aufnehmen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht um ein lächerliches Promille zu schwächen. Herr Minister Dr. Stegner, das ist verfassungswidrig, weil 1 % Veränderung der inländischen Nachfrage keine schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Störung abwenden kann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die restlichen 557 Millionen € neue Schulden stärken die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sowieso nicht mehr und sind deswegen ebenfalls verfassungswidrig.

Aus den eben dargestellten Gründen wird die FDP-Landtagsfraktion diesem „Wunderwerk“ der ökonomischen und mathematischen Kunst dieses „wunderbaren Finanzministers“, den die Ministerpräsidentin laut „Financial Times“ ja mit einem gewissen Borsentivier verglichen hat, nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege Dr. Garg, Sie haben hier noch ein paar Seiten am Rednerpult liegen gelassen. Kann das sein?

(Zurufe von der FDP: Weitermachen!)

Ich wollte nur einer möglichen Verwirrung der nachfolgenden Rednerin entgegenwirken. Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Garg, das war jetzt schon der zweite Versuch, mir Ihre Rede unterzuschummeln. Ich befürchte, dass es Ihnen irgendwann noch einmal gelingt, hoffe es aber nicht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Hätten Sie das gemerkt?)

Die Höhe der zusätzlichen **Nettoneuverschuldung in 2003** ist erschreckend. Wenn das Land zusätzlich 629 Millionen € an Krediten aufnehmen muss, so muss dieses sehr gut begründet werden können, zumal wir die Höhe der in der **Verfassung** zulässigen Verschuldungsgrenze deutlich überschreiten. Die Gründe für die Notwendigkeit zusätzlicher Kredite sind bekannt. Steuerausfälle in Höhe von 280 Millionen €, Einnahmeausfälle in Höhe von 110 Millionen € durch im Haushalt eingeplante Ver-

(Monika Heinold)

kaufserlöse, welche erst 2004 realisiert werden, Einnahmeausfälle in Höhe von 85 Millionen € durch die Verzögerung der EU-Entscheidung zur Vergütung der Inanspruchnahme des Haftkapitals der Investitionsbank durch die Landesbank und Mehrausgaben in Höhe von 130 Millionen €, überwiegend für Personal, Sozialhilfe, Wohngeld und für die Finanzierung von Ausgaberesten.

(Unruhe)

Eine Alternative zur erhöhten Kreditaufnahme sieht meine Fraktion nicht. Ich gehe davon aus, dass hier niemand in Erwägung zieht, dass eine zusätzliche Einsparung in Höhe von 629 Millionen € noch in diesem Jahr machbar gewesen wäre. Wer mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realität steht, weiß auch, dass die Höhe der Kreditaufnahme eines Landes auch der gesamtwirtschaftlichen Lage angepasst werden muss, da der Staatshaushalt inzwischen ein wichtiger Faktor für das Wirtschaftsleben geworden ist. Deshalb wäre es geradezu kontroproduktiv, der konjunkturellen Flaute hinterher sparen zu wollen. Dieses Argument teilt auch die CDU hier im Landtag, welche mit ihren Haushaltsanträgen 2004/2005 die **Verschuldung** nicht etwa senkt, sondern die Ausgaben in 2004 um 36 Millionen und im Jahr 2005 um über 40 Millionen € erhöht. Von einer solchen ausgabeverliebten Opposition müssen wir uns keinen Vortrag über eine zu hohe Staatsverschuldung gefallen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dass meine Fraktion aber die Notwendigkeit sieht, **strukturelle Entscheidungen** zu treffen, um den Landeshaushalt zu konsolidieren, haben wir in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht und dementsprechend Entscheidungen getroffen. So haben wir schon bei der Aufstellung des Haushaltes 2003 Förderprogramme gekürzt, Personalbudgets begrenzt und von der Umstrukturierung der Landwirtschaftskammer bis zur Schließung von Ämtern strukturelle Einsparungen realisiert. Mit Unterstützung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Landesregierung in den letzten Jahren ein Tempo bei der Verwaltungsreform vorgelegt, wie es das Land bisher noch nicht erlebt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Ich verweise auf die Antwort der Landesregierung zu meiner Großen Anfrage „Verwaltungsstrukturreform“, ich verweise aber auch auf den Debattenbeitrag meines Kollegen Karl-Martin Hentschel im November diesen Jahres, in der letzten Landtagstagung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da hätte ich gern Details gehört!)

Die Opposition, die die meisten Reformvorhaben des Landes nicht mitgetragen hat, ist bisher nicht einmal bereit - auch das hat die Debatte heute wieder gezeigt -, die getroffenen strukturellen Entscheidungen als erfolgreich anzuerkennen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Vielleicht ist das auch deshalb so, weil sie nicht so hautnah miterlebt wie wir, wie viele Sparmaßnahmen das Land tatsächlich umgesetzt hat. Wer für keine der umgesetzten Reformen Verantwortung getragen hat, nimmt wohl nur selektiv wahr, was es in Schleswig-Holstein bereits an strukturellen Entscheidungen zur **Entlastung** des Landeshaushalts gegeben hat. Meine Fraktion weiß um die schwierigen Entscheidungen, die wir als Gesetzgeber bereits getroffen haben, und wir wissen auch, dass uns weitere schwierige Entscheidungen bevorstehen.

Es sind die Abgeordneten meiner Fraktion, welche gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern Kürzungsmaßnahmen vor Ort und im Gespräch mit den Betroffenen vertreten haben. Ich selbst habe die Kritik für die Auflösung des Amtsgerichtes Bad Bramstedt eingesteckt und mit dem Beamtenbund über Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld diskutiert. Es ist Frau Fröhlich und es ist Herr Matthiessen, die bei Veranstaltungen der Polizei regelmäßig erklären, warum wir nicht mehr Haushaltsmittel zur Verfügung stellen können.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Die SPD hat auch noch ein bisschen Redezeit.

Es ist Frau Birk, die auf den zahlreichen Schulveranstaltungen Lehrern, Eltern und Schülern erklärt, warum die Haushaltsmittel auch im Bildungsbereich begrenzt sind. Und es ist Herr Hentschel, der in vielen Gesprächen mit Vereinen und Verbänden Kürzungen diskutiert, die für meine Fraktion oft auch schmerzhaft sind. Ich bedanke mich bei meinen Kollegen für diese Unterstützung. Es ist nicht immer einfach und Sie können das nicht nachvollziehen, aber wir wissen, was wir an dieser Stelle im Interesse des Landes leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur wer diese Erfahrung in den letzten Jahren nicht gemacht hat, weil er sich weggeduckt hat oder den Betroffenen - wie auch vorhin wieder - alles Wünschenswerte versprochen hat, nur derjenige wird heu-

(Monika Heinold)

te behaupten können, das Land hätte in den letzten Jahren keine strukturellen Einsparungen beschlossen.

Dennoch müssen wir heute feststellen, dass diese Maßnahmen zwar den Landeshaushalt in erheblicher Weise entlastet haben, dass es aber dennoch nicht gelungen ist, Einnahmen und Ausgaben des Landes in Übereinstimmung zu bringen.

Angesichts der Einnahmeentwicklung der öffentlichen Hand und angesichts der wachsenden Ausgabenblöcke durch Pensionskosten, Zinsen und neue Lehrerstellen reichen auch diese Maßnahmen nicht aus, um die Verschuldung innerhalb der von der Verfassung zulässigen Verschuldungsgrenze zu halten. Deshalb haben wir heute einen Landeshaushalt verabschiedet, der weitere **strukturelle Maßnahmen** beinhaltet, einen Haushalt, der erneut eine deutliche Kürzung der Förderprogramme des Landes für 2004 und 2005 in Höhe von 20 % vorsieht, einen Haushalt, der den Zusammenschluss von kommunalen Verwaltungen auf freiwilliger Basis unterstützt, einen Haushalt, der die Auflösung und Zusammenlegung weiterer Ämter und Behörden beinhaltet und der die Zusammenlegung von Behörden mit Hamburg erfolgreich dokumentiert.

Außerdem schöpfen wir die **Einnahmequellen** des Landes weiter aus, indem die Umweltabgaben erhöht worden sind und indem durch die Auflösung der Oberfinanzdirektion und durch die Strukturreform der Finanzämter die Steuerverwaltung als Einnahmebehörde gestärkt wird.

Zur Belebung der Konjunktur beinhaltet der Doppelhaushalt 2004/2005 auch große Teile des neuen 100 Millionen € schweren **Investitionsprogramms**. Diese Maßnahmen sollen gemeinsam mit dem Reformpaket der Bundesregierung dazu führen, dass das strukturelle Haushaltsdefizit überwunden wird.

Es ist ein Gesamtkonzept, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Im Interesse des Landes Schleswig-Holstein hoffe ich, dass der Vermittlungsausschuss klug genug ist, ein Reformpaket zu beschließen, das diesen Namen auch verdient hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Ich wünsche den Berlinern viel Erfolg. Ich drücke beide Daumen. Ich gönne im Interesse der Sache allen Parteien Erfolge, Hauptsache, es kommt etwas dabei herum. Nur so werden wir es gemeinsam - zur Not auch ohne Sie - in Schleswig-Holstein schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält jetzt Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Zeit werde ich gleich zur Sache kommen. Zur Sache gehört, dass seit der November-Steuerschätzung klar war, nun zum sechsten Mal in Folge mussten die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden schon bei der halbjährigen Steuerschätzung **Steuerausfälle** in Milliardenhöhe verkraften. Dieses Mal beliefen sich die Steuerausfälle für 2003 und 2004 insgesamt auf über 19 Milliarden €. Dies bedeutete für das Land in 2003 Steuerausfälle in Höhe von über 280 Millionen €. Dazu kommen weitere Einnahmeausfälle wegen der Verschiebung des LEG-Verkaufs und der Veräußerung von NordwestLotto.

Zusätzliche Mehrausgaben sind teils - wie beim Wohngeld oder bei der Sozialhilfe - durch die schlechte Konjunktur entstanden und sind teils politisch gewollt - wie die Personalausgaben für Lehrer, Polizei, Justiz und im Bereich der Kitas. Ferner sind auch mehr Gelder für die Werftenhilfe politisch beschlossen worden.

Insgesamt beläuft sich dadurch der Fehlbetrag beim Nachtragshaushalt 2003 auf über 600 Millionen €.

Bereits im laufenden Haushaltsjahr 2003 war der **Kreditrahmen** von circa 600 Millionen € voll ausgeschöpft. Deshalb schlägt die Landesregierung einen Ausgleich der Haushaltsbelastungen durch weitere Kredite vor.

Den Fehlbetrag innerhalb des Doppelhaushalts 2004 und 2005 zu erwirtschaften, sieht die Landesregierung ebenfalls als problematisch an. Darüber haben wir ja nun wirklich ausführlich diskutiert. Der SSW unterstützt diese Maßnahmen schweren Herzens, da wir keine andere Möglichkeit sehen, den genannten Überschuss zu erwirtschaften.

Wie sollen wir in dieser konjunkturellen Krise noch die notwendigen Millionensummen im Haushalt einsparen können? Das ist ganz einfach nicht möglich, auch wenn von CDU und FDP immer so getan wird, als ginge das.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler  
[SPD])

Bereits der Haushalt 2003 war ja ein Sparhaushalt und die Kollegin Heinold hat deutlich und überzeu-

**(Anke Spoorendonk)**

gend klargemacht, dass ja nicht nur dieser Haushalt, sondern dass auch die vorhergehenden Haushalte Sparhaushalte waren.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

In vielen Bereichen ist es ja immer wieder zu Kürzungen bei Zuwendungsempfängern, bei Personalausgaben sowie bei Investitionen gekommen.

Dazu ist es offensichtlich, dass Kürzungen in dieser Größenordnung nur durch massive Entlassungen innerhalb des Landesdienstes möglich werden, da die allermeisten Ausgaben wirklich rechtlich gebunden sind.

Die Landesregierung nennt eine Zahl von 12.000 Entlassungen, um die genannte Summe einsparen zu können. Jeder mit einem vernünftigen Menschenverstand wird einsehen, dass dies keine Alternative ist. Die Voraussetzung für weitere Kreditaufnahmen ist laut Landesverfassung, dass der Landtag erneut eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt. In diesem Zusammenhang können wir es drehen oder wenden, wie wir es wollen: Wir kommen an der Feststellung nicht herum, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in der Bundesrepublik schwer gestört ist. Dies gilt auch für das Land Schleswig-Holstein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glaubst du doch selber nicht!)

- Das glaube ich selbst, lieber Kollege Garg!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glaube ich dir nicht!)

Egal wo man ist: Politiker aller Parteien stellen unisono fest, dass sich unser Land in der schwersten finanziellen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik befindet. Es kommt vielleicht darauf an, wer jetzt irgendwo die Regierungsmehrheit hat, aber was aus den Bundesländern hervorgeht, ist eben diese Botschaft.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Arbeitslosigkeit steigt, die **sozialen Sicherungssysteme** kommen ins Wanken und auch die öffentlichen Haushalte geraten in erhebliche Schwierigkeiten. Wir können immer wieder darüber philosophieren, ob die eine oder andere Entscheidung in den letzten Jahren auf Bundes- oder Länderebene das Problem verschärft hat oder nicht. Eindeutig können wir allerdings sagen, dass uns die sinkenden Steuereinnahmen und die immer größer werdenden Probleme

bei der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme zu gravierenden Systemänderungen zwingen werden.

Unser Landeshaushalt wie auch die Haushalte in anderen Ländern können durch eigenes finanzpolitisches Handeln nicht mehr auf verfassungsmäßig vorgeschriebene Beine gestellt werden. Wir sind an dem Punkt angekommen, an dem wir alles daran setzen müssen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Diese Notwendigkeit sehen alle verantwortlichen Parteien. Kernpunkt aller Überlegungen ist dabei, wie man quasi **antizyklisch** durch Investitionen die Wirtschaft in Schleswig-Holstein beleben kann. Auch die CDU will beispielsweise - darüber haben wir uns ja auch unterhalten - **Investitionsprogramme** starten, weil sie weiß, dass dies in der jetzigen Situation unbedingt notwendig ist.

Ziel muss es ja sein, die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel können wir aber nicht erreichen, indem wir uns kaputt sparen. Sparen allein belebt nicht die Wirtschaft, sondern führt sogar eher noch weiter in die Krise.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Natürlich muss das Land auf eine sparsame Haushaltsführung achten. Darüber sind wir uns ja auch alle einig; darüber gibt es auch Konsens. Aber das bedeutet eben nicht, dass sämtliche Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung unterlassen werden müssen. Man kann auch in Schönheit sterben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede Ausgabe, die getätigt wird, fließt in irgendeiner Weise in den wirtschaftlichen Kreislauf - egal ob das Geld für direkte Wirtschaftsförderung, für Personalausgaben, für soziale Aufgaben oder für Umweltschutz ausgegeben wird. Der Haushalt des Landes ist daher als Ganzes zu sehen. Das Land Schleswig-Holstein hat in diesem Zusammenhang nur sehr eingeschränkte gesetzgeberische Möglichkeiten, um auf die genannten Missstände reagieren zu können.

Deshalb müssen wir vor allem wirtschaftspolitisch reagieren und als Land investieren und auch **konsumtive Ausgaben** aufrechterhalten. Nur so leisten wir

(Anke Spoorendonk)

unseren Beitrag, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss ja nun wirklich das Ziel der Landespolitik sein.

Nun haben die Berliner Verfassungsrichter in ihrem Urteil zum Berliner Haushalt erklärt, dass man detailliert darlegen muss, wie die Erhöhung der Kredite und die damit verbundenen Maßnahmen zur Abwendung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen können.

Vom Prinzip her ist es natürlich richtig, dass dem **Landesgesetzgeber** enge Grenzen gesetzt werden, wenn er die von der Verfassung vorgesehenen Kreditaufnahmemöglichkeiten des Landes ausweiten will.

Da die CDU bereits angekündigt hat, dass sie vor dem **Bundesverfassungsgericht** gegen den Nachtragshaushalt 2003 **Klage** einreichen wird, hat die Landesregierung schon in ihrer Begründung großen Wert darauf gelegt, ihr Konzept zur Abwendung der Störung dieses gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu erklären.

Aus diesem Konzept wird deutlich, dass der Nachtragshaushalt 2003 nicht allein stehen kann, wenn man beurteilen will, wie die Landesregierung die Wachstumsschwäche überwinden will.

Man muss also schon das Gesamtkonzept sehen, das die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein voranbringen soll. Dazu gehören Maßnahmen, insbesondere zur Stärkung der Binnen- nachfrage wie die Unterstützung der Reformen auf Bundesebene, zum Beispiel das Vorziehen der Steuerreform oder das Landesinvestitionsprogramm „ZIP“, das die Landesregierung im Rahmen des Doppelhaushalts auflegen wird.

Auf jeden Fall würden weitere Ausgabenkürzungen in der angesprochenen Größenordnung dieses Konzept kontrahieren.

Der SSW wird also dem Nachtragshaushalt 2003 zustimmen. Ich kann versichern, dass wir jede Landesregierung jedweder politischen Farbe in einer solchen schweren Haushaltskrise politisch unterstützen würden. Es geht schließlich um das Land und nicht um die Interessen von Parteien.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Wir kommen jetzt zu den Redebeiträgen der Landesregierung. Wir haben zunächst die Freude, Herrn Finanzminister Dr. Stegner zu hören, und danach wird Herr Prof. Dr. Rohwer, der Minister für Wirtschaft, sprechen.

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben mit dem Doppelhaushalt alle Weichen auf Wachstum gestellt und der heutige Nachtrag ist dafür die Voraussetzung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das war mein erster Haushalt und ich möchte mich sehr herzlich bei der linken Seite dieses Hauses dafür bedanken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Steuerausfälle** und **Mehrausgaben** dieses Jahres belasten Schleswig-Holstein zunächst in Höhe von 86 Millionen € aus dem ersten Nachtrag und nun mit weiteren 630 Millionen €.

Sehr geehrter Herr Wiegard, Sie haben eben gesagt, Titel für Verkäufe seien nicht nachvollziehbar. Ich finde es eigenartig, dass ausgerechnet ein Parlamentarier Kritik daran übt, dass die Landesregierung bezogen auf den LEG-Verkauf den Wunsch des Parlaments, das intensiv zu beraten und Veränderungen vorzunehmen, respektiert. Es ist eine Selbstverständlichkeit für die Exekutive, dass sie dieses tut und ich finde es eigenartig, dass Sie dieses kritisieren.

Wer die Kosten der Arbeitslosigkeit - und die Sozialhilfe und das Wohngeld gehören dazu - nicht nachvollziehen kann, der muss solche Anträge stellen. Die CDU hat nämlich beantragt, das zu kürzen. Dann kommt am Ende mehr heraus und dann wundern Sie sich darüber. Das ist sehr eigenartig, Herr Wiegard. Insofern entspricht das, was herausgekommen ist, dem Gebot von Haushaltsklarheit und -wahrheit. Man legt die Dinge auf den Tisch und sagt eben nicht: Wir schönen das ein bisschen. - Wir stellen es dar, wie es ist. Wir machen es so.

Solche Summen komplett in diesem Jahr oder in einem der nächsten beiden Jahren auszugleichen hätte verheerende ökonomische Folgen und würde die unzweifelhaft bestehende **Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts** noch verschärfen, anstatt ihr entgegenzuwirken.

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Den Aufschwung - endlich wieder in greifbarer Nähe, jedenfalls wenn wir auf Bundes- und Landesebene die richtigen Weichen stellen - könnten wir uns für Schleswig-Holstein abschminken, wenn wir Ihnen Ratschlägen folgen würden.

Ein vollständiger Ausgleich der Belastungen würde Massenentlassungen erfordern, wie Sie Ihr Landesvorsitzender will, ob direkt vom Land oder durch die jetzt noch geförderten Institutionen. Entlassungen in einem Umfeld erneut hoher Arbeitslosigkeit und schwachem privaten Konsum müssten doch selbst dem hartgesottensten Marktliberalen kontraproduktiv erscheinen.

Schleswig-Holstein ist aber weder eine Insel noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Allerdings erscheint es mir manchmal als das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten, wenn ich Sie betrachte und an heute Morgen denke.

(Beifall bei der SPD)

Unser Verhalten wird jedoch durch andere beeinflusst und beeinflusst andere.

Beschäftigung schaffen und Schulden abbauen ist etwas, was nur im Kontext betrachtet werden kann. Es ist doch kein Zufall, dass auch andere Länder in Nachtragshaushalten ihre Nettokreditaufnahme verdoppelt haben und müssen und dass auch andere Staaten in der Rezession stecken. Lieber Herr Kayenburg, es hieß immer, lokal handeln und nicht lokal denken.

(Beifall bei der SPD)

Die Überschreitung der **Kreditobergrenze** ist zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder einer Überwindung einer schwerwiegenden Störung der wirtschaftlichen Beschäftigung und Entwicklung des Landes. So steht es in Art. 53 der Landesverfassung.

Ich muss unsere Hauptargumente wiederholen, Herr Präsident, aber das gehört zur Begründung dazu.

Erstens. Wir haben weder jetzt noch in 2004 ein angemessenes Wirtschaftswachstum oder einen ausreichenden Beschäftigungsgrad.

Zweitens. Wir verwenden die erhöhte Kreditaufnahme zur Beseitigung der Störung, indem wir Konsumschocks und Entlassungen vermeiden.

Drittens. Wir verbessern das Wachstumsklima durch das Zukunftsinvestitionsprogramm, durch erhöhte Mittel im Bildungsbereich und durch gestärkte Kommunen.

Viertens. Wir beweisen unseren Konsolidierungswillen auf Bundesebene durch Subventionsabbau, Re-

form der Sozialsysteme, die Reform des Arbeitsmarktes und der Gemeindefinanzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beweisen unseren Konsolidierungswillen auf Landesebene durch eine mittelfristig sinkende Nettokreditaufnahme, durch strukturelle Optimierungen, durch Einsparungen bei Personal und Förderprogrammen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gewiss kein Freibrief für Nichtstun. Einen solchen Vorwurf könnte dieser Landesregierung aber niemand ernsthaft machen, der sich an die Fakten hält.

So haben wir im Haushaltentwurf 2003 schon erhebliche **Einsparungen** eingeplant. Auch die von Ihnen heftig bekämpfte Kürzung des Weihnachtsgeld gehört dazu; ich muss das immer wieder sagen.

Bei der Verabschiedung des Haushalts vor einem Jahr gingen wir, die Banken, die wissenschaftlichen Institute und andere von einem moderaten Wachstum aus. Dass wir in schweres Fahrwasser geraten sind, Herr Wiegard, stimmt ja. Die Ministerpräsidentin hatte doch Recht, aber Sie wissen, was passiert, wenn man sich an die schwarzen und gelben Tonnen hält.

Als die Steuereinnahmen Schleswig-Holsteins zwar deutlich stiegen, sich der bundesweite Aufschwung aber verzögerte und Sie im Bundesrat den Abbau von Steuervergünstigungen verhindert haben, haben wir im ersten Nachtrag positive Akzente für Schleswig-Holstein gesetzt. Das muss man auch dazu sagen. Insofern wundere ich mich ein bisschen, Herr Wiegard. Sie haben hier zur Körperschaftsteuer so kompetent vorgetragen. Das haben Sie komischerweise gar nicht erwähnt.

Das mit dem Korb II haben wir doch nur, weil sich die Union nicht an das Vermittlungsergebnis gehalten hat. Was Herr Wulff im Bundesrat und Herr Kauder erklärt haben, haben Sie nicht eingehalten. Unter seriösen Partnern hält man sich an Vereinbarungen, sehr verehrter Herr Abgeordneter Wiegard.

Wir haben im ersten Nachtrag positive Akzente für Schleswig-Holstein gesetzt.

(Klaus Schlie [CDU]: Am besten ist es, Sie duschen noch einmal!)

- Herr Schlie, achten Sie auf Ihre Gesundheit! Es ist wirklich ein Problem, wenn Sie hier so laut brüllen. Am Mikrofon geht das auch lauter.

Wir haben bewusst andere Akzente gesetzt als eine Haushaltssperre. Herr Garg, zur Haushaltssperre: Ich

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

fürchte, wir haben es hier mit einer schwerwiegenden Störung Ihres logischen Denkvermögens zu tun. Denn Sie können nicht hingehen und sagen, wir sollen eine Haushaltssperre machen. Dann erkläre ich Ihnen, dass das gar nichts bringt, weil Baden-Württemberg einen größeren Haushalt hat; Sie haben es zitiert. Dann machen wir die globalen Minderausgaben.

Lieber Herr Garg, ich sage Ihnen, was Sie gern wissen wollten: Wir werden die **globalen Minderausgaben** in diesem Jahr erbringen und Ihnen das über den Bericht zum Haushaltsvollzug nachweisen, wie wir das immer tun und im Finanzausschuss der Vorsitzenden immer übermitteln. Das machen wir jedes Jahr so und dann werden Sie feststellen, dass wir es so tun, wie wir es Ihnen zugesagt haben.

Herr Garg, ich halte mich immer an die Dinge, die ich zusage. Ich sage wenig zu, aber das, was ich zusage, halte ich auch ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir straffen die Verwaltung des Landes in einem Umfang, dass eine vollständige Aufzählung, lieber Herr Hentschel, die Redezeit sprengen würde - sie haben das dankenswerterweise das letzte mal getan - und in einer Geschwindigkeit, bei der die Union nicht mithalten kann. Was Sie bei der Verwaltungsreform zu bieten haben, kann ich nur trostlos nennen, lieber Herr Schlie. Das sind trostlose Ankündigungen. Ich wiederhole nicht, was ich vorhin vorgetragen haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Quatsch!)

Wir sind den Kommunen einen großen Schritt entgegengekommen. Sie nicht! Sie machen nur Ankündigungen. Bei Ihnen dauert kurzfristiger Personalabbau zehn Jahre. Das ist kurzfristiger Personalabbau à la Union.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben gar nichts hinbekommen!)

- Ich freue mich, dass Sie um die Zeit noch munter sind. Dass ich immer wieder dafür sorgen kann, ist wunderbar.

Die Ressorts mussten fast 90 Millionen € globale Minderausgaben erbringen.

(Zurufe von der CDU)

Sie werden das tun, und die engen Personalbudgets erzwingen darüber hinaus eine sparsame Bewirtschaftung, bei der die Ressorts eine Menge tun müssen, um das einzuhalten. Auch insofern sind Einsparbemühungen deutlich erkennbar.

Die CDU hingegen schlägt eine derartige Aufblähung von Bürokratie vor, dass einem geradezu schwindelig wird.

(Widerspruch bei der CDU)

Jegliche Wiederbesetzung soll durch das Finanzministerium oder den Finanzausschuss genehmigt werden. Das haben Sie beantragt, meine Damen und Herren. Das kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

(Zurufe von der CDU)

Sie versuchen immer wieder, ob Sie lauter sein können als ich am Mikrofon. Ich verspreche Ihnen: Das können Sie nicht. Am Mikrofon bin ich lauter als Sie.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Herr Schlie, Ihr Problem ist, dass ich nicht nur lauter bin als Sie, sondern auch noch besser.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Schuldenpolitik ist keine Lösung, sondern ein Problem. Deswegen ist es nach wie vor richtig, dem entgegenzuwirken, weil wir mit hemmungsloser Schuldenpolitik unsere nachfolgenden Generationen belasten.

(Zurufe von der CDU)

Herr Präsident, es ist wunderbar, aber man versteht kaum noch sein eigenes Wort.

(Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf darum bitten, der Bitte des Redners nachzukommen und den Geräuschpegel etwas zu senken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Es ist nicht richtig, die nachfolgenden Generationen zu belasten, weil man sich heute nicht traut, die Entscheidungen zu treffen, die wir zu treffen haben.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

Zweifelloos gibt es einen Konflikt zwischen dem wirtschaftlich wünschenswerten antizyklischen Verhalten des Staates und den fiskalpolitisch unerwünschten höheren Staatsschulden. Es ist eben nicht so, dass wir es uns wie Sie in der Opposition leisten können, alles zu fordern, alles zu kritisieren, alles zu behaupten und

(Minister Dr. Ralf Stegner)

sicher zu wissen, dass wir nicht in die Verlegenheit kommen, es umsetzen zu müssen. Das ist doch das Problem, das Sie hier permanent vorführen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich komme zu Ihrer grandiosen **Klage** vor dem **Bundesverfassungsgericht**. Ich habe das vorhin in anderem Zusammenhang erwähnt. Sie lösen damit nichts, Sie zeigen, dass Sie keine Konzepte haben, Sie gehen nach Karlsruhe, Sie werden nicht gewinnen. Aber selbst wenn Sie es täten, würden Sie dem Land nicht nützen. Mich würden Sie nicht ärgern, aber die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock?

(Holger Astrup [SPD]: Der ist noch gar nicht am Mikro!)

**Dr. Ralf Stegner**, Finanzminister:

Wenn Sie aufstehen und zum Mikro gehen, gern, Herr Dr. Graf Kerksenbrock.

(Heiterkeit und Zurufe)

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock** [CDU]: Herr Minister, war Ihren Worten eben zu entnehmen, dass es Ihnen völlig egal ist, ob das Bundesverfassungsgericht ein Verdikt über den Nachtragshaushalt fällt, verfassungsmäßig oder nicht verfassungsgemäß? Ist das Ihr Verständnis vom Verfassungsrecht dieser Republik?

(Beifall bei CDU und FDP)

Lieber Herr Graf Kerksenbrock, vielleicht warten Sie auch die Antwort noch höflicherweise ab. Das wäre sehr nett. Respekt gehört ja zu den alten Tugenden.

Es ist mir nicht egal, wie das Verfassungsgericht entscheidet. Ich habe nur gesagt: Ich vermute, Sie werden verlieren. Aber selbst wenn Sie gewinnen würden, würde das dem Land nur schaden.

(Zurufe von der CDU)

Lieber Herr Graf Kerksenbrock, ich möchte Ihnen aber noch etwas anderes sagen: Der Öffentlichkeit ist es völlig egal, womit Sie sich montags immer hauptsächlich beschäftigen. Ihr Beitrag im Parlament ist keiner, der den öffentlichen Nutzen voranbringt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten - Werner Kalinka [CDU]: Nichts zu sagen, aber arrogant sein! Nur schnöde Arroganz!)

- Herr Kalinka, Auseinandersetzungen mit Ihnen machen wirklich keine Freude. Intellektuell ist das nicht sonderlich herausfordernd.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Herr Garg, ich möchte noch einmal zu Ihrer Logik kommen. Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten vorausgesagt, der Nachtrag sei verfassungswidrig und diese Vorhersage sei eingetroffen. Das finde ich Klasse, das bedeutet übersetzt: Die FDP ist für die Beurteilung von Verfassungsfragen zuständig. Wenn das so ist, wenn das so kommt und Sie so zuverlässig sind wie in Ihren Wahlprognosen, kann ich nur sagen: Gute Nacht Schleswig-Holstein! Das sagt doch wirklich überhaupt nichts aus, dass Sie das für verfassungswidrig halten und sagen, Sie hätten das schon im Frühjahr prognostiziert.

Wir haben ein Gesamtpaket für mehr Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein vorgelegt. Wir werden unseren Beitrag leisten, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beseitigen, und sogleich die Aufgaben und die Organisation des Landes so umstrukturieren, dass der Haushalt dauerhaft entlastet werden kann.

(Unruhe)

Die Landesregierung geht dabei einen ehrlichen Weg. Sie sagt, wo gekürzt wird, im Gegensatz zu Ihnen. Ernsthafte Alternativen haben Sie nicht. Wenn ich die Verkaufsträume der FDP betrachte, ist das alles Mögliche, aber wirklich nicht seriös.

(Klaus Schlie [CDU]: Der Schuldenminister! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn es überhaupt ein Geheimnis des Erfolges gibt, sagte Henry Ford, so besteht es in der Fähigkeit, sich auf den Standpunkt des anderen zu stellen oder sich in den anderen hineinzusetzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, bei Ihnen fällt mir das schon ziemlich schwer.

Herr Garg hat vorhin das Borstenvieh angesprochen. Ich will dem nicht ausweichen. Der frühere Landwirtschaftsminister, Hans Wiesen, hat zu mir immer gesagt: Schweine sind kluge Tiere. Im Übrigen leben sie



**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

in Rotten, die größer sind als die FDP-Fraktion, nämlich acht oder mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und SSW - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie mir das mitgeben wollten, kann ich das gut ertragen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ein solcher Nachtragshaushalt ist in dieser Dimension sicherlich kein Freudentag für das Land, es gibt aber in einer schwierigen Zeit keine verantwortbare Alternative. Ich danke der Mehrheit dieses Landtages und der Frau Abgeordneten Spoorendonk ausdrücklich für ihre Bemerkung, dass sich die linke Seite dieses Hauses ihrer Verantwortung für die Zukunft des Landes nicht entzieht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt für die Landesregierung Herrn Prof. Dr. Rohwer das Wort.

(Zurufe)

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe, auf diesen Beitrag haben Sie jetzt mindestens sechs Stunden gewartet.

(Beifall)

Ich kann nur sagen, dass ich mich sehr freue, wieder in Schleswig-Holstein und bei Ihnen zu sein. Es ist schön zu wissen, dass es Menschen in Kiel gibt, für die man offensichtlich unentbehrlich ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ohne Frage werden in diesem hohen Haus die wichtigen Themen unseres Landes behandelt und die Verabschiedung des Haushalts und des Nachtragshaushalts ist ohne Zweifel ein wichtiges Thema. Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, es gibt manchmal auch zeitgleich Ministerkonferenzen und Verhandlungen, bei denen es auch um die Interessen des Landes Schleswig-Holstein geht. Das gilt nicht nur für den Vermittlungsausschuss, es kann auch für eine Fachministerkonferenz gelten. Bei der Wirtschaftsministerkonferenz ging es um Themen wie GA-Mittel-Verteilung, Energie-Einspeisegesetz und - nicht zu unterschätzen - die neue Chemikalienrichtlinie der EU, die auch für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein von

entscheidender Bedeutung sein wird. Ich gehe davon aus, dass diese Themen auch Ihr Interesse finden, und würde mich freuen, wenn Sie bei allen Gelegenheiten dafür kämpfen.

Es ist schade gewesen - ich möchte daran erinnern -, dass Sie sich im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nicht für die GA-Mittel für Schleswig-Holstein eingesetzt haben; Sie haben es gestern aber einigermaßen geradegebogen.

Hier ist einiges angemerkt worden. Ich möchte sehr kurz sein. Herr Garg, Sie und andere haben die Frage nach dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht gestellt.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Prof. Dr. Rohwer, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Nein, jetzt nicht, ich habe nur wenig Zeit.

(Ursula Kähler [SPD]: Er hat ja noch gar nichts gesagt!)

Herr Garg, ich gebe gern ein Auffrischungsseminar in Sachen Makroökonomik. In dem Zusammenhang möchte ich allerdings auch einmal die Frage stellen, was mit den Studiengebühren für Langzeitstudenten ist. Ich weiß, dass Sie in Freiburg studiert haben. Ich glaube, dass ein Privatissimum zur Makroökonomik vielleicht einmal ganz gut wäre.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen, dass § 1 des **Stabilitätsgesetzes** vier Ziele für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nennt. Zwei Ziele sind zurzeit eindeutig verletzt in Deutschland wie auch in Schleswig-Holstein. Das ist von meinem Kollegen ausführlich dargestellt worden. Das will ich hier nicht weiter vertiefen. Darüber kann es gar keinen Dissens geben. Nachdem im letzten Jahr, nachdem in diesem Jahr und nachdem möglicherweise auch im nächsten Jahr sowohl das Ziel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums verletzt wird und auch das Ziel einer hohen Beschäftigung, sollten wir über diese Frage nicht mehr streiten. Wir sollten über die Frage streiten, welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Diese Frage haben Sie ziemlich weit an den Schluss gestellt. Die Frage ist nämlich, welcher Haushalt

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

geeignet ist, um eine **gesamtwirtschaftliche Störung** zu beseitigen.

Der Finanzminister, Ralf Stegner, hat dazu die wichtigen Hinweise gegeben. Für den **Haushalt 2004/2005** kann das nur bedeuten, dass wir ein **Zukunftsinvestitionsprogramm** auflegen, das zusätzliche Investitionsimpulse gibt. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie unser Programm im Grunde imitieren. Sie haben es nur verdoppelt. Sie haben das, was wir über 100 Millionen € machen, auf 200 Millionen erhöht, ohne eine vernünftige Finanzierung zu machen.

Lieber Herr Kayenburg, was mich schon etwas wundert: Sie sagen, 0,5 % des **Bruttoinlandsprodukts** in Schleswig-Holstein seien Peanuts. Sie wissen sicherlich, dass das rechnerisch etwa 5.000 bis 6.000 Arbeitsplätze bedeutet. Für uns sind 5.000 oder 6.000 Arbeitsplätze keine Peanuts in Schleswig-Holstein, lieber Herr Kayenburg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Frage ist nicht nur, welche Konsequenzen wir im Doppelhaushalt ziehen - das haben wir vorhin diskutiert -, sondern wir reden jetzt über den Nachtrag. Ich sage auch hier: Ich habe mich seinerzeit im Kabinett gegen die Haushaltssperre ausgesprochen. Übrigens gibt es einige andere Länder, die das auch gemacht haben. Denn wir wissen genau: Eine Haushaltssperre geht vorrangig zulasten der Investitionen. Es geht vorrangig zulasten der disponiblen Ausgaben. Das ist so. Nichts wäre in diesem labilen Jahr 2003 schlechter gewesen, als wenn wir bei den Investitionen auf die Bremse getreten wären.

Es gehört zum Einmaleins einer guten Stabilisierungspolitik, dass man in einer Rezession wegbrechende Einnahmen oder zusätzliche Ausgaben - Sozialhilfe, Wohngeld oder was immer es ist - eben nicht durch Kürzungen ausgleicht. Das wissen Sie. Das haben Sie im ersten Semester gelernt. Das macht man nicht, weil man damit einen Konjunkturabschwung verstärkt. Das hat nichts mit Keynes zu tun, auch nichts mit **antizyklischer Politik**. Die können wir uns im Moment gar nicht leisten, weil wir dafür nicht die Mittel haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Oberhauser!)

Was wir wenigstens machen können, ist, die automatischen Stabilisatoren zum Wirken zu bringen. Automatische Stabilisatoren heißt, wegbrechende Einnahmen auszugleichen und zusätzliche zwangsläufige Mehrausgaben im Bereich der Sozialsysteme eben

nicht durch Kürzungen an anderer Stelle zu kompensieren, sondern laufen zu lassen. Das ist die Kernlehre der Makroökonomie. Die sollten Sie nicht vernachlässigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte nur noch zwei kurze abschließende Anmerkungen machen, weil vorhin viel über andere wirtschaftspolitische Fragen gesprochen worden ist. Dafür ist heute nicht die Zeit. Zur **A 20** will ich heute nicht zum x-ten Mal etwas sagen. Es ist eindeutig falsch, was immer wieder gesagt worden ist. Die **A 20** ist im Bau. Wir haben im nächsten Jahr die Fertigstellung des zweiten Abschnitts. Wir haben den Beginn des dritten Abschnitts. Wir haben die Entscheidung mit Niedersachsen, immerhin die Planung für die Elbquerung zu machen, übrigens gegen massiven Widerstand Ihrer Kollegen in Niedersachsen. Dafür mussten wir kämpfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Es ist bemerkenswert, was hier zur Mittelstandspolitik gesagt worden ist. Auch die Bertelsmann-Studie ist zitiert worden. Wenn Sie die Bertelsmann-Studie vollständig zitiert hätten, würden Sie feststellen, dass die Mittelstandspolitik dieser Landesregierung dort explizit gelobt wird. Ich könnte das ausführlich zitieren. Ich habe die Studie da.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch Sie hätten sie zitieren können. Die Mittelstandspolitik dieser Landesregierung wird gelobt. Die Technologiepolitik wird bestätigt. Es wird gesagt: Es werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Die Ausbildungspolitik dieser Landesregierung wird gelobt. Dass sie dennoch den **Strukturwandel** noch nicht so schnell vorangebracht hat, wie wir uns das wünschen, ist richtig, Herr Kayenburg oder Herr Garg. Aber entscheidend ist, welche Ansätze die Politik verfolgt, um diese Probleme zu lösen. Dazu haben Sie in den letzten Jahren - ich habe das beobachtet - keine Alternative zu unserem Kurs aufgezeigt. Das sollten Sie hier fairerweise sagen. Sie reden nur herum und bringen keine Alternativen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die haben Sie gerade alle abgelehnt!)

Ich glaube, das Bertelsmann-Zeugnis ist eindeutig. Schauen Sie sich das noch einmal an. Dann werden Sie feststellen, dass dieser Kurs richtig ist. Dass es zu diesem Haushalt makroökonomisch keine Alternative

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

gibt, ist in Ihren Äußerungen heute deutlich geworden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die haben Sie gerade alle abgelehnt!)

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor sich der Dialog fortsetzt, darf ich auf § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung hinweisen:

„Überschreitet die Landesregierung die von ihr angemeldeten Redezeiten, so verlängert sich die Redezeit jeder Fraktion um die Dauer der Überschreitung.“

Hier war es so, dass sich zwei Minister 15 Minuten hätten teilen sollen. 23 Minuten sind es geworden. Jede Fraktion hätte nochmals acht Minuten. Das ist keine Provokation. Es ist nur ein Hinweis. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es nach der vor uns stehenden Uhr 23:25 Uhr ist. Ich darf fragen: Wird von dem zusätzlichen Rederecht Gebrauch gemacht? - Das Wort hat der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Abgeordnete Martin Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zumindest der letzte Redebeitrag von Minister Rohwer war so wohltuend, dass man sich mit ihm sachlich auseinandersetzen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich will gern klarstellen, Herr Minister, dass Sie falsch liegen, wenn Sie behaupten, die Niedersachsen hätten die **Elbquerung** nicht mitgetragen. Die Niedersachsen haben die Anbindung von Drochtersen zur A 1 bei Sittensen beziehungsweise über eine mögliche A 22 nicht eindeutig entschieden. Sie haben aber nach wie vor die Elbquerung mitgetragen, und zwar bei Glückstadt bis zur Anbindung an die A 26 bei Drochtersen. Im Übrigen hat der Kollege Wulff inzwischen klargestellt, dass er die Planungskosten für die Fortführung mittragen wird. Außerdem ist man unabhängig davon, dass die Niedersachsen die A 22 als vorrangig ansehen, damit einverstanden, dass ein Linienbestimmungsverfahren für die Anbindung an die A 1 durchgeführt wird. - Punkt 1.

Punkt 2. Herr Minister Rohwer, die 0,5 % und Peanuts sind im Zusammenhang damit zu sehen, dass wir

gesagt haben: Wir wollen mehr an investiven Mitteln in den Haushalt stecken.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen selber genau, dass dann Arbeitsplätze entstehen, wenn wir die 2 % Wachstum übersteigen. Die 0,5 % führen zwar nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen; die haben damit überhaupt nichts zu tun. Aber Sie tun einfach zu wenig für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wir sollten diese Diskussion in den zuständigen Ausschüssen weiter führen. Der Kollege Eichelberg hat hier und heute in hervorragender Weise deutlich gemacht, wo die Probleme stecken und wie wir gemeinsam Veränderungen herbeiführen können. Das ist der Weg, wie wir miteinander Politik machen können.

Wenn die Frau Ministerpräsidentin - nicht zu Unrecht, füge ich hinzu - anmahnt, dass wir gemeinsam Wege suchen sollten, wie wir dieses Land aus der Krise herausführen können, dann sind wir gerne bereit, Wege mitzugehen. Aber dann verlangen wir auch, dass man sich mit unseren Beiträgen und unseren konstruktiven Vorschlägen ernsthaft auseinandersetzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Minister Stegner, nach Ihrem Auftritt hier wird das verdammt schwer.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht Argumente durch Arroganz ersetzen. Man kann nicht eine rhetorisches Feuerwerk hinlegen, das inhaltsleer ist, und den Oppositionsfraktionen vorwerfen, wir seien nicht bereit, mit der Regierung gemeinsam Wege zu suchen. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht. Wir sind bereit, über konkrete Vorschläge zu diskutieren. Wir erwarten aber auch, dass diese Regierung in einer Lage, wo es um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes geht, wo es darum geht, wie wir Wege aus der Krise finden, bereit ist anzuerkennen, dass hier ernsthaft diskutiert wird. Sie sind mir heute vorgekommen wie eine mittelalterliche Allegorie: der schönste Körper, innen hohl und nichtssagend. So können wir gemeinsam keine Politik machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung und wir treten in die Abstimmung über den Gesetzentwurf über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 - Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/3048, in der Fassung der Empfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 15/3088 - ein. Die Frau Berichterstatterin des Finanzausschusses hat die Empfehlung des Ausschusses vorgetragen, den Gesetzentwurf der Landesregierung in unveränderter Form anzunehmen. Das ist die Beschlussgrundlage. Wer dem so seine Zustimmung geben will, darf ich um sein Handzeichen bitten. - Ich darf um die Gegenstimmen bitten. - Stimmenthaltungen? - Dieser 2. Nachtrag zum Haushaltsplan für das

Haushaltsjahr 2003 ist in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Jetzt, um 23:30 Uhr, sind wir am Ende einer lebhaften Debatte angelangt, sofern nicht die Beratung weiterer Tagesordnungspunkte gewünscht wird.

(Heiterkeit)

Ich stelle fest: Prof. Müller ist wieder unter uns. Ich bedanke mich und wünsche allen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen um 10:00 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 23:31 Uhr**